

GESIS

ZUMA

43

November 1998

NACHRICHTEN



**Herausgeber**

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)  
ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher  
Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS)

**Vorsitzender des Trägervereins ZUMA e.V.:** Prof. Dr. Max Kaase

**Direktor:** Prof. Dr. Peter Ph. Mohler

**Hausanschrift**

B 2, 1  
68 159 Mannheim

**Postanschrift**

Postfach 12 21 55  
68 072 Mannheim

**Telefon** 0621/1246 - 0

**Fax** 0621/1246 - 100

**Redaktion** 0621/1246 - 268

**E-Mail** [zuma-nachrichten@zuma-mannheim.de](mailto:zuma-nachrichten@zuma-mannheim.de)

**Internet** <http://www.social-science-geis.de/> *GESIS*

<http://www.zuma-mannheim.de/> *ZUMA*

**Redaktion:** Dr. Paul Lüttinger

**ISSN 0941-1670** 22. Jahrgang

Die ZUMA-Nachrichten informieren über Forschungsarbeiten und Dienstleistungen des Instituts. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder. Alle inhaltlichen Beiträge werden hausintern begutachtet. Der Nachdruck von Beiträgen ist nach Absprache möglich.

Die ZUMA-Nachrichten erscheinen im Mai und November eines Jahres. Sie werden Interessenten auf Anforderung kostenlos zugesandt.

**Druck:** Verlag Pfälzische Post GmbH, Neustadt/Weinstraße.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

© ZUMA

In eigener Sache	5
------------------	---

## **FORSCHUNGSBERICHTE**

Schwierigkeiten der Umfrageforschung in den fünfziger Jahren in Deutschland: Erinnerungen und Beobachtungen. <i>Wolfgang Schaefer und Mungo Miller</i>	8
Internetbasierte Umfragen als Datenerhebungstechnik für die Empirische Sozialforschung? <i>Wolfgang Bandilla und Peter Hauptmanns</i>	36
Von der manuellen zur elektronischen Datenerhebung. Informationsquellen und Textanalysen. <i>Mark Galliker</i>	54
Singuläre und multiple Imputation fehlender Einkommenswerte. Ein empirischer Vergleich. <i>Georgios Papastefanou und Michael Wiedenbeck</i>	73
„Idealmaße“ für Kanzlerkandidaten. <i>Angelika Vetter und Frank Brettschneider</i>	90
Konsens und Konflikt als Elemente der pluralistischen Demokratie. Zum Demokratieverständnis von West- und Ostdeutschen. <i>Bettina Westle</i>	116

## **MITTEILUNGEN**

Memorandum: Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung	134
Weitere Mikrozensen für die Forschung leichter nutzbar	145
Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 1998	148
Towards Extending Content Analysis - TECA	150
Die Arbeitsgruppe „Multidisziplinäre Ansätze zur Verhaltensänderung“ im DFG-Schwerpunktprogramm „Mensch und globale Umweltveränderungen“: Programm und Skalenentwicklung für ZIS	153
Norwegian Social Science Data Services. A Large Scale Facility for European Research and Data Analysis, Call for Proposals	159

**BUCHBESPRECHUNGEN**

GEHRING, U. W./WEINS, C.: Grundkurs Statistik für Politologen. ( <i>Bettina Langfeldt</i> )	161
Sammelbesprechung: WITTENBERG, R.: Computerunterstützte Datenanalyse. WITTENBERG, R./ CRAMER, H.: Datenanalyse mit SPSS für Windows 95/NT. ( <i>Johann Handl</i> )	163

**PUBLIKATIONEN**

Buchhinweise	168
ZUMA-Arbeitsberichte	173

**ZUMA-TAGUNGEN**

Übersicht über die Veranstaltungen	175
Symposium: „Methodische Forschungen zur Delphi-Methode“, 30.-31. März	175
Workshop: „Fragebogenentwicklung“, 18.-19. Mai	176
Workshop: „Lisrel 8.20“, 1.-3. Juni	176
Workshop: „Regionalisierung: Regionale und kommunale Umfragen“, 22.-23. Juni	176
Workshop: „Sozialwissenschaftliche Methoden für Gesundheitserhebungen“, 21.-22. Juli	177

**KONFERENZANKÜNDIGUNGEN**

International Conference on Survey Nonresponse, October 28-31, 1999, Portland, Oregon, USA, Call for Abstracts	178
International Society for Political Psychology, Twenty-second Annual Scientific Meeting, July 18-21, 1999, Amsterdam, The Netherlands	180

<b>RÄTSELECKE</b>	181
-------------------	-----

**DURCHWAHL-RUFNUMMERN****ADRESSENPFLEGE****BESTELLUNGEN**

## IN EIGENER SACHE

Am Abend des 21. Mai 1995 saß ich aus Anlaß des XXX. Kongresses der deutschen Marktforschung mit Freunden und Kollegen zusammen, unter ihnen auch *Wolfgang Schaefer* vom Hamburger Institut Schaefer Marktforschung. Da bei diesem Anlaß sowohl der Arbeitskreis Deutscher Marktforschungsinstitute (ADM) als auch der Berufsverband deutscher Markt- und Sozialforscher (BVM) ihr 40jähriges Bestehen feierten, kamen wir im Blick zurück auf die Frühphase der deutschen Sozial- und Marktforschung zu sprechen und dabei auch auf die positive Rolle, welche die amerikanische Besatzungsmacht für deren Etablierung im Nachkriegsdeutschland gespielt hatte.

Zu meiner Überraschung und Freude erfuhr ich in diesem Gespräch, daß Wolfgang Schaefer einer der jungen Sozialforscher war, die 1947 von den Amerikanern als deutsche Mitarbeiter der Opinion Surveys Section im Office of Military Government, U.S.-OMGUS eingestellt wurde. Er arbeitete dort bis 1954. Was lag näher, als Herrn Schaefer zu fragen, ob er nicht als Zeitzeuge in den ZUMA-Nachrichten aus jener für die deutsche Sozialforschung so folgenreichen Periode berichten wolle.

Herr Schaefer nahm diese Anregung gerne auf, und wir blieben darüber in kontinuierlichem Briefkontakt. Im Frühjahr 1998 schickte er mir dann aus seinem Fundus alter Unterlagen einen Bericht von Dr. Mungo Miller zur Situation der deutschen Sozial- und Marktforschung, den jener 1952 nach einem längeren Deutschland-Aufenthalt verfaßt hatte. Die Mitglieder des ZUMA e.V. waren sich schnell einig, daß der Abdruck dieses zeithistorischen Dokuments für viele, insbesondere aber die jüngeren Sozialforscher in Deutschland von Interesse sein müßte. Besonders erfreulich ist, daß Wolfgang Schaefer nicht nur ein Vorwort zu dem Bericht von Dr. Miller geschrieben hat, sondern diesem auch noch eine ganz persönliche Reflexion über seine damaligen Erfahrungen und wichtige Ereignisse, wie z.B. den Weinheimer Kongreß von 1951, vorangestellt hat. Wir freuen uns darüber sehr und danken Herrn Schaefer herzlich für seinen Beitrag.

Im Aufsatz mit dem Titel „Internetbasierte Umfragen als Datenerhebungstechnik für die Empirische Sozialforschung?“ diskutieren *Wolfgang Bandilla* und *Peter Hauptmanns* die Besonderheiten, die bei Online-Umfragen zu beachten sind und wie sich das Problem der Selbstselektion in den Ergebnissen auswirken kann. Ferner werden verschiedene Erhebungstechniken und Ergebnisse einer Online durchgeführten Umfrage vorgestellt.

„Von der manuellen zur elektronischen Datenerhebung, Informationsquellen und Textanalyse“ ist das Thema von *Mark Galliker*. Er beschreibt, inwieweit die neuen elektronischen Informationsquellen für die Empirische Sozialforschung nutzbar sind. Ausgehend von der Auswahl und Bearbeitung traditioneller Daten werden unter anderem manuell erstellte computerlesbare Dokumente, CD-ROMs von Printmedien und Online-Datenbanken behandelt.

Die Auswertung von Daten ist immer mit dem Problem fehlender Angaben verbunden. Bislang wird die Frage nach einer angemessenen Schätzung fehlender Werte bei Auswertungen, die z.B. mit dem ALLBUS oder dem Wohlfahrtssurvey durchgeführt werden, kaum behandelt. Der Aufsatz von *Georgios Papastefanou* und *Michael Wiedenbeck* „Singuläre und multiple Imputation fehlender Einkommenswerte. Ein empirischer Vergleich“ stellt am Beispiel der Eurobarometerdaten von 1992 dar, welche Folgen eine einfache versus multiple Rekonstruktion fehlender Einkommenswerte für die Schätzung des Einkommenseffektes auf die Lebenszufriedenheit hat.

Ziel der Arbeit „Idealmaße“ für Kanzlerkandidaten“ von *Angelika Vetter* und *Frank Brettschneider* ist es, ein „ideales“ Instrument zur Messung von Kandidatenorientierungen zu entwickeln. „Ideal“ meint hierbei, daß die Ergebnisse der Messungen sowohl aussagekräftig sein sollen als auch ökonomisch erhoben werden können. Dieser Aufsatz resultiert aus der EMNID-Schenkung für die Wissenschaft 1997 an die Autoren.

*Bettina Westle* beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit den Haltungen der Deutschen gegenüber zentralen demokratischen Werten in konsensualen und in konflikthaften Situationen. Sie benutzt dabei einen neuen Index, der auf Grundlage eines etablierten Instruments gebildet wurde. Darüber hinaus wird in der Arbeit die Frage behandelt, inwieweit die bei den Befragten vorgefundenen Orientierungen mit den Erwartungen des individualistischen respektive kollektivistischen Ordnungsmodells korrespondieren.

Ein Erratum betrifft die letzte Ausgabe der ZUMA-Nachrichten. Die Autorin des Aufsatzes „Incentives for Survey Participation: Research on Intended and Unintended Consequences“, Frau Eleanor Singer, bat um den Abdruck folgender Korrekturen, die sich bei nachträglichen Berechnungen ergeben haben. Die Änderungen betreffen die Seite 21, 1. Absatz. Die Prozentangabe in Zeile 5 ändert sich von 50% auf 52%; in Zeile 10 „refusal conversion payment offer“ zu „receipt of a refusal conversion letter“. In der letzten Zeile ändert sich der Ausdruck in der Klammer: (b= -.207, s.e. = .23).

Ein zweites Erratum betrifft den Band „Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland“ (Hrsg. von Michael Braun/Peter Ph. Mohler, Westdeutscher Verlag: Opladen, 1998). Ohne Verschulden der Autoren oder des Verlags sind in zwei Beiträgen Fehler ent

---

halten. Im Aufsatz von *Peter H. Hartmann*: „Intergenerationale berufliche Mobilität in West- und Ostdeutschland“ ist in der Überschrift zu Tabelle 9 (S. 63) der Text „(nicht signifikante Werte in Klammern)“ irrtümlich hinzugefügt worden. Wie in Fußnote 13 beschrieben, bezeichnen eingeklammerte Werte im gesamten Aufsatz nur Zellen mit weniger als zehn Fällen. Im Beitrag von *Lorenz Gräf* und *Wolfgang Jagodzinski*: „Wer vertraut welcher Institution: Sozialstrukturell und politisch bedingte Unterschiede im Institutionenvertrauen“ wurden die Tabellen 1 bis 3 versehentlich nicht in den Buchbeitrag aufgenommen. Sie lassen sich als PDF-Datei von <http://www.zuma-mannheim.de/data/allbus/errata2.htm> herunterladen oder können bei ZUMA angefordert werden.

Bei den Personalien ist zu berichten, daß *Dr. Peter Schrott* einen Ruf an die Fachhochschule Heilbronn angenommen hat, wozu wir ihm herzlich gratulieren. *Dr. Michael Häder* nimmt im Wintersemester eine Lehrstuhlvertretung an der TU Dresden wahr.

Schließlich bleibt noch der Hinweis darauf, daß wir erstmals und zunächst einmal versuchsweise eine „Rätselcke“ in den ZUMA-Nachrichten eingerichtet haben. Für die Lösung des Rätsels müssen, wie es sich für eine Fachzeitschrift gehört, Begriffe aus der soziologischen Fachsprache gefunden werden - und gewinnen können Sie dabei auch etwas.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre und im Namen von ZUMA friedvolle Feiertage und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 1999.

Max Kaase

Vorsitzender des ZUMA e.V.



# SCHWIERIGKEITEN DER UMFRAGEFORSCHUNG IN DEN FÜNFZIGER JAHREN IN DEUTSCHLAND: ERINNERUNGEN UND BEOBACHTUNGEN

WOLFGANG SCHAEFER/MUNGO MILLER

„Wer die Geschichte ignoriert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen!“

Henry Kissinger zitiert diesen Ausspruch von Santayana in einem seiner Bücher zum 19. Jahrhundert und liefert Beispiele. Dieses Dictum gilt nicht nur für die allgemeine Geschichte, sondern für jedes Fachgebiet. Die Markt-, Meinungs- und Sozialforschung gehört zu jenen, die ein sehr kurzes Gedächtnis haben. Das Ergebnis: Es wurden Befunde und Erkenntnisse vergessen/ignoriert, die dem Fortschritt hätten dienen können, und es werden Fehler erneut gemacht, die vor Jahrzehnten bekannt und korrigiert worden waren.

Der nachfolgende Abdruck eines Experten-Berichtes von *Mungo Miller* aus dem Jahr 1952 (Teil 2 des Beitrages) erfolgte auf Anregung von Max Kaase, um den betreffenden Teil der Fachgeschichte ins Gedächtnis zurückzurufen. Vorangestellt werden Erinnerungen von *Wolfgang Schaefer* (Teil 1), der aus seiner Sicht die damaligen Bemühungen der Amerikaner um eine nachhaltige Förderung der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung in Deutschland beschreibt.

\* \* \* \*

## TEIL 1

### ERINNERUNGEN VON WOLFGANG SCHAEFER

#### 1. Vorgeschichte

Die amerikanische Militärregierung hatte 1945 eine eigene Abteilung für Meinungsforschung gegründet, wie in verschiedenen Quellen nachzulesen ist. Noch im gleichen Jahr stellte sie Deutsche als Interviewer ein. Ab 1947 engagierte sie einige Deutsche in der Berliner Zentrale, um ihnen eine praktische Ausbildung zukommen zu lassen. Zu diesen gehörte ich bis 1954 und kann daher über jene Zeit aus eigener Erfahrung berichten.

Um 1950 startete die amerikanische Regierung ein Austauschprogramm, in dessen Rahmen amerikanische Spezialisten nach Deutschland zur Belehrung sowie Deutsche (von Schülern über Studenten, Professoren, Unternehmer bis zu Politikern) in die USA zum

(Kennen-)Lernen geschickt wurden. Der Name „Fulbright-Program“ dürfte älteren deutschen Lehrern und Forschern noch in Erinnerung sein, benannt nach dem initierenden Senator. In diesem Rahmen kamen Dr. Mungo Miller und andere Experten der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung nach Deutschland, beispielsweise der bekannte Stichprobenfachmann Edwards Deming.

Dr. Miller sollte zum Thema „Interviewen“ mit jenen deutschen Institutionen sprechen, die Umfragen durchführten oder durchzuführen planten; es ging um Erfahrungsaustausch und Information über neueste Entwicklungen in den USA sowie um die Anbahnung transatlantischer Kontakte. Tatsächlich hat Dr. Miller mit den deutschen Gesprächspartnern aber auch über die Konzeption von Untersuchungen, Fragebogengestaltung, Stichprobenverfahren, Auswertungsverfahren und Berichterstattung gesprochen sowie – last but not least – über die Finanzierung der Forschung.

## **2. Förderung der deutschen Markt-, Meinungs- und Sozialforschung durch die Amerikaner**

Über Tätigkeit und Ergebnisse der amerikanischen Meinungsforschung in Deutschland hat das Ehepaar Merrit in zwei Bänden die grundlegende, umfassende Darstellung geliefert. Ferner gibt es zahlreiche Veröffentlichungen zu einzelnen Themen. Auch von Beteiligten liegen Aussagen vor: Aufsätze der Abteilungsleiter Dr. Williams und Dr. Crespi zu konkreten Problemen, erläuternde Vorworte dieser beiden in den Merrit-Büchern; ferner einen Vortrag meines ehemaligen Kollegen Peter Schmitt, in dem er Aussagen von Dr. Crespi zitiert.

In meinem Beitrag wird der Versuch unternommen, als Rahmen für den Miller-Bericht die Bemühungen der Amerikaner um eine nachhaltige Förderung der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung in Deutschland zu skizzieren. Dies ist eine „3p“-Darstellung: partiell, persönlicher Art und positiv. Zu letzterem: Bei allen Amerikanern in unserer Abteilung hatten wir den Eindruck, daß sie uns Deutschen die Demokratie näherbringen wollten, was sich z.B. im freien Umgang mit uns und unseren Ideen manifestierte. Und sie wollten uns die Konzepte, Methoden und Verfahrensweisen der Meinungsforschung lehren.

Die Bemühungen der Amerikaner, die Markt-, Meinungs- und Sozialforschung in Deutschland zu fördern, bestand aus mehreren Teilen:

1. Förderung der Qualität der Interviewer-Tätigkeit;
2. Förderung der Stichprobenqualität;
3. Förderung der Fachkommunikation.

### **3. Förderung der Qualität der Interviewer-Tätigkeit**

#### **Interviewerausbildung**

Die Abteilung Opinion Surveys hatte bereits 1945 damit begonnen, Deutsche als Interviewer einzustellen und so auszubilden, daß diese alsbald die Arbeit übernehmen konnten. Nach und nach wurden befähigte Interviewer zu Gruppenleitern befördert.

Ab 1951 übertrugen die Amerikaner die Durchführung der Interviews einem deutschen Institut: der DIVO. Sechs der deutschen Interviewer-Gruppenleiter wurden Inhaber. Mit dem Erfolg der DIVO bei deutschen Kunden fand eine Verbreitung der Kenntnisse und Erfahrungen dieser sechs Fachleute statt. Hierzu gehörte ein Buch von zweien von ihnen (Weisker und Löchner) und ein Beitrag von Dr. Weisker auf dem „Weinheimer Kongreß“.

Eine „Spätfolge“ der amerikanischen Ausbildung: Als ich 1962 ein deutsches Institut gründete, hat meine Frau eine Einführung für unsere Interviewer verfaßt. Sie hatte das Interviewen (und dann alle weiteren Tätigkeiten) bei Opinion Surveys gelernt. Das Büchlein wurde auch von einigen Kollegeninstituten direkt oder als Grundlage für eigene Texte verwendet.

#### **Gründung eines deutschen Umfrage-Instituts**

Bei den Umfragen der Amerikaner wurde den zu befragenden Personen klar gesagt, daß sie von einer Abteilung der amerikanischen Militärregierung durchgeführt werden. Damit wurde die Bereitwilligkeit gefördert, sich befragen zu lassen, denn die Deutschen waren gewöhnt, den Anweisungen der Obrigkeit zu gehorchen, – verstärkt durch die Tatsache, daß es sich um eine Militärregierung handelte. Die Interviewer hatten außerdem die Anweisung darauf hinzuweisen, daß alle Antworten vertraulich behandelt und keinesfalls mit den Namen der Antwortenden verbunden werden würden; auf jedem Fragebogen stand in einem Kästchen: Streng vertraulich. Name darf nicht vermerkt werden.

Trotzdem gab es die Sorge (wie auch Dr. Miller ausführte), daß die Antworten durch die Nennung des Veranstalters beeinflußt werden könnten. Das veranlaßte den zweiten Chef der Abteilung, Dr. Crespi, im Jahr 1950 eine Untersuchung des „sponsorship effects“ durchzuführen, in der identische Fragebogen in zwei „matched samples“ benutzt wurden, mit dem einzigen Unterschied: in der einen Stichprobe wurde die übliche amerikanische Firmierung benutzt, in der anderen ein fiktiver deutscher Institutsname. Als Ergebnis kam heraus, daß zwar bei den meisten Fragen keine wesentlichen Unterschiede auftraten, aber bei einigen Fragen eben doch. Dies war der Auslöser für die von den Amerikanern geförderte Gründung eines deutschen Umfrage-Instituts, – der DIVO. Dieses übernahm die Durchführung der Interviews für die Amerikaner. Sechs deutsche Chefinterviewer wurden

ihre Inhaber und Leiter, an der Spitze Erich Lippoldt und Heinz Löchner. Später kamen Peter Schmitt und Gerhard Baumert aus der Zentrale von Reactions Analysis hinzu.

Dem Miller-Bericht ist zu entnehmen, welche Verfahren zur Sicherung der Interviewer-Tätigkeit von der DIVO angewendet wurden. Dies führte zu einer Qualitätsvorstellung, die immer mehr deutsche Auftraggeber veranlaßte, dieses Institut mit Umfragen zu betrauen.

Anmerkungen A.D. 1998: (1) Wie man sieht, war die Wahrung der Anonymität der Befragten in Deutschland bereits vor 50 Jahren eine Selbstverständlichkeit für die Markt-, Meinungs- und Sozialforscher; man sägt ja nicht am Ast, auf dem man sitzt. (2) Daß die Nennung des Veranstalters weitgehend keinen Effekt hatte, ist vermutlich auf mehrere Faktoren zurückzuführen: die Garantie der Anonymität; Naivität; positive Einstellung zu den USA; Freude darüber, daß man der Besatzungsmacht mal so richtig die Meinung sagen konnte. (3) Daß teilweise ein „sponsorship effect“ auftrat, bestätigt die Wichtigkeit der Wahrung der Anonymität auch des Auftraggebers einer Untersuchung (wobei ihm das Recht bleibt, sie nicht in Anspruch nehmen).

### **Beratung durch Dr. Miller**

Die Bestellung des amerikanischen Experten Dr. Miller gehört zu diesem Bereich. Sein Bericht zu diesem Thema bedarf keiner Elaboration.

## **4. Förderung der Stichprobenqualität**

Opinion Surveys war auf Random-Stichproben ausgerichtet. Das Desaster der amerikanischen Wahlprognosen mit Quotastichproben im Jahr 1948 und die eigene erfolgreiche Voraussage für die 1. deutsche Wahl (1949) auf der Basis einer Random-Stichprobe bestätigte diese Präferenz. Das Quota-Auswahlverfahren wurde in speziellen Fällen praktiziert. Als Grundlage für die Random-Stichproben dienten die Karteien der Lebensmittelämter: da in der Hungerzeit 1945 bis circa 1949 jedermann zum Überleben auf eine Lebensmittelkarte angewiesen war, waren diese Karteien vollständig und aktuell.

Im Jahr 1953 wurde einer der herausragenden amerikanischen Fachleute für Stichproben nach Deutschland geholt: W. Edwards Deming. Seine Tätigkeit hatte nachhaltige Folgen. Er beriet einerseits das Statistische Bundesamt, mit dem Schwergewicht auf der Nutzung von Repräsentativ-Erhebungen, durch die man schneller und häufiger Daten bekommen kann, die überdies so genau oder genauer als die einer Totalerhebung sein können – sofern man richtig vorgeht. Andererseits sollte er das Random-Auswahlverfahren verbessern, das DIVO von der amerikanischen Dienststelle übernommen hatte. Dies geschah mit Erfolg.

Dem DIVO-Institut wurde im Jahr 1954 die Hälfte der ersten Untersuchung der „Arbeitsgemeinschaft Leseranalyse“ übertragen. Das führte dazu, daß sich das Random-Auswahlverfahren für diese Gemeinschaftsanalysen und die Folgeaufträge durchsetzte. Die verästelte Weiterentwicklung der Stichprobenverfahren, anfangs mit Hilfe von Deming, bis hin zum Wendt'schen System kann im ADM-Stichprobenhandbuch verfolgt werden. Die Fachbücher von Deming waren damals und später eine wesentliche Grundlage; sie können es noch heute sein.

## **5. Ausbildung von Markt- und Meinungsforschern**

### **Ausbildung eigener Mitarbeiter**

Anfang 1947 beschlossen die amerikanischen Meinungsforscher, vielversprechende jüngere (und politisch unbelastete) Deutsche in der Zentrale einzustellen, um das „Handwerk“ zu lernen. Sie sollten mit der Übersetzung der Fragebogen aus dem Englischen, dem „Pretesten“ und Revidieren der Fragebogen aufgrund gemeinsamer Diskussionen beginnen, dann die weiteren Arbeitsschritte kennen lernen. Die deutschen Mitarbeiter(innen) wurden aufgrund ihres Interesses, ihrer vermuteten Lernfähigkeit und ausreichender Englischkenntnisse ausgesucht. Eine Vorbildung spielte keine Rolle, weil es dergleichen damals in Deutschland nicht gab. Zu diesem Team gehörte ich. Aus Interesse hatte ich die amerikanische Abteilung aufgesucht; im Gespräch bot mir Dr. Williams einen Job als „Pretester“ von Fragebogen an.

Wir hatten die Aufgabe, die englisch vorformulierten Fragebogen ins Deutsche zu übertragen, die Fragebogen zu tippen und in Berliner Bezirke mit einfacheren Leuten zu fahren, um diese zu interviewen. Nach Rückkehr war den Amerikanern auf englisch vorzutragen, was die Befragten gesagt hatten, um daraufhin mit den amerikanischen Kolleg(inn)en die Fragen zu verbessern, wieder zu tippen, Pretest-Interviews durchzuführen, und sofort, bis ein befriedigender Fragebogen zustande gekommen war. Das war ein sehr gründlicher Entwicklungs- und Erprobungsprozeß, und da pro Monat nur etwa eine Umfrage veranstaltet wurde, gab es hierfür die notwendige Zeit. Wir lernten vor allem, komplexe und gegebenenfalls schwierige Fragestellungen in einfache, für normale Menschen verständliche, dabei eindeutige und präzise Fragen umzuwandeln.

So wurden wir mit der Formulierung von Fragen und dem Aufbau von Fragebogen vertraut gemacht. Die Konzeption von Stichproben und deren Erstellung lernten wir en passant mit. Dann kamen Auswertung und Auszählungen hinzu; schließlich die Berichterstattung – letztere in begrenztem Umfang, denn die meisten Ergebnisse waren als „vertraulich“ den Amerikanern vorbehalten. Um 1953 waren zwei Deutsche soweit, daß sie als „Senior Research Analyst“ weitgehend selbständige Studienleiter waren: Peter Schmitt und ich.

Ich glaube, daß die meisten deutschen Mitarbeiter durch ihre Tätigkeiten in dieser Abteilung sehr viel für ihre spätere Berufslaufbahn gewonnen haben. Drei Beispiele: Lothar Herberger machte im Statistischen Bundesamt Karriere, war maßgeblich am Aufbau des Mikrozensus beteiligt. Peter Schmitt wurde einer der Chefs des DIVO-Instituts, später ging er zur Deutschen ICI und stieg dort zum Generaldirektor auf. Ich verdanke der Ausbildung und meiner Spezialisierung auf Medienforschung die Position als erster Marktforschungsleiter eines deutschen Verlages (1954-60 im Verlagshaus Axel Springer); ohne die Ausbildung hätte ich 1962 nicht die Tätigkeit eines Instituts-Chefs übernehmen und 36 Jahre lang einigermaßen erfolgreich ausüben können.

### **Studienaufenthalte in den USA**

Dr. Miller lobte die USA-Studienaufenthalte von Deutschen, aber seine Ausführungen klingen etwas matt und vermitteln m.E. kein ausreichendes Bild von dem Nutzen, den die Beteiligten und anschließend die deutsche Forschung daraus gezogen haben.

Seine Empfehlung, der Besuch der Forschungszentren an den Universitäten liefere zwar ein breiteres Verständnis der Umfrageforschung, aber die Teilnehmer sollten mehr kommerzielle Institute aufsuchen, um eine ausgewogenere Vorstellung der Forschung in Amerika zu gewinnen, hatte mit der Realität nichts zu tun. Denn von circa 50 bis 70 besuchten Institutionen waren vielleicht zehn Universitätseinrichtungen, der Rest kommerzielle Institute und Forscher. Vermutlich sind meine Kolleg(inn)en und ich für sein Mißverständnis mitverantwortlich, weil wir mit ungleich größerem Enthusiasmus von den Vorlesungen und Begegnungen mit den Koryphäen an den Universitäten Michigan, Princeton, Columbia, Yale etc. berichteten als von den zahlreichen kommerziellen Forschern, mochten unter letzteren auch manche von besonderer Qualität gewesen sein.

An der ersten Besuchergruppe soll das Programm illustriert werden. Die Reise fand vom August bis November 1950 statt. Die Gruppe bestand aus K.-G. v. Stackelberg (Emnid), Hans Sittenfeld, Gerhard Zarn und mir. Die Betreuung hatte das „Survey Research Center“ im „Institute for Social Research“ der University of Michigan in Ann Arbor übernommen. Dort besuchten wir das sechswöchige Sommerseminar, in dem die leitenden Leute des SRC Vorträge hielten: z.B. Angus Campbell über psychologische Fragen der Umfrageforschung, Clyde Coombs über Stichproben und Skalen, George Katona über die „Surveys of Consumer Finances“ (seine Erkenntnisse betreffs Sparen und Geldausgeben sollten heute mal wieder gelesen werden), Daniel Katz über die betriebssoziologischen Untersuchungen. Daneben wurden wir von den Mitarbeitern über alle wesentlichen Projekte sowie die angewandten Verfahren informiert. Ein wesentlicher Aufgabenbereich des SRC waren die Betriebsuntersuchungen, in denen nach den Gründen für gutes oder schlechtes Klima, hohe oder niedrige Produktivität geforscht wurde. Dieses 10-Jahres-

Programm lag dem Direktor des „Institute for Social Research“, Rensis Likert, besonders am Herzen. So lernten wir auch ihn persönlich kennen – und wissen seitdem, daß er nicht nur der Erfinder der „Likert-Skala“ ist.

Die Befragungen des SRC erfolgten mit Fragebogen, wie wir sie kannten; z.B. benutzten auch wir „offene“ Fragen mit Nachfaßfragen. Jedoch hatte man beim SRC die neutralen Nachfaßfragen viel weiter ausgebaut, und wir erfuhren, daß der in den darauffolgenden Jahrzehnten (auch in Deutschland) berühmt gewordene Psychotherapeut Carl Rogers für diese Forschungsgruppe seine „non-directive method“ für diese Umfragen entwickelt hatte.

Unter dem Dach des „Institute for Social Research“ gab es neben dem SRC das „Research Center for Group Dynamics“. Seine Ursprungszelle war im M.I.T. vom bekannten deutschen Psychologen Kurt Lewin gegründet worden; leider war er zu früh verstorben, um ihn noch erleben zu können. Aber auch seine Nachfolger waren bedeutende Leute: Kurt Back, Dorwin Cartwright, Leon Festinger. Zu letzteren: Wir erfuhren im Rahmen der Forschung der „Group Dynamics“ von seinem Konzept der „kognitiven Dissonanz“, das er später publizierte.

Es ist mir noch ein Besuch in New York in Erinnerung geblieben: beim Social Research Council. Dessen Präsident, Dr. Pendleton Herring, war ein sehr eindrucksvoller Herr, der selbstverständlich über die gesamte sozialwissenschaftliche Forschung in den USA bestens Bescheid wußte und sich angelegentlich nach unseren Besuchen und Eindrücken erkundigte. An einer Stelle zog er die Bilanz: „*The situation of social science research is pleasantly chaotic*“. Wir waren verblüfft, - ein wenig chaotisch, gewiß, aber „erfreulich“? Ja, erklärte er sinngemäß, es gäbe eine große Vielfalt, keine Dogmen oder umfassenden Theorien. Und das sei erfreulich, denn daraus könnte sich noch viel Gutes entwickeln. Das haben wir verstanden, und wie man sieht, hat mich der Gedanke nicht verlassen. Im übrigen erhielten wir von ihm eine Kopie des Berichtes der hochrangigen Kommission, die die Gründe der Fehlprognosen von Gallup, Roper und Crossley im Jahr 1948 aufklären sollte. Sie kann noch heute allen Kolleginnen und Kollegen nützlich sein, die sich mutigerweise mit Wahlprognosen befassen.

Man wird sich vorstellen können, welche Expansion unser Wissenshorizont durch die Seminare und eingehenden Gespräche mit dergleichen Wissenschaftlern erfahren hat.

Nach dem Sommer-Seminar waren wir frei, alle wesentlichen Markt-, Meinungs-, Motiv- und Sozialforscher zu besuchen, die uns auch bereitwilligst empfangen und über ihre Arbeit Auskunft gaben. Insgesamt waren es über 70.

Ein detaillierter Bericht würden diesen Rahmen sprengen, weswegen über einige Personen und Institutionen berichtet werden soll, die irgendwie aus dem Rahmen fielen. Wir

hatten das Glück, an der Columbia-Universität mit Paul Lazarsfeld und Robert Merton sprechen zu können. Über Lazarsfelds Bedeutung braucht nichts gesagt zu werden. Bei Merton wird mir immer seine Beobachtung der „self-fulfilling prophecy“ in Erinnerung bleiben, über die er kurz zuvor geschrieben hatte. Dieses Konzept wird ja häufig genannt, die Quelle vergessen (z. B. von Watzlawick). In Princeton sprachen wir mit Hadley Cantril, der mit seinem Buch „Gauging Public Opinion“ so etwas wie die Bibel der Meinungsforscher verfaßt hatte. Einige von uns kamen bis nach Boston, wo sie Carl Hovland und Samuel Stouffer besuchten.

Die kommerziellen Institute beeindruckten uns durch die technische Perfektion, mit der Untersuchungen durchgeführt wurden, und durch den Aufwand bei der Ergebnis-Präsentation. Für die Praxis haben wir viele wichtige Informationen und Anregungen bekommen.

Der Besuch bei Dr. Ernest Dichter hat sich mir eingepreßt: Er begrüßte uns auf Deutsch, was nicht selbstverständlich war, hatte er doch mit anderen Mitgliedern der Gruppe um Lazarsfeld Wien nach Einmarsch der Deutschen verlassen müssen (und können); er sprach mit uns Deutschen in bemerkenswert vorbehaltloser Weise. Und was er in diesem frühen Stadium der sogenannten „Motivforschung“ zu sagen hatte, war sehr anregend. Manches an seiner Arbeit läßt sich kritisieren, gerade aus meiner „quantitativ“ orientierten Sicht – aber an Einfallsreichtum und Brillanz ragte er heraus. Ich hatte noch bis zu seinem Tode Kontakt mit ihm.

Wie meine Kollegen schleppte ich Kartons mit Reprints aller Aufsätze und Berichte nach Hause, deren wir habhaft werden konnten. Sie haben mir jahrzehntelang gute Dienste geleistet. Die vermutlich wertvollsten waren drei Broschüren mit den wichtigsten Untersuchungsergebnissen vom Curtis-Verlag in Philadelphia aus den Jahren 1911 bis 1947. Beispielsweise führte die Curtis-Marktforschung im Jahr 1916 eine Studie über den Einfluß der Frauen auf den Autokauf durch - mit folgendem Ergebnis: da nunmehr die Autos technisch zuverlässig seien, würden Form, Aussehen, Farben, Polsterung und die Fahreigenschaften relativ wichtiger. *„And these are the features of the car of which the women are usually the most competent judges.“*

## 6. Förderung der Fachkommunikation

### Vereinigungen und Fachzeitschrift

Dr. Miller beklagte, daß es keine deutsche Vereinigung für die Markt-, Meinungs- und Sozialforschung gab, auch nicht nach dem „Weinheimer Kongreß“. Dies war unzutreffend.

Am Ende des „Weinheimer Kongresses“ hatte Leopold v. Wiese auf die im Herbst gegründete „Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute“ hingewiesen; und Dr.



Schwenzner erwähnte die Existenz eines Vereins der Leiter privater Institute: Bereits im April 1949 war in Nürnberg von Georg Bergler, Clodwig Kapferer, Erich Schäfer, Jens H. Schmidt, und Julius Schwenzner ein „Arbeitskreis für betriebswirtschaftliche Markt- und Absatzforschung“ gegründet worden. Dem traten elf weitere Forscher bei, darunter das Ehepaar Noelle-Neumann/Neumann, v. Stackelberg (Emnid) und Werner Steinberg (ive). Im November 1949 fand in Hamburg deren erste öffentliche Veranstaltung statt. Es handelte sich um eine Vereinigung mit persönlicher Mitgliedschaft; in gewisser (nicht abfälliger) Weise kann man von einem „Herrenclub“ mit einer ausgezeichneten Dame sprechen.

Dr. Miller konnte nicht ahnen, daß bereits zweieinhalb Jahre später eine rasante Entwicklung in der Organisierung der Markt- und Meinungsforscher stattfinden würde. Ende 1954/Anfang 1955 hatten vier Hamburger Firmen erstmalig Marktforscher eingestellt: Colgate-Palmolive (Irmgard Rohr), Philips (Karl Suthoff), der Nannen-Verlag (Berend H. Feddersen) und das Verlagshaus Springer mich; die vier großen Ölgesellschaften hatten bereits Marktforschungsabteilungen. Unter Bezug auf diese Fortentwicklung rief der ESSO-Marktforscher Paul Jani seine alten und neuen Kollegen an und schlug vor, zwecks Erfahrungsaustausch und Interessenvertretung zusammenzukommen. Das geschah und führte zu monatlichen Abendveranstaltungen sowie zur Gründung der „Vereinigung betrieblicher Marktforscher e.V.“ (VBM). Der Institutsclub sah dies als Herausforderung und verwandelte sich 1955 in einen Institutsverein – seit Jahren als »ADM« bekannt.

Dr. Miller hatte ferner die Abwesenheit einer Publikation für die Branche beklagt. Dies sahen die deutschen Forscher ebenso, aber eine gemeinsame Plattform fand sich noch nicht, und so gründete Dr. Schwenzner 1955 die „GfM-Mitteilungen für Markt- und Absatzforschung“. Weitere Einzelheiten zu den Verbänden und Publikationen sind dem Erinnerungsbuch von Kapferer zu entnehmen.

### **Weinheimer Kongreß**

Im Dezember 1951 fand auf Anregung und mit Unterstützung von Reactions Analysis ein Kongreß der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung in Weinheim statt. Wie der Leser feststellen wird, berichtete Dr. Miller über den Kongreß in nur zwei Sätzen, die noch dazu eine negative Tendenz hatten; leider stimmen sie mit der Realität nicht überein.

Die Liste der Teilnehmer und der Referenten wurde angeführt von Leopold v. Wiese und Theodor W. Adorno. Die Vielfalt der auf diesem Kongreß behandelten Themen und die Qualität der Vorträge und Diskussionsbeiträge war derart, daß der Kongreß nachhaltige Wirkungen hatte. Der eine große Effekt war, daß fast die gesamte Elite der Markt-, Meinungs- und Sozialforscher erstmalig, und nur sechs Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenkam. Für die Mehrheit war es ein großes Kennenlernen. Allein diese Kontakte hatten

sehr positive, nicht dokumentierbare Folgen. Die Hauptsache war jedoch: In den Referaten und Diskussionen kamen neue Forschungsgebiete, Methoden und Verfahren sowie die wichtigsten (tatsächlichen bzw. vermeintlichen) Probleme zur Sprache. Um nur einige Beispiele zu nennen: Wer wußte vordem etwas von der Radiohörerforschung, von der Anlage einer Leserschaftsuntersuchung für eine Kaufzeitung, von Betriebsumfragen?

Wer heute über „qualitative“ Forschung, „Tiefeninterviews“ oder Gruppendiskussionen arbeitet, wäre gut beraten, die relevanten Beiträge dieser Tagung zur Kenntnis zu nehmen. Das eine oder andere Referat könnte man heute erneut abdrucken – und kaum jemand würde vermuten, daß es 47 Jahre alt ist. Breiten Raum nahmen die Vorträge und Diskussionen zum Thema „Stichproben“ ein. Mit den Professoren Anderson und Kellerer war die akademische Seite exzellent vertreten (mit keineswegs „akademischen“ Aussagen), mit Dr. Jetter ein besonders qualifizierter Repräsentant der Praxis, mit einer Neigung zum damals wie heute umstrittenen „Quota“-Auswahlverfahren.

Was damals gesagt wurde, ist ebenfalls heute noch – oder wieder – von Bedeutung. Das betrifft insbesondere die seitdem ständig gestiegene Ausfallquote. Wenn man liest, daß in derzeitigen Telefonumfragen um die 50 Prozent Ausfälle zu verzeichnen ist: was sind dann z.B. die ermittelten Aussagen zu Parteien-Präferenz wert?

Ein anderes Beispiel: Kürzlich wurde in den ZUMA-Nachrichten (Koch 1998) die „Qualität“ der erzielten Reststichproben untersucht. Auf dem „Weinheimer Kongreß“ gab es zwei Beiträge, die sich mit der Frage beschäftigten, ob die Übereinstimmung in (sehr) vielen Merkmalen der Stichprobenerhebung mit externen Daten ausreichend sicherstellt, daß die Stichprobe auch in weiteren Merkmalen einigermaßen stimmt.

Prof. Anderson berichtete, daß er 1934/35 die Ernteerträge in Bulgarien in einer Quotenstichprobe von 100 Dörfern anhand amtlicher Ergebnisse für das ganze Land überprüfte. Bei rund 30 Quotenmerkmalen stimmten die Daten überein, – beim 31. Merkmal entsprachen die Daten „*nicht im mindesten der Verteilung im ganzen Land*“.

Hans Kellerer wies ergänzend auf einen Versuch in Italien hin, wo man vor etwa 20 Jahren bei einer Volkszählung Fragebogen für spätere Auswertungen aus gewissen Gemeinden zurückbehalten habe, die hinsichtlich vieler Merkmale repräsentativ für das ganze Land waren. Man überprüfte dann, ob diese auch für Merkmale repräsentativ waren, die nicht anhand von Quoten kontrolliert worden waren: die Abweichungen waren so groß, daß man das ganze Vorhaben aufgeben mußte.

Kellerer hatte keine Quellenangabe gemacht. Ich habe im Lehrbuch von Parten eine Beschreibung gefunden, die den Ausführungen von Kellerer nahe kommt. Sie zitiert den bekannten Stichprobenfachmann Neyman, der 1938 von einem Versuch der italienischen

Statistiker Gini und Galvani im Jahr 1926 (!) berichtete, mit einem Querschnitt von 29 Gemeinden zu arbeiten; deren Ergebnisse erwiesen sich hinsichtlich der hauptsächlichen Kontrollmerkmale als praktisch identisch mit den Verteilungen für die Gesamtbevölkerung, bei den sekundären Merkmalen kamen sie ihnen ziemlich nahe, wohingegen bei allen anderen Merkmalen „*extreme disagreement*“ zu konstatieren war.

Die Begeisterung der Teilnehmer über den „Weinheimer Kongreß“ führte zum Wunsch, schon im nächsten Jahr den nächsten abzuhalten, an Ort und Stelle wurde ein Programmausschuß eingesetzt. Es dauerte jedoch 30 Jahre, bis der „Anschlußkongreß“ von ASI und ADM veranstaltet wurde. Wer das von Ott, Kaase und Scheuch herausgegebene Buch mit den Beiträgen der 1981er Veranstaltung liest, wird bestätigen, daß sie von gleicher Qualität wie die Vorgängerin war.

Aus fachlichen und persönlichen Gründen plädiere ich dafür, den nächsten Kongreß der empirischen Sozialforschung bereits für das Jahr 2001 vorzusehen.

## 7. Erläuterungen zum Bericht von Mungo Miller

Mungo Miller benutzt in seinem Bericht eine Reihe von Namen und Begriffen, die dem heutigen Leser vielleicht nicht mehr geläufig sind und bezieht sich auf Personen und Ereignisse, die heute nicht mehr generell bekannt sein dürften. Um ihn verstehen zu können, liefere ich vorab einige Erläuterungen (siehe dazu ferner die Literaturangaben am Schluß des Beitrages).

**OMGUS:** Office of the Military Government United States=Amerikanische Militärregierung.

**HICOG:** High Commissioner Office in Germany=Nach der Etablierung der Bundesrepublik Deutschland wurden die Militärregierungen abgeschafft und durch Hohe Kommissare ersetzt. Bei den Amerikanern war dies John McCloy; sein Amt (einschließlich der Meinungsforschung) residierte in Mehlem bei Bonn.

**Opinion Surveys Section:** erste Bezeichnung der 1945 gegründeten Abteilung für Meinungsforschung (in der Literatur erscheint zumeist die falsche Bezeichnung „Survey“; die Weglassung des „s“ stammt wohl von Anna und Richard Merrit).

**Reactions Analysis Staff:** Um 1950 wurde die Meinungsforschungs-Abteilung auf diesen etwas seltsamen Namen umgetauft; ab 1953 wurde der Name *Evaluation Staff* benutzt.

Dr. Millers Bericht enthält neben seinen allgemeinen Beobachtungen und Empfehlungen auch Besuchsberichte und Kurzbeschreibungen von 30 Institutionen. Letztere sind sehr anschaulich und interessant; sie illustrieren die immensen Anfangsschwierigkeiten der Empirischen Sozialforschung in Deutschland. Es tauchen Namen von Instituten und

Forschern auf, die auch heute noch bekannt sind; andere sind längst vergessen. Leider war es nicht möglich, sie alle abzudrucken; es mußte eine Auswahl getroffen werden. Die vollständige Liste ist im Anhang enthalten. Interessenten können Fotokopien des Originalberichts mit allen Institutsbeschreibungen bei der Redaktion der ZUMA-Nachrichten anfordern.

\* \* \* \* \*

## **TEIL 2**

### **BERICHT VON DR. MUNGO MILLER. EXCHANGE OF PERSONS PROJECT**

#### **I. Objectives of the Project**

Within the framework of the overall objective of the Exchanges Program this project has as its specific goal aiding German survey research to reach a level of technical competence and reliability which will assure it public confidence and thereby enable it more fully to realize its natural democratizing role of focusing the attention both of German survey specialists and of the German general public on the fundamental importance of the opinions, attitudes, problems, and wishes of the people. It is felt that the survey method as used in public opinion research, employee studies, market surveys, and other applications embodies the very essence of democratic ideology with its emphasis on the flow of ideas up from the public to their representatives who must make political, social, or economic decisions. In addition to providing survey agencies with specific information about technical developments and results in the United States, another and more long range objective has been the attempt to establish channels of communication between the German survey workers and their American counterparts.

My mission has been specifically to inform the Germans about principles and techniques of valid interviewing. Training and supervision of interviewers are challenging problems in the United States, and in Germany even more so. The type of interviewer – respondent relationship that is the sine-qua-non for valid polling is more difficult to achieve in Germany for at least two reasons. First, in the majority of the interviews the interviewer will be perceived by the respondent as a person in an authority position possessing a kind of superior status. In the tradition of German society such a relationship defines in large part the interaction that can be expected between the two individuals. The person in the lower status position, in this case the respondent, is “obliged” to defer to the higher status and respond with those expressions of opinion that he thinks will be most acceptable to the

interviewer. Any such attitude on the part of the respondent is of course quite incompatible with valid polling. Consequently, in this project major emphasis has been placed on the training of interviewers first to an awareness of this problem, and second in techniques for establishing the sort of permissive, status-free atmosphere that favors elicitation of independent and unbiased expressions of opinion.

A second major obstacle to a good, free relationship between interviewer and respondent is the meaning in Germany today of a questionnaire type interrogation. For twenty years the German people have been questioned under circumstances that could lead only to personal disadvantage, imprisonment, or even death for themselves, family members, or friends.

From 1933 to 1945 the GESTAPO and similar agents of National Socialism represented a constant threat. Even after 1945, some of the same atmosphere continued in connection with the questioning necessitated by the De-nazification program. Today, particularly in the Eastern border regions of the West German Republic, fear of a questioner is fed from another source. People in Luebeck, for example, which is in Western Germany but on the border of the Soviet Zone, are understandably unwilling to see their answers to political questions written down and carried off by a stranger.

The invalidity introduced into surveys by this attitude of fear of being interrogated can be less well controlled by interviewer training than can invalidity due to the interviewer-respondent status relationship. The objective here must be the education of all German people to a knowledge of opinion polling and to a recognition of its basically democratic character.

Although my specific objective has been to work with the German agencies on interviewer problems, I have often devoted part of my time to discussions of project and questionnaire design, sampling methods, techniques of analysis and report, and even commercial questions about financing and sale of public opinion and market research work. A number of the agencies I visited had had no prior direct contact with an American survey specialist and were keenly interested in these questions as well as even broader discussions of social research, the American society and economy, interest of the United States Government in surveys, and such general topics. Consequently on certain visits quite non-technical discussion developed. It is felt that these too were of very real importance and a genuine contribution to the Exchanges Program. Most of the individuals visited are in key positions in German academic, social, and economic life and are articulate in communicating with their professional associates and communities. The effect of this kind of contact should help to disseminate the idea that the United States is a friend of Germany and

is sincerely interested in her rehabilitation not only economically but socially and culturally as well.

The objectives discussed above were fairly clear when I began my visits with the German agencies, but to some extent only fully developed as I carried out the work.

With this orientation I visited the 30 agencies which are discussed below in Part II.

## II. Organizations Visited

In planning my itinerary it was decided that I should try to see all agencies in Germany even though only very briefly. My time was allocated so as to spend as much as a week with those known to have field interviewer staffs, and as little as a day with those whose relation to survey research was only peripheral. As a result the following description of the agencies is arranged so that roughly similar types of organizations are grouped together as follows:

- A. *ESOMAR – European Society for Opinion Surveys and Market Research.*
- B. *Organizations with Field Interviewer Staffs.*
- C. *Organizations without Permanent Field Interviewer Staffs.*
- D. *Organizations not directly engaged in Empirical Research.*

### A. ESOMAR

My first week in Germany I spent at the HICOG Reactions Analysis Staff, the agency that proposed and sponsored this project. Through conferences with the Director, Dr. Leo Crespi, and staff members I acquired an initial overview of the state of German survey operations and planned an itinerary for my visits. Very fortunately the following week was the occasion for the annual meeting of the European Society for Opinion Surveys and Market Research at Elsinore, Denmark. I attended these meetings from the first through the fifth of September and gained much from them. First, it permitted me to meet the majority of the German leaders in the field and to coordinate the dates for my subsequent visits to them. Not only was it fortunate to meet them at this time but it was particularly advantageous to see them as a group in this setting of their fellow Europeans with whom they must cooperate and from whom they have much to gain. For my own part meeting the other Europeans and learning directly of their work provided me with an invaluable frame of reference within which I might subsequently talk to the Germans.



At the present time (November 1952) the bulk of DIVO's work is under its contract to do the interviewing for the full Reactions Analysis Staff of HICOG. This staff prepares the questionnaires, does the analysis, and writes the reports. DIVO has recently done some surveys for other clients carrying out the entire operation themselves, and it is their hope that they may be able to move further in this directions. The samples used in the HICOG studies are drawn by probability methods.

Interviewer training and supervision appear to be as well done as any in Germany. Standard techniques are employed. In addition chief interviewers have access to a tape recorder on which good and bad interviews are played to the part-time interviewers. I recommended that the recorder be used in work shop sessions with groups of about 6 interviewers.

Respondents should be brought into the session and an interview conducted by one of the group. The interviewer should be played back piecemeal with active discussion and criticism by the group. Training of this kind where the interviewer plays an active participating role is highly desirable, and I feel should always be employed where the organization of the field staff is such that they can be brought together for workshop meetings with a skilled leader.

Since a probability sample is used, DIVO is able to reinterview several respondents of each interviewer every month. This is done by the most skilled supervisors and provides not only tight cheater control but permits an evaluation of the quality of the original interviews. Other organizations with less supervisory personnel in the field can only suggest that reinterviews will be made and actually do so when a person from the central office happens to be in the field. In any case it is felt that all fields staffs will maintain higher quality if there is the possibility of at least occasional reinterviewing.

DIVO and the Reactions Analysis Staff check questionnaires for the quality of interviewing, particularly the adequacy of probing on open-ended questions. They follow through by returning faulty questionnaires to the interviewer through his supervisor who personally discusses deficiencies with him. It is felt that DIVO and, in fact, all organizations must emphasize that complete, bias-free probing is probably the most difficult aspect of the interviewer's job and requires more intelligent skill on the part of the interviewer than any other part of his work.

Looking at DIVO as an independent German agency their greatest need appears to be balancing their work by doing more jobs that cover the complete survey operation. Unlike the situation in the United States there are few German clients with skilled survey specialists who can profitably employ an organization specializing in interviewing alone.



4. *Abbreviated name:* Demoskopie. *Full name:* Institut für Demoskopie GmbH  
Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung.  
*Location:* Radolfszellerstr. 8, Allensbach am Bodensee, Tel: 260  
*Director:* Dr. Elisabeth Noelle-Neumann  
Erich Peter Neumann  
*Professional staff:* Dr. Ulrich Jetter, statistics and research  
L. von Friedeburg interviewing  
K. Kulkies interviewing  
F. Tennstaedt coding  
Mr. Werner administration  
*Clerical staff:* 20 – 25

Demoskopie appears to be the largest German survey agency doing both opinion and market research. Their work includes also employee surveys, the training of students, and a certain amount of desk research. Results of opinion studies are released through subscribing newspapers, and commercial work is done for a variety of clients including the Government of the Federal Republic. National surveys are generally done with quota samples, probability samples and panels are often used in specialized studies.

The regular staff is supplemented by a number of university students of economics, psychology and sociology who come to work at Allensbach to get the training in survey methods that is not currently available in most German universities. They appear to be eager and competent young people and I believe that as well as learning they are often contributing significantly to the work of the institute.

The field staff consists of some 550 part-time interviewers. There are no field supervisors. Two people at Allensbach maintain contact with the field and employ standard control techniques. One of these people concentrates on periodic bulletins sent to all interviewers, and the other maintains individual contact by writing individual letters of criticism based on evaluation of completed questionnaires. The monthly bulletins include excerpts of findings, news of home office and field staff doings, technical instructions, and some summaries of interview reports and comments. This appears to be an interesting publication well calculated to maintain quality and morale in the field staff. Interviewers are paid by the interview with a monthly settlement.

Demoskopie's research interests are broad, but as is true of all German survey operations, adequate sources of financial support do not exist. Nevertheless, Demoskopie works methodological studies into its operation. The staff is much interested in social research in general and tries constantly to find financial backing for the kinds of research that would normally be done by university agencies in the United States. A pilot study of German

sexual behavior financed by a weekly paper was conducted recently. While this study was probably neither broad nor profound enough to represent a fundamental contribution to social science, the staff is currently planning to extend the study and follow through the investigation more completely. A study of authoritarianism in industry is also currently being planned, and if funds can be obtained, should prove to be a very worthwhile contribution.

Demoskopie is also interested in expanding its program in industrial employee surveys. With the recent trend of growing economic recovery and industrial strength in Germany, factories will probably in the next few years be more able and willing to pay for this service than they have been up to the present. Demoskopie is particularly interested in learning about costs for this kind of work in the United States. My own background is such that I was not able to give more than general answers to these questions.

There is also at Allensbach interest in election predictions but full awareness of the potential perils involved. I pointed out here and to other agencies that although the high turnout at German elections and the multi-party system make election prediction easier in Germany than in the United States, there are still many hazards involved, and that it is unfortunate when the validity of survey methods is judged by election polls for which the methods are not entirely adequate.

### **C. Organizations without Permanent Field Interviewer Staffs**

The majority of the organizations in this group are universities or university affiliates. Although the field known as social science in the United States has traditionally been investigated in Germany, and indeed throughout Europe, by a philosophical approach, since 1945 interest in empirical social science has arisen and is growing. Many of the people I have visited are the real pioneers in this movement, and their enthusiasm and industry is most encouraging.

10.    *name:*            *Seminar für Soziologie, University of Cologne*  
          *location:*        *Universität zu Köln, Albertus Magnus Platz, Köln-Lindenthal*  
          *director:*        *Prof. Dr. René König*

Dr. König, who also has teaching and research affiliations in Switzerland, is at present in the United States, and consequently I was unable to visit him and learn at first hand of his work. He has edited the book, "Das Interview", which is a German translation of a number of American articles on interviewing written by members of the staff of the Bureau of Applied Social Research at Columbia University. It is understood that Dr. König's interest is not only in empirical work in general, but specifically in the survey method.

## D. Organizations not Directly Engaged in Empirical Research

The agencies in this group are those I visited that turned out to have the least direct relationship to the survey method. Otherwise there is no particular similarity between them, and consequently they cannot be discussed as a homogenous group. They were visited because it was known that they were interested in empirical work and that they might wish to hear about survey research in the United States.

3.     *Name:*                     *Hochschule für Politische Wissenschaften*  
        *Location:*               *Von der Tann-Straße 2, Munich, Phone 2 38 37*  
        *Director:*                *Dr. Fendt*  
        *Assistant director:*    *Dr. Hesse*

Although the primary mission of the Hochschule is teaching, there is definite interest here in empirical research. The primary aim of the faculty is to develop meaningful civics training in the German public schools. They recognize that the survey method of opinion measurement can play an important role in carrying out their objectives. Like the other institutions, they are not now financially able to carry out survey research. At one time, when it seemed possible that funds might be available from HICOG, they had seriously considered setting up such a program, and should a source of funds eventually develop for them, there is a possibility that they would be interested in carrying on survey research.

## III. Present Trends and Needs in German Survey Work

The major agencies engaged in market research in Germany today appear to have good knowledge of techniques and methods as judged by the standards of American agencies doing similar work. The most serious weaknesses that exist appear to be due more to financial reasons than to lack of knowledge on the part of the people directing the work. All the agencies depend heavily upon American, British, and French experience in survey research. They all recognize that direct and complete dependence upon such experience is not fully justified in that there are economic, cultural, and social differences between these countries and Germany that necessitate adaptation of the methods to Germany's particular problems. In some ways interviewing is more difficult in Germany than in the United States with the American traditions of freedom of speech and responsibility of people in authority to the groups that they serve. The recent and perhaps traditional authoritarianism in Germany is on the one hand a problem for survey research and on the other hand a challenge that gives the survey taker an opportunity to point up the basic difference between a democratic and an authoritarian society.

Although the Germans are aware of the need for modifying American techniques to fit their own situation, it is my feeling that too much of this is done on a judgmental basis rather than as a result of thoroughgoing methodological research. The primary reason for this has been the financial difficulties that the survey organizations have faced in establishing themselves in Germany since the war.

It is my feeling that a great deal of both fundamental and methodological research is needed in Germany. As the above discussion of the agencies visited has pointed out, at the present time there are no university or other non-commercial survey research centers able to undertake this kind of work. Not only do the universities and institutes lack funds for such programs, but skilled people with broad experience in survey research are in short supply in Germany. The situation at present appears almost to be the reverse of that in the United States, in that pure research people who want to know about the survey method find that they must turn to the commercial agencies for training and experience. I feel that if Germany is to continue to develop the sound and broad use of survey techniques, centers for research and the training of both technicians and survey social scientists must develop in the universities. There is no easy answer to the question as to how to bring this about. This weakness of the universities is only one of many problems that they have had to face since the war. Their buildings have been destroyed, their sources of support drastically limited, and their student bodies severely disturbed. Over a long period of time it can only be hoped that the universities will benefit from the general economic recovery of Germany.

In the seven years since 1945 all fields of social research have already become stronger and more empirical than they were in the pre-war German university system. There is no doubt that these trends will continue. Until the time comes when universities play a role similar to that in American survey research, it can only be hoped that relationships between individual commercial agencies and universities will continue to grow. Several examples of such cooperation have been mentioned above in the discussion of agencies that I visited.

Another big job that faces the survey research people in Germany is educating the general public to the survey method. Many people do not know what is meant by a public opinion poll or a "Gallup Poll". Certainly a study is needed to spell out objectively the knowledge of the German public about surveys and the attitudes of those who do have information. There are undoubtedly a number of reasons for German unfamiliarity with polls. First, of course, is the use – or rather the disuse – of surveys under National Socialism. While this factor has been replaced by the Allied policy of actively encouraging survey work, the many problems of reconstruction following 1945 led to a climate that was not favorable to the development of radically new social techniques. Industry, newspapers, advertisers, and the people themselves were overwhelmed by the physical destruction of Germany. The

need for food, clothing, shelter, and employment demanded the full attention of every German. Before the 1948 currency reform, the financing of any commercial activity was so difficult that those who were interested in survey work faced almost insurmountable obstacles in getting under way. The newspapers, which in this country were the initial supporters of public opinion surveys, came out of the war in very bad condition. Advertising income vanished, because there were no goods for sale, and consumers had no purchasing power. The improvement in the German economy, particularly since 1949, is bringing the newspapers back to a stronger position, but even today they are still operating on very narrow profit margins. They remain reluctant to pay for releases from public opinion survey agencies. Both by tradition and for these financial reasons the newspapers prefer the reports of "experts" on political, social, and economic questions to the more expensive survey releases. The problem is a circular one in that until there is wide use of releases by papers, the survey agencies cannot carry out the really good broad scale studies of public opinion that will appeal to papers and readers. This generalization requires two qualifications. First a negative factor; it is not only a question of expense. The papers and the reading public are by no means entirely sold on the desirability of public opinion polls. Second, and positive: progress is being made. Some of the agencies are having moderate success with syndicated releases, and the use of this service is growing. As with any educational job progress will be slow, and it will undoubtedly be many years before Germany will approach the present use made of survey results by American newspapers.

Another weakness in Germany is the limited communication between the various individuals and agencies in the survey field. There is no German survey research association. A number of the leaders in the field are active in ESOMAR. This is certainly a healthy trend, but a national society is also needed. The Reactions Analysis Staff of HICOG sponsored a meeting of all Germans in the field at Weinheim in December of 1951. It was hoped that this meeting would lead to the organization of a German society, but this result has not yet been achieved. There are a number of reasons. A major one is undoubtedly the non-existence of a group of theoretical social scientists who are directly engaged in survey research.

While a German society would do much to strengthen the field, it would be most unfortunate if any small group with limited representation were to take the initiative alone in starting a society. Such a move would perhaps lead to strife and competition rather than to the genuine cooperation that is essential to the success of a national society. The organization should provide at least two things. First, a channel for the exchange of information and the discussion of professional questions by all those working in the field. Second, an organ through which survey research can be represented to the German people, press, and government.

No doubt any society formed within the next few years will represent predominantly the commercial agencies and their market research interests rather than social scientists and public opinion interests. This is now true of ESOMAR, as the course of development of the social sciences in the universities of the other European countries has been similar to that in Germany. It can only be hoped that when a German society does get under way, its leaders and its members will make a strong effort to keep the character of the society broad enough to interest the academic and scientific people who are beginning to appear in German survey research. While a society for market researchers would be of great value, the long range development of surveys in Germany is absolutely dependent upon a strong body of social scientists building and extending a foundation of basic research.

A problem related to the need for a German society is their need for a medium in which to publish research reports. Since the demise of the *International Journal of Opinion and Attitude Research* the sole specialized vehicle is the *Public Opinion Quarterly*. Most of the Germans read it, but they are not in a position to contribute to it. A German language publication would strengthen the field in the way that any professional journal serves its interest group. The need for a publication goes, of course, hand in hand with the need for a society, and the most logical solution is to have a journal grow out of the society. It could start perhaps somewhat informally as a society quarterly newsletter or bulletin in mimeographed form.

In the paragraphs above I have pointed out and described the following problems that now I see facing the German survey research workers:

1. basic research
2. university participation in research and public opinion study
3. finances
4. personnel and training
5. education of the general public
6. relations with mass media
7. an association
8. a public medium

I think the most striking feature of this list is the interdependence of the factors it covers. None of these problems exists by itself apart from the others, and none can be solved by any expedient that will not involve the others.

The general solution demands the sincere cooperation of all workers in the field, and their recognition that although survey research maybe be a clever technique to help sell more refrigerators, the professional survey worker is employing a powerful tool and he carries a heavy responsibility to use it wisely. He accepts the obligation to strive for the fullest

possible understanding of what he is doing, and the obligation to use this knowledge constructively. The people who are introducing survey research to Germany are playing a key role in the social evolution of their country and are in a position to make a contribution of inestimable value. I found a general awareness of this role both in the universities and among the commercial agencies, and I believe that the seeds of solutions to the problems I found are in existence and are generally sprouting in the right directions.

#### **IV. The Exchanges Program in the Survey Field**

##### **A. This Project**

It is my feeling that the objectives of this project as described in Part I above have been substantially furthered through my visit. Nearly all of the people I saw knew about the Exchanges Program and were anxious to learn what they could from me. I have the general feeling that the large and more active agencies are more aware of their own needs than the less well established ones. In other words, those who already know the most about the survey method were the most eager to learn more and make comparisons between their work and the American experience I was able to offer them. As Part II of this report shows, in addition to giving information and advice to the Germans I also learned a lot about their operations. Not only the universities, but the commercial agencies as well, were generous with their time and with information concerning their work. I consider this attitude very encouraging, as it is the keystone for developing the communication between agencies that is essential to sound survey work.

It was at one time contemplated that the three specialists under this program travel together as a team. While there would have been advantages in such a plan, I think that having us travel separately as it has worked out, is preferable. Most of the agencies would find a concentrated visit from three of us so difficult to coordinate with their regular work schedule that a substantial amount of the time of the specialists might be lost.

##### **B. Germans to the United States**

I met a number of people who had gone to the States to study our survey agencies. They all seemed to be enthusiastic about their visits, and I could see them applying in their own shops the things they had learned. I think that the Germans under this program should generally devote somewhat more time to visiting American commercial agencies than they seem to. They undoubtedly get a broader understanding of surveys by visiting the university centers, and their time should certainly be concentrated at such points, but unless they also see a number of various types of commercial agencies, they may return to Germany with a somewhat biased picture of the whole field as it exists in the United States.

I found very real evidence of the value of this program, and I feel that there is a definite continuing need for it.

### **C. Future United States Specialists to Germany**

I have already stated that I do not think we should send specialists in a group to travel as a team. My experience also leads me to several other suggestions for future United States specialists.

I feel that I and others before me have made sufficient effort to establish contact with all agencies doing surveys or related work. As I have pointed out in Part II, there are many agencies that are interested in surveys but are not actually doing the work on a regular basis. These agencies now know about the Exchanges Program, and they know of the work of HICOG's Reactions Analysis Staff. I have let them know of HICOG's interest in them and willingness to help them when they need assistance. Future specialists could most profitably devote their time to the operating agencies described in section B of Part II. I would recommend that when itineraries are planned, the agencies listed in section C and D be contacted in advance to see if they have any work under way or planned with which the specialist might specifically help them. Otherwise I would eliminate them from the itinerary. In this way the specialist would be able to spend more time with each agency that is actually carrying on surveys.

I recommended that the specialist plan to spend at least a month with each organization. This would give him time to participate in the work in such a way that he can really understand it and influence it. In a week with one agency I found I could get to know the staff people and give them much general information, but could not actually deal with tangible problems. For example, I was never able to make direct contact with interviewers and study their problems at first hand.

It would also be desirable to notify the agencies of the visit of the specialist before his arrival. I missed a number of people because I was not expected.

Should a German survey association come into being, it would be highly desirable that the visit of the specialist coincide with the annual meeting. My attendance at the ESOMAR meeting proved most valuable, and another specialist could well be scheduled to be in Germany at such a time that he could attend the 1953 meeting in early September in Switzerland. Dates of WAPOR and German and European psychological and sociological meetings should also be checked in advance so that the specialist can participate whenever possible.



## Korrespondenzadresse

*c/o Wolfgang Schaefer  
Schaefer Marktforschung GmbH  
Warnstedtstraße 57  
D-22525 Hamburg  
Tel.: 040-547349-0, Fax: 040-547349-3  
Email: email@schaefer-mafo.de*

## Liste der Institute

Es wurden gegebenenfalls die später/jetzt benutzten Namen gewählt; zwecks besserer Identifikation wurden die Namen des/der Leiter(s) hinzugesetzt.

### (A) ESOMAR-Kongress (Elsinor, 1952)

### (B) Institutionen mit Interviewerstäben

- 1) DISMA, Hamburg (Hildebrandt, Hübner-Rohr)
- 2) Forschungsstelle für Volkspsychologie, Wiesbaden (Maierfels)
- 3) DIVO, Frankfurt a. M. (Lippoldt, Löchner)
- 4) Institut für Demoskopie, Allensbach (Noelle-Neumann, Neumann)
- 5) Institut für Marktanalyse und Meinungsforschung, Stuttgart (Stock)
- 6) EMNID, Bielefeld (v. Stackelberg)
- 7) ive / Institut für Verbraucherbefragung, Hamburg (Steinberg)
- 8) GfM / Gesellschaft für Marktforschung, Hamburg (Schwenzner)
- 9) Infratest, München (Dr. Lena-Renate Ernst)
- 10) NWDR Hörerforschung, Hamburg (Wolfgang Ernst)

### (C) Institutionen ohne ständigen Interviewerstab

- 1) Akademie für Gemeinwirtschaft, Hamburg (Prof. Schelsky)
- 2) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Prof. Friedensburg, Gleitze)
- 3) Forschungsinstitut für Sozial- und Verwaltungswissenschaften, Universität Köln (Prof. L. v. Wiese)
- 4) Hans Bredow Institut für Rundfunk und Fernsehen, Universität Hamburg (Prof. Zechlin, Maletzke)
- 5) Institut für Sozialforschung, Universität Frankfurt a. M. (Prof. Horkheimer, Adorno)
- 6) IFO / Institut für Wirtschaftsforschung, München (Langelütke)
- 7) Institut für Weltwirtschaft, Universität Kiel (Prof. Mackenroth, Bolte, Baade)
- 8) Psychologisches Institut der Universität Hamburg (Prof. Bondy)
- 9) Soziologisches Seminar der Freien Universität Berlin (Prof. Bülow, Leiber)
- 10) Soziologisches Seminar, Universität Köln (Prof. René König)
- 11) Sozialforschungsstelle an der Universität Münster (Prof. Hoffmann, Neuloh, Brepohl)
- 12) Soziographisches Institut, Frankfurt a. M. (Prof. Neundörfer)
- 13) UNESCO Institute for Social Sciences, Köln (Prof. Schokking, Wurzbacher)

**(D) Institutionen, die nicht direkt mit empirischer Forschung befaßt sind**

- 1) Gesellschaft für Wirtschaftsanalyse und Markterkundung (Nielsen Werbeforschung S+P) Hamburg (Jens Schmidt)
- 2) Hochschule für Politik, Berlin (Prof. v.d. Gablenz, Möbus, Fränkel)
- 3) Hochschule für Politische Wissenschaften, München (Fendt)
- 4) Institut für Politische Wissenschaft e.V. (Gurland)
- 5) Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Frankfurt a. M. (Mender)
- 6) Zeitungswissenschaftliches Institut, München. (Prof. D'Ester)

**Literatur**

Baxter et al. 1949/50: Report of the Social Science Research Council Committee on Analysis of Pre-Election Polls and Forecasts. SSRC, NY 1949/50 (Kopie bei ZUMA erhältlich).

Braun, Hans/Articus, Stephan, 1984: Sozialwissenschaftliche Forschung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik 1945 – 1949. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 36: 703 – 737.

Cantril, Hadley 1947: Gauging Public Opinion. Princeton University Press.

Crespi, Leo 1980: Foreword to Merrit & Merrit.

Crespi, Leo 1950: The Influence of Military Government Sponsorship in German Opinion Polling. International Journal of Opinion and Attitude Research, Summer 1950.

Crespi, Leo 1952: America's Interest in German Survey Research. In: Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten (Hrsg.).

Curtis 1946: Digests of Principal Research Department Studies 1911 - 45. Research Dept., Curtis Publishing Co. Philadelphia.

Deming, W. Edwards 1950: Some Theory of Sampling. Wiley, New York, 1950.

Deming, W. Edwards 1954: Über Vereinfachung von Stichprobenplänen durch Wiederholungen unter Anwendung gleicher Wahrscheinlichkeiten eines 1-stufigen Systems. ESOMAR - Kongreß 1955 in Konstanz, s.a. Beschreibung von Heinz Löchner im „Allgemeinen Statistischen Archiv“, 4/1954, S. 359.

Deming, W. Edwards 1960: Sample Design in Business Research. Wiley, New York.

Festinger, Leon 1957: A Theory of Cognitive Dissonance. Row - Petersen, Evanton.

Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten (Hrsg.) 1952: Empirische Sozialforschung/Meinungs- und Marktforschung/Probleme und Methoden. (Kongreßbericht von 1951), Frankfurt. a. M.

Kapferer, Clodwig 1994: Zur Geschichte der deutschen Marktforschung. Verlag Marketing Journal, Hamburg.

- Kaase, Max/Werner Ott/Erwin K. Scheuch (Hrsg.) 1983: Empirische Sozialforschung in der modernen Gesellschaft, (ADM&ASI - Tagung Oktober 1981). Campus Verlag Frankfurt a. M.
- Kaase, Max, 1998: Die Bundesrepublik: Prognosen und Diagnosen der Demokratieentwicklung in der rückblickenden Bewertung. S. 35-55 in: Jürgen Friedrichs/M. Rainer Lepsius/Karl-Ulrich Mayer (Hrsg.), Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. 38. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Katona, George 1951: Psychological Analysis of Economic Behavior. McGraw-Hill, New York, 1951.
- Katona, George 1962: Die Macht des Verbrauchers. Econ-Verlag GmbH, Düsseldorf/Wien.
- Kissinger, Henry 1994: Diplomacy. Simon & Schuster, NY, 1994 (deutsch: Die Vernunft der Nationen. Siedler/btb, 1994/96).
- König, René 1952: Das Interview. Ardey Verlag, Dortmund, 1952.
- Koch, Achim 1998: Wenn „mehr“ nicht gleichbedeutend mit „besser“ ist: Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrungen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen. ZUMA-Nachrichten 42: 66-90.
- Kutsch, Arnulf, 1995: Einstellungen zum Nationalsozialismus in der Nachkriegszeit. Publizistik, 40: 415 – 447.
- Merritt, Anna J./Merritt, Richard L., 1970: Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945 – 1949. Urbana, Chicago, London: The University of Illinois Press.
- Merritt, Anna J./Merritt, Richard L., 1980: Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949 – 1955. Urbana-Chicago-London: The University of Illinois Press.
- Merritt, Richard L., 1995: Democracy Imposed. U.S. Occupation Policy and the German Public, 1945 – 1949. New Haven and London: Yale University Press.
- Neyman, J. 1938: Lectures and Conferences on Mathematical Statistics. U.S. Dept. of Agriculture, Graduate School, Washington D.C.
- Opinion Surveys 1948: Trends in German Public Opinion. Report Nr. 100, Opinion Surveys Section, OMGUS, 1948 (Kopie bei ZUMA erhältlich).
- Parten, Mildred 1950: Surveys, Polls, and Samples. Harper, New York.
- Rogers, Carl 1945: The Nondirective Method as a Technique for Social Research. American Journal of Sociology, 50/1945.
- Schaefer, Felix 1997: Muster-Stichproben-Pläne. Hrsg. Arbeitskreis Deutscher Marktforschungsinstitute (ADM). Verlag Moderne Industrie, München (einige Exemplare bei W. Schaefer; siehe Korrespondenzadresse).
- Schaefer Marktforschung: Handbuch für Interviewer. Hamburg, o.J. (Kopien beim Institut).

---

Scheuch, Erwin K., 1998: Das politische System der Bundesrepublik. Der Wandel des Gegenstands und seiner Erforschung. S. 56-77 in: Jürgen Friedrichs/M. Rainer Lepsius/Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, 38. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schmitt, Peter 1985: Umfrage-Ergebnisse als historische Spiegelreflexe ihrer Zeit. Festvortrag, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Köln.

Weisker, Jürgen/Heinz Löchner 1951: Praktikum der Meinungsforschung: Ein Handbuch für Interviewer. DIVO, Frankfurt a.M.

Williams, Frederick W., 1949: German Opinion and American Isolationism. Public Opinion Quarterly, Summer 1949.

Williams, Frederick W. 1970: Foreword to Merrit & Merrit 1970.

# INTERNETBASIERTE UMFRAGEN ALS DATENERHEBUNGSTECHNIK FÜR DIE EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG?

WOLFGANG BANDILLA UND PETER HAUPTMANN<sup>1</sup>

The Internet offers the scientific community a growing range of new research opportunities, including that of conducting internet surveys. The article provides a brief overview of techniques of internet-located surveys, in particular e-mail, newsgroups, and world wide web (www) and discusses methodological problems, such as respondent self-selection. Findings from two internet studies are presented, followed by a discussion of the present and future outlook for internet surveys.

Internetbasierte Befragungen erfreuen sich in den letzten Jahren einer rapide ansteigenden Beliebtheit und wurden bereits zur Bearbeitung zahlreicher sozialwissenschaftlicher sowie angewandter Fragestellungen eingesetzt (für einen Überblick vgl. u.a. Batinic 1997a). Dabei ist unbestritten, daß sich das Internet für die Durchführung von Experimenten, wie etwa zur Überprüfung kognitionspsychologischer Theorien (vgl. Reips 1997, 1998), explorative Studien oder auch als Hilfsmittel zur Testung neuer Instrumente (Gräf 1997, 1998) eignet. Wie sind jedoch die Möglichkeiten des Internet einzuschätzen, wenn es darum geht, diese Techniken für sozialwissenschaftliche Umfragen zu nutzen. Ein Unterfangen, daß sicherlich eine hohe Attraktivität besitzt, da sich mit vergleichsweise geringem finanziellem Aufwand innerhalb kurzer Zeiträume Befragungen mit extrem hohen Fallzahlen realisieren lassen. Dennoch dürfte niemand ernsthaft der Ansicht sein, daß es kurz- oder mittelfristig möglich sein wird, über das Internet z.B. allgemeine repräsentative Bevölkerungsumfragen durchführen zu können. Auch wenn das Internet gegenwärtig einen wahrhaften Boom erlebt, spricht hiergegen allein schon der geringe Bevölkerungsanteil mit Zugangsmöglichkeit zum Internet bzw. zu Onlinediensten: Die ARD/ZDF-Online-Studie schätzt die Anzahl der Onlinenutzer in Deutschland im Frühjahr 1998 auf über 6,6 Millionen Personen und damit einen Bevölkerungsanteil von über 10 Prozent (van Eimeren et al. 1998: 423); nach den Ergebnissen der zweiten Welle des von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung GfK durchgeführten Online-

---

<sup>1</sup> Wolfgang Bandilla leitet die Arbeitsgruppe 'Computergestützte Datenerhebung' bei ZUMA, Peter Hauptmanns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum. Wir danken Michael Bosnjak für eine kritische Durchsicht des Manuskripts und wertvolle Hinweise.

Monitors waren es im Sommer 1998 schon 7,3 Millionen Personen.<sup>2</sup> Beide mittels CATI (Computer Assisted Telephone Interviews) anhand repräsentativer Stichproben durchgeführten Studien kommen übereinstimmend auf Steigerungsraten von über 50 Prozent innerhalb der letzten zwölf Monate.

Wir möchten im folgenden aufzeigen, welche Besonderheiten bei Online-Umfragen zu beachten sind und wie sich insbesondere das Problem der Selbstselektion in den Ergebnissen auswirken kann. Hierzu stellen wir im ersten Teil verschiedene Erhebungstechniken vor, diskutieren daran anschließend Teilergebnisse einer ausschließlich Online durchgeführten Umfrage und stellen danach die Ergebnisse einer 1997 in Deutschland telefonisch durchgeführten Umfrage zur Onlinenutzung vor. Zum Abschluß gehen wir in Form eines Ausblicks auf zukünftige und zumindest schon jetzt vorstellbare Entwicklungen ein, um die Möglichkeiten dieser neuen Techniken aufzuzeigen.

### **Techniken zur Datenerhebung über das Internet und ihre Grenzen**

Im Prinzip sind die verschiedenen Internetdienste - auf ihren technischen Kern reduziert - nichts anderes als eine Infrastruktur für Kommunikation. Die Nutzung dieser Dienste ist somit vergleichbar mit schriftlicher oder telefonischer Kommunikation. Damit sind die Internetdienste auch für die empirische Sozialforschung einsetzbar. Besonders verbreitet sind (vgl. u.a. Batinic/Bosnjak 1997: 221ff.) Befragungen per E-Mail, Befragungen in Newsgroups und Befragungen im World Wide Web, auf die im folgenden eingegangen wird.

#### **Befragungen per E-Mail**

Die einfachste Variante einer Befragung mit Hilfe des Internet ist die Befragung per E-Mail. Hierbei können die besonderen Vorteile von E-Mail („elektronische Post“), wie Schnelligkeit, Asynchronität und Ökonomie (Bosnjak 1997: 21) genutzt werden. Quasi analog zu einer postalischen Befragung wird an ausgewählte E-Mail-Adressen ein Fragebogen gesandt, der vom Empfänger ausgefüllt und auch per E-Mail zurückgesandt werden soll. Eine Modifikation dieser Vorgehensweise besteht darin, zuerst eine kurze Mail zu versenden, in der die Befragung angekündigt und um Teilnahme gebeten wird. Nur auf ausdrückliche Anforderung wird daraufhin der Fragebogen versandt.

Bei E-Mail Befragungen ist u.a. zu beachten, daß die Bereitschaft, eine E-Mail überhaupt zu lesen, von der Bekanntheit des Absenders sowie dem Interesse für das im Subject („Betreff“ einer E-Mail) aufgeführte Thema abhängig ist (vgl. Tuten 1997). Auch sollte bei der Durchführung derartiger Studien beachtet werden, daß für viele Nutzer der E-Mail Dienst mit Kosten verbunden ist: Anfallende Telefonkosten zum Download der Post, Zeit-

---

<sup>2</sup> GfK Online-Monitor, 2. Untersuchungswelle: Präsentation der zentralen Untersuchungsergebnisse am 11.9.1998, Düsseldorf.

und/oder volumenabhängige Gebühren an den Provider<sup>3</sup>, unter Umständen Limitierungen der Mailboxgröße, so daß bei viel unerwünschter Mail andere, wichtige Post nicht mehr zugestellt werden kann etc. Dabei geht es weniger um die tatsächliche Höhe dieser Kosten (die häufig minimal sind), sondern um die prinzipielle Frage, daß eine Befragung nicht mit materiellen Kosten (in welchem Ausmaß auch immer) für die Befragten verbunden sein sollte. Eine postalische Befragung, bei der der Fragebogen mit dem Vermerk „Gebühr zahlt Empfänger“ verschickt würde, ist wohl für keinen Sozialforscher vorstellbar - bei einer E-Mail-Befragung ist dagegen genau dies der Regelfall.

### **Befragungen in Newsgroups**

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, über die Newsgroups („elektronische Diskussionsforen“, vgl. Tuross/Hiltz 1988) des Usenet<sup>4</sup> zur Teilnahme an Befragungen aufzurufen oder auch Fragebögen zu veröffentlichen, die dann per E-Mail zurückgesandt werden sollen. Sowohl im deutschsprachigen als auch im englischsprachigen Usenet sind spezielle Newsgroups eingerichtet worden, die sich mit Befragungen befassen (de.alt.umfragen bzw. alt.surveys). Jedem Usenet-Teilnehmer steht es frei, diese Gruppen zu beziehen oder nicht. Wer sich dafür entscheidet, kann also implizit davon ausgehen, in diesen Gruppen mit Befragungen konfrontiert zu werden. Dies ist die Theorie. In der Praxis ist allerdings auch dieser Weg kaum praktikabel, da nur ein relativ geringer Anteil der Usenet-Teilnehmer diese Gruppen beziehen wird. Selbst eine oberflächliche Analyse der Beiträge (postings) in diesen Gruppen zeigt sehr schnell, daß nur eine ganz spezielle Klientel diese Gruppen bezieht (bzw. sich in diesen Gruppen äußert), und zwar diejenigen, die selbst Befragungen durchführen und die sich mit diesem Gegenstand beschäftigen. Dies dürfte für den weitaus größten Teil der Befragungen eine zu selektive Zielgruppe sein. Als dritte Variante bleibt das World Wide Web, und tatsächlich werden gegenwärtig die meisten Befragungen mit Hilfe des Internet im WWW durchgeführt.

### **WWW-Befragungen**

Die technischen Möglichkeiten, eine Befragung im WWW durchzuführen, sind heute bereits sehr gut. Formulare mit selektierbaren Antwortvorgaben, Java- oder Javascript-Programme (vgl. Schuster 1997), Unterstützung durch Bild oder Ton-Daten erlauben die Gestaltung von Fragebögen, die für den Befragten besser und einfacher zu handhaben wären als ein gedruckter Fragebogen (z.B. durch automatische Filterführung, Ausblendung irrelevanter Fragen etc.). Somit ist die zunehmende Attraktivität von WWW Umfragen nicht weiter überraschend. Doch auch bei dieser Erhebungsvariante stellen sich die schon

---

<sup>3</sup> Eine Firma oder Organisation, die Zugriff auf verschiedene Internetdienste (E-Mail, Newsgroups, WWW) anbietet.

<sup>4</sup> Die verschiedenen Newsgroups im Internet sind zu diesem weltweiten Netz aller Teilnehmer zusammengefasst.

benannten Probleme auf Seiten des potentiellen Umfrageteilnehmers: Die Befragung muß in dem Informationsangebot des WWW überhaupt erst einmal gefunden werden, und die Beantwortung des Fragenprogramms ist in der Regel mit Kosten verbunden.

Zur Kostenfrage: Nach den Ergebnissen einer weiter unten ausführlicher dargestellten Academic-Data-Umfrage schätzten 31 Prozent der Befragten in Deutschland die Kosten für den Internet-Zugang als „hoch“ oder „sehr hoch“ ein. Zu diesen Providergebühren addieren sich die Gebühren der Telefonverbindung zum Provider, ein bei den (insbesondere im Ortsbereich) relativ hohen Gebühren in Deutschland auch nicht unerheblicher Faktor. Eine Online-Umfrage nimmt unter Umständen erhebliche Zeit des Befragten in Anspruch. Zeit, die in aller Regel Online-Zeit ist, also mit einer bestehenden - Kosten verursachenden - Verbindung zum Netz. Der Befragte muß also schon ein erhebliches Interesse an der Teilnahme haben, um bereit zu sein, diese Kosten zu tragen - oder er verfügt über einen kostenfreien Zugang, z.B. am Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Beides führt zu schiefen Abbildungen selbst einer eingeschränkten Grundgesamtheit („WWW-Nutzer“).

Bedeutsamer für Stichprobenverzerrungen dürfte aber nicht der Kostenaspekt sein, sondern die Frage, mit welcher Wahrscheinlichkeit die WWW-Nutzer überhaupt in die Untersuchungstichprobe gelangen. Zuerst einmal ist eine bestimmte Umfrage nichts anderes als eine von mehreren Millionen Adressen (URLs) im World Wide Web. Die Chance, durch reinen Zufall auf die URL einer Befragung zu gelangen, ist minimal. Das Vorhandensein der Umfrage muß also propagiert werden.<sup>5</sup> Ankündigungen in Usenet-Newsgroups, Links von möglichst vielen anderen Seiten auf die Befragung, Platzierung von Werbebannern an möglichst häufig besuchten Stellen im WWW (insbesondere bei Suchmaschinen) und ähnliches können die Aufmerksamkeit für die Befragung erhöhen.

Allerdings sind auch dem Grenzen gesetzt: Werbebanner sind häufig mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Links werden nicht beliebig auf anderen Seiten aufgenommen, i.d.R. geschieht dies nur, wenn eine inhaltliche Verbindung zu den Ursprungsseiten besteht. Und Ankündigungen in Newsgroups oder Mailing-Listen zielen wiederum, wie oben ausgeführt, auf eine sehr beschränkte Population innerhalb der Onlinenutzer.

Es ist daher zweifelhaft, ob diese Methoden ausreichend erfolgreich sein können. Dieses Vorgehen wäre in der „Offline“-Welt vergleichbar mit einer Telefonumfrage, für die auf Litfaßsäulen, Plakatwänden oder in telefonischen Ansagediensten mit dem Hinweis geworben würde: „Wir möchten Sie befragen, bitte rufen sie uns unter der folgenden Nummer an“. Es ist leicht einsehbar, daß es relativ unwahrscheinlich ist, auf diesem Wege eine

---

<sup>5</sup> Batinic hat in seiner Umfrage FAQ ([http://www.psychol.uni-giessen.de/~Batinic/survey/frag\\_faq.htm](http://www.psychol.uni-giessen.de/~Batinic/survey/frag_faq.htm)) ausführlich dargestellt, wie dabei vorzugehen ist (vgl. auch Batinic 1997b).



- selbst eingeschränkt auf die Gruppe der Telefonbesitzer - verallgemeinerungsfähige Stichprobe zu erhalten.<sup>6</sup>

Anders im WWW: Viele Umfragen im Web behaupten von sich, repräsentative Ergebnisse für „die Internetnutzer“ zu erzeugen. Immer wieder findet sich auch in Befragungen, die mit Hilfe des Internet durchgeführt werden, der Hinweis, diese Umfrage sei „repräsentativ“. Repräsentativität ist ja sozusagen ein „Gütesiegel“ für eine Umfrage, und wer seine Ergebnisse verkaufen will, benötigt dieses Gütesiegel. Also vergibt man es sich selbst, leider im Falle der Internet-Umfragen i.d.R. unberechtigterweise.

Es ist offensichtlich, daß - wie schon zu Anfang ausgeführt - eine Repräsentativität für die Gesamtbevölkerung in Deutschland, den USA oder wo auch immer bei dem derzeitigen Verbreitungsgrad und den Verbreitungsmerkmalen<sup>7</sup> der Technologie nicht zu erreichen ist.<sup>8</sup>

Bleibt also Repräsentativität für die Grundgesamtheit der Internet-Nutzer, oder korrekter: der WWW-Nutzer. Auch diese ist a-priori nicht zu erreichen, wie im folgenden erläutert werden wird.

Eine WWW-Stichprobe ist in aller Regel keine Zufallsauswahl, sondern (fast) immer eine selbstselektierte Stichprobe. Die Frage, die sich dabei stellt, um zumindest ansatzweise die Qualität der Stichprobe beurteilen zu können, ist nun, ob zwischen den Teilnehmern einer Befragung und den Nichtteilnehmern systematische Unterschiede existieren.

Üblicherweise wird versucht, dies durch einen nachträglichen Vergleich von bestimmten aus der Grundgesamtheit bekannten Parametern und Verteilungen mit den entsprechenden Parametern und Verteilungen in der realisierten Stichprobe herauszufinden (vgl. Hauptmanns 1996). Ist dieses Verfahren schon an sich problematisch (vgl. z.B. Schnell 1993, 1997), ist es bei Befragungen mit Hilfe des Internet gar nicht anwendbar, da eben über die Grundgesamtheit so gut wie nichts bekannt ist. Hinzu kommt, daß in einer Vielzahl von

---

<sup>6</sup> Ein typisches Beispiel dafür sind die TED-Umfragen in bestimmten Fernsehsendungen. Wohl niemand würde ernsthaft davon ausgehen, daß das Ergebnis einer TED-Umfrage als repräsentativ für die deutschen Fernsehzuschauer angesehen werden kann.

<sup>7</sup> Eine (telefonische) Befragung des Forschungsinstituts Academic Data in Essen (<http://www.academic-data.de>) aus dem Jahr 1997 ermittelt erst in 22 Prozent der Haushalte in Deutschland einen Computer, und von diesen nutzt nur ein Fünftel auch einen Internetzugang (bzw. 4,4 Prozent aller Haushalte). Die ARD-Online-Studie 1998 ermittelt allerdings schon eine Quote von über zehn Prozent Online-Nutzern in der Bevölkerung, davon etwa ein Drittel nur am Arbeitsplatz, nicht zu Hause (vgl. van Eimeren et al. 1998).

<sup>8</sup> Ob hier eine ähnliche Entwicklung wie bei der Verbreitung des Telefons und der Nutzung desselben für Umfragen erreicht werden kann und tatsächlich in zehn Jahren eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe mit Hilfe des WWW befragt werden kann, wie Werner (1997: 167) optimistischerweise annimmt, sei dahingestellt.

Untersuchungen unterschiedliche Definitionen der Internet-Nutzer zugrundegelegt werden, was wiederum eine Folge der verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten eines Netzzugangs ist (E-Mail, Homebanking, Suchen nach Informationen im WWW etc.). Ist beispielsweise der T-Online-Nutzer, der diesen Dienst ausschließlich für die Erledigung seiner Bankgeschäfte in Anspruch nimmt und so gut wie nie – obwohl die technischen Voraussetzungen gegeben sind – in das Internet wechselt, ein Internet-Nutzer? Wie sollen in bezug auf die Bestimmung der Grundgesamtheit Personen gezählt werden, die nahezu ausschließlich per E-Mail Informationen austauschen und so gut wie keine weiteren Internetdienste nutzen? Es ließen sich leicht weitere Beispiele zur Definitionsproblematik auführen (ausführlich hierzu: Hoffman et al. 1996).

Manche Befragungen greifen nun zu einer Hilfskonstruktion und vergleichen Ihre Ergebnisse mit denen anderer Internet-Umfragen. Wenn die Ergebnisse mit denen von ein oder zwei anderen Befragungen übereinstimmen, wird Repräsentativität bzw. Validität der Umfrage angenommen. Dabei wird allerdings nicht beachtet, daß ein systematischer Ausfallmechanismus, der entweder bestimmte Teile der Population von der Teilnahmemöglichkeit ausschließt, oder der die generelle Nichtteilnahme von bestimmten Populationsteilen an solchen Umfragen impliziert, in allen Studien gleichermaßen vorliegen könnte.

Die Entscheidung, einem Link zu einer Befragung zu folgen oder nicht zu folgen wird, so unsere These, viel eher als im realen Leben nicht situations- und befragungsspezifisch erfolgen, sondern aus vielerlei Gründen, wie Zeit, Kosten, Aufwand, Interesse<sup>9</sup>, Datenschutz etc. genereller Natur sein. Ein rational handelnder Internet-Nutzer muß in aller Regel für die Teilnahme an einer Befragung einen gewissen Aufwand an (materiellen und immateriellen) Kosten einplanen, wobei der wahrgenommene Nutzen in der Regel unbekannt ist.

### Zwischenresümee

Untersuchungen, die mit Hilfe der Internetdienste durchgeführt werden, können sich (zumindest gegenwärtig) allenfalls auf definierbare Teilmengen innerhalb der Grundgesamtheit der Internet-Nutzer beziehen. Beispiele wären definierte Grundgesamtheiten wie „Alle Mitglieder einer Organisation“ (sofern diese alle über einen Inter- oder Intranetzgang verfügen), „Alle Besucher einer spezifischen Website in einem spezifischen Zeitraum“ oder „Alle Teilnehmer einer Mailing-Liste“ und ähnliches (vgl. auch Lander 1998).

---

<sup>9</sup> Oder um einfach nur „aus Spaß“ ein verfälschtes Ergebnis der Befragung zu erreichen: So wurden z.B. auf dem Web-Server des Fussballvereins Borussia Dortmund die Besucher gebeten, einen Tip über den Tabellenplatz des Vereins am Ende der laufenden Saison abzugeben. 83 Prozent meinten, Dortmund wäre ein Abstiegs kandidat. Dies war das Ergebnis eines automatisierten Scripts, mit dem ein computerversierter Fan eines konkurrierenden Vereins (Schalke 04) die Befragung bewußt verzerren wollte.

Eine generelle Nutzung der Methode „Online-Befragung“ für repräsentative Umfragen ist z.Z. nicht möglich.

Als Hauptprobleme sind zu nennen:

- Die Grundgesamtheit der Internet-Nutzer ist vor allem aufgrund der unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten der Internetdienste nur schwer zu definieren. Eine allgemein gültige Definition fehlt.
- Die Ziehung einer echten Zufallsstichprobe (die Verallgemeinerungen auf eine Grundgesamtheit zuläßt und somit als „repräsentativ“ bezeichnet wird) ist - insbesondere bei WWW Umfragen - nicht möglich.
- Die Stichprobe ist in aller Regel selbstselektierend, eine aktive Stichprobenziehung findet nicht statt. Systematische Ausfallmechanismen müssen unterstellt werden. Über die Nonrespondents liegen keine Informationen vor.

Trotz dieser methodischen Probleme steigt die Zahl der mit Hilfe von Internetdiensten durchgeführten Umfragen. Anhand einiger Daten der wohl bekanntesten WWW Umfrage, den GUV's WWW User Surveys, soll exemplarisch aufgezeigt werden, mit welchen Verzerrungen bei einer derartigen Erhebungstechnik gerechnet werden muß. Daran anschließend werden Ergebnisse einer repräsentativen telefonischen Umfrage der Firma Academic Data zur Computernutzung in privaten Haushalten berichtet. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, hinsichtlich welcher Merkmale sich gegenwärtig noch die Gruppe der „Internet-Nutzer“ von der restlichen Bevölkerung in Deutschland unterscheidet.

### **Die GUV's WWW User Surveys<sup>10</sup>**

Die vom Graphics, Visualization & Usability (GVU) Center am Georgia Institute of Technology seit Anfang 1994 durchgeführten WWW Umfragen sind für ihre hohen Teilnehmerzahlen bekannt: Sie liegen in der Regel zwischen 10.000 und 20.000, teilweise sogar bei über weit über 20.000 Teilnehmern.<sup>11</sup> Die Ergebnisse dieser Umfragen finden vor allem in den populären Computermagazinen Beachtung, wenn es darum geht, Veränderungen in der demographischen Struktur der das Internet nutzenden Personen aufzuzeigen. Ein Merkmal dieser, wie auch anderer, ähnlich konzipierter Umfragen<sup>12</sup> ist, daß an ihnen ohne weitere Einschränkungen jede Person teilnehmen kann, die über einen Zugang zum

---

<sup>10</sup> Zu finden unter dem URL: [http://www.cc.gatech.edu/gvu/user\\_surveys/](http://www.cc.gatech.edu/gvu/user_surveys/)

<sup>11</sup> Das methodische Vorgehen dieser auf hohe Teilnehmerzahlen ausgerichteten WWW-Umfragen erinnert ein wenig an das in vielen Statistik-Lehrbüchern zitierte „Literary Digest Disaster“ aus den Anfangszeiten der Umfrageforschung (vgl. Bryson 1976: 184-185).

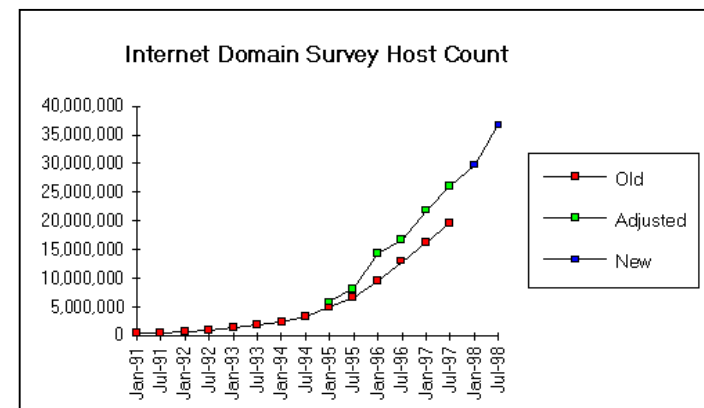
<sup>12</sup> Am bekanntesten im deutschsprachigen Raum ist die von Fittkau und Maaß durchgeführte W3B-Umfrage (<http://www.w3b.de>), die seit kurzem sogar europaweit in insgesamt neun Sprachversionen durchgeführt wird.

Internet und die übliche Browser Software verfügt. Seit 1995 finden die Umfragen alle sechs Monate zu festen Terminen statt, und zwar jeweils im April/Mai sowie Oktober/November eines jeden Jahres. Die Feldzeiten betragen vier Wochen. Die Bekanntmachung der Umfragen erfolgt im wesentlichen über entsprechende Hinweise in Newsgroups und Mailinglisten sowie über Werbebanner bei den großen Suchmaschinen und anderen häufig aufgesuchten Seiten. Neben einer ausführlichen Dokumentation, in der u.a. auf die eingeschränkte Aussagekraft der Daten aufgrund der Stichproben- und Selbstselektions-Problematik hingewiesen wird, zeichnet die GVO Umfrage im Unterschied zu anderen WWW Befragungen noch eine weitere Besonderheit aus. Und zwar werden nicht nur die Ergebnisse einzelner Befragungen dargestellt, auch die Datensätze (einschließlich der Codebücher) stehen im ASCII-Format für eigene Analysen zur Verfügung und sind Online abrufbar.

Werden die Ergebnisse dieser halbjährlich veranstalteten Umfragen hinsichtlich der Variablen „Alter“ und „Bildung“ näher betrachtet, so zeigen sich im Zeitverlauf sehr homogene Bilder: Es dominieren bei allen Umfragen die jüngeren Altersgruppen, und die Teilnehmer/Teilnehmerinnen verfügen im Vergleich zur Normalbevölkerung über einen deutlich höheren Bildungsabschluß. Der Anteil der teilnehmenden Frauen stieg zwischen Oktober 1995 mit 29 Prozent auf knapp 39 Prozent im April 1998.

Wie sind nun diese Ergebnisse einzuschätzen? Hierzu soll ein Vergleich der GVO-Ergebnisse mit der Entwicklung der an das Internet angeschlossenen Rechner vorgenommen werden. Grundlage dieses Vergleiches ist der von Mark Lottor seit 1987 durchgeführte „Internet Domain Survey“. Danach ist bei den Rechnern (Hosts) insbesondere seit 1995 ein überproportionaler Anstieg zu verzeichnen (vgl. Abbildung 1).

**Abbildung 1: Entwicklung der an das Internet angeschlossenen Rechner (Quelle: Network Wizards)**



Zu beachten ist, daß Lottor mit Beginn des Jahres 1998 eine neue Meßtechnik zum Einsatz bringen mußte, da das bis dahin eingesetzte Verfahren aufgrund technischer Restriktionen zunehmend die Zahl der Internetrechner unterschätzte (vgl. hierzu die ausführliche Beschreibung der verschiedenen Techniken unter dem URL: <http://www.nw.com>). In Abbildung 1 bezieht sich deshalb die untere Linie auf das alte, die obere Linie auf das neue Verfahren bzw. entsprechend adjustierte Zahlen. Auch wenn es nicht möglich ist, aus der Zahl der Internetrechner die Gesamtteilnehmerzahl des Internet hochzurechnen, da unbekannt ist, wieviele Personen im Durchschnitt pro Rechner einen Zugang zum Internet haben (Batinic/Bosnjak 1997: 233), nehmen wir an, daß - gleichgültig, welches Meßverfahren zugrundegelegt wird - zwischen 1995 und 1998 die Anzahl der an das Internet angeschlossenen Personen ebenso wie die Entwicklung der Hosts überproportional anstieg.<sup>13</sup>

Bezogen auf die GVO Umfragen müßte sich der überproportionale Rechneranstieg innerhalb dieses Zeitraumes abbilden, und zwar bei der Frage, wie lange die Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieser Umfragen schon das Internet nutzen.

Es zeigt sich (vgl. Tabelle 1), daß mit Ausnahme der Umfrage vom Oktober 1997 der Anteil der Internet-Neulinge unter den Teilnehmern („weniger als sechs Monate“ Erfahrung mit dem Internet) im Zeitverlauf fiel: Von 28 Prozent im Oktober 1995 auf nur noch acht Prozent im April 1998.

Werden nun aus den absoluten Host-Zahlen des Internet Domain Survey die Prozentanteile der halbjährlich neu hinzukommenden Hosts errechnet und diese Werte mit den jeweils um drei Monate zeitversetzt stattfindenden GVO Umfragen verglichen, und zwar im Hinblick auf die Entwicklung des Anteils der Internet-Neulinge („weniger als sechs Monate Erfahrung“), so zeigen sich - sowohl für das alte als auch neue Meßverfahren durchgängig deutliche Diskrepanzen.

**Tabelle 1: „Internet-Neulinge“ im Vergleich zum Host-Zuwachs**

(alle Angaben in Prozent)	Okt. 95	April 96	Okt. 96	April 97	Okt. 97	April 98
Weniger als 6 Mon. im Internet	28	24	18	12	18	8
Zuwachs an Hosts „altes“ Verfahren	37	43	36	25	21	
Zuwachs an Hosts „neues“ Verfahren	40	75	14	30	19	14

<sup>13</sup> Diesem Vergleich liegt die Annahme zugrunde, daß der Faktor „Nutzer pro Rechner“ über die Zeit konstant bleibt.

Während z.B. in der ersten Jahreshälfte 1995 nach dem „alten“ Meßverfahren die Zahl der an das Internet angeschlossenen Rechner (Hosts) um 37 Prozent stieg, gaben bei der GVVU Umfrage vom Oktober 1995 lediglich 28 Prozent der Teilnehmer an, erstmalig innerhalb der letzten sechs Monate (d.h. zwischen April und Oktober 1995) ins Internet gegangen zu sein. Legt man das - in diesem Fall - adjustierte „neue“ Meßverfahren zugrunde (40 Prozent), ist die Abweichung noch stärker. D.h. an der GVVU Umfrage vom Herbst 1995 nahmen deutlich weniger Personen mit nur geringer Interneterfahrung teil als nach der Entwicklung auf seiten der Hosts im nahezu gleichen Zeitraum zu erwarten wäre. Mit Ausnahme der im Oktober 1997 durchgeführten Umfrage, bei der der Anteil an Internet-Neulingen (18 Prozent) relativ nahe am Rechner-Anstieg des ersten Halbjahres 1997 (21 Prozent bzw. 19 Prozent) lag, sind bei den GVVU Umfragen die Internet-Neulinge deutlich unterrepräsentiert. Derartige Verzerrungen können auch bei anderen Variablen, die die Teilnehmer dieser Umfragen beschreiben (wie z.B. Alter, Bildung und Geschlecht), nicht ausgeschlossen werden. Hauptursache für diese Diskrepanzen dürften die gerade bei WWW Umfragen auftretenden und schon weiter oben beschriebenen Selbstselektionseffekte sein.

Aus diesem Grund dürfte es (zumindest gegenwärtig) unerlässlich sein, zur Gewinnung von validen Daten über die Struktur der Internet-Nutzer auf Erhebungstechniken zurückzugreifen, die eine Stichprobenauswahl nach einem wohldefinierten Design erlauben. Im folgenden werden deshalb Ergebnisse einer telefonischen Befragung der Firma Academic Data berichtet, in deren Mittelpunkt Strukturdaten und Nutzungsgewohnheiten im Online Bereich standen und die somit erste Rückschlüsse auf die gegenwärtige Situation in Deutschland zulassen.

### **Wie sieht er aus, der Internet-Nutzer in Deutschland?**

Die demographischen Angaben wie auch Angaben zu Nutzungsgewohnheiten unterscheiden sich zwischen den verschiedenen Online-Erhebungen relativ stark. So schwankt z.B. der Anteil weiblicher Nutzer von Internet-Diensten zwischen circa 12 Prozent (W3B-Umfrage, <http://www.w3b.de/W3B-1997/Okt-Nov/Zusammenfassung.html>), über rund 15 Prozent (3-Länder-Umfrage, [http://www.psychol.uni-giessen.de/~Batonic/survey/drei\\_1.htm](http://www.psychol.uni-giessen.de/~Batonic/survey/drei_1.htm)) bis zu circa 20 Prozent (Umfrage der Uni-Leipzig, <http://www.marketing.uni-leipzig.de/Minternet.htm>).

Offline-Studien weisen dagegen höhere Anteile auf: Die ARD-Online-Studie 97 (vgl. van Einerem u.a. 1997) gibt als Frauenanteil 27 Prozent an, und die Academic-Data Studie<sup>14</sup>,

---

<sup>14</sup> Die Ergebnisse basieren auf den Daten einer Erhebung der Firma Academic Data in Essen zu „Computernutzung in privaten Haushalten“ (vgl. Esser/Hauptmanns 1998; Ergebnisauszüge unter <http://www.academic-data.de>). Es handelt sich dabei um eine telefonische Befragung von Haushalten in Deutschland. Die Auswahl erfolgte über eine Zufallsauswahl aus einem Register

auf wir uns hier im wesentlichen beziehen, ermittelt einen Frauenanteil an den Internet-Nutzern von circa 28 Prozent, wenn man die Frage auf die private Nutzung beschränkt. Rechnet man die Nutzung am Arbeitsplatz hinzu, ergibt sich sogar insgesamt ein Frauenanteil an allen Internet-Nutzern von 32 Prozent. Wir gehen von der Annahme aus, daß diese Unterschiede darin begründet sind, daß sich die Gruppe der „Internet-Nutzer“ in mehrere Subgruppen mit unterschiedlichem Nutzungsverhalten differenziert und somit Teile der Zielpopulation von den Befragungen nicht erreicht werden - entweder weil ihr Internet-Nutzungsprofil nur eine geringe WWW-Nutzung aufweist, weil die Art ihrer Nutzung des WWW das Auffinden von WWW-Umfragen erschwert und/oder weil die Teilnahme an Befragungen nicht in ihr persönliches Nutzungsprofil paßt (bzw. sie durch ihr Nutzungsverhalten in einer Befragungsteilnahme keinen Beitrag zur Erreichung persönlicher Präferenzen sehen).

Betrachten wir zuerst die Internetnutzer allgemein. Die drei größten Altersgruppen der Internetnutzer liegen zwischen 20 und 50 Jahren, wobei die 30- bis 40jährigen die größte Einzelgruppe darstellen. Der Mittelwert liegt, betrachtet man nur die private Nutzung, bei 35,7 Jahren. Rechnet man auch diejenigen hinzu, die ausschließlich im Beruf über einen Internetzugang verfügen, steigt er sogar auf 36,8 Jahre.

Nach wie vor gilt, daß der überwiegende Teil der Internetnutzer über eine gehobene Ausbildung verfügt. Über 20 Prozent besitzen bereits einen Hochschulabschluß, und insgesamt verfügen mehr als die Hälfte über das Abitur oder höheres als letzten Bildungsabschluß.

Dies spiegelt sich natürlich auch im beruflichen Status der Befragten wider: gut elf Prozent befinden sich noch in der Ausbildung, 43 Prozent sind Angestellte, die Gruppe der Arbeiter ist mit unter vier Prozent dagegen nur marginal vertreten.

### **Nutzung der verschiedenen Internetdienste**

Der E-Mail Dienst ist immer noch der meistgenutzte Service im Internet. Mehr als 40 Prozent der Befragten gaben an, diesen Dienst sehr häufig oder häufig zu nutzen, weitere 36 Prozent nutzen ihn zumindest manchmal oder selten. Aber immerhin fast ein Viertel der Befragten gab an, den E-Mail Dienst nie zu benutzen. Dieses Viertel ist also sowohl

---

(Telefonauskunft-CD) mit anschließend weiterer Randomisierung durch ein „random last digit“-Wählverfahren. Befragt wurden rund 2.600 Haushalte. Die Befragungszeit lag zwischen 17.00 und 21.00 Uhr, und befragt wurde dasjenige Haushaltsmitglied, das einen im Haushalt vorhandenen Computer am häufigsten benutzt.

von der Teilnahme an E-Mail-Umfragen als auch von der Teilnahme an Web-Befragungen, auf die per E-Mail verwiesen wird, ausgeschlossen.

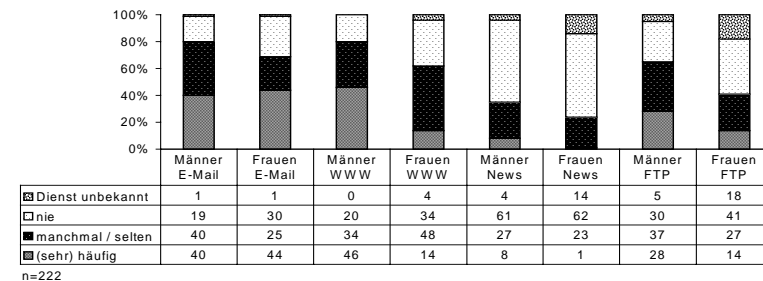
Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Betrachtung des WWW. Dieser Dienst ist zwar der vielleicht inzwischen bekannteste, aber auch hier sagt mehr als ein Viertel der Befragten, daß sie ihn nicht nutzen (oder nicht einmal kennen). Diese Gruppe ist folglich bei WWW-Umfragen nicht erreichbar.

Dramatischer sind allerdings die Ergebnisse in bezug auf die Nutzung des Usenet, also der Newsgroups. Über 60 Prozent der Befragten nutzen diesen Dienst nie, sieben Prozent wissen gar nicht, was das ist. Nur sechs Prozent der befragten Internetnutzer sind sehr häufige oder häufige Nutzer der Newsgroups, wobei nicht zwischen sich aktiv beteiligenden und passiven, also nur lesenden Nutzern, differenziert werden kann.

Es läßt sich also durchaus feststellen, daß alle Dienste von einem jeweils nicht unerheblichen Teil der Internet-Nutzer nicht genutzt werden und diese somit für Befragungen in dem jeweiligen Dienst nicht erreichbar sind.

Es scheint, als würde es jeweils gewisse Präferenzen für einen speziellen Dienst geben, während andere vernachlässigt werden. Bei Gruppen, die nach ihrer Nutzungsintensität homogen zusammengesetzt sind, müßte bei einer einfachen Kreuztabellierung von zwei Diensten miteinander ein Großteil der Befragten auf der Hauptdiagonalen zu finden sein (also in beiden Diensten gleiche Nutzungsintensitäten angegeben haben). Dies ist bei der Betrachtung von E-Mail und WWW nur zu einem Drittel der Fall, im Falle von WWW und Newsgroups sogar nur zu 20 Prozent. Der Großteil der Internetler nutzt also die verschiedenen Dienste - wenn überhaupt - nicht gleichmäßig.

**Abbildung 2: Nutzung von Internetdiensten**



Betrachten wir die Nutzungsintensität der verschiedenen Dienste nach Geschlecht der Nutzer differenziert, ergibt sich ein deutlicher Hinweis auf die Ursache der Unterschiede zwischen Online- und Offline-Befragungen. Aufgrund ihres Nutzungsverhaltens ist es



nahezu zwangsläufig, daß der Anteil von Frauen in WWW Umfragen geringer ist als ihr Anteil an Internet-Nutzern tatsächlich ist. Das WWW ist eindeutig dominiert von Männern: Fast 46 Prozent der Männer gaben an, das WWW sehr häufig oder häufig zu nutzen, aber nur 14 Prozent der Frauen. Demgegenüber stehen 38 Prozent Frauen, die das WWW nie nutzen, aber nur 20 Prozent Männer. Wenn man nun voraussetzt, daß die - relativ wenigen - Frauen, die das WWW häufig nutzen, nicht eine überproportional starke Motivation besitzen, ihre Online-Zeit durch das Ausfüllen von Fragebögen zu verbringen, muß der Anteil von Frauen in WWW-Umfragen ihren tatsächlichen Anteil an den Internet-Nutzern unterschätzen. Vielleicht gibt die Demographie der WWW-Befragungen sogar die der WWW-Nutzer einigermaßen korrekt wider, aber nicht die demographische Zusammensetzung der Internet-Nutzer allgemein.

Ohne darauf jetzt detailliert eingehen zu können, läßt sich feststellen, daß gleiches in noch extremerer Form auch für die Altersverteilung gilt. Das WWW ist unter den jungen Internetteilnehmern außerordentlich beliebt, seine Nutzungsintensität nimmt mit steigendem Alter allerdings kontinuierlich ab. Dadurch wird erklärbar, warum z.B. ältere Internet-Nutzer in WWW-Befragungen unterrepräsentiert sind.

Auch unterscheiden sich Männer und Frauen nicht nur in bezug auf die Intensität der Nutzung des WWW, sondern auch sehr deutlich in bezug auf ihren Umgang mit diesem Dienst. Zwar steht für beide Gruppen mit weitem Abstand die gezielte Suche nach Informationen im Vordergrund. Jeweils um die 90 Prozent geben an, dies im Web zu tun. Aber die wenigsten werden gezielt nach Umfragen suchen, an denen sie teilnehmen können.

Auf solche Umfragen stößt man mehr oder weniger zufällig oder eben durch Links von vielbesuchten Sites, wie z.B. Suchmaschinen. Betrachten wir diese Aktivitäten. Zufälliges findet wohl am ehesten beim sogenannten „Surfen“ statt, dem Hangeln von Link zu Link auf der Suche nach Interessantem. Für Männer ist dies auch eine völlig normale Webnutzung: fast 70 Prozent geben an, dies zu tun. Frauen dagegen „surfen“ nur zu 43 Prozent, also deutlich weniger. Also ist ihre Chance, auf eine Umfrage zu stoßen, geringer. Gleiches gilt für die Nutzung von Suchmaschinen. Für Männer scheint dies häufig der Ausgangspunkt für alle Webaktivitäten zu sein: mehr als drei Viertel der männlichen Internet-Nutzer geben an, Suchmaschinen zu benutzen, aber wiederum nur 43 Prozent der Frauen.

Versucht man, dieses Nutzerverhalten zu charakterisieren, läßt sich vielleicht behaupten, daß für Männer das WWW zu einem guten Teil auch noch eine Art „Spielzeug“ ist, in dem man eben „surft“, während Frauen dieses Medium weniger, aber dafür gezielter oder ernsthafter einsetzen. So nutzen sie das Web wiederum häufiger als Männer zum Abruf von TV- oder Presseinformationen und auch zum Online-Shopping. Vielleicht wäre also

eine strategische Platzierung von Links zu Umfragen in diesem Umfeld ein Mittel, verstärkt weibliche Webnutzer in die Befragung einzubeziehen.

Zurück zu den Unterschieden zwischen On- und Offline-Befragungen. Die vorgestellten Ergebnisse zeigen deutlich, daß Frauen in Befragungen über das Internet unterrepräsentiert sind. Ein wesentlicher Grund dafür - und auch für die meisten anderen festzustellenden Differenzen, so die These, liegt (neben z.B. einer größeren Sorge von Frauen darüber, daß trotz aller Zusicherungen der Anonymität ihre E-mail Adresse weitergegeben wird und sie in der Folge verstärkt Belästigungen befürchten) in einem unterschiedlichen Nutzerverhalten von Männern und Frauen bzw. Antwortern und Nichtantwortern einer WWW-Befragung und nicht etwa in einer größeren „computer-illiteracy“ bei Frauen oder einer größeren „Technikangst“, wie dies häufiger unterstellt wird.

### **Fazit und Ausblick**

Gegenwärtig besteht das Hauptproblem der Online-Befragungen darin, daß eine Stichprobenziehung nach einem wohldefinierten Design, wie wir es von anderen Datenerhebungstechniken in der empirischen Sozialforschung kennen, nicht möglich ist. Es fehlen auch nur annähernd genaue Daten über die Grundgesamtheit der Internet-Nutzer und insbesondere bei den sich immer stärker verbreitenden WWW Umfragen stellt sich das Problem der Selbstselektion. Bei diesen Umfragen ist zu erwarten, daß nur bestimmte Gruppen von Internet-Nutzern zur Teilnahme bereit sind und die auf diesem Weg gewonnenen Daten einem starken Bias unterliegen. Von daher sind ausschließlich Online erhobene Daten nicht ausreichend, wenn es z.B. darum geht, Informationen zur Demographie der das Internet nutzenden Personen und deren Verhalten im Netz zu erhalten. Diesbezüglich dürfte es auch künftig notwendig sein, die im Vergleich zu Netzerhebungen sehr kostenintensiven Erhebungstechniken, wie z.B. CATI oder CAPI, einzusetzen. Hilfreich sind in diesem Zusammenhang sicherlich die seit 1997 von der ARD (van Eimeren u.a. 1997, 1998) und GfK (Bronold 1998) regelmäßig durchgeführten repräsentativen Telefonumfragen zur Online-Nutzung. Diese Umfragen, die primär den Interessen der Marktforschung dienen, dürften jedoch für die Bearbeitung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen nicht ausreichend sein. Was gegenwärtig noch fehlt, ist eine Studie, die jeweils aktuell methodisch einwandfreie und saubere Basisdaten liefert (vgl. u.a. Josse´ 1998: 15). Auf diesem Weg wäre es z.B. möglich, das bis heute ungeklärte Problem einer sinnvollen Definition der Internet-Nutzung empirisch zu klären. Auch ließe sich auf diesem Weg erstmalig ein repräsentatives Online-Sample realisieren, dessen Nutzungsverhalten über einen längeren Zeitraum verfolgt werden könnte.

Trotz aller hier benannten methodischen Probleme existieren jedoch aus unserer Sicht schon heute eine Reihe von Anwendungsfeldern, die einen sinnvollen Einsatz dieser neuen Erhebungstechniken rechtfertigen. Beispielhaft genannt seien:

Umfragen in geschlossenen Netzwerken, wie z.B. zur Durchführung von Pretests neu entwickelter Instrumente (Gräf 1997, 1998) oder zur Realisierung von Mitarbeiterbefragungen in internationalen Unternehmungen (z.B. Durstewitz 1997).

Befragungen der Besucher einer Web-Site über ihre Einschätzung dieser Seiten. In der Marktforschung wird seit einiger Zeit das Online-Sampling-Tool „N Viz“ (Hagenhoff/Pfleiderer 1998) eingesetzt, bei dem das Problem der Selbstselektion zumindest abgemildert werden soll, indem jeder n-te Besucher einer Seite zur Teilnahme an einer Befragung aufgefordert wird.

Experimentell angelegte Grundlagenstudien, die ein theoretisch fundiertes Hypothesentesten ermöglichen (vgl. u.a. Kranz/Ballard/Scher 1997; Reips 1997, 1998; Schmidt 1997). Diese sogenannten Web-Experimente (Reips 1995) stellen die konsequente Erweiterung von Laborexperimenten mit Schreibtischcomputern dar. Sie eignen sich nicht nur zur Replikation „klassischer“ Studien, sondern sie können auch Antworten auf die oftmals nur schwer beantwortbare Frage der Verallgemeinerbarkeit experimentell gewonnener Ergebnisse liefern. Die Experimente spielen sich in vieler Hinsicht genauso ab, als würde die Versuchsperson vor einem Computer im Labor sitzen - mit dem Unterschied, daß das Experimentalmaterial auf den Bildschirm der Versuchsperson irgendwo auf der Welt transferiert wird. Jegliche Reaktion der Versuchsperson (z.B. Navigation, Antwortzeiten etc.) kann aufgezeichnet und einer statistischen Analyse zugeführt werden.

Befragungen, die explorativen Charakter haben. Hierzu können auch Untersuchungen wie die von GVU gezählt werden, die trotz ihrer methodischen Probleme eine genaue Beschreibung der teilnehmenden Personen ermöglichen (z.B. zweidimensionale Verteilungen demographischer Variablen sowie weiterer relevanter Hintergrundvariablen) und somit zur Bewertung künftiger Befragungsergebnisse wertvolle Vergleichsinformationen liefern können.

Der letzte Punkt ist von besonderer Relevanz. Noch verfügen wir über relativ wenig Informationen über den „Internet-Nutzer“, sein Handeln, seine Intentionen, seine Präferenzen etc. Jede Befragung kann dazu beitragen, dieses Wissen zu verbreitern, und sei es eben in Form von Hypothesen und Annahmen, die mit anderen Mitteln oder zu einem anderen Zeitpunkt überprüft werden. Zur Theoriebildung sind solche Befragungen bereits heute möglich - zur Theorieprüfung allerdings wohl nicht.

Und zu guter Letzt sollte nicht vergessen werden, daß es gerade für Sozialwissenschaftler, Sozialforscher sowie Markt- und Meinungsforscher notwendig ist, frühzeitig den Umgang

mit diesem Medium zu erlernen, die Chancen und Grenzen seiner Nutzung auszutesten und Wege zur Überwindung vorhandener Restriktionen zu suchen, damit nicht in Zukunft irgendwann der Tag kommt - vergleichbar mit der Telefonbefragung - an dem auch methodisch anspruchsvolle und einwandfreie Studien über einen Internet-Dienst möglich wären, aber die Techniken, diese Möglichkeit auch optimal zu realisieren, mangels vorheriger Forschung in diesem Bereich nicht zur Verfügung stehen.

## Literatur

- Batinic, B., (Hrsg.), 1997a: Internet für Psychologen. Göttingen: Hogrefe.
- Batinic, B., 1997b: How to make an internet based survey? S. 125-132 in: Bandilla, W./Faulbaum, F., (Hrsg.): SoftStat '97 - Advances in Statistical Software 6. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Batinic, B., o.J.: Umfragen-Metaliste [WWW document]. URL am 1.9.1998 [http://www.psychol.uni-giessen.de/~Batinic/survey/fra\\_andr.htm](http://www.psychol.uni-giessen.de/~Batinic/survey/fra_andr.htm).
- Batinic, B., o.J.: Umfrage-FAQ [WWW document]. URL am 1.9.1998 [http://www.psychol.uni-giessen.de/~Batinic/survey/frag\\_faq.htm](http://www.psychol.uni-giessen.de/~Batinic/survey/frag_faq.htm).
- Batinic, B./Bosnjak, M., 1997: Fragebogenuntersuchungen im Internet. S. 221-244 in: Batinic, B. (Hrsg.): Internet für Psychologen. Göttingen: Hogrefe.
- Bosnjak, M., 1997: Internetbasierte, computervermittelte psychologische Fragebogenuntersuchungen. Mainz: Gardez Verlag.
- Bronold, R., 1998: Mediengerechte Online-Forschung: Das GfK Online-Forschungsprogramm. S. 33 - 40 in: Batinic, B./Werner, A./Gräf, L./Bandilla, W. (Hrsg.): Online Research. Göttingen: Hogrefe.
- Bryson, M. C., 1976: The Literary Digest: Making of a Statistical Myth. The American Statistician 30: 184-185.
- Durstewitz, M., 1997: Erfordernisse und Grenzen des Einsatzes von Intranets in der Produktentwicklung und Qualitätssicherung. S. 39-50 in: Janetzko, D./Batinic, B./Schoder, D./Matingley-Scott, M./Strube, G. (Hrsg.): CAW-97: Beiträge zum Workshop „Cognition & Web“. Freiburg: IIG-Berichte 1/97.
- Esser, E./Hauptmanns, P., 1998: Computer- und Internetnutzung in privaten Haushalten. Essen: Academic-Data Forschungsberichte 1/98.
- GfK Medienforschung, 1998: Pressemappe zum GfK Online-Monitor. Nürnberg.
- Gräf, L., 1997: Pretest von WWW-Umfragen. S. 51-62 in Janetzko, D./Batinic, B./Schoder, D./Matingley-Scott, M./Strube, G. (Hrsg.): CAW-97: Beiträge zum Workshop „Cognition & Web“. Freiburg: IIG-Berichte 1/97.
- Gräf, L., 1998: Optimierung von WWW Umfragen: Das Online-Pretest-Studio. S. 281-302 in: Batinic, B./Werner, A./Gräf, L./Bandilla, W. (Hrsg.): Online Research. Göttingen: Hogrefe.
- Hagenhoff, W./Pfleiderer, R., 1998: Neue Methoden in der Online-Forschung. Planung & Analyse 1/98: 26-30.

- Hauptmanns, P., 1996: Nonresponse: Who responds and who does not in an Enterprise Panel Survey? S. 72-80 in: Laaksonen, Seppo (ed.), *International Perspectives on Non-response*. Helsinki: Statistics Finland.
- Hoffman, D.L./Kalsbeek, W.D./Novak, T. P., 1996: *Internet and Web Use in the United States: Baselines for Commercial Development* [WWW document]. URL am 1.9.1998 <http://www2000.ogsm.vanderbilt.edu>.
- Josse', H., 1998: Zur Seriosität in der Online-Forschung. *Planung & Analyse* 1/98: 14-19.
- Krantz, J. H./Ballard, J./Scher, J., 1997: Comparing the results of laboratory and worldwide web samples on the determinants of female attractiveness. *Behavioral Research Methods, Instruments, & Computers*, 29: 264-269.
- Lander, B., 1998: Güte von Internet-Umfragen. Zur Objektivität, Validität und Repräsentativität im Internet erhobener Daten. Erscheint in: *Planung und Analyse*.
- Reips, U. -D., 1995: *Das Web-Labor für Experimentelle Psychologie*: [WWW document]. URL am 1.9.1998 <http://www.uni-tuebingen.de/uni/sii/Ulf/Lab/WebExpPsyLabD.html> (seit April 1998 auch <http://www.genpsyserv.unizh.ch>).
- Reips, U. -D., 1997: Das psychologische Experimentieren im Internet. S. 245-265 in: Batinic, B. (Hrsg.): *Internet für Psychologen*. Göttingen: Hogrefe.
- Reips, U.-D., 1998: Theorie und Techniken des Web-Experimentierens. S. 177-196 in: Batinic, B./Werner, A./Gräf, L./Bandilla, W. (Hrsg.): *Online Research*. Göttingen: Hogrefe.
- Schmidt, W. C., 1997: World-Wide Web survey research: Benefits, potential problems, and solutions. *Behavioral Research Methods, Instruments, & Computers*, 29: 274-279.
- Schnell, R., 1993: Homogenität sozialer Kategorien als Voraussetzung für „Repräsentativität“ und Gewichtungungsverfahren. *Zeitschrift für Soziologie*, 22, Heft 1: 16-32.
- Schnell, R., 1997: Nonresponse in Bevölkerungsumfragen. *Ausmaß, Entwicklung und Ursachen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schnell, R./Hill, P.B./Esser, E., 1993: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, München/Wien: Oldenbourg (4. Aufl.).
- Schuster, F., 1997: Programming Online-Questionnaires with JavaScript and Java. S. 159-166 in: Bandilla, W. & Faulbaum, F. (Hrsg.): *SoftStat '97 - Advances in Statistical Software 6*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Turoff, M./Hiltz, S.R., 1988: Computer-mediated Communications and Development countries. *Telematics and Informatics* 5 (4): 357-376.
- Tuten, T.L., 1997: Getting a foot in the electronic door: Understanding why people read or delete electronic mail. *ZUMA-Arbeitsbericht* 97/08.
- Van Eimeren, B./Oehmichen, E./Schröter, C., 1997: ARD-Online-Studie 1997: Onlinenutzung in Deutschland. *Media Perspektiven* 10/97: 548-557.
- Van Eimeren, B./Oehmichen, E./Schröter, C., 1998: ARD/ZDF-Online-Studie 1998: Onlinemedien gewinnen an Bedeutung. *Media Perspektiven* 8/98: 423-435.

Werner, A., 1997: The problem of self-selection - some solutions. S. 167-174 in: Bandilla, W. & Faulbaum, F. (Hrsg.): *SoftStat '97 - Advances in Statistical Software 6*. Stuttgart: Lucius & Lucius.

# VON DER MANUELLEN ZUR ELEKTRONISCHEN DATENERHEBUNG: INFORMATIONSQUELLEN UND TEXTANALYSEN

*MARK GALLIKER*

In diesem Beitrag wird abgeklärt, ob bzw. inwieweit die neuen elektronischen Informationsquellen für die empirische Sozialforschung nutzbar sind. Ausgehend von der Auswahl und Bearbeitung traditioneller Datenquellen werden manuell erstellte computerlesbare Dokumente, Setzbänder von Verlagen, CD-ROMs von Printmedien, Online-Datenbanken und das WWW als Informationsquellen behandelt. Die in Suchmasken, Suchmaschinen sowie externen Programmen (wie z.B. TEXTPACK) integrierten Booleschen Operatoren eröffnen auch Perspektiven für Textanalysen. Abschließend wird auf methodologische Probleme bei der Auswertung elektronischer Informationsquellen hingewiesen.

This article considers whether and to what extent new data sources can be used for empirical social research. A brief review of selection and analysis procedures with traditional sources of data is followed by a discussion of electronic corpora such as individual collections of 'machine-readable' documents, typeset volumes of daily newspapers, CD-ROMs of print media, Online databanks, and the WWW. Textual analysis of these can utilise the Boolean operators in search engines, search frames and in software packages such as TEXTPACK. The article concludes with a discussion of methodological problems in the analysis of electronic data sources.

## 1. Einleitung

In der vorliegenden Arbeit wird auf die neuen elektronischen Informationsquellen und ihre Suchsysteme sowie auf extern verwendbare Such- und Verarbeitungsmöglichkeiten hingewiesen. Es stellt sich die Frage, ob sich elektronische Informationsquellen für die empirische Sozialforschung als nützlich erweisen, oder ob sie vorläufig ausschließlich für andere Zwecke (z.B. für journalistische Recherchen) dienlich sind.

Von linguistischer Seite wird die wissenschaftliche Verwendbarkeit von CD-ROMs eher zurückhaltend beurteilt (Wagner 1997). Allerdings wird der aktuelle technologische Stand der CDs verschiedener (u.a. amerikanischer und deutscher) Printmedien nicht differenziert. Die Möglichkeit, externe Textverarbeitungsprogramme für die Behandlung komplexerer Problemstellungen beizuziehen, wird nicht wahrgenommen. Ferner werden die hinsichtlich von Textanalysen relevanten Booleschen Operatoren nicht berücksichtigt. In der vorliegenden Arbeit werden die neuen elektronischen Untersuchungsmöglichkeiten (u.a. CDs) an den vorelektronischen gemessen und die Probleme aus der Perspektive empirisch-analytischer Wissenschaft betrachtet.

In den Sozialwissenschaften und insbesondere in der hier beleuchteten Sozialpsychologie wird der Analyse computerlesbarer Dokumente immer noch wenig Bedeutung beigemessen. Dabei soll nicht bestritten werden, daß es einige fruchtbare empirische Ansätze gibt, vor allem bezüglich gesellschaftlich relevanter Attributionen sowie Verkörperungen sozialer Urteile und Einstellungen (vgl. u.a. Schütz/Six 1994). Doch werden in einigen Bereichen der Medien- und Kommunikationswissenschaften die Zeichen der Zeit in theoretischer sowie praktischer Hinsicht besser erkannt. In Universitätsinstituten, Fachhochschulen und praxisbezogenen Forschungseinrichtungen werden Kurse für Media-Research und Online-Journalismus angeboten. Bei diesen Kursen werden jedoch selten Techniken zur systematischen Inhaltsanalyse diskutiert. Im Vordergrund steht die Sichtung thematisch vorgegebener Texte hinsichtlich der Produktion neuer Texte. Die sozialwissenschaftlichen Möglichkeiten von systematischen Recherchen von Volltexten werden nicht oder höchstens am Rande thematisiert.

Seit den ersten computergestützten text- und inhaltsanalytischen Verfahren (vgl. u.a. Klingemann 1984) gab es immer wieder Fortschritte in den Auswertungsmöglichkeiten von Textmaterial zu verzeichnen (vgl. Nissan/Schmidt 1995). Qualitativ neue inhaltsanalytische Möglichkeiten eröffneten jedoch erst die an klassischen empirischen Untersuchungen zur Worthäufigkeit und Themenbildung (u.a. Stone 1966; Iker/Harway 1969) orientierten Programme, mit denen Kombinationen verbaler Einheiten nicht nur bezüglich des Gesamttextes, sondern primär bezüglich kleinerer Text- bzw. Zählseinheiten erfaßt werden.

Von den meisten elektronischen Informationsquellen sind Items abrufbar, die auch unabhängig vom Forschungsprozeß existieren und nicht erst durch Abfragemethoden oder Tests konstituiert werden. Nach erfolgtem Zugriff liegen sie zwar ebenfalls in selektiver Form vor, doch das zugrundeliegende Datenmaterial ist in seiner ursprünglichen Gestalt konserviert und weiteren Auswertungen im Kontext gleicher, ähnlicher oder neuer Fragestellungen zugänglich. Damit lassen elektronische Datenquellen die in den letzten Jahren



vielfach erhobene methodenpluralistische Forderung als realisierbar erscheinen, gleiche Materialien mit verschiedenen Auswertungsmethoden zu untersuchen.

## 2. Informationsquellen

### 2.1 Manuell ausgewählte und gesichtete Dokumente

Bei Analysen traditioneller Dokumente wird das Untersuchungsmaterial in der Regel wie folgt erstellt: Zunächst wird das Material nach thematischen Gesichtspunkten gesichtet, ausgewählt und sortiert. Anschließend werden Originale kopiert und zur weiteren Bearbeitung vollständig, ausschnittsweise oder nur punktuell (u.a. im Sinne von Antworten auf einen vorgefertigten Abfragebogen) in den Rechner eingetippt. Hierbei besteht die Gefahr von Übertragungsfehlern, selbst wenn das Original nicht einem Tonträger entnommen und in schriftsprachliche Form transkribiert werden muß.

Maßgebliche Dokumentenanalysen und bibliometrische Untersuchungen werden nach wie vor manuell durchgeführt (vgl. u.a. Cronin/Davenport/Martinson 1997). Allerdings werden in einzelnen Untersuchungen stellenweise computerlesbare Datenquellen mitberücksichtigt (u.a. Davenport 1995). Da die klassischen Inhaltsanalysen auch bei kleinem Umfang aufwendig sind und sich das Verhältnis von Aufwand und Ertrag oft als eher ungünstig erweist, erstaunt es kaum, daß solche Untersuchungen relativ selten durchgeführt werden. Ökonomischer scheint es zu sein, die Daten mit Skalen zu konstituieren, die sich auf die subjektive Seite eines Diskurses beziehen. Häufig ist es aber schwer abzuschätzen, ob bzw. inwieweit die in den Skalen aufscheinenden positiven und negativen Diskriminierungen überhaupt gesellschaftlich relevant sind (vgl. u.a. Blank/Heinrich 1998). Im Extremfall haben sie realiter keine Bedeutung (mehr) und werden ausschließlich methodisch (wiederum) nahegelegt, während aktuelle sprachliche Diskriminierungen ignoriert werden. Die von den Medien verbreiteten Meinungen werden zwar zuweilen bei der Konstruktion von Fragebogen mitberücksichtigt, doch werden sie selten in ihrer objektiven oder vergegenständlichten Form ausgewertet, ähnlich wie sich die herkömmliche quantitative Therapieforschung selten primär auf Verhalten und Interaktion (vgl. u.a. Galliker/Herman 1994), sondern vielmehr vorwiegend auf Antworten des Klienten im Postsession outcome konzentriert (vgl. u.a. Grawe/Caspar/Ambühl 1990).

Zu den Ausnahmen im Bereich der medienpsychologischen Forschung gehört eine Studie über die Repräsentation von AIDS in der Presse (Bock et al. 1992). In dieser Studie werden thematisch relevante Beiträge heterogener Printmedien für die Jahrgänge 1982-1990 erhoben. Allerdings können mit manuellem Zugriff in der Regel nur selektive Text-

korpora erstellt werden, die pro Thema und Jahrgang nicht vollständig sind, sondern eine hinsichtlich der Fragestellung relevante Auswahl von Artikeln beinhalten, wobei die Selektionskriterien nicht immer genügend ausgewiesen sind. Die Kriterien divergieren zwischen den verschiedenen Themengruppen sowie zwischen den einzelnen Textkorpora. Trotz einem systematischen Anspruch werden die Textauschnitte oft erst im Verlaufe eines Projektes bereitgestellt und als - empirisch-analytisch durchaus fragwürdige - Belegstellen für theoretische Vorannahmen verwendet (vgl. u.a. Van Dijk 1991).

## 2.2 Manuell erstellte computerlesbare Dokumente

Zeitungskorpora finden sich unter anderem in Bibliotheken, Archiven und Forschungsinstituten. Oft handelt es sich um historisch relevante Dokumente, die für Längsschnittuntersuchungen mit vergangenheitsbezogenen Fragestellungen verwendbar sind. Darunter befinden sich auch Dokumente, die häufig in langwieriger Kleinarbeit in eine computerlesbare Form gebracht wurden. Als Beispiel eines elektronischen Textkorpus sei hier der *Wendekorpus (WK)* des *Institutes für Deutsche Sprache (IDS)* in Mannheim angeführt (IDS, R 5,6; 68159 Mannheim). Dieser Korpus entstand im Rahmen des Projektes *Gesamtdeutsche Korpusinitiative* in Zusammenarbeit zwischen IDS und dem *Zentralinstitut für Sprachwissenschaft* der Akademie der Wissenschaften in der ehemaligen DDR (Herberg/Stickel 1992). Der Wendekorpus ist eine Dokumentensammlung, bestehend aus 3.387 Artikeln (circa 3.3 Millionen Wortformen), die aus ost- und westdeutschen Printmedien sowie aus Protokollen öffentlicher politischer Debatten in Ost und West zur Zeit der Wende (1989/90) zusammengestellt wurden. Auswahlkriterium der Texte war der inhaltliche Bezug zu den historischen Ereignissen in der DDR und zur Vereinigung beider deutschen Staaten (Herberg 1993).

Der Wendekorpus ist mit dem korpuspezifischen Programm COSMAS lesbar (al-Wadi 1994). Dieses Suchsystem eignet sich besonders für linguistische und sprachpsychologische Detailanalysen. Einzelne Suchwörter lassen sich im Sinne der Booleschen Logik (siehe unten) kombinieren und bezüglich minimaler Texteinheiten orten. Untersucht man beispielsweise sprachliche Diskriminierungen von Migrantengruppen in den im Wendekorpus gespeicherten Aussiedlungs- und Übersiedlungsdebatten des Deutschen Bundestages, können entsprechende Keywords für den Diskursmodus, für die besprochenen Personengruppen sowie für Vergleichsgruppen eingegeben und in ihrem verbalen Kontext quantitativ sowie qualitativ verglichen werden (näheres in Galliker/Wagner 1995).

## 2.3 Setzbänder von Verlagen

Verschiedene Verlage stellen die Setzbänder ihrer Produktionen wissenschaftlichen Institutionen zur Verfügung. So übermittelte der Mannheimer Morgen (MM) dem IDS für das

*Handbuch Korpus (HBK)*, das auch Texte anderer Printmedien beinhaltet (insgesamt 11 Millionen Wortformen), die Setzbänder der Jahrgänge 1985-88. Die Artikel der Rubriken *Wirtschaft, Behörde-Soziales, Technik, Kultur, Politik, Umwelt, Medizin, Pädagogik* sowie *Psychologie* wurden in eine FIDAS-Datenbank aufgenommen. In dieser Datenbank sind alle bibliographischen und dokumentarischen Angaben zu jedem Artikel verzeichnet (Kolvenbach 1987). Des weiteren erhielt das IDS vom Mannheimer Morgen die Setzbänder der Jahrgänge 1989, 1992 und 1994 (jeweils circa 15 Millionen Wortformen). Für den Zeitraum vom Mai 1995 bis Ende 1996 wurden die kompletten Satzdaten ins IDS überspielt und jeweils zu Monats- und Jahresbeständen kumuliert. Die vorliegenden Daten sind extern abrufbar und zur Weiterverarbeitung auf projekteigene Rechner importierbar (vgl. u.a. Galliker/Herman/Wagner/Weimer 1996).

## 2.4 Auf CD-ROMs gespeicherte Printmedien

Wo Korpora von Printmedien auf CD-ROM vorliegen, steht das vollständige Material sämtlichen Interessenten - also auch Wissenschaftler/innen verschiedener theoretischer Ausrichtungen oder Disziplinen - zur Verfügung. Heterogene theoretische Ansätze und methodische Zugänge können bezüglich der gleichen Datenbasis verglichen werden. Die Suchmasken erlauben nicht nur Einwortabfragen. Mit den Booleschen Operatoren können auch komplexere Suchaufträge formuliert werden. In methodologischer Hinsicht ist relevant, daß Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Untersuchungen erstmals generell zugänglich und überprüfbar sind.

Im deutschsprachigen Raum liegt bis jetzt als einzige Zeitung *Die Tageszeitung (TAZ)* vollständig auf CD-ROM vor. Seit 1993 erscheinen die jeweiligen Jahrgänge der *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* und der *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)* in computerlesbarer Form. Die seit 1994 auf CD-ROMs erhältliche *Süddeutsche Zeitung* bietet in einer Gesamtausgabe einen bis 1933 zurückreichenden Teil an, der für die Einstellungsforschung von besonderem Interesse ist.

Von den italienischen Printmedien sind *Il Soe 24 Ore* (1988-92; 1995-1997) und *La Stampa* (ab 1992) auf CD-ROMs erhältlich. In Frankreich existieren CD-ROMs von *Le Monde* sowie von *Le Monde diplomatique*. Die englischen Zeitungen *Times* sowie *Sunday Times* (ab 1990) sind ebenfalls in dieser Form zugänglich. In den USA erscheinen u.a. *New York Times* (ab 1981), *Washington Post* (ab 1989), *Wall Street Journal US-Edition* (1989), *USA Today* (ab 1990), *Wall Street Journal European* und *Asian Edition* (ab 1991) sowie *Business Dateline* (ab 1995) in CD-Ausgaben.

Mit dem neuen Datenträger CD-ROM hat sich die sozialwissenschaftliche Datenlage sprunghaft verbessert. Forschungsvorhaben werden möglich, die früher in personeller und

zeitlicher Hinsicht zu aufwendig gewesen wären. Mittels CD-Volltexten wird die qualitative und quantitative Präsenz von Einzelpersonen, Personengruppen, Sachverhalten und Problemen in Medien verschiedener politischer Richtung, Auflagenstärke, Reichweite, Länder usw. zugänglich, vergleichbar und analysierbar.

## 2.5 Online-Datenbanken

Online-Datenbanken wurden bisher selten für Inhaltsanalysen verwendet. Bei einem der ersten Versuche wurden Berichte der Olympiade 1996 von *Die Welt* und *Welt online* verglichen (Ring 1997). Für sozialwissenschaftliche Fragestellungen relevante Datenbanken sind über verschiedene Online-Dienste zugänglich. Die Online-Ausgaben von Zeitungen enthalten jedoch aus naheliegenden Gründen meistens nicht die vollständige Printausgabe, wobei neuerdings die Zeitungsverleger eher nach einem eigenen Profil für die Online-Ausgabe suchen als lediglich versuchen, eine direkte Konkurrenz auszuschließen (Cornelissen 1997). In Zukunft werden lange Artikel kaum mehr auf dem Bildschirm erscheinen. Die eigentlichen interaktiven Möglichkeiten des Internet werden allerdings von den Verlagen noch kaum ins Auge gefaßt.

Relativ ökonomische Recherchen bietet *CompuServe Information Services (CIS)*. Dieser thematisch hierarchisch organisierte Online-Dienst mit 2 Millionen Mitgliedern in 185 Ländern (Juni 1998) benutzt HTML und andere Web Standards für die Präsentation der Informationen. CIS ermöglicht in erster Linie Zugriffe auf Datenbanken amerikanischer Printmedien. Datenbanken europäischer Zeitungen werden nur vereinzelt vermittelt (vor allem englische, französische und russische Zeitungen).

*Iquest* ist innerhalb von CIS ein Recherchesystem, das den Zugang zu circa 600 Datenquellen ermöglicht (u.a. *AP News, Fisheries Abstracts, BBC Summary of World, Chicago Tribune, Detroit Free Press, Los Angeles Times, Memphis Commercial, New York Times, Seattle Times, Time Magazine*). Das System schirmt die Informationssuchenden von den ungleichen Standards der verschiedenen Datenbanken ab, indem es Suchaufträge nach einheitlichen Kriterien definiert. Nachdem Keywords, Autorennamen, Jahrgänge usw. abgefragt sind, werden die entsprechenden Referenzen präsentiert. Wie bei den CD-ROMs können die mit Maskenzeichen variabel definierbaren Suchbegriffe mit den Booleanischen Operatoren kombiniert werden. Fundstellen lassen sich paketweise in eigene Dateien übertragen.

Kostengünstiger als *Iquest* ist der abends und an Wochenenden zugängliche *Knowledge Index*. Dieser CIS-Recherchedienst erlaubt den Zugriff auf eine Teilmenge von *Iquest* (circa 100 Literatur- und Volltextdatenbanken bestehend aus Fachzeitschriften, Magazinen und Tageszeitungen).

Der Recherchedienst *Newspaper Archive* beinhaltet die Freitextarchive von circa 60 amerikanischen und britischen Tageszeitungen (u.a. *Daily News*, *New York Times*, *USA Today*, *Washington Post*, *Washington Times*). Der Vorteil dieses CIS-Dienstes besteht darin, daß er relativ weit in die Vergangenheit zurückreichende Recherchen und damit ausgehende Längsschnittuntersuchungen ermöglicht. Die meisten Datenquellen beginnen mit den späten 80er Jahren; einzelne bereits 1983 (u.a. *Miami Herald*, *Philadelphia Daily News*, *Philadelphia Inquirer*) oder 1980 (*Boston Globe*).

Mit CompuServe ist ein direkter Zugriff auf laufende Nachrichten möglich. *Executive News Service (ENS)* bündelt die Informationen international relevanter Nachrichtenagenturen (u.a. *UPI*, *AP*, *dpa*, *Reuters*). Diese Informationsquellen können einzeln, gruppenweise oder vollständig genutzt werden. Die Artikel werden mit den einstellbaren Suchkriterien von ENS-Ordnern verglichen, bei Übereinstimmung mit den Kriterien in dieselben kopiert und dort vorübergehend aufbewahrt. Nutzern stehen drei Ordner mit Verfalldaten bis zu einem Jahr zur Verfügung. Diese Ordner werden laufend ergänzt, so daß im Laufe der Zeit zu bestimmten Wissensgebieten spezifische Datenbanken aufgebaut werden.

Die Suche nach Artikeln aus ENS-Nachrichtendiensten läßt sich durch CIS-Dienst *Rosebud* ökonomisch und vielseitig gestalten. Hierbei handelt es sich um ein Hintergrundprogramm, das sich selbst täglich mehrmals mit dem Ausgangsprogramm verbindet, die gewünschten Nachrichtenquellen mit bis zu sieben, mittels Klammerausdrücken komplex kombinierbaren Suchbegriffen abfragt und die gefundenen Artikel auf die heimische Festplatte überträgt, so daß sie mit methodisch weiterführenden Programmen extern bearbeitbar sind (siehe unten).

## 2.6 Das WWW als Datenquelle

Von den über die Online-Dienste zugänglichen Datenbanken des Internet ist das World Wide Web (WWW) als Datenquelle zu unterscheiden (Galliker/Männel 1998). Zur Recherche von Netzressourcen stehen über 100 verschiedene Suchmaschinen zur Verfügung (siehe <http://www.albany.net/allione/>).

Eine für Inhaltsanalysen geeignete Suchmaschine ist die seit dem 15.2.1995 im Einsatz stehende *AltaVista* (<http://www.altavista.digital.com/>). Bei einer guten Internet-Anbindung liefert sie binnen weniger Sekunden einschlägige Informationen. Das Programm indiziert momentan (Juni 98) 17 Milliarden Wörter von circa 32 (der insgesamt circa 50 Millionen) Webseiten auf über 275.600 Servern sowie von vier Millionen Artikeln der 15.000 USENET-Newsgroups (insgesamt circa 200 Gigabytes). Pro Webseite sind circa 500 Wörter indiziert. Die Datenbasis wird von automatischen Such-Robots auf

dem neuesten Stand gehalten. Das Indexprogramm Ni2 erstellt Links zu jedem Wort auf jeder von den Robots zurückgebrachten Webseite. Die Robots reagieren auch auf die für das Auffinden der Seiten relevanten unsichtbaren Zusammenfassungen der Meta-Tags im HTML-Code (Werner 1997). Pro Tag suchen und sammeln die Robots Daten von circa drei Millionen Webseiten. Die Aktualität der Nachrichten basiert auf der hohen Hit-Quote (20 Millionen pro Tag).

### 3. Textanalysen

#### 3.1 Analysen mit Hilfe der Suchmasken von CD-ROMs

Nicht alle Problemstellungen der Einstellungs- und Diskriminierungsforschung erfordern systematische Textanalysen. Oft sind eingehende Analysen von Beispielsätzen (vgl. u.a. Graumann 1995) oder qualitative Analysen einschlägiger Textmaterialien (Jäger 1996) einer bestimmten Fragestellung durchaus angemessen und wissenschaftlich sicherlich vertretbar. Freilich erlauben an Einzelbeispielen gewonnene Erkenntnisse nur Es-gibt-Aussagen, die als solche nicht falsifizierbar sind (Popper 1966). Insbesondere Arbeiten, die mit einem theoretischen Anspruch auftreten, beinhalten in der Regel generelle Aussagen, die ihrerseits systematische Textanalysen erfordern. Fehlen Angaben über Auswahl, Häufigkeit, Repräsentativität sowie Vergleichbarkeit der beigezogenen Textstellen, ist es schwer zu beurteilen, ob es sich um typische oder willkürliche Beispiele handelt bzw. ob die durch die Beispiele nahegelegenen Folgerungen einen theoretischen oder eher spekulativ-ideologischen Charakter haben.

Systematische Textanalysen sind mit den quellenspezifischen Instrumenten durchführbar. Bei den CD-ROMs werden die Suchmasken genutzt. In die Eingabefelder sind in der Regel mehrere Suchbegriffe bestimmbar und mit den *Boolschen Operatoren* verknüpfbar:

Mit dem UND-Operator erhält man Zugang zu allen Dokumenten, die den Suchbegriff vor sowie den Suchbegriff nach diesem Operator beinhalten. Nur wenn beide Ausdrücke wahr sind, ist der Gesamtausdruck wahr. Der UND-Operator ist für die Inhaltsanalyse besonders relevant, erbringt er doch Fundstellen, in denen zwei oder mehrere Themen miteinander kombiniert werden.

Verbindet man zwei oder mehrere Suchbegriffe mit dem ODER-Operator, werden sämtliche Dokumente aufgerufen, die mindestens einen der berücksichtigten Begriffe beinhalten. Wenn nur einer der angeführten Ausdrücke wahr ist, dann ist auch der Gesamtausdruck wahr. Der ODER-Operator ist inhaltsanalytisch insofern von Bedeutung, als er die Bildung von Kategorien erlaubt, die mehrere (z.B. synonyme oder familienähnliche) Wörter enthalten.

Mit dem NICHT-Operator werden bestimmte Wörter aus der Analyse entfernt. Damit lassen sich verschiedene Kategorien voneinander abgrenzen und präzisieren. Wenn bei Verwendung eines Platzhalters (z.B. \*bank) Wörter erfaßt werden, die nicht zur intendierten Kategorie (z.B. Kreditinstitut) gezählt werden können (z.B. Sitzbank), sind dieselben mit dem NICHT-Operator ausschließbar.

Bereits mit diesen einfachen logischen Mitteln lassen sich relativ komplexe empirische Untersuchungen durchführen. So wurde anhand von drei Jahrgängen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ 1993-95) die sozialpsychologisch orientierte Delegitimierungstheorie (vgl. u.a. Bar-Tal 1989) überprüft, indem festgestellt wurde, ob bzw. inwieweit Migranten kriminalisiert werden und ob bzw. inwieweit ein Zusammenhang mit der Thematisierung von Abschiebung besteht. Hierbei wurden folgende Personenkategorien verglichen: *Ausländer\**, *Asylbewerber\** (*Asylsuchende\**, *Asylant\**), *Immigrant\** (*Einwanderer\**, *Zuwanderer\**), *Flüchtling\**, *Fremde\** und als Kontrollgruppen: *Arbeitnehmer\**, *Arbeitslose\**, *Einwohner\** (*Bewohner\**), *Deutsche\**. Abgeklärt wurde, wie häufig die Verhaltenskategorie *Kriminalität\** (*kriminell\**, *Straftat\**, *Straftäter\**, *straffällig\**, *Delikt\**, *delinquent\**, *Verbrechen\**, *Verbrecher\**, *illegal\**, *illegitim\**) die Personenkategorie kontextualisiert. Im weiteren wurde das gemeinsame Auftreten der Personenkategorien mit *Abschieb\** (u.a. *Ausweisung\**, *Rückführung\**, *Deportation\**) untersucht. Die mit dem UND-Operator feststellbare Kontiguität von Personen- und Verhaltenskategorien wurde pro Artikel, Absatz, Satz, Wortpaar ausgezählt (näheres in Galliker 1996).

Das skizzierte Vorgehen bezieht sich auf verbale Ereignisse (Occurrences), die in mehr oder weniger enger Begleitung mit anderen Ereignissen (Co-occurrences) erscheinen. Unter *Co-occurrence* wird die Kontiguität verschiedener Occurrences (bzw. Wörter) pro Zählinheit verstanden. Die systematische Analyse, die computergestützt für große Textkorpora durchführbar ist, wird Co-occurrence-Analyse genannt (näheres u.a. in Galliker/Herman/Wagner/Weimer 1996). Neben der hier behandelten *horizontalen* Co-occurrence-Analyse wurde auch die *vertikale* Co-occurrence-Analyse entwickelt, mit der verbale Übereinstimmungen in aufeinanderfolgenden Beiträgen verschiedener Dialogpartner/innen oder Teilnehmer/innen von USENET-Newsgroups systematisch untersucht werden können (vgl. Galliker/Herman/Weimer 1997, 1998). Der Vorteil der Co-occurrence-Analyse gegenüber traditionellen computergestützten Textanalysen besteht darin, daß nicht nur je besondere Kategorien, sondern von vornherein Kombinationen von Kategorien und damit thematisch komplexere Geltungsbereiche einer quantitativen Analyse zugänglich werden. Im Unterschied zum gängigen Auswertungsmodus wird die Analyse auf verschiedene Zählheiten bezogen, womit auf der Basis von Massendaten auch sozialpsychologisch relevante Detailinformationen systematisch aufarbeitbar sind.

Die CD-ROMs vieler Tageszeitungen erlauben allerdings nur Kombinationen weniger Suchwörter. Zudem ist in der Regel die maximale Häufigkeit des Wortvorkommens begrenzt. Ferner sind mit den meisten Rechercheprogrammen nur die Co-occurrences pro Artikel auszählbar. Besteht keine Zugriffsoption auf kleinere Textteile wie Absätze oder Sätze, müssen die Häufigkeiten der Co-occurrences bezüglich dieser Zählheiten von Auswerter/innen bestimmt werden. In diesem Fall sind die aus einer Liste abrufbaren Artikel einzeln auf den Bildschirm zu holen und bezüglich der verschiedenen Texteinheiten auszuzählen. Dieses Verfahren erlaubt es, Bedeutungen von Wörtern in ihrem Kontext zu kontrollieren bzw. Validitätsprobleme zu minimieren (siehe unten). Die Auswertung ist sicherlich aufwendiger als bei einer automatischen Auszählung, doch gemessen an traditionellen Textanalysen ist der Zeitaufwand immer noch gering, liegt doch das zuvor mittels Keywords thematisch eingegrenzte Textmaterial in verdichteter, temporal geordneter und elektronisch leicht abrufbarer Form vor. So konnten vergleichsweise umfangreiche Untersuchungen zur verbalen Kontextualisierung von Migranten in der FAZ 1993-95 und in der NZZ 1993 sowie zur positiven und negativen latenten Evaluation verschiedener Altengruppen in der FAZ 1993-95 in relativ kurzer Zeit realisiert werden (Galliker 1996; Galliker/Klein 1997; Galliker/Weimer 1996).

Die anhand von CD-ROMs gewonnenen Daten sind exportierbar und können mittels Zusatzprogrammen weiter analysiert werden. Allerdings gestatten nicht alle CD-ROMs einen globalen Export der aussortierten Artikel. Bei einigen Printmedien sind ausgewählte Artikel nur einzeln auf die Festplatte übertragbar (z.B. FAZ 1993-97; NZZ 1994). Hingegen können beispielsweise bei der New York Times bis zu 3.000 Artikel miteinander exportiert und auf der eigenen Festplatte gespeichert werden.

Nur unter der Voraussetzung eines globalen Exports ist in absehbarer Zeit eine nachträgliche Recherche großer Textmengen mit einem externen Programm möglich (siehe unten). Dieser Auswertungsmodus ist z. B. bei Längs- und/oder Querschnittsvergleichen von Printmedien verschiedener Länder erforderlich. Hierzu notwendige Vergleiche sind mit relativ geringem Aufwand und ohne die bei Längsschnittstudien sonst üblichen Ausfälle durchführbar.

### **3.2 Analysemöglichkeiten mit Hilfe von Suchdiensten**

Einige Online-Dienste bieten Recherchemöglichkeiten, die mit jenen der CD-ROMs durchaus vergleichbar sind. So werden beispielsweise bei CompuServe mit der Definition des Suchkriteriums AND-, OR und/oder NOT-Operatoren eingesetzt. Durch die Formulierung der Suchaufträge in Klammersausdrücken sind relativ komplexe Recherchen möglich.



Im Unterschied zu Untersuchungen, die mittels CD-ROMs durchgeführt werden, besteht bei der Analyse von Online-Datenbanken oft Unklarheit über die Population. Bei unvollständiger Online-Repräsentation der Druckausgabe sind die Auswahlkriterien unbekannt und/oder unausgewiesen. Das Problem der Repräsentativität bleibt hier auch bei Einzelanalysen bestehen. Zwar gibt es Online-Dienste, die Volltexte zur Verfügung stellen (z.B. bei *T-Online* die *dpa*-Weltnachrichten), doch ist bei diesen Diensten noch keine Stichwortsuche mit Booleschen Operatoren möglich und/oder die für weitergehende Analysen relevanten Exportmöglichkeiten sind limitiert.

### 3.3 Analysen mit Hilfe von WWW-Suchmaschinen

Die für Recherchen relevanten Operatoren von Suchmaschinen sind in der Regel einfach zu handhaben. Zu den wichtigsten methodischen Prinzipien gehören die Inklusion und Exklusion von Wörtern. Bei AltaVista wird auf dieselben wie folgt hingewiesen:

„To make sure that a specific word is always included in your search topic, place the plus (+) symbol before the keyword in the search box. To make sure that a specific word is always excluded from your search topic, place a minus (-) sign before the keyword in the search box. Example: To find recipes for cookies with oatmeal but without raisins, try recipe cookie +oatmeal -raisin.“ (<http://altavista.digital.com/av/content/help.htm>).

Mit dem Oder-Operator kann ein Bedeutungsfeld (etwa synonyme und familienähnliche Wörter) abgesteckt werden. Auf der Ebene der Buchstabenfolgen werden die Variationsmöglichkeiten mit einem Platzhalter (\*) bestimmt (Beispiel: mit wish\* wird auch wish, wishes, wishful, wishbone usw. registriert). Bei der Eingabe des Wortstammes werden mit Vorteil nur Kleinbuchstaben verwendet, was folgendes Beispiel verdeutlicht:

„Wenn you search for paris, you'll find Paris, paris, and PARIS in our result pages. However, when you search for Paris, you'll only see Paris in the result pages.“ (<http://altavista.digital.com/av/content/help.htm>)

Mit der LiveTopic-Software von AltaVista (Java-Oberfläche) werden zu einem Suchbegriff die am häufigsten miteinander auftretenden Begriffe in ihrer numerischen Relation dargestellt. Sozusagen durch alle zugänglichen Seiten des Web hindurch ergibt sich eine Art komprimierter verbaler Kontext des Suchbegriffs, wobei deren Elemente in ihrer Vernetzung erscheinen. Visualisiert wird nach Kriterien wie Standort, Nähe und Häufigkeit der einzelnen Occurrences. Die resultierenden Strukturbilder sind vor allem für heuristische Zwecke verwendbar (näheres in Galliker/Männel 1998).

Qualität und Differenziertheit einer WWW-Recherche bestimmt sich durch die Anzahl verwendbarer Suchbegriffe sowie durch die Komplexität der Kombination dieser Begriffe. AltaVista erlaubt begrenzte Kombinationsmöglichkeiten, die aber für die Beantwortung

einfacherer Fragestellungen genügen. So wurde die Delegitimierungstheorie u.a. anhand der Repräsentation älterer Menschen im Web überprüft und festgestellt, inwieweit die Konnotationen vergleichbar sind mit jenen, die in der Untersuchung der FAZ 1993-95 (vgl. Galliker/Klein 1997) eruiert wurden.

WWW-Recherchen sind in methodologischer Hinsicht nicht unproblematisch. Mit Ausnahme von *Hotbot* erreichen Suchmaschinen lediglich einen Teil des Web. Als Zähleinheit steht oft nur die relativ große Texttheinheit einer Web-Seite zur Verfügung (bei Alta-Vista sind über den NEAR-Operator Wortabstände bis zu maximal acht Wortheinheiten möglich). Ferner ist das WWW in Bewegung, was die Bestimmung von Reliabilität und Objektivität in Frage stellt. Allenfalls könnten Momentaufnahmen auf CD-ROMs übertragen und zu Reproduktionszwecken verwendet werden.

### 3.4 Analysen mit externen Programmen

Mit Hilfe von WWW-Suchmaschinen oder Suchmasken von CD-ROMs können nur einzelne Co-occurrences von zwei (allenfalls drei oder vier) Occurrences ausgezählt werden. Für weniger punktuelle Untersuchungen müssen externe Programme verwendet werden. Als Beispiel sei hier TEXTPACK angeführt. Dieses Programm erschien zuerst in einer DOS-Version (vgl. u.a. Züll/Mohler/Geis 1991) und steht inzwischen auch in einer Windows 95/NT-Version zur Verfügung (Mohler/Züll 1998), wobei die Funktionalität weitgehend gleich geblieben ist (nähere Informationen bei Cornelia Züll erhältlich; [textpack@zuma-mannheim.de](mailto:textpack@zuma-mannheim.de)). Mit der für die Co-occurrence-Analyse wesentlichen Subroutine TAGCODER von TEXTPACK ist für Kategorien umfangreicher Lexika simultan feststellbar, ob bzw. wie häufig zwei oder mehr Kategorien pro Zähleinheit erscheinen, so daß abstrahierend von den sehr häufigen bedeutungsarmen Wörtern (Artikel, Hilfsverben, Modalverben usw.) der Textkorpus annäherungsweise flächendeckend registrierbar ist (vgl. u.a. Galliker/Herman/Wagner/Weimer 1996). Die Auszählung der Häufigkeiten verbaler Co-occurrences ist auf verschiedene Zähleinheiten beziehbar (u.a. auf Sätze, Absätze und Artikel). In der Folge wird berechnet, wie oft zwei oder mehrere Kategorien in Texteinheiten verschiedener Größen auftreten und welche Verteilungsmuster resultieren. Aus dem Vergleich der pro Zeitabschnitt (Jahrgang, Quartal usw.) eines Printmediums in einen multidimensionalen Raum projizierten verbalen Konstellationen lassen sich Bewegungen der Verteilungsmuster erfassen (Galliker/Herman/Weimer/Wagner 1996). Die relativen Häufigkeiten verbaler Besetzungen kleinerer respektive größerer Zähleinheiten verweisen auf intentionelle bzw. auf inzidentelle verbale Konstellationen (vgl. u.a. Galliker 1996). Aufgrund von Längsschnittstudien ist eruiert, inwieweit sich die Distributionen (z.B. Ansammlungen von unmittelbaren Attributionen)

verändern. Auf diese Weise eröffnen sich auch Perspektiven hinsichtlich der Untersuchung impliziter Diskriminierungen (näheres in Galliker/Herman/Imminger/Weimer 1998).

Zur Illustration sei ein vom Schweizerischen Nationalfonds finanziertes Forschungsprojekt zur Repräsentation der Schweiz in der New York Times angeführt. Ausgangspunkt der von Jan Herman (Mannheim) ausgewerteten Untersuchung ist die Frage, mit welchen Wörtern die früher in der New York Times fast ausschließlich mit ökonomischen und betriebswissenschaftlichen Kategorien kontextualisierte Schweiz vorzugsweise verbunden wird, nachdem das Verhalten maßgebender Kreise dieses Landes zur Zeit des Zweiten Weltkrieges allgemein bekannt wurde. In einem ersten Auswertungsschritt werden sämtliche Artikel, in denen der Signifikant Schweiz erscheint (Suchwörter: *Switzerland; swiss; switzerland; switzerland's*), von den CD-ROMs (Jahrgänge 1995-97) auf die Festplatte übertragen. In einem zweiten Schritt werden Worthäufigkeitslisten erstellt. Im weiteren werden Wörter gleicher Wortstämme gruppiert. Die Häufigkeiten sowie die Bedeutung der Wortgruppen bilden die Grundlage des Wörterbuches. Bei der Bildung des Lexikons werden sehr häufig vorkommende Wörter unspezifischer Bedeutung (*der, die, das, haben, sein, gehen, dürfen*, usw.) nicht berücksichtigt. Im weiteren werden relativ selten auftretende Einzelwörter aus der quantitativen Analyse ausgeschlossen. Im vorliegenden Fall werden Häufigkeiten > 300 berücksichtigt, was insgesamt 51 Kategorien ergibt (siehe Tabelle 1). Anschließend werden die Wortkategorien kombiniert und die Häufigkeiten sämtlicher Co-occurrences in einer Dreieckstabelle aufgelistet.

**Tabelle 1: Ausschnitt aus einem Wörterbuch\***

Kategorie	Wörter	Total
1	America; America's; American; Americans	1541
2	artist; artist's; artistic; artists; arts; arts	417
3	Bank; Banker; Bankers; Banking, bank; bank's, banker, bankers, banking; Bundesbank; Bundesbank's; bundesbank; bundesbanks; citibank; Citibank's, citybank; citybank's; Banque; banque	1827
4	business; Business; businesses; businessman; businessmen; Businessman; Businessmen	486
51	School; Schools; school; schools	359

\* Konstitutionsbasis: New York Times (195-97). Keywords: Switzerland; swiss; switzerland; switzerland's.

Aus der Studie geht hervor, daß in der New York Times der letzten Jahre im Kontext der Schweiz am häufigsten Kombinationen der Wörter *Bank, Germany, Money, Gold, Holocaust* und *Jews* erschienen. Anhand der Anzahl Co-occurrences pro Quartal verdeutlicht sich die Entstehung der gegenwärtigen Holocaust-Kontroverse. Schon ein Jahr bevor die

Kombination *Gold-Holocaust* mit der Schweiz in Verbindung gebracht und die veränderte Einstellung vieler Amerikaner/innen gegenüber der Schweiz in diesem Land überhaupt zur Kenntnis genommen wurde, erschien in der New York Times u.a. die Kombination *Bank-Money* überzufällig häufig. In den entsprechenden Artikeln wird einerseits über fragwürdige aktuelle Geldtransfers der Schweizer Großbanken (Drogenhandel, Geldwäscherei) und andererseits über deren Konzentrationsbestrebungen berichtet, was hinsichtlich einer Interpretation des späteren Diskurses (US-Boycott der Schweizer Geldinstitute) aufschlußreich sein könnte.

#### 4. Schlußbemerkungen

Die sozialwissenschaftliche Datenlage hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert und wird sich weiterhin verbessern. Die neuen Informationsquellen können allerdings nur gewinnbringend genutzt werden, wenn die bereits beachtlichen elektronischen Zugriffsmöglichkeiten und Textverarbeitungsverfahren mit der Entwicklung der Datenquellen Schritt halten. Die mit TEXTPACK und anderen Programmen ermöglichte systematische Analyse von horizontaler sowie vertikaler Co-occurrences eröffnet Perspektiven für die computergestützte Auswertung sehr großer Datenmengen, insbesondere für die Komprimierung der bei der Massenkommunikation transportierten redundanten Informationen. Detailstudien sind ebenfalls durchführbar, indem quasi trichterförmig vorgegangen wird und aussagekräftige Einzelbeispiele extrahiert werden (vgl. Wagner/Galliker/Weimer 1997). Nicht selten sind in der gleichen Studie qualitative sowie quantitative Aspekte auswertbar (vgl. u.a. Galliker/Imminger/Weimer/Bock 1997). Für computergestützte qualitative Datenanalysen im engeren Sinne stehen besondere Programme zur Verfügung (u.a. ATLAS/ti).

Die drei wichtigsten Voraussetzungen zur Bearbeitung von Massendaten mit elektronischen Mitteln sind bei den skizzierten elektronischen Informationsquellen meistens bereits erfüllt:

1. Die Suche erfolgt mit den Booleschen Operatoren.
2. Die Daten sind en bloc vom Lieferanten auf eigene Datenbanken übertragbar.
3. Programme sind beziehbar, mit denen eine Vielzahl von Suchbegriffen behandelt werden.

Gewichtiger als die zwar noch bestehenden, aber jährlich sich verringern den technischen Probleme, die kaum mehr einen Beleg für eine negative Einschätzung der neuen sozialwissenschaftlichen Möglichkeiten bieten, scheinen methodische Probleme zu sein. Neben statistischen Fragen (u.a. Gewichtung der Co-occurrences bei unterschiedlichen Häufig-

keiten der Occurrences), die zumindest prinzipiell beantwortbar sind (vgl. u.a. Galliker 1997), gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten, die in Zukunft differenzierter bearbeitet werden müssen.

Die größten Probleme zeigen sich bei der *Bildung des Wörterbuches*. Sie sind teilweise eliminierbar (wenngleich nicht lösbar), indem entweder auf die Verwendung des ODER-Operators (und damit auf eine durch synonyme und familienähnliche Wörter angereicherte Wortkategorie) verzichtet wird (vgl. u.a. Galliker/Klein 1997), oder indem die Wortkategorien nach einer prototypischen Methode auf der Grundlage von Hege (1987) bestimmt werden (vgl. u.a. Galliker et al. 1996). Das erste Verfahren ist nur sinnvoll bei einem *a-priori-Ansatz*, der auf der Basis einer mehr oder weniger ausformulierten Theorie von relativ genauen Annahmen ausgeht. Die Zuordnung erfolgt, indem ein theoretisch bestimmtes Lexikon, aus wenigen Wortkategorien bestehend, mit dem Textkorpus abgeglichen wird. Demgegenüber wird bei einem *empirizistischen Ansatz* das Wörterbuch erst im nachhinein aufgrund der Häufigkeiten der im Textkorpus vorkommenden Wörter festgelegt. Im Prinzip kann jedes signifikante Wort zusammen mit seinen Variationen eine eigene Wortkategorie bilden (vgl. Tabelle 1). Wird eine möglichst flächendeckende Analyse auf der Ebene signifikanter Einzelwörter angestrebt, ist ein Programm mit großer Kapazität bezüglich des Lexikons erforderlich. Bei kleinen Textkorpora können Synonym- und Lemmatisierungslisten eingesetzt werden, um die für eine Co-occurrence-Analyse notwendigen Häufigkeiten zu erreichen.

Bei den skizzierten computergestützten Verfahren werden die Probleme der *Reliabilität* und *Objektivität* minimalisiert, während das Problem der *Validität* bestehen bleibt. Doch scheint die Frage, ob tatsächlich das gemessen wird, was man zu messen vorgibt, beantwortbar zu sein, wenn in theoretischer sowie in methodologischer Hinsicht vom Primat des Signifikanten, also von der (computerlesbaren) Buchstabenfolge, ausgegangen wird. Demnach wird eine Bedeutung nicht über das Signifikat, sondern über andere Signifikanten in dessen Kontext bestimmt (näheres in Galliker 1990). Das heißt, je kleiner die Zählleinheit ist bzw. je näher fragliche Occurrences beieinander liegen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie tatsächlich in der angenommenen Bedeutung erscheinen. Mit Keyword-in-Context (KWIC) von TEXTPACK (näheres u.a. in Züll et al. 1991) ist eine eingehende, wenngleich relativ aufwendige Validitätsprüfung möglich: Sämtliche Textstellen, die ein fragliches Wort enthalten, werden in ihrem unmittelbaren Kontext untereinander aufgelistet, wodurch überprüfbar ist, ob der Eintrag im Wörterbuch semantisch unmißverständlich ist oder nicht. Eindeutige Zuordnungen bzw. trennscharfe Kategorien gehören zu den wichtigsten Bedingungen der Möglichkeit *interner Validität*. Eine Untersuchung gilt als intern valide, wenn es möglich ist, eine realisierte Veränderung der

abhängigen Variablen auf die Veränderung einer oder mehrerer unabhängigen Variablen und/oder auf deren Interaktionen zurückzuführen (vgl. Gadenne 1984).

Die Frage nach der Grundgesamtheit stellt sich bei Einzelanalysen von im Volltext vorliegenden Printmedien in der Regel nicht. Hingegen löst sich bei Vergleichsstudien das Problem der *externen Validität* bzw. der *Repräsentativität* keineswegs auf, sondern scheint sich mit den anwachsenden Selektionsmöglichkeiten eher noch zu verschärfen. Das Problem kann pragmatisch angegangen werden, indem auf eine ausgewogene Auswahl der Zeitungen geachtet wird. Damit soll eine möglichst homogene Basis konstituiert werden, auf der die relativen Häufigkeiten verglichen werden. Eine materialbedingte einseitige Auswahl ist vermeidbar, indem nur gespeicherte Tageszeitungen (vergleichbarer Auflage, Distribution usw.) eines bestimmten Gebietes berücksichtigt werden, die sich auf gemeinsamer Basis möglichst komplementieren, so daß die hypothetisch relevanten Variablen gegeneinander getestet werden können. Es stellt sich aber die Frage, ob Prognosen möglich sind, wenn die je besonderen Voraussetzungen der verfügbaren Medien auch bei einem Verzicht auf divergente Textkorpora in nicht annähernd variierbarer Form vorliegen. Eine Lösungsperspektive dieses Problems bietet die in Absetzung von der traditionellen Populationslogik entwickelte *Typikalitätslogik*, wonach sich der Geltungsbereich einer Aussage nicht über den tatsächlich untersuchten Bereich hinaus auf rein statistischem Wege erweitern, sondern nur mittels zusätzlicher Forschungsarbeiten von Fall zu Fall neu abstecken läßt (näheres in Foppa, 1986). Eine elektronische Version dieses Vorgehens läßt sich wie folgt skizzieren: IQuest von CIS erlaubt das 'Überfliegen' ganzer Datenbanken. Hierbei wird abgeklärt, in welchen Datenbanken ein bestimmter Suchbegriff vorkommt. Nach der Bezeichnung einer bestimmten Datenbankgruppe sowie der Eingabe des Suchkriteriums wird ermittelt, ob die Häufigkeit einer Co-occurrence im Verhältnis zur maßgebenden Occurrence im neuen Geltungsbereich (andere Typen von Zeitungen oder Zeitschriften) ungefähr gleich bleibt oder ob sich signifikante Abweichungen ergeben.

### **Korrespondenzanschrift**

*PD Dr. Mark Galliker  
Psychologisches Institut der Universität Heidelberg  
Hauptstr. 47-51  
69117 Heidelberg  
Fax und Tel 06221/54 77 03  
e-mail: ZBJ1@psi-sv1.psi.uni-heidelberg.de*

## Literatur

- al Wadi, D., 1995: Comas Benutzerhandbuch. Mannheim: IDS.
- Bar-Tal, D., 1989: Delegitimization: The Extreme Case of Stereotyping and Prejudice. S.169-182 in: D. Bar-Tal/C.F. Graumann/A. Kruglanski/W. Stroebe (Hrsg.), Stereotyping and Prejudice: Changing Conceptions. New York: Springer.
- Blank, Th./Heinrich, H.-A., 1998: "Wienerwald auf Mallorca": Negative Emotionen von Deutschen gegenüber ihrer eigenen Nation. ZUMA-Nachrichten 42: 120-143.
- Bock, H./Zafirov, B./Prießhäuser, B./Gigler, B./Künzel-Jacob, H./Stelzer, M./Wallner, C./Nowak, W./Landersdorfer, U., 1992: Aids in der Presse. Regensburg: Roderer & Welz.
- Cornellissen, J., 1997: Tageszeitungen Online. Ziele, Strategien und Erfahrungen von Web-Zeitungen - Eine E-Mail-Befragung unter Online-Redaktionen. Zeitschrift für Sozialpsychologie 25: 81.
- Cronin, B./Davenport, E./Martinson, A., 1997: Women's studies: bibliometric and content analysis of the formative years. Journal of Documentation 53: 123-138.
- Davenport, E., 1995: Who cites women? Whom do women cite? An exploration of gender and scholarly citation in sociology. Journal of Documentation 51: 404-410.
- Foppa, K., 1986: 'Typische Fälle' und der Geltungsbereich empirischer Befunde. Schweizerische Zeitschrift für Psychologie 45: 151-163.
- Gadenne, V., 1984: Theorie und Erfahrung in der Psychologischen Forschung. Tübingen: Mohr.
- Galliker, M., 1990: Sprechen und Erinnern. Göttingen: Hogrefe.
- Galliker, M., 1996: Delegitimierung von Migranten im öffentlichen Diskurs. Co-occurrence-analysis von drei Jahrgängen einer Tageszeitung mit CD-ROMs als Datenquelle. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48: 704-724.
- Galliker, M./Herman, J., 1994: Verbales Reflektieren im therapeutischen Diskurs. Zeitschrift für Klinische Psychologie, Psychopathologie und Psychotherapie 42: 42-59.
- Galliker, M./Herman, J./Weimer, D., 1997: Vertical and horizontal Co-occurrence-analysis. Empirical examples on full-text research using TEXTPACK. S. 243-250 in: W. Bandilla/F. Faulbaum (Eds.), Advances in Statistical Software 6. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Galliker, M./Herman, J./Weimer, D., 1998: Mutual Reference in Dialogue. Vertical Co-occurrence-analysis of a Conversation Series. S. 111-116 in: S. Cmejrková/Hoffmannová, J./Müllerová/Svetlá (Eds.), Dialoganalyse VI. Proceedings of the 6th Conference Prague 1996. Tübingen: Niemeyer.
- Galliker, M./Herman, J./Imminger, K./Weimer, D., 1998: The investigation of contiguity: Co-occurrence analysis of printmedia using CD-ROMs as a new data source, illustrated by a discussion on migrant delinquency in a daily newspaper. Journal of Language and Social Psychology 17: 200-219.

- Galliker, M./Herman, J./Wagner, F./Weimer, D., 1996: Latente Abwertung sozialer Gruppen im öffentlichen Diskurs. Zur Co-occurrence-Analyse von vier Jahrgängen einer Tageszeitung. *Medienpsychologie* 8: 3-20.
- Galliker, M./Imminger, K./Weimer, D./Bock, H., 1997: Intensivierung des Diskurses durch Verneinung: Quantitative und qualitative Analyse der Co-occurrences von 'Soldaten' und 'Mörder' in der FAZ im Vergleich mit der NZZ. S. 99-119 in: A. Disselnkötter/S. Jäger/H. Kellershohn/S. Slobodzian (Hrsg.), *Evidenzen im Fluss*. Duisburg: DISS.
- Galliker, M./Klein, M., 1997: Implizite positive und negative Bewertungen älterer Menschen. Eine Kontextanalyse der Personenkategorien 'Senioren', 'ältere Menschen', 'alte Menschen' und 'Greise' bei drei Jahrgängen einer Tageszeitung. *Zeitschrift für Gerontopsychologie und -psychiatrie* 10: 27-41.
- Galliker, M./O. Männel, 1998: Suchmaschinen als Datenerhebungsinstrument von WWW-Inhaltsanalysen. Möglichkeiten und Grenzen. In: B. Batinic/L. Graef/A. Werner/W. Bandilla (Hrsg.), *Online Research - Methoden, Anwendungen und Ergebnisse*. Göttingen: Hogrefe.
- Galliker, M./Wagner, F., 1995: Implizite Diskriminierungen und Antidiskriminierungen anderer Menschen im öffentlichen Diskurs. Zu den Aussiedlungs- und Übersiedlungsdebatten im deutschen Bundestag. *Zeitschrift für Politische Psychologie* 3: 69-86.
- Galliker, M./Weimer, D., 1996: Benachteiligung von Migranten im Mediendiskurs. Co-occurrence-Analyse einer auf CD-ROM vorliegenden Tageszeitung. *Zeitschrift für politische Psychologie* 4: 301-318.
- Graumann, C.F. , 1995: Discriminatory discourse. *Patterns of Prejudice*: 29-83.
- Grawe, K./Caspar, F.M./Ambühl, H., 1990: Die Berner Therapievergleichsstudie: Wirkungsvergleich und differentielle Indikation. *Zeitschrift für Klinische Psychologie* 19: 316-337.
- Hege, G., 1987: Einfache Bedeutungskategorien: Ein Beitrag zur computergestützten Textanalyse psychotherapeutischer Texte. Berlin: Springer.
- Herberg, D., 1993: Die Sprache der Wendezeit als Forschungsgegenstand. *Muttersprache*, 103: 264-266.
- Herberg, D./Stickel, G., 1992: Gesamtdeutsche Korpusinitiative. Ein Dokumentationsprojekt (1989/90). *Deutsche Sprache* 20: 182-192.
- Helbig, G., 1988: *Lexikon deutscher Partikel*. Leipzig: VEB Verlag Enzyklopädie.
- Jäger, S., 1996: Der Großregulator - oder: wie die "Bild"-Zeitung das Bewußtsein der Menschen reguliert. S. 478-500 in: F. Deppe/G. Fülberth/G. Rilling (Hrsg.), *Faschismus*. Heilbronn: Diestel.
- Iker, H.J./Harway, N.L., 1969: A Computer System Approach Toward the Recognition and Analysis of Content. S. 381- 406 in: G. Gerbner (Hrsg.), *The Analysis of Communication Content*. New York: University Press.



- Klingemann, H. D., 1984 (Hrsg.): Computerunterstützte Inhaltsanalyse in der empirischen Sozialforschung. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kolvenbach, M., 1987: Kleine Chronologie der Arbeiten am Handbuch-Korpus. S. 4-9 in: R. Schmidt (Hrsg.), Informationsschrift der Arbeitsstelle Linguistische Datenverarbeitung 1986/87, LDV-Info 6. Mannheim: Institut für Deutsche Sprache.
- Mohler, P. Ph./Züll, C., 1998: TEXTPACK PC. User's Guide. ZUMA, Mannheim.
- Nissan, E./Schmidt, K., (Hrsg.), 1995: From Information to Knowledge. Conceptual and Content Analysis by Computer. Oxford: Cromwell.
- Popper, K., 1966: Logik der Forschung. Tübingen: Mohr.
- Riehm, U./Böhle, K./Gabel-Becker, I./Wingert, B., 1992: Elektronisches Publizieren. Eine kritische Bestandsaufnahme. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Ring, P., 1997: Zeitung im Internet. Ein Vergleich der Olympiaberichterstattung 1996 von "Die Welt" und "Welt online". Transfer, 2/3, 77.
- Schütz, H./Six, B., 1994: Mehr als 7000 Seiten Sozialpsychologie: eine Zeitschrift in der Retrospektive. Zeitschrift für Sozialpsychologie 25: 5-17.
- Stone, P., 1966: The General Inquirer - A Computer Approach to Content Analysis. Cambridge: Mass.
- Van Dijk, T.A., 1991: Racism and the Press. London: Routledge.
- Wagner, F., 1996: CD-ROM und computerlesbare Zeitungskorpora als Datenquellen für Linguisten. S. 78-87 in: B. Ruschoff/U. Schmitz (Hrsg.), Kommunikation und Lernen mit alten und neuen Medien. Bern: Lang.
- Wagner, F./Huerkamp, M./Jockisch, H./Graumann, C. F., 1993: Sprachliche Diskriminierung. S. 281-288 in: H. Löffler (Hrsg.), Dialoganalyse IV. Referate der 4. Arbeitstagung. Tübingen: Niemeyer.
- Wagner, F./Galliker, M./Weimer, D., 1997: Implizite sprachliche Diskriminierung von Ausländern zur Zeit der Wende. S. 230-240 in M. Jung/M. Wengeler/K. Böke (Hrsg.), Die Sprache des Migrationsdiskurses. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Werner, A., 1997: Pole-Position. ZD Internet Professionell, Juni, 93-95.
- Züll, C./Mohler, P.Ph./Geis, A., 1991: Computerunterstützte Inhaltsanalyse mit TEXTPACK PC. Stuttgart: Fischer.

# SINGULÄRE UND MULTIPLE IMPUTATION FEHLENDER EINKOMMENSWERTE. EIN EMPIRISCHER VERGLEICH

*GEORGIOS PAPASTEFANOU UND MICHAEL WIEDENBECK*

Die Messung des Haushaltseinkommens ist besonders stark vom Problem des item-nonresponse betroffen. So beträgt der Anteil der fehlenden Werte im ALLBUS 1996 trotz Nachfrage mit Einkommenskategorien 26 (Westdeutschland) bzw. 19 Prozent (Ostdeutschland). Beim Eurobarometer 1992 liegt der Ausfall zwischen 6 und fast 50 Prozent. In der Forschungspraxis wird der Datenausfall oft entweder ignoriert oder durch einfache Imputationen, d.h. durch Zuweisung von Mittelwerten korrigiert. Diese Vorgehensweisen werden von Rubin (1987) in Frage gestellt, der statt dessen eine multiple Imputation befürwortet. Mit dieser Methode werden die fehlenden Werte mehrfach rekonstruiert, wobei jedesmal die Unsicherheit der auf einer Regressionsgleichung basierenden Einkommenschätzung berücksichtigt wird. Das vorliegende Papier untersucht am Beispiel der Eurobarometerdaten von 1992, welche Folgen eine einfache versus multiple Rekonstruktion der fehlenden Einkommenswerte für die Schätzung des Einkommenseffektes auf die Lebenszufriedenheit hat.

Income measurement is plagued by the problem of item nonresponse. For example, in the 1996 ALLBUS survey 26 percent of the sample in western Germany and 19 percent of the sample in eastern Germany have missing data on income. In Eurobarometer 1992 the percentage of missing data on income ranges between 6 and 50 percent across countries. Research using income as an explanatory variable usually ignores this problem or tries to solve it by replacing missing values by some form of means estimation. This procedure, called simple imputation, differs from the multiple imputation proposed by Rubin (1987). In multiple imputation, holes in the data are also filled by regression estimated means. The procedure is repeated several times, taking into account the regression error each time. Using Eurobarometer 1992 data, the paper compares the consequences of using simple imputation versus multiple imputations to estimate the effect of income on life satisfaction ratings.

## 1. Einleitung

Trotz fortgeschrittener Erhebungsverfahren ist in der empirischen Sozialforschung damit zu rechnen, daß bei bestimmten Erhebungsmerkmalen Werte zu einem erheblichen Anteil fehlen. Von diesem als item-nonresponse bekannten Problem (Little/Rubin 1987) ist die Messung des Einkommens in besonderer Weise betroffen. So weisen die demografischen Daten des ALLBUS von 1994 zwar Anteile von fehlenden Werten auf, die überwiegend unter einem Prozent liegen. Die Einkommensvariablen (Haushaltseinkommen und persönliches Monatsnettoeinkommen) haben jedoch mit 14 Prozent den größten Anteil fehlender Angaben. Betrachtet man die Einkommensmessung im ALLBUS seit seinem Beginn 1980, dann ist festzustellen, daß der Anteil fehlender Werte in Westdeutschland auch bei Nachfrage mit Einkommenskategorien zwischen 12 Prozent (1986) und 40 Prozent (1982) schwankt. Ein eindeutiger Trend ist dabei nicht auszumachen, nach relativ niedrigen Werten (15- bis 18 Prozent) in den neunziger Jahren liegt der Anteil fehlender Einkommenswerte beim ALLBUS 1996 bei 26 Prozent. In Ostdeutschland hat sich der Ausfall bei der Einkommensmessung von 10- bis 12 Prozent in den ersten drei Erhebungen 1991, 1992 und 1994 auf 19 Prozent im Jahr 1996 erhöht.

Ansonsten ist bei demografischen Variablen nur noch die Messung der beruflichen und schulischen Ausbildung von Vater und Mutter von einem nennenswerten Datenausfall betroffen, der zwischen drei und sieben Prozent liegt. Insofern ist es bezeichnend, daß in statistischen Abhandlungen die Problematik fehlender Werte meist am Beispiel der Einkommensmessung erörtert wird (z. B. Rubin 1987; Little/Schenker 1995).

Zur Schätzung des Einkommenseffektes dienen meist Daten aus nationalen Repräsentativumfragen, in denen neben anderen Informationen das Haushaltseinkommen und die Lebenszufriedenheit erfaßt werden. Beim Eurobarometer kann man beispielsweise feststellen, daß der Anteil fehlender Einkommensangaben durchschnittlich 22 Prozent beträgt und zwischen sechs Prozent (bei portugiesischen Daten) und bis zu 50 Prozent (bei nordirischen Daten) variiert. Bei anderen öffentlich zugänglichen Daten aus regelmäßig durchgeführten Erhebungen, wie z.B. ISSP, oder Wohlfahrtssurvey sind ebenfalls hohe nonresponse-Raten der Einkommensvariable festzustellen.

Empirische Forschungsarbeiten, die das Einkommen als erklärende Variable verwenden, scheinen in einem hohen Anteil fehlender Werte oft kein Problem zu sehen. In der World Happiness Database (Veenhoven 1994) z.B. sind über 140 Studien zum Einkommen als Determinante der Lebenszufriedenheit dokumentiert, aber es werden keine Angaben über den Ausfall in der Einkommensmessung berichtet. In einer Durchsicht von Einkommensanalysen mit ALLBUS-Daten, war ebenfalls ein nur geringes Problembewußtsein festzustellen (Papastefanou/Fleck 1995). Von den 20 ausgewählten Analysen mit Ein-

kommensvariable äußern die meisten nichts zu dieser Problematik. Zwei Veröffentlichungen, die das Problem fehlender Werte ansprechen, lösen es durch Beschränkung der Analyse auf Fälle mit gültigen Einkommensangaben.

In dem Maße wie Standard-Statistiksoftwarepakete eine einfache Schließung der Datenlücken mit Ersatzwerten (Imputation) erlauben, bietet sich eine scheinbar einfache Problemlösung. Allerdings gibt es neuere Arbeiten, die nachdrücklich auf die Problematik verschiedener Varianten der Imputation hinweisen (Reinecke/Schmidt 1994). Wir schließen uns dieser Zielsetzung mit der folgenden Analyse an, und versuchen am Beispiel von Daten des Eurobarometer 1992 aufzuzeigen, mit welchen Konsequenzen man bei der empirischen Analyse zu rechnen hat, je nachdem ob man eine singuläre und eine multiple Imputation (wie sie z. B. Rubin (1987) propagiert) vornimmt. Hierzu generieren wir die fehlenden Einkommenswerte mit Hilfe einer singulären und einer multiplen Imputationsstrategie. Auf der Basis eines Datensatzes, der beobachtete und imputierte (singulär versus multiple) Einkommensdaten umfaßt, schätzen wir den Effekt des Haushaltseinkommens auf die Lebenszufriedenheit und zeigen, daß sich je nach Imputationsverfahren qualitativ andere inhaltliche Interpretationen ergeben können.

## 2. Vorgehensweise bei singulärer und multipler Imputation

Zur Bestimmung des zu imputierenden (Ersatz)-Wertes bei der sogenannten singulären Imputation gibt es verschiedene Verfahren, um die im Datensatz verfügbaren Informationen zu nutzen. Ein einfaches Verfahren besteht z. B. darin, den Personen mit fehlendem Einkommen, das mittlere Einkommen der Personengruppe mit vollständigen Angaben zuzuweisen. Dieses Verfahren wird singuläre Imputation genannt und ist mittlerweile in Standardstatistikprogrammpaketen wie SPSS, STATISTICA, EQS als Menüpunkt verfügbar.

Eine Verfeinerung dieser Verfahrensweise besteht darin, bedingte Mittelwerte zu imputieren. Nach bestimmten Merkmalen abzugrenzende Personengruppen mit fehlender Einkommensangabe erhalten dabei das mittlere Einkommen jener nach den gleichen Merkmalen gebildeten Personengruppen mit vollständigen Einkommenswerten. Eine weitere Verfeinerung der singulären Imputation besteht darin, die fehlenden Werte durch Prognosewerte zu ersetzen, die mit Hilfe geeigneter Regressionsgleichungen errechnet worden sind (Yates 1963).

Vom Verfahren der singulären Imputation grenzt sich die sogenannte multiple imputation (Rubin 1987, 1995) ab. Der Ansatz der multiplen Imputation geht davon aus, daß ein singulär imputierter Wert nicht die Unsicherheit repräsentieren kann, die bei der Schät-

zung von Ersatzwerten durch z. B. eine Einkommensgleichung gegeben ist (Rubin/Schenker 1991: 586). Eine Datenmatrix, die aus einfach imputierten Einkommenswerten und beobachteten Werten besteht, weist eine methodisch reduzierte Varianz der Einkommensvariable auf, die die tatsächliche Variabilität um so schlechter widerspiegelt, je höher der Anteil der fehlenden Werte ist.

Eine multiple Imputation ist deshalb darauf gerichtet, die mit den imputierten Werten verbundene Unsicherheit bzw. Varianz, die sich letztendlich auf Effektgröße und Konfidenzintervall niederschlagen muß, bei der Parameterschätzung zu berücksichtigen. Die Strategie der multiplen Imputation umfaßt zwei aufeinander aufbauende Verfahrensschritte: im ersten Schritt wird die lückenhafte Datenmatrix auf der Basis einer geschätzten bedingten Verteilung gegeben die beobachteten Daten mehrfach komplettiert. Dadurch entstehen mehrere vollständige Datenmatrizen, die jede für sich einer Analyse unterzogen werden. Aus den verschiedenen Analysen ergibt sich eine Stichprobe von geschätzten Parametern, die anschließend zu einer einzigen Parameterschätzung zusammengefaßt werden. Die Variabilität der Parameter in dieser Stichprobe geht in die Berechnung der Standardfehler ein und repräsentiert die zusätzliche Unsicherheit aufgrund der fehlenden Werte.

Durch multiple Imputation werden also Datenausfälle nicht durch einzelne Werte ersetzt, die in Auswertungen wie tatsächlich erhobene Daten behandelt werden, sondern durch Verteilungen, die durch Stichproben repräsentiert werden. Ob durch diese Substitutionen eine Datenbasis gewonnen wird, die valide Ergebnisse ermöglicht, hängt u.a. von den statistischen Eigenschaften des Ausfallprozesses ab. Eine wichtige Annahme zur Vereinfachung bei likelihood-basierten Analysen ist die Unabhängigkeit des Ausfallprozesses von den Werten der nicht-beobachteten Variablen sowie den Parametern der Verteilungsklasse, die in den Analysen verwendet werden. Die Ausfälle werden dann als missing at random (MAR) bezeichnet (Little/Rubin 1987: 89). Unter dieser Voraussetzung ist die Likelihood-Funktion der beobachteten Daten nicht vom Ausfallprozeß bzw. dessen Parametern abhängig. Der Ausfallprozeß kann dann bei den Analysen ignoriert werden. Die Ergänzung der beobachteten Daten zu quasi-vollständigen Datensätzen dient in erster Linie der technischen Vereinfachung der Analysen. Die imputierten Werte werden als Ziehung aus einer Verteilung gewonnen, wobei nach Möglichkeit auf beobachtete Einflußgrößen bedingt wird.

Im Rahmen der hier betrachteten inhaltlichen Fragestellung bedeutet dies, daß das beobachtete Haushaltseinkommen als lineare Funktion der Faktoren Geschlecht, höherwertige Haushaltsausstattung, berufliche Position, Bildungsniveau und Altersgruppe gesehen wird, und zwar für jedes Land getrennt. Danach werden für die Personen, die keine gülti-

gen Einkommensangaben aufweisen, auf der Grundlage ihrer Ausprägungen bei den Prädiktoren und der geschätzten Regressionsparameter errechnet.

Wie auch bei der singulären Imputation wird bei der multiplen Imputation ein Regressionsmodell für die fehlenden Werte verwendet. Bei der singulären Imputation werden bedingte Mittelwerte entsprechend der geschätzten Regressionsgleichung als Ersatzwerte imputiert. Bei der multiplen Imputation sind dagegen die Ersatzwerte Zufallsziehungen aus den bedingten Verteilungen selbst.

Nach Rubin/Schenker (1991: 586) sind bereits drei Wiederholungen ( $m$ ) ausreichend („in typical problems choosing  $M = 3$  works very well“). In der vorliegenden Analyse haben wir die Imputation viermal repliziert und ein Regressionsmodell mit normalverteilten Fehlern verwendet. Die Parameterschätzungen der einzelnen Replikationen werden schließlich zusammengefaßt. Wir folgen hierbei der Prozedur von Rubin.

### **3. Schätzung des Effektes von Haushaltseinkommen auf die Lebenszufriedenheit mit ergänzten Einkommensdaten**

#### **3.1 Substantielle Fragestellung und Analysemodell**

In der Forschungsdiskussion über den Einfluß des Haushaltseinkommens auf die allgemeine Lebenszufriedenheit stehen sich zwei z. T. einander widersprechende Hypothesen gegenüber.

Inglehart (Inglehart/Rabier 1986; Inglehart 1989) hat die Hypothese entwickelt, daß sozio-ökonomische Strukturen tendenziell *keinen* länger andauernden Effekt auf die Lebenszufriedenheit haben. Er geht davon aus, daß Personen in sozio-ökonomischen Lagen ihre Ansprüche bzw. Erwartungen an den Ist-Zustand anpassen. Personen in deprivierten Lagen sind anfangs zwar unzufrieden, mit der Zeit sinken ihre Ansprüche und ihre Unzufriedenheit wird geringer. Bei Personen, die sich längere Zeit in einer guten Lage befinden, steigen hingegen die Ansprüche, und ihre Zufriedenheit sinkt. Aufgrund dieser mit wachsender Zustandsdauer erfolgenden Regression zur Mitte seien letztlich keine bzw. nur geringe sozio-ökonomischen Differenzierungen der Lebenszufriedenheit zu beobachten. Nur dann, wenn die Verweildauer in Deprivations- bzw. Privationslagen relativ kurz ist, wird hohe Unzufriedenheit bzw. Zufriedenheit gespürt und geäußert. Dementsprechend kann man nach Inglehart erwarten, daß das Haushaltseinkommen als relativ stabiler Indikator der materiellen Lage keinen differenzierenden Effekt auf die Lebenszufriedenheit hat.

Im Gegensatz dazu geht Veenhoven (1990, 1993, 1994) davon aus, daß dem materiellen Komfort ein großer Stellenwert für die Lebenszufriedenheit zukommt. Nach seiner Auf-

fassung schlägt sich neben kognitiven Bewertungen von Ist-Soll-Vergleichen eine hedonistisch-affektive Bewertungskomponente in der erfahrenen Lebenszufriedenheit nieder. Sie äußert sich bei Personen als ein *Gefühl* der Lebenszufriedenheit und als eher intuitives Bewerten oder Einschätzen seines Lebens. Wenn ein bestimmtes, notwendiges Maß von Lebensbedürfnissen befriedigt wird, erlebt das Individuum ein positives Lebensgefühl. Je besser grundlegende Lebensbedürfnisse durch gesellschaftliche Leistungen und Anforderungen (wie materieller Komfort, soziale Gleichheit, politische Freiheit und Zugang zu Wissen) befriedigt werden, um so zufriedener fühlen sich die Gesellschaftsmitglieder.

Das intuitive Wohlgefühl ist in der Sicht von Veenhoven (1993) eine Art evolutionär entwickeltes Frühwarnsystem bezüglich grundlegender Bedürfnisse nach Nahrung, Unterkunft, Sicherheit, Identität und Sinn. Materieller Komfort erlaubt die Befriedigung eines Teils solcher grundlegenden Bedürfnisse und wird sich deshalb in einem intuitiven Gefühl des Wohlergehens niederschlagen, das sich wiederum in einer allgemeinen Lebenszufriedenheit ausdrückt (Veenhoven 1994). Da in westlichen Konsumgesellschaften der materielle Komfort wesentlich vom Haushaltseinkommen abhängt, kann man diesbezüglich einen direkten Effekt auf die Lebenszufriedenheit erwarten.

Zur Überprüfung dieser einfachen Hypothesen ziehen wir Daten des Eurobarometer von 1992 heran, der Daten zur Lebenszufriedenheit sowie Informationen über die ökonomische und soziale Lage von Personen in 15 europäischen Ländern umfaßt (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1992). Im Eurobarometer wird die Lebenszufriedenheit mit einer Vierer-Skala erfaßt, für unsere Analyse haben wir die Antwortkategorien in zwei Werte zusammengefaßt und zwar „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ auf der einen, und „unzufrieden“ sowie „sehr unzufrieden“ auf der anderen Seite. Wir vergleichen also überwiegend zufriedene ( $Z=1$ ) mit überwiegend unzufriedenen Personen ( $Z=0$ ).

Um mit dem Haushaltseinkommen adäquat die materielle Wohlfahrt von Personen zu indizieren, verwenden wir das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen, wie es von der OECD verwendet wird (Haagenaars/de Vos/Zaidi 1995). Es handelt sich bei dieser Meßgröße um die pro-Kopf-bezogene Einkommensposition des Haushaltes relativ zur Armutsschwelle, die wir mit 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens angesetzt haben. Um mögliche nicht-lineare Effekte der materiellen Wohlfahrt auf die Lebenszufriedenheit zu messen, gruppieren wir die relativen Einkommenspositionswerte zu Intervallen. Wir gelangen so zur Unterscheidung von vier Personenkategorien mit unterschiedlichem materiellen Niveau, je nach Abstand des Haushaltes zur Armutsschwelle:

1. Personen in Haushalten mit Armut (unterhalb der Armutsschwelle) ( $X_0$ ),
2. mit bescheidenem (bis 50 Prozent oberhalb der Armutsschwelle - BEScheiden) ( $X_1$ ),
3. mit mittlerem (zwischen 51 und 100 Prozent oberhalb der Armutsschwelle - WOHLHABEND) ( $X_2$ ),
4. und großem materiellen Niveau (mehr als 100 Prozent oberhalb der Armutsschwelle - REICH) ( $X_3$ ).

Statistisch überprüfen wir die Einkommenshypothesen mittels der Schätzung eines logistischen Regressionsmodells,

$$\log(p(Z=1)/p(Z=0)) = b_0 + b_1X_1 + b_2X_2 + b_3X_3 + e^1)$$

in dem  $p(Z)$  die Wahrscheinlichkeit, überwiegend zufrieden zu sein als abhängige Variable und  $X_1, X_2, X_3$  als erklärende Variablen den oben benannten Haushaltstyp darstellen. Als Referenzgruppe verwenden wir dabei die Personen in armen Haushalten.<sup>2)</sup>

### 3.2 Ein Einkommensmodell als Imputationsmodell

Beim grundlegenden Einkommensmodell<sup>3)</sup> zur Imputation fehlender Werte verwenden wir als Zielgröße die relative Einkommensposition des Haushalts und folgende Variablen als Prädiktoren: FERIENWO: 1=Besitz von Ferienwohnung, 0=Sonstige; GENDER: 1=männlich, 2=weiblich; NACH18: 1=Bildungsabschluß nach dem 18. Lebensjahr, 0=Sonstige; TRONIC: 1=Besitz von hochwertigen elektronischen Haushaltsgütern, 0=Sonstige; MANAGER: 1=Managerposition, 0=Sonstige; UNEMPLD: 1=arbeitslos, 0=Sonstige; A20BIS29: Altersgruppe 20-29 Jahre; A30BIS39: Altersgruppe 30-39 Jahre; A40BIS52: Altersgruppe 40-52 Jahre; A53BIS60: Altersgruppe 53-60 Jahre; A61BIS70: Altersgruppe 61-70 Jahre; A71UND: Altersgruppe 71 Jahre und älter, Referenzgruppe bei der Altersvariable sind die 18- und 19jährigen.

Dieses Einkommensmodell haben wir für jede einzelne Stichprobe der Eurobarometererhebung von 1992 getrennt geschätzt. Dabei ergaben sich in den einzelnen nationalen Stichproben ganz erheblich unterschiedliche Prognosegüten, wie sie z.B. an der Standardabweichung (STD) der Residuen (siehe Tabelle 2) sichtbar werden.

Die Standardabweichung bei der Voraussage der relativen Einkommensposition der Haushalte liegt zwischen 28 bis 52 Punkten bei einem Wertebereich der relativen Einkommensposition, der von minus 60 bis 250 reicht. Innerhalb der gesamten Spannweite des Standardfehlers ist der Standardfehler bei den Daten Ostdeutschlands und Luxemburgs eher klein. Bei den Datensätzen von Westdeutschland, Portugal, Norwegen, Spanien, Frankreich und Dänemark bewegt sich der Standardfehler zwischen 36 und 38 Punkten in einem mittleren Bereich. Griechenland, Niederlande und Italien gehören zu



den Ländern mit einem Standardfehler von über 40 bis 43. Die größte Unsicherheit bei der Voraussage der relativen Einkommensposition der Haushalte ist bei den Datensätzen der Länder Irland, Belgien, Nord-Irland und Großbritannien gegeben. Sie reicht von 46 bis 52 Punkten.

**Tabelle 2: Anteil fehlender Einkommenswerte (in Prozent), sowie Variabilität der Einkommensresiduen in nationalen Stichproben des Eurobarometer 1992**

Land	Anteil fehlender Einkommenswerte in %	Variabilität der Einkommensresiduen (STD)	Land	Anteil fehlender Einkommenswerte in %	Variabilität der Einkommensresiduen (STD)
Portugal	6,5	35,98	Italien	28,9	43,53
Norwegen	8,7	36,06	Großbritannien	30,4	51,69
Ostdeutschland	8,8	27,26	Spanien	32,1	36,79
Dänemark	9,7	38,15	Belgien	36,8	48,12
Westdeutschland	10,8	34,58	Luxemburg	38,9	29,22
Niederlande	14,3	43,44	Irland	40,9	45,74
Frankreich	18,5	37,49	Nordirland	49,5	51,22
Griechenland	24,7	40,983			
Quelle: Eurobarometer 1992, eigene Berechnung					

### 3.3 Das Ausmaß an Imputationsunsicherheit in den einzelnen Stichproben

Die mit der Prognosegüte verbundene Unsicherheit des Imputationsmodells wird verstärkt durch den Anteil der fehlenden Werte. Der Anteil fehlender Einkommenswerte liegt beim Eurobarometer 1992 zwischen sechs und 50 Prozent (siehe Tabelle 3). In den Ländern Portugal, Norwegen, Ostdeutschland, Dänemark und Westdeutschland liegen eher moderate Ausfallraten vor zwischen sechs und elf Prozent. Bei einer zweiten Gruppe von Ländern liegt die Ausfallrate zwischen 14 und 18 Prozent (Niederlande und Frankreich). In den Daten von Griechenland, Italien, Großbritannien, und Spanien sind die Ausfälle zwischen 24 und 32 schon ziemlich beträchtlich. Sehr große Ausfälle (zwischen 36 und 50 Prozent) bezüglich der Haushaltseinkommensangaben weisen die Datensätze von Belgien, Luxemburg, Irland und Nord-Irland auf.

Kombiniert man nun Ausfallrate und Prognosestandardfehler als Quellen der Unsicherheit, so gelangt man zu einer Einordnung der nationalen Datensätze bezüglich ihrer Sen-

sibilität gegenüber der ausfallbedingten Unsicherheit bei der Schätzung von Einkommenseffekten. Wir unterscheiden zwischen hohem und geringem Ausfall sowie zwischen hohem und geringen Prognosefehler und gelangen zu folgender Kategorisierung, nach der insbesondere in den Datensätzen von Irland, Belgien, Nordirland und Großbritannien das Problem der Unsicherheit verschärft gegeben ist (siehe Tabelle 3).

**Tabelle 3: Einordnung der EG- Länder-Datensätze nach Ausmaß des Prognosefehler der Einkommensfunktion und Ausfallrate**

	Länder mit geringerem Prognosefehler (28 - 38)	Länder mit höherem Prognosefehler (40 - 52)
Länder mit geringerer Ausfallrate (9 - 10%)	Ostdeutschland, Westdeutschland, Portugal, Norwegen, Dänemark	
Länder mit mittlerer Ausfallrate (11 - 31%)	Frankreich	Niederlande, Griechenland Italien
Länder mit hoher Ausfallrate (32 - 49%)	Luxemburg, Spanien	Belgien, Irland, Nordirland, Großbritannien

### 3.4 Die Schätzung von Einkommenseffekten mit ergänzten Einkommensdaten

Es stellt sich nun die Frage, wie sich die Art des Imputationsverfahrens auf die Schätzung des Einkommenseffektes auf die Lebenszufriedenheit auswirkt. Zu welcher Schlußfolgerung hinsichtlich der Zufriedenheitsunterschiede zwischen armen, bescheidenen und reichen Haushalten gelangt man mit multipel imputierten im Vergleich zu singulär imputierten Daten? Betrachten wir die Ergebnisse zunächst für die Datensätze von Belgien, Irland, Nordirland und Großbritannien, jenen Ländern, die aufgrund des hohen Ausfallanteils und des hohen Standardfehlers der Einkommensprognose von der Imputationsunsicherheit am stärksten betroffen sind (siehe Tabelle 4).

Im Falle Großbritanniens würde man bei singulärer Imputation zum Ergebnis kommen, daß mit zunehmendem Wohlstand der Gewinn an Lebenszufriedenheit steigt. Personen in Haushalten, die über der Armutsschwelle liegen, sind zufriedener als Personen in armen Haushalten; Personen in reichen Haushalten sogar um das zehnfache gegenüber Personen in armen Haushalten. Aber auch Personen in Haushalten, die nur etwas über der Armutsschwelle liegen, erleben dies als einen Zufriedenheitsgewinn. Man könnte dieses Ergebnis als Hinweis sehen, daß in England die Armen in hohem Maße eine deprivierte Randlage erleben. Bei multipler Imputation erhalten wir jedoch Ergebnisse, die eine andere Interpretation nahelegen: Auf dieser Basis stellt man fest, daß Personen in armen und bescheidenen Haushalten sich hinsichtlich ihrer Lebenszufriedenheit nicht unterscheiden. Der

Zugewinn an Lebenszufriedenheit bei Personen in wohlhabenden gegenüber Personen in armen Haushalten ist nicht sehr groß, der Abstand zwischen Armen und Reichen ist zwar groß, aber nicht in dem Ausmaß wie mit singular imputierten Daten. Diese Ergebnisse könnte man als Modifikation von Veenhovens These interpretieren: nicht die Deprivation existentieller Bedürfnisse bewirkt nachhaltige Unzufriedenheit, sondern ein großer Konsumspielraum drückt sich in entsprechend hoher Lebenszufriedenheit aus.

Bei den irischen Daten erhält man eine Inkonsistenz zwischen singularer und multipler Imputation, die gravierende Konsequenzen für die Interpretation des Brutto-Einkommenseffektes auf die Lebenszufriedenheit hat. Auf der Grundlage von singular imputierten Daten würde man schließen, daß sich Personen in armen und bescheidenen Haushalten hinsichtlich ihrer Lebenszufriedenheit nicht unterscheiden, erst mit zunehmendem Wohlstand würde sich die Lebenszufriedenheit erhöhen. Bei multipler Imputation jedoch sind die Zufriedenheitsunterschiede zwischen Personen in armen und bescheidenen, wohlhabenden und reichen Haushalten nicht signifikant. Die multiple Imputation würde die Inglehartsche These stützen, während singular imputierte Daten eher zu Ergebnissen führen, die für eine Variante der Veenhovenschen These sprechen.

Auch die Ergebnisse für Nord-Irland führen je nach Imputationsverfahren zu unterschiedlichen Schlußfolgerungen. Bei singularer Imputation erhält man den Befund, daß Personen in allen Haushaltsgruppen über der Armutsschwelle signifikant höhere Zufriedenheitsanteile aufweisen als Personen in armen Haushalten, wobei die wohlhabenden den größten relativen Zugewinn an Lebenszufriedenheit aufweisen, gefolgt von den Personen mit sehr großem finanziellem Spielraum. Analysiert man jedoch den Einkommenseffekt auf der Basis multipel imputierter Haushaltseinkommen, so kann man keine signifikanten Unterschiede zwischen den armen und nicht-armen Haushalten feststellen. Mit singularer Imputation wird bei den nordirischen Daten die Signifikanz der Gruppenunterschiede überschätzt und führt zu qualitativ anderen Schlußfolgerungen.

Dieser Befund wiederholt sich auch bei der Analyse der belgischen Daten. Mit singularer Imputation erhalten wir hochsignifikante Zufriedenheitsunterschiede zwischen den Personen in armen und nicht-armen Haushalten, wobei der Abstand zwischen armen und reichen Haushalten am geringsten ist, was als ein Hinweis auf Veenhovens Grenznutzenhypothese interpretiert werden kann. Analysiert man jedoch die multipel imputierten Daten und berücksichtigt bei der Berechnung des Signifikanzniveaus auch die imputationsbedingte Unsicherheit, so kann man keine signifikanten Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen feststellen.

Insgesamt kann man sagen, daß diese vier Datensätze aufgrund eines hohen Ausfallanteils und eines hohen Prognosefehlers besonders stark von der Imputationsunsicherheit betroffen sind. Beim Signifikanztest kommt man in neun von 12 Paarvergleichen zu signifikanten Ergebnissen bei singulärer Imputation und nicht-signifikanten Ergebnissen bei multipler Imputation.

**Tabelle 4a: Signifikanzniveau (p) der Zufriedenheitseffekte ökonomischer Haushaltslagen in Belgien, Großbritannien, Irland und Nordirland, nach Imputationsverfahren, logistische Regressionsschätzung**

	Belgien		Großbritannien		Irland		Nordirland	
	sing. Imp	mult. Imp	sing. Imp	mult. Imp	sing. Imp	mult. Imp	sing. Imp	mult. Imp
Ökonomische Lage des Haushalts								
BESCHEIDEN	0,00	0,13	0,06	0,24	0,22	0,37	0,01	0,13
WOHLHABEND	0,00	0,08	0,00	0,04	0,04	0,26	0,00	0,13
REICH	0,05	0,10	0,00	0,00	0,01	0,09	0,01	0,10

**Tabelle 4b: Zufriedenheitseffekte ( $\exp(b)*100$ ) ökonomischer Haushaltslagen in Belgien, Großbritannien, Irland und Nordirland, nach Imputationsverfahren, logistische Regressionsschätzung**

	Belgien		Großbritannien		Irland		Nordirland	
	sing. Imp	mult. Imp	sing. Imp	mult. Imp	sing. Imp	mult. Imp	sing. Imp	mult. Imp
Ökonomische Lage des Haushalts								
BESCHEIDEN	154*	49	49	37	36	14	211*	109
WOHLHABEND	183*	97	178*	119*	84*	38	846*	165
REICH	116*	84	1040*	654*	163*	113	434*	394

\*  $p \leq 0,05$

Wie sehen nun die Folgen des Imputationsverfahrens bei jenen Daten aus, die in geringerem Ausmaß von Ausfallrate und Prognoseunsicherheit betroffen sind? Im Falle Spaniens und Luxemburgs, die zwar eine relativ hohe Ausfallrate zwischen 32 und 39 Prozent fehlender Einkommenswerte, aber einen relativ geringen Prognosefehler aufweisen, führt die multiple Imputation zu keinen anderen Schlußfolgerungen hinsichtlich Signifikanz und Größenrelation der Haushaltsgruppenunterschiede (siehe Tabellen 5a und 5b).

**Tabelle 5a: Signifikanzniveaus (p) der Zufriedenheitseffekte ökonomischer Haushaltslagen in Spanien und Luxemburg, nach Imputationsverfahren, logistische Regressionsschätzung**

Ökonomische Lage des Haushalts	Spanien		Luxemburg	
	single Imp.	multip. Imp.	single Imp.	multip. Imp.
BESCHEIDEN	0,31	0,20	0,26	0,88
WOHLHABEND	0,02	0,04	0,34	0,46
REICH	0,59	0,55	0,65	0,70

**Tabelle 5b: Zufriedenheitseffekte ( $\exp(b)*100$ ) ökonomischer Haushaltslagen in Spanien und Luxemburg, nach Imputationsverfahren, logistische Regressionsschätzung**

Ökonomische Lage des Haushalts	Spanien		Luxemburg	
	single Imp.	multip. Imp.	single Imp.	multip. Imp.
BESCHEIDEN	32	36	145	12
WOHLHABEND	106*	81*	122	115
REICH	22	26	78	56

\*  $p \leq 0.05$

Bei den Stichproben aus den Niederlanden, Griechenland und Italien, die zwar eine mittlere Ausfallrate zwischen 14 und 25 Prozent aufweisen, aber einen relativ hohen Prognosefehler zwischen 40 und 44, sind inkonsistente Schätzungen zu beobachten (siehe Tabellen 6a und 6b).

Für Niederlande erhalten wir mit multipel imputierten Daten signifikante Unterschiede zwischen den Haushaltsgruppen, mit singular imputierten Daten jedoch nicht. Die Größenrelation der Parameter ist jedoch konsistent.

Im Fall der italienischen Daten ist ein gegenteiliges Ergebnis festzustellen. Bezüglich des Unterschiedes zwischen Personen in armen Haushalten und Personen in Haushalten mit relativ bescheidenem Einkommen würden wir mit singular imputierten Daten einen Unterschied feststellen ( $p \leq .05$ ) bei multipel imputierten Daten jedoch nicht ( $p > .10$ ). Es fällt auf, daß diese Inkonsistenzen dann nicht auftreten, wenn die Gruppenunterschiede sehr groß sind.

Bei den griechischen Daten schließlich ist hinsichtlich der Signifikanz der Gruppenunterschiede keine Inkonsistenz festzustellen, wohl aber in der Größenrelation der Parameter. Bei singular imputierten Daten würde man im Falle Griechenlands einen mit dem Haushaltseinkommen linear wachsenden Zugewinn an Lebenszufriedenheit feststellen. Mit multipel imputierten Daten müßte man jedoch festhalten, daß ab einem bestimmten Ni-

veau wachsender Wohlstand in Griechenland nicht zu einem weiteren Gewinn an Lebenszufriedenheit führt.

**Tabelle 6a: Signifikanzniveaus (p) der Zufriedenheitseffekte ökonomischer Haushaltslagen in Niederlande, Italien und Griechenland, nach Imputationsverfahren, logistische Regressionsschätzung**

Ökonomische Lage des Haushalts	Niederlande		Italien		Griechenland	
	singl. Imp.	mult. Imp.	sing. Imp.	mult. Imp.	sing. Imp.	mult. Imp.
BESCHEIDEN	0,16	0,03	0,04	0,11	0,01	0,03
WOHLHABEND	0,00	0,00	0,01	0,03	0,00	0,00
REICH	0,13	0,01	0,00	0,00	0,00	0,03

**Tabelle 6b: Zufriedenheitseffekte ( $\exp(b)*100$ ) ökonomischer Haushaltslagen in Niederlande, Italien und Griechenland, nach Imputationsverfahren, logistische Regressionsschätzung**

ökonomische Lage des Haushalts	Niederlande		Italien		Griechenland	
	sing. Imp.	mult. Imp.	sing. Imp.	mult. Imp.	sing. Imp.	mult. Imp.
BESCHEIDEN	54	102*	89*	49	63*	52*
WOHLHABEND	644*	521*	142*	84*	143*	119*
REICH	102	221*	514*	211*	256*	126*

\*  $p \leq 0.05$

Bei den Ländern schließlich, deren Daten sowohl mit geringerer Ausfallrate als auch mit geringerem Prognosefehler behaftet sind, können wir insgesamt keine Inkonsistenz der Schlußfolgerungen auf der Basis singular imputierter Daten gegenüber multipel imputierter Daten feststellen. Dies gilt sowohl für die Signifikanz als auch für die Größenrelation der Gruppenunterschiede (siehe Tabellen 7a und 7b).

**Tabelle 7a: Signifikanzniveaus (p) der Zufriedenheitseffekte ökonomischer Haushaltslagen, nach Imputationsverfahren, logistische Regressionsschätzung**

	Portugal		Ostdeut		Westdeut		Norwegen		Dänemark		Frankreich	
	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.
Lage des Haushalts												
BESCHEIDEN	0,00	0,03	0,01	0,02	0,54	0,27	0,22	0,25	0,03	0,10	0,70	0,57
WOHLHAB.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,23	0,41
REICH	0,01	0,01	0,80	0,65	0,01	0,00	0,10	0,10	0,57	0,74	0,35	0,34

**Tabelle 7b: Zufriedenheitseffekte ( $\exp(b)$ \*100) ökonomischer Haushaltslagen, nach Imputationsverfahren, logistische Regressionsschätzung**

	Portugal		Ostdeut		Westdeut		Norwegen		Dänemark		Frankreich	
	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.	s. I.	m. I.
Lage des Haushalts												
BESCHEIDEN	106*	134*	62*	58*	21	43	41	38	147*	109	12	18
WOHLHAB.	402*	368*	156*	142*	227*	198*	132*	129*	210*	218*	52	42
REICH	164*	159*	37	67	360*	442*	185*	189*	778	540	54	52

\*  $p \leq 0.05$

#### 4. Zusammenfassung

Wir haben in der vorliegenden Analyse eine einfache Hypothese über den Einfluß des Haushaltseinkommens auf die Lebenszufriedenheit herangezogen, um zwei grundsätzlich unterschiedliche Strategien der Behandlung fehlender Einkommenswerte in ihren Folgen für die Überprüfung der Hypothese zu vergleichen.

Zunächst konnten wir feststellen, daß die Einkommensmessung beim Eurobarometer 1992 von einem hohen Anteil fehlender Werte betroffen ist. Die Einkommensvariable ist lückenhaft und mit einem je nach nationaler Stichprobe unterschiedlich hohen, insgesamt beträchtlichen Ausfall behaftet. Diese Unsicherheit der Einkommensmessung könnte man nur dann bei inhaltlichen Analysen ignorieren, wenn davon ausgegangen werden könnte, daß die durch Verweigerung und Weiß-Nicht-Reaktionen entstehenden Lücken im Daten-

satz rein zufällig entstanden sind. In diesem Falle könnten die mit Datenlücken behafteten Fälle von der Analyse ausgeklammert werden, ohne daß Folgen für die Interpretation der Ergebnisse befürchtet werden müßten. Diese Annahme ist aber in bezug auf die Einkommensangaben aufgrund theoretischer Überlegungen und empirischer Ergebnisse nicht zutreffend. Ein Ausklammern der Fälle mit fehlender Einkommensangabe läßt vor diesem Hintergrund befürchten, daß die inhaltlichen Ergebnisse verzerrt sind.

Wir konnten feststellen, daß in den unterschiedlichen nationalen Stichproben, zusätzlich zu den variierenden Ausfallraten auch unterschiedlich hohe Varianzen der Residuen in der Einkommensgleichung auftreten. D.h. daß sich in den einzelnen nationalen Stichproben des Eurobarometers schlechte Datenqualität und unzureichendes Modell in besonders gravierender Weise kombinieren. Man könnte erwarten, daß eine Kompensation des Ausfalls durch eine Imputation in diesen Fällen besonders irreführende Resultate hervorbringt.

Beim Vergleich der Parameterschätzungen, die auf der Basis von singulärer und multipler Imputation erzielt wurden, konnten wir feststellen, daß die Art der Imputation zu diametral entgegengesetzten substantiellen Schlußfolgerungen bezüglich des Brutto-Einkommenseffektes auf die Lebenszufriedenheit führen kann. Diese Inkonsistenz war besonders deutlich in Stichproben feststellbar, bei denen sich hohe Ausfallrate und hoher Fehler der Einkommensprognose kombinierten. Hier gab es in neun von 12 Paarvergleichen unterschiedliche Inferenzschätzungen. Bei Stichproben mit hohem Prognosefehler des Einkommensmodells und mittlerer Ausfallrate war in drei von 12 Paarvergleichen ein Unterschied zwischen singulärer und multipler Imputation festzustellen.

In den Stichproben aber, in denen die Varianz der Residuen moderat ist, unterscheiden sich die Parameterschätzung bei singulärer und multipler Datenimputation nicht.

## **Anmerkungen**

\*) Unser herzlicher Dank gilt Nanny Wermuth und Peter Schmidt, die mit konstruktiver Kritik dieser Arbeit zum Abschluß verholfen haben.

1) Zur Interpretation der b-Koeffizienten beachte man, daß  $\exp(b_i)$  der multiplikative Effekt ist, mit dem bei Anwachsen der zugehörigen Variablen  $X_i$  um eine Einheit die Chancen für das Ereignis, überwiegend zufrieden zu sein, verändert wird. Dabei werden die Chancen in Einheiten des Verhältnisses der Wahrscheinlichkeit des Ereignisses zu der komplementären Gegenwahrscheinlichkeit („odds“) gemessen. Die Veränderung wird häufig als prozentuale Abweichung im Vergleich zu einer Referenzgruppe ausgedrückt.



2) In der vorliegenden Analyse beschränken wir die substantielle Betrachtung auf den einfachen Effekt der Haushaltseinkommenslage auf die Lebenszufriedenheit und sprechen deshalb von einem Bruttoeffekt des Einkommens auf die Lebenszufriedenheit.

3) Die Auswahl der Determinanten des Einkommensmodells orientiert sich an den Arbeiten der Sozialstrukturforschung (Hradil 1987) und Konsumforschung (Kroeber-Riel/Weinberg 1996), die auf Bildung, Berufsposition, Alter und Geschlecht und Haushaltsausstattung mit hochwertigen Gütern bzw. Immobilien als Korrelate des Haushaltseinkommens hinweisen.

## Literatur

Hagenaars, A.J.M./De Vos, C./Zaidi, M.A., 1995, Armutsstatistik Ende der 80er Jahre: Untersuchungen auf der Basis von Mikrodaten. Brüssel, Luxemburg.

Hradil, S., 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Inglehart, R., 1989: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Inglehart, R./Rabier, J.-R., 1986: Aspirations Adapt to Situations - But Why Are the Belgians so Much Happier than the French? A Cross-Cultural Analysis of the Subjective Quality of Life. S. 1-56 in: Andrews, F. N. (Hrsg.), Research on the Quality of Life. Ann Arbor.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), 1992: Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft. Nr. 37. Brüssel.

Kroeber-Riel, W./Weinberg, P., 1996: Konsumentenverhalten, München: Vahlen Verlag.

Little, R. J./Rubin, D. B., 1987: Statistical Analysis with Missing Data. New York: Wiley.

Little, R. J./Schenker, N., 1995: Missing Data. S. 39-75 in: Arminger, G./Clogg, C. C./Sobel, M. E. (Hrsg.), Handbook of Statistical Modeling in the Social and Behavioral Sciences. New York: Wiley.

Papastefanou, G./Fleck, M., 1995: Die Behandlung von fehlenden Einkommenswerten in Analysen des ALLBUS. Interner Arbeitsbericht, Abteilung 'Einkommen und Verbrauch', ZUMA, Mannheim.

Reinecke, J./Schmidt, P., 1996: Model Specification and Missing Value Treatment in Panel Data: Testing the Theory of Planned Behavior in a Three-wave Panel Study. In: Engel, U./Reinecke, J. (Eds.), Analysis of Change. Advanced Techniques in Panel Data Analysis. De Gruyter, Berlin.

Rubin, D. B., 1987: Multiple Imputation for Nonresponse in Surveys. New York: Wiley.

Rubin, D. B., 1995: Multiple Imputation After 18+ Years. Manuskript.

Rubin, D. B./Schenker, N., 1991: Multiple Imputation in Health-Care Databases: An Overview and Some Applications. *Statistics in Medicine* 10: 585-598.

Veenhoven, R., 1990: Inequality in Happiness. Inequality in Countries Compared Between Countries. Paper presented at the 12th World Congress of Sociology in Madrid, July 1990. Working Group Social Indicators and Quality of Life. Session 7, Social Trends and Inequality, Rotterdam: Erasmus University.

Veenhoven, R., 1993: Happiness in Nations: Subjective Appreciation of Life in 56 Nations 1946 - 1992. Rotterdam, Erasmus University Rotterdam, RISBO-(Studies in Socio-Cultural Transformation; No. 2).

Veenhoven, R., 1994: The Cross-National Pattern of Happiness. Test of Predictions Implied in Three Theories of Happiness. Rotterdam: Erasmus University.

Yates, F., 1963, The analysis of replicated experiments when the field results are incomplete, *Empire Journal of Experimental Agriculture*, 1, 129-142.

## „IDEALMAßE“ FÜR KANZLERKANDIDATEN

ANGELIKA VETTER UND FRANK BRETTSCHEIDER

Kanzlerkandidaten erfreuen sich in der Politikwissenschaft einer regen Aufmerksamkeit, vor allem in Wahljahren, aber auch darüber hinaus. Unterschiedliche Erhebungsformate und Zweifel bezüglich der Güte und der inhaltlichen Bedeutung der Messungen erschweren jedoch die wissenschaftliche Arbeit. Ziel dieser Untersuchung ist es, ein „ideales“ Instrument zur Messung von Kandidatenorientierungen zu entwickeln. „Ideal“ meint hier: Die Ergebnisse der Messungen sollen sowohl aussagekräftig sein als auch ökonomisch erhoben werden können. Zunächst werden die Vorzüge und Nachteile verschiedener Erhebungsmethoden (offen vs. geschlossen, Rating vs. Ranking) sowie die inhaltliche Bandbreite von relevanten Kandidateneigenschaften diskutiert. Anschließend werden alternative Messungen der Gesamtbeurteilung von Kandidaten einander gegenübergestellt. Unter anderem geben lineare Strukturgleichungsmodelle Auskunft über deren Leistungsfähigkeit bei der Erklärung der Kanzlerpräferenz. Den Abschluß bildet ein Vorschlag für zukünftige Erhebungen von Kandidatenorientierungen nach den oben genannten Kriterien.

Political candidates are of interest to political science research at any time, not only in election years. The perception of political candidates by the general public is a recurring and favourite topic. Both the use of different measurement instruments and differences in quality across instruments creates problems for careful research. Comparisons over time are not always possible and dimension to be tapped by a given measure is sometimes unclear. In the paper we try to develop an "ideal" measure for candidate orientations; one which provides more detailed information than most of the standardly used instruments, but is nonetheless economical. Methodological issues are discussed first, together with the range of personal qualities relevant when assessing candidate perceptions. Second, alternative measures of overall candidate evaluations are compared in terms of their content and their quality of measurement. Structural equation models show the different impacts they have on people's preferences for a German chancellor. Finally, a number of questions are proposed for measuring evaluations of candidates in future.

## 1. Auf der Suche nach dem idealen Kandidatenmaß

In Wahljahren rücken Kanzlerkandidaten in das Zentrum des politischen Interesses der Bevölkerung. Wissenschaftler wiederum interessieren sich dafür, wie die Bevölkerung die Kandidaten wahrnimmt. Dabei stellt sich die Frage, wie Einstellungen zu politischem Führungspersonal in Umfragen adäquat erhoben werden. Die bislang zur Messung von Kandidatenorientierungen verwendeten Konstrukte variieren sehr stark. Zudem ist oft unklar, wie zuverlässig einzelne Indikatoren sind bzw. was mit ihnen tatsächlich gemessen wird. So resümierte Kaase (1994: 221) vor wenigen Jahren: „There is still no standard instrument to regularly, validly, and reliably assess the core elements of beliefs about political leaders“. Dabei ist kumulativer Erkenntnisfortschritt auf Forschungscontinuität und die Verlässlichkeit des verwendeten Instrumentariums angewiesen (zu den Konzepten Validität und Reliabilität vgl. u.a. Carmines/Zeller 1983; Wegener 1983).

Die Variationsbreite der Instrumente zur Erhebung von Kandidatenorientierungen erschwert in erster Linie die Vergleichbarkeit der Messungen und läßt sich anhand der folgenden beiden Punkte kurz illustrieren: Erstens unterscheiden sich die Instrumente in ihrem Focus: der Beurteilung einzelner Eigenschaften der Kandidaten, der Gesamtbeurteilung durch Sympathieskalometer und der Kanzlerpräferenz,<sup>1)</sup> bei der sich die Befragten zwischen den zur Wahl stehenden Kandidaten entscheiden sollen. Zweitens erfolgt die Abfrage nach zum Teil sehr unterschiedlichen Verfahren. Während bei den Fragen nach der Gesamtbeurteilung und nach der Kanzlerpräferenz mittlerweile weitgehend Einigkeit über den zu verwendenden Fragewortlaut besteht, werden Kandidateneigenschaften in einigen Studien mit Hilfe offener Fragen erhoben: Die Befragten sollen angeben, was ihnen an Kandidat X oder Kandidat Y gefällt bzw. mißfällt (vgl. u.a. Miller/Wattenberg/Malanchuk 1986; Lass 1995). In anderen Arbeiten kommen geschlossene Fragen zum Einsatz. Die Befragten müssen dann für eine Reihe von Eigenschaften entweder angeben, auf welchen der Kandidaten eine Eigenschaft eher zutrifft (Ranking; vgl. u.a. Kepplinger/Brosius/Dahlem 1994) oder wie stark die Eigenschaft auf jeden der beiden Kandidaten zutrifft (Rating; vgl. u.a. Kinder 1986). Ferner finden Semantische Differentiale Anwendung, bei denen die Befragten beurteilen, ob ein Kandidat ihrer Meinung nach beispielsweise eher stark oder schwach, glaubwürdig oder unglaubwürdig, kompetent oder inkompetent ist (vgl. u.a. Eltermann 1978: 465ff.; Kaid 1995; Tannenbaum/Greenberg/Silverman 1962: 271ff.).

Neben der Vergleichsproblematik, die sich aus der methodischen Vielfalt unterschiedlicher Messungen ergibt, besteht auch hinsichtlich der gemessenen Inhalte noch weitgehend Unsicherheit. So ist bislang nicht geklärt, inwieweit sich Eigenschaftsmessungen, die Gesamtbeurteilung und die Kanzlerpräferenz inhaltlich unterscheiden und welche Zusammenhänge zwischen ihnen bestehen. Weiter ist unklar, welche Eigenschaften der

Spitzenpolitiker für die Beurteilung durch die Bevölkerung von Bedeutung sind und wie diese Eigenschaften zu Dimensionen zusammengefaßt werden können. Häufig werden willkürlich ausgewählte Eigenschaften abgefragt, die Daten dann einer explorativen Faktorenanalyse unterzogen und die ermittelten Faktoren mehr oder weniger ad hoc interpretiert. Vergleichsweise selten findet sich eine deduktive Vorgehensweise, bei der die Eigenschaftsdimensionen aus theoretischen Überlegungen abgeleitet werden.

Im folgenden werden wir uns mit den genannten inhaltlichen und methodischen Unzulänglichkeiten bei der Messung von Kandidatenbeurteilungen beschäftigen. Was ist das „Idealmaß“ für Kanzlerkandidaten? Die Beantwortung dieser Frage erfolgt in mehreren Schritten:

Zunächst wird untersucht, wie Eigenschaften von Kanzlerkandidaten erhoben werden sollten, welche Dimensionen zur Beurteilung von Spitzenpolitikern relevant sein dürften und inwieweit diese Messungen zuverlässig sind. Grundlage der Analysen sind sowohl geschlossene als auch offene Fragen nach den Eigenschaften von Helmut Kohl und Gerhard Schröder. Sodann stellen wir drei Alternativen zur Messung der Gesamtbeurteilung von Kandidaten vor. Welche Informationen liefern diese Alternativen über die Kandidaten, und wie stark hängen sie miteinander zusammen? Im nächsten Schritt geht es um die Leistungsfähigkeit der alternativen Kandidatenmaße bei der Erklärung der Kanzlerpräferenz. Dabei wird u.a. nach der Abhängigkeit der Kandidatenorientierungen von der Parteineigung der Befragten gefragt. Abschließend unterbreiten wir Vorschläge für eine aussagekräftige und gleichzeitig ökonomische Erhebung der Einstellungen zu Kanzlerkandidaten.

Die verwendeten Daten entstammen einer im November 1997 mittels der CAPI-Methode (computergesteuerte persönliche Interviews) durchgeführten Umfrage des EMNID-Instituts. In Westdeutschland wurden 754, in Ostdeutschland 199 Personen im Alter von mindestens 18 Jahren befragt. Die Auswahl erfolgte auf der Grundlage von 315 Sample Points des ADM-Mastersamples. Innerhalb der Sample Points erfolgte die Selektion nach dem Random-Route-Verfahren, in den einzelnen Haushalten mittels des Geburtstagschlüssels.<sup>2)</sup>

## **2. Kandidateneigenschaften, ihre Erhebung und ihre Dimensionierung**

Kandidateneigenschaften werden mittels unterschiedlicher Verfahren erhoben (offen, geschlossen, Ranking, Rating, Semantische Differentiale). Zunächst wird gefragt, ob grundsätzlich eher mit offenen oder mit geschlossenen Fragen gearbeitet werden sollte und begründet, warum sich unseres Erachtens Rating-Fragen am besten zur Messung von

Eigenschaftsbewertungen der Kandidaten eignen. Im Anschluß daran erfolgt eine inhaltliche Dimensionierung der Kandidateneigenschaften und deren Validierung mit Hilfe offener Fragen.

## 2.1 Offene oder geschlossene Fragen?

Offene Fragen bieten gegenüber geschlossenen Fragen zwei wesentliche Vorzüge: Erstens werden die von den Befragten zu beurteilenden Kandidateneigenschaften nicht vom Forscher vorgegeben. Offene Fragen ermöglichen also Antworten auf der Basis der individuellen Referenzsysteme der Befragten (vgl. Schumann/Presser 1996: 80ff.). Bei geschlossenen Fragen besteht die Gefahr, daß um die Beurteilung von Kandidateneigenschaften gebeten wird, die den Befragten von selbst nicht in den Sinn gekommen wären. Zweitens eignen sich offene Fragen besonders gut für intertemporäre Vergleiche. Hingegen ist es relativ schwierig, geschlossene Fragen zu formulieren, die über mehrere Wahlkämpfe hinweg eingesetzt werden können. Man weiß nicht genau, ob eine heute als wichtig angesehene Kandidateneigenschaft auch noch in zwanzig Jahren für die Beurteilung von Spitzenpolitikern relevant sein wird (vgl. Wattenberg 1991: 26).

Diesen Vorzügen stehen jedoch mehrere Nachteile gegenüber, die im Fall der geschlossenen Abfrage umgangen werden: Offene Fragen sind sensibel gegenüber der Artikulationsbereitschaft und -fähigkeit der Befragten, was eine höhere Zahl von Antwortverweigerungen mit sich bringen dürfte. Bei geschlossenen Fragen hingegen treten diesbezüglich keine gravierenden Probleme auf. Die Zahl der verwertbaren Antworten sollte folglich deutlich höher sein. Darüber hinaus besteht bei offenen Fragen eine größere Gefahr von Antwortverzerrungen durch unterschiedliche Aufzeichnungen der Interviewer und Fehler bei der Weiterverarbeitung der Antworten. Schließlich ist der Auswertungsaufwand aufgrund der notwendigen Codierarbeiten deutlich größer als bei der geschlossenen Abfrage (zu weiteren Nachteilen der offenen Abfrage vgl. Hippler/Schwarz 1987: 107ff.). Wir schließen uns daher der Einschätzung von Schnell, Hill und Esser (1993: 341) an: „Da (bei offenen Fragen, Anm. d. Verf.) in aller Regel auch wieder Zusammenfassungen von Antwortmustern vorgenommen werden müssen, um eine quantifizierende Analyse zu ermöglichen, sollte die Verwendung gut konzeptualisierter, theoretisch begründeter und durch einen Pretest geprüfter geschlossener Fragen vorgezogen werden“.

## 2.2 Rating, Ranking oder Semantisches Differential?

Bei der geschlossenen Abfrage von Kandidateneigenschaften kommen prinzipiell drei Frageverfahren in Betracht: Rating- und Ranking-Fragen ebenso wie Semantisches Differential. Bei der Abfrage mit Hilfe von Rating-Skalen müssen die Befragten für eine Reihe von Eigenschaften angeben, wie stark die einzelnen Eigenschaften auf jeden der

beiden Kandidaten zutreffen. Im Fall von Ranking-Skalen werden die Befragten dagegen aufgefordert, die Kandidaten bezüglich der jeweiligen Eigenschaften in eine Reihenfolge zu bringen. Sie müssen entscheiden, auf welchen der beiden Kandidaten die Eigenschaft eher zutrifft. Semantische Differentiale ähneln Rating-Skalen. Allerdings umfassen sie grundsätzlich bipolare Eigenschaftsdimensionen (z.B. warm-kalt, trocken-kalt, kompetent-inkompetent). Die Befragten entscheiden, welcher Eigenschaftspol dem jeweiligen Kandidaten eher entspricht. Im Gegensatz zum Ranking-Verfahren werden die Politiker aber nicht in Abhängigkeit voneinander bewertet.

Allgemein wird es als Vorzug des Rankings angesehen, daß es zu einer eindeutigen Rangfolge der zu beurteilenden Objekte führt. Aus diesem Grund werden Ranking-Skalen häufig zur Messung von Wertorientierungen verwendet (vgl. u.a. Inglehart 1971; 1979). Dabei wird unterstellt, Werte seien grundsätzlich kompetitiver Natur. Eine Messung, die zu einer Rangfolge unterschiedlicher Wertvorstellungen führt, ist theoretisch folglich angemessen (vgl. im Gegensatz dazu Klages 1992). Allerdings bringt das Ranking-Verfahren auch Probleme mit sich (vgl. Alwin/Krosnick 1985): Erstens stellt das Verfahren relativ hohe Anforderungen an die kognitive Kompetenz der Befragten. Zweitens ist es zeitaufwendig. Drittens können die Objekte - in diesem Fall Kandidaten - nur in Abhängigkeit voneinander gemessen werden. Die Messungen sind folglich nicht unabhängig voneinander. Viertens können mehrdimensionale Strukturen nicht erfaßt werden. Fünftens liefert das Verfahren keine Informationen über die Stärke der Ausprägungen und die Abstände zwischen den einzelnen Rängen. Sechstens schließlich schränkt das niedrige Skalenniveau die Nutzung weiterführender statistischer Verfahren ein.

Das Rating-Verfahren ist demgegenüber wesentlich einfacher anzuwenden. Es stellt geringere Anforderungen an die Befragten, wodurch eine hohe Zahl verwendbarer Fälle garantieren sein dürfte. Gleichzeitig können mehrere theoretische Dimensionen in der Abfrage ermittelt werden. Allerdings sind auch die Nachteile einer Rating-Abfrage nicht von der Hand zu weisen. So birgt das Rating-Verfahren auf Grund seiner Einfachheit die Gefahr einer geringeren Differenzierung in der Beurteilung der Objekte in sich (vgl. u.a. Schumann 1997: 72ff.). Gleichzeitig dürften Erwünschtheitseffekte und Zustimmungstendenzen stärker zutage treten als im Fall des Ranking. Grundsätzlich höhere positive Korrelationen zwischen den einzelnen Indikatoren sind damit meßtechnisch vorbestimmt. Insgesamt also dürfte die Datenqualität von Rating-Abfragen etwas schlechter sein als beim Ranking (vgl. Alwin/Krosnick 1985: 537).<sup>3)</sup>

Trotz der genannten Fehlerquellen sprechen unseres Erachtens vor allem zwei Gründe für die Verwendung von Rating-Skalen bei der Messung von Kandidateneigenschaften. Der erste Grund liegt in der Forcierung eindimensionaler latenter Faktoren durch das Ranking.

Im Fall von Eigenschaftsbewertungen ist es theoretisch plausibel, von mehrdimensionalen Strukturen auszugehen. Diese können über Rating-Skalen besser ermittelt werden. Zweitens beruht das Kandidaten-Ranking auf relativen Bewertungen. Kandidat X und Kandidat Y werden hinsichtlich einzelner Eigenschaften einander gegenübergestellt. Tritt an die Stelle von Kandidat Y zu einem späteren Zeitpunkt – etwa bei der nächsten Wahl – ein Kandidat Z, sind die früher ermittelten Daten für Kandidat X mit den neueren Ergebnissen nicht vergleichbar, weil sich die Bewertungsgrundlage verändert hat. Aussagen über Veränderungen von Bewertungsstandards im Zeitverlauf können bei Ranking-Messungen folglich nur durchgeführt werden, wenn die beiden zu bewertenden Objekte dieselben bleiben. Dies gilt für Kanzlerkandidaten aber nur in wenigen Fällen. Eigenschaftsmessungen mit Hilfe von Kandidaten-Ratings liefern über die Zeit und über verschiedene Kandidaten hinweg eher vergleichbare Informationen, da es sich um unabhängige Bewertungen von Personen handelt. Gleichzeitig kann auf diese Weise ermittelt werden, ob einzelne Eigenschaften über die Zeit hinweg für die Befragten an Relevanz gewinnen oder verlieren. Lediglich die Berücksichtigung von veränderten Kontexteffekten muß im Fall von intertemporären Vergleichen gewährleistet sein.

Außer mittels Ratings und Rankings werden Kandidatenprofile gelegentlich mit Hilfe Semantischer Differentiale erhoben (vgl. u.a. Kaid 1995). Sie bestehen aus antithetischen Eigenschaftspaaren (z.B. häßlich-schön; stark-schwach), zwischen denen die Befragten die jeweiligen Bewertungsobjekte zu plazieren haben. Inhaltlich bleibt häufig unklar, auf welcher theoretischen Basis die verwendeten Eigenschaftspaare ausgewählt werden und was sie über die Kandidaten aussagen (z.B. warm-kalt; vgl. generell zur Skalenrelevanz von Semantischen Differentialen Schnell/Hill/Esser 1993: 190). Darüber hinaus aber entspricht die Differentialmessung in weiten Teilen der Messung nach dem Rating-Verfahren. Der wesentliche Unterschied besteht in der grundsätzlich bipolaren Messung von Eigenschaftsbewertungen durch Semantische Differentiale. Das heißt, die Skalen enden nicht mit dem „neutralen“ Nullpunkt (der Kandidat weist eine Eigenschaft nicht auf), sondern die jeweils gegenteilige Eigenschaft bildet den Skalenendpunkt. Dies erweitert den Beurteilungsspielraum der Befragten und führt wahrscheinlich zu einer stärkeren Diskriminierung in den Antwortverteilungen.

Allerdings zeigen neuere Forschungsarbeiten, daß auch im Fall von Rating-Skalen je nach numerischer Bezeichnung der Skalenendpunkte Bedeutungsspielräume erweitert oder verengt und gleichzeitig die Varianzen in den Antworten der Befragten verändert werden können (vgl. zum Einfluß von Antwortskalen auf das Antwortverhalten u.a. Schwarz/Hippler 1987; Schwarz/Strack/Hippler 1991). So wird eine Rating-Skala, die von -2 bis +2 reicht, von den Befragten häufig als bipolares Bewertungsangebot wahrgenommen. Antwortskalen von 1 bis 5 suggerieren dagegen eher eine eingeschränkte Bandbreite im



Bewertungsspielraum. Im Fall von Eigenschaften dürfte der Skalenwert 1 primär als Fehlen der Eigenschaft interpretiert werden, der Wert 5 dagegen als starke Eigenschaftsausprägung (vgl. Schwarz et al. 1991).

Bei den folgenden geschlossenen Messungen der Bewertungen von Kandidateneigenschaften werden entsprechend dieser Überlegungen Rating-Skalen verwendet. Die Antwortmöglichkeiten reichen numerisch von -2 bis +2, um unter Umständen eine stärkere Diskriminierung in den Ergebnissen zu erreichen. Die verbale Beschreibung der Skalendepunkte verdeutlicht jedoch, daß es sich um eine unipolare Eigenschaftsbewertung handeln soll. Die Fragestellung lautet: „Ich lese Ihnen nun einige Eigenschaften vor. Sagen Sie mir bitte auf einer Skala von -2 bis +2 wie stark diese Eigenschaften für Sie auf Helmut Kohl und Gerhard Schröder zutreffen. -2 bedeutet, daß eine Eigenschaft überhaupt nicht zutrifft; +2 bedeutet, daß eine Eigenschaft voll und ganz zutrifft. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. ... Trifft dies auf Helmut Kohl eher zu oder eher nicht zu? Und trifft dies auf Gerhard Schröder eher zu oder eher nicht zu?“ (zu den abgefragten Eigenschaften siehe Tabelle 1).

### **2.3 Welche Eigenschaften von Kanzlerkandidaten sollen erhoben werden?**

Nach der Klärung des zu verwendenden Frageformats ist weiterhin offen, welche Eigenschaften für die Wahrnehmung von Kandidaten theoretisch von Bedeutung sind und daher abgefragt werden sollten. Diese Frage kann prinzipiell auf zwei Wegen bearbeitet werden. Entweder man testet eine relativ umfassende Batterie von Einzeleigenschaften und wählt dann diejenigen Eigenschaften aus, die sich – beispielsweise in Faktorenanalysen – als besonders wichtig erweisen. Oder man leitet aus theoretischen Überlegungen und der Forschungsliteratur ab, welche Dimensionen für die Beurteilung einer Person relevant sind. Diese werden sodann über Einzelindikatoren operationalisiert, die Indikatoren selbst anschließend wieder auf ihre Meßgüte hin getestet. Wir wählen im folgenden den zweiten Weg.

Die Annahme, Eigenschaften ließen sich zu Dimensionen zusammenfassen, stützt sich auf Erkenntnisse der Kognitions-Psychologie. Damit sich Menschen in der sie umgebenden Komplexität zurechtfinden, wenden sie Verfahren der Kategorisierung an. Sie organisieren ihre Einstellungen gegenüber einem Objekt entlang abstrakter, weiter gefaßter Kategorien. Dabei kann es sich sowohl um Kategorien oder Schemata handeln, mit denen man andere Menschen in Alltagssituationen beurteilt, als auch um Schemata zur spezifischen Beurteilung von Spitzenpolitikern (vgl. u.a. Kinder 1986). Bereits im „American Voter“ wurde zwischen persönlichen Qualitäten (integer, sympathisch, vertrauensvoll, intaktes Familienleben etc.) und politischen Fähigkeiten (unabhängig, führungsstark, erfahren etc.) von Präsidentschaftskandidaten differenziert (vgl. Campbell u.a. 1960: 55). Inhaltlich die

gleiche Unterscheidung wird mit den Bezeichnungen „rollenferne“ und „rollennahe“ Eigenschaften getroffen (vgl. Lass 1995: 60; Sigel 1964: 483ff.; Nimmo/Savage 1976: 46). Allerdings wird inzwischen überwiegend die Auffassung vertreten, zur Strukturierung der Kandidatenorientierungen bedürfe es mehr als nur zweier Dimensionen (vgl. u.a. Miller/Wattenberg/Malanchuk 1986; Kinder 1986; Bean/Mughan 1989; Lass 1995).

Im folgenden wird zunächst anhand von elf geschlossen abgefragten Eigenschaften untersucht, welche Vorstellungen die Wahlberechtigten von Helmut Kohl und Gerhard Schröder haben. Die Eigenschaften wurden so ausgewählt, daß sie die vier mittlerweile in der Forschungsliteratur dominierenden Dimensionen von Kandidatenbeurteilungen abdecken. Problemlösungskompetenz wird mittels der Items „Er hat ein gutes Konzept, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln“ und „Er hat ein gutes Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ gemessen. Manager-Fähigkeiten werden über die Eigenschaften „führungsstark“, „entscheidungsfreudig“ und „tatkräftig“ abgedeckt, Integrität über die Indikatoren „ehrlicher Mensch“, „politisch vertrauenswürdig“ und „macht eine verantwortungsvolle Politik“. Die apolitische, persönliche Dimension wird über die Eigenschaften „guter Geschmack“, „angenehme Ausstrahlung“ und „menschlich Sympathie“ operationalisiert. Tabelle 1 zeigt die einzelnen Indikatoren mit ihren Mittelwerten, Standardabweichungen und der Zahl der fehlenden Angaben.<sup>4)</sup>

Inwieweit diese Operationalisierung der Dimensionen über die genannten elf Einzeleigenschaften realitätsgerecht ist und wie stark die einzelnen Dimensionen miteinander zusammenhängen, wird über konfirmatorische Faktorenanalysen geprüft (vgl. Abbildung 1). Diese bestätigen für beide Kandidaten die Zuordnung der elf Eigenschaften zu den vier Dimensionen Problemlösungskompetenz, managerielle Fähigkeit, Integrität und persönliche Merkmale. Alternative ein- und zweifaktorielle Meßmodelle, die hier nicht präsentiert werden, erbrachten etwas schlechtere Anpassungswerte. Die vier Dimensionen hängen bei Kohl und bei Schröder jeweils stark zusammen. Beispielsweise geht eine negative Beurteilung der Integrität von Kohl bzw. Schröder mit einer negativen Einschätzung der persönlichen Merkmale des betreffenden Politikers einher. Und Befragte, die Kohl bzw. Schröder Issue-Kompetenz absprechen, stufen auch deren Integrität als gering ein. Mehrere Erklärungen kommen für diesen Sachverhalt in Betracht: Möglicherweise nehmen die Befragten die beiden Kandidaten „ganzheitlich“ wahr. Dieses „Grundurteil“ schlägt sich dann in der Beurteilung der einzelnen Eigenschaften nieder. Denkbar ist zweitens, daß hier das Streben nach kognitiver Konsistenz zum Ausdruck kommt. Menschen sind bemüht, ihre verschiedenen Einstellungen zu einem Objekt – etwa Kohl oder Schröder – miteinander in Einklang zu bringen, um „inneren Streß“ aufgrund widersprüchlicher Einzelurteile zu vermeiden. Drittens könnten Zustimmungstendenzen im Antwortverhalten die inhaltlich gerechtfertigten hohen Korrelationen zusätzlich verstärken. Und viertens könnten Kandidatenbe-

urteilungen das Resultat allgemeiner politischer Präferenzen eines Befragten sein – vor allem der Parteiidentifikation. Allerdings hängen die vier Dimensionen unterschiedlich stark mit der Parteiidentifikation der Befragten zusammen (vgl. Brettschneider 1998: 417). Die Wahrnehmungen der Problemlösungsfähigkeit sowie der Integrität der Kanzlerkandidaten stehen in einem deutlich stärkeren Zusammenhang mit der Parteiidentifikation als die Manager-Fähigkeiten sowie die persönlichen Eigenschaften. Dies deutet darauf hin, daß die vier Dimensionen tatsächlich inhaltlich unterschiedliche Aspekte der Kandidatenbeurteilung messen und die getrennte Abfrage der Dimensionen sinnvoll ist.

## **2.4 Validierung der bisherigen Befunde anhand offener Fragen**

Die beiden folgenden offenen Fragen dienen zur Validierung der mittels der Rating-Fragen ermittelten Befunde. „Wenn Sie nun an Helmut Kohl und Gerhard Schröder denken: Welche Eigenschaften fallen Ihnen zu diesen beiden Politikern ein?

1. Zuerst zu Helmut Kohl. Welche Eigenschaften fallen Ihnen bei Helmut Kohl ein?
2. Und welche Eigenschaften fallen Ihnen bei Gerhard Schröder ein?“

Die Befragten konnten maximal drei Eigenschaften pro Politiker nennen. Für die Validierung der geschlossenen Frage interessiert vor allem, ob Helmut Kohl und Gerhard Schröder in der offenen Abfrage in Konsistenz, Ausmaß und Inhalt ähnlich beurteilt werden wie bei Verwendung der Rating-Fragen. Sollte dies der Fall sein, kann von einer hohen Zuverlässigkeit der geschlossenen Fragen ausgegangen werden.

In einem ersten Schritt wird bei den Nennungen auf die offene Frage für jeden Befragten zwischen positiven und negativen Äußerungen zu Helmut Kohl und Gerhard Schröder unterschieden. Wie die Messungen über die geschlossenen Fragen zeigt auch die offene Abfrage, daß die meisten Befragten konsistente Vorstellungen vom Regierungschef und seinem Herausforderer haben (vgl. Abbildung 2): Nur zehn (Kohl) bzw. acht Prozent (Schröder) erwähnen sowohl positive als auch negative Merkmale. Sie finden z.B. Kohl sympathisch, aber seine Wirtschaftspolitik schlecht, oder Schröder tatkräftig, aber arrogant. Hingegen nennen über zwei Drittel der Befragten zu Kohl bzw. Schröder ausschließlich negative oder ausschließlich positive Eigenschaften.

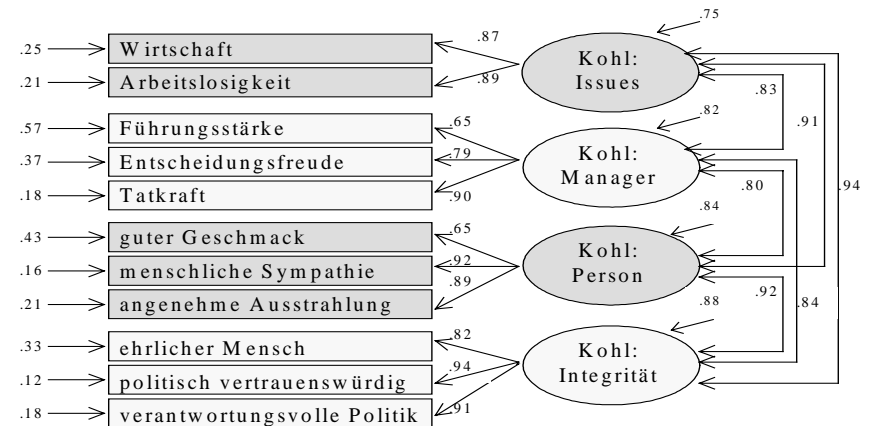
**Tabelle 1: Wahrgenommene Eigenschaften von Kohl (K) und Schröder (S)**  
(Skala von -2: trifft überhaupt nicht zu bis +2: trifft voll und ganz zu)

		Mittelwert		Standardabw.		Fehlende Werte	
		K	S	K	S	K	S
	<b>Issue-Kompetenz</b>						
1	Er hat ein gutes Konzept, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.	-0,74	-0,02	1,25	1,21	55	109
7	Er hat ein gutes Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.	-1,02	-0,27	1,19	1,21	44	115
	<b>Manager-Fähigkeiten</b>						
2	Er ist führungsstark.	+0,32	+0,19	1,37	1,20	47	120
6	Er ist entscheidungsfreudig.	-0,12	+0,36	1,34	1,11	58	132
9	Er ist tatkräftig.	-0,14	+0,34	1,31	1,16	57	112
	<b>Persönliche, apolitische Eigenschaften</b>						
3	Er hat einen guten Geschmack.	-0,40	+0,24	1,16	1,09	112	146
4	Er ist menschlich sympathisch.	-0,42	+0,14	1,34	1,20	46	70
10	Er hat eine angenehme Ausstrahlung.	-0,43	+0,25	1,31	1,17	45	68
	<b>Integrität</b>						
5	Er macht eine verantwortungsvolle Politik.	-0,41	+0,10	1,29	1,11	42	136
8	Er ist politisch vertrauenswürdig.	-0,34	-0,02	1,35	1,16	43	104
11	Er ist ein ehrlicher Mensch.	-0,34	-0,14	1,37	1,14	78	138

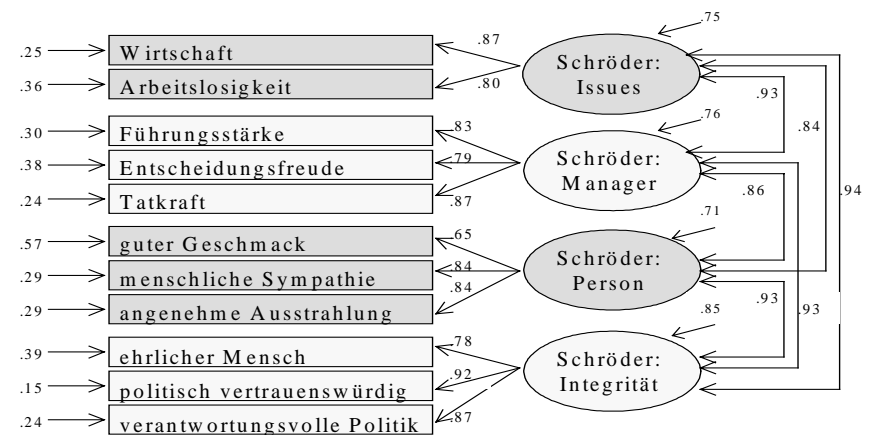
Die Zahl am Zeilenanfang entspricht der Reihenfolge, in der die Eigenschaften im Fragebogen abgefragt wurden. N= 805 bis 911.

Quelle: EMNID-Wissenschaftspreis November 1997; eigene Berechnungen.

**Abbildung 1: Wahrgenommene Eigenschaften von Kohl und Schröder**  
(Konfirmatorische Faktorenanalyse; standardisierte Pfadkoeffizienten und bivariate Korrelationen)



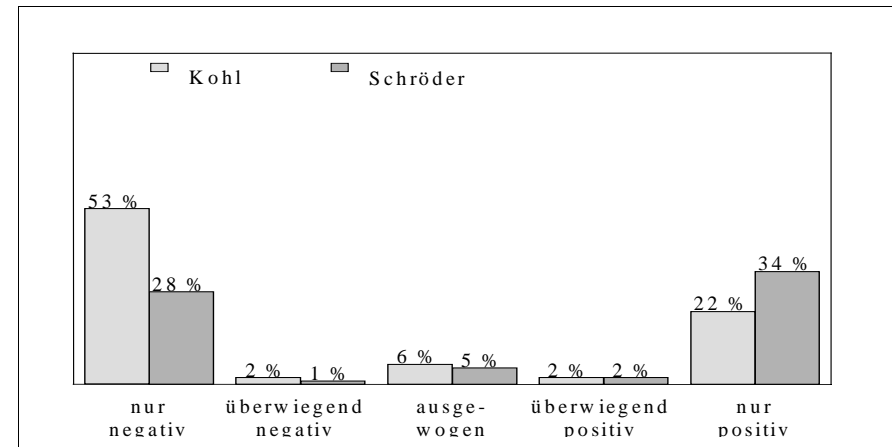
Kohl:  $df=38$ ;  $Chi^2=88$ ;  $p=0,0000077$ ;  $AGFI=0.98$ .



Schröder:  $df=38$ ;  $Chi^2=92$ ;  $p=0,0000021$ ;  $AGFI=0.98$ . PRELIS 2.03; LISREL 8; WLS nach polychorischen Korrelations- und Kovarianzmatrizen;  $N=676$ . Quelle: EMNID-Wissenschaftspreis November 1997; eigene Berechnungen.

**Abbildung 2: Konsistenz der Eigenschaftsnennungen zu Kohl und Schröder in der offenen Abfrage (in Prozent aller Befragten)**

„Wenn Sie nun an Helmut Kohl und Gerhard Schröder denken: Welche Eigenschaften fallen Ihnen zu diesen beiden Politikern ein? Zuerst zu Helmut Kohl. Welche Eigenschaften fallen Ihnen zu Helmut Kohl / zu Gerhard Schröder ein?“ [max. je drei Nennungen]



Ausgewogen = Befragte, die gleich viele positive wie negative Eigenschaften nennen. Kohl: 12% nannten keine Eigenschaft, 3% nannten eine neutrale Eigenschaft. Schröder: 23% nannten keine Eigenschaft, 7% nannten eine neutrale Eigenschaft. N= 953. Quelle: EMNID-Wissenschaftspreis November 1997; eigene Berechnungen.

Im zweiten Schritt wird geprüft, inwieweit die Befragten Eigenschaften entsprechend den oben präsentierten vier Eigenschaftsdimensionen nennen. Tabelle 2 gibt einen ausschnittshaften Überblick über die von den Autoren vorgenommene Zuordnung einzelner Nennungen zu den genannten Dimensionen. Die Antworten auf die offenen Fragen weisen nicht auf Eigenschaften hin, deren Erhebung in der geschlossenen Fragevariante versäumt wurde. Vielmehr lassen sie sich - wenngleich nach subjektiver Einschätzung - hinreichend gut den in der geschlossenen Abfrage ermittelten Eigenschaftsdimensionen zuordnen. Mehr als der Hälfte der Befragten fällt zu mindestens einem der beiden Kandidaten ein persönliches Merkmal ein (vgl. Tabelle 2). Nur Manager-Eigenschaften werden mit 57 Prozent noch etwas häufiger erwähnt. Eigenschaften aus dem Bereich der Issue-Kompetenz kommen den Befragten hingegen am seltensten in den Sinn. Selbst Integritätsaspekte äußern lediglich ein Drittel der Wahlberechtigten. Zwischen Kohl und Schröder bestehen hinsichtlich dieser Reihenfolge keine Unterschiede.

**Tabelle 2: Zuordnung von positiven und negativen Eigenschaftsnennungen in der offenen Abfrage zu den vier Eigenschaftsdimensionen**

	Positive Nennungen zu Kohl oder Schröder	Negative Nennungen zu Kohl oder Schröder	Nennung mindestens einer Eigenschaft
	Kompetenz	Inkompetent/unfähig	22 Prozent
Issue-Kompetenz	14 Prozent	10 Prozent	
	Ausdauer/Stehverm. Durchsetzungsverm. Tatkräftig/Macher Dynamisch	Keine Entschlußkraft Aussitzer	57 Prozent
Managerfähigkeiten	44 Prozent	37 Prozent	
	Sympathisch Jung/jugendlich/vital Selbstbewußt Gutaussehend/ charmant	Ehebrecher/Scheidung Arrogant/selbstherrlich Dick/fett/plump Verbraucht/abgenutzt Dickköpfig/stur Dickfellig/alt	53 Prozent
Persönl., apolit. Eigenschaften	22 Prozent	47 Prozent	
	*	Opportunist Angeber/Möchtegern Leere Versprechungen Unaufrichtig	34 Prozent
Integrität	12 Prozent	30 Prozent	

Die Prozentangaben beziehen sich immer auf alle Befragten. Wegen der Mehrfachnennungen addieren sich die Angaben nicht auf 100 Prozent. In der Tabelle sind nur Eigenschaftskategorien aufgeführt, die von mindestens 30 Befragten genannt wurden. \* Positive Eigenschaftskategorien mit Integritätscharakter wurden jeweils nur von weniger als 30 Befragten, aber 12 Prozent aller Befragten genannt. Quelle: EMNID-Wissenschaftspreis November 1997; eigene Auswertungen.

In Tabelle 3 sind neben den durchschnittlichen Bewertungen der Kandidaten auf den vier genannten Eigenschaftsdimensionen gemessen über die Rating-Fragen zum Vergleich auch die durchschnittlichen Bewertungen auf der Basis der offenen Fragen dargestellt. Bei der Codierung der offenen Abfrage wurden diejenigen Befragten, die eine Eigenschaftsdimension nicht nannten oder keine Antwort gaben, aus der Analyse ausgeschlossen. Dies reduziert zwar die Zahl der in der Analyse verbleibenden Befragten. Beispielsweise sind es nur 111 Befragte, die eine Angabe zur Problemlösungskompetenz von Gerhard Schröder machen. Jedoch sind die auf diese Weise ermittelten Werte für den Vergleich verlässlicher, als wenn Nichtangaben neutral vercodet würden. Anschließend wurde für jeden Befragten die Anzahl der positiven und negativen Nennungen voneinander subtrahiert.

Dadurch ergibt sich für Kohl und Schröder jeweils ein Skalenwert von  $-1$  bis  $+1$ , wobei  $-1$  bedeutet, dem Befragten fallen zu Helmut Kohl bzw. Gerhard Schröder überwiegend negative Eigenschaften ein,  $+1$  bedeutet, dem Befragten fallen zu den Kandidaten überwiegend positive Eigenschaften ein.

**Tabelle 3: Vergleich der Eigenschaftsmessungen über die offene und die geschlossene Abfrage**

	Geschlossene Abfrage (-2 bis +2)		Offene Abfrage (-1 bis +1)		Pearson's R
	Mittelwert	N	Mittelwert	N	
<b>Kohl</b>					
Issue-Kompetenz	-0,89	889	-0,27	111	.72
Manager-Fähigkeiten	+0,02	871	-0,10	416	.48
Persönliches	-0,43	825	-0,66	370	.38
Integrität	-0,36	862	-0,39	195	.71
Summe der Einzelbewertungen	-0,38	780	-0,12	841	.60
<b>Schröder</b>					
Issue-Kompetenz	-0,14	808	+0,61	123	.55
Manager-Fähigkeiten	+0,29	774	+0,38	314	.24
Persönliches	+0,22	788	+0,04	273	.54
Integrität	-0,03	761	-0,52	180	.57
Summe der Einzelbewertungen	+0,09	681	+0,04	734	.56

*Geschlossene Abfrage: Rating-Frage mit Skala von  $-2$  (trifft überhaupt nicht zu) bis  $+2$  (trifft voll und ganz zu). Offene Abfrage:  $-1$  bedeutet, der Befragte nennt überwiegend negative Eigenschaften,  $+1$  bedeutet, er nennt überwiegend positive Eigenschaften. Befragte ohne Nennung einer Eigenschaftsdimension oder neutrale Antworten wurden von der Analyse ausgeschlossen. Sämtliche Zusammenhangsmaße sind statistisch hochsignifikant. Quelle: EMNID-Wissenschaftspreis November 1997; eigene Berechnungen.*

Die Mittelwerte der offenen und der geschlossenen Abfrage der Kandidatenbeurteilungen auf den vier Dimensionen zeigen beim Vergleich lediglich in zwei Fällen Vorzeichenunterschiede (Manager-Fähigkeiten bei Kohl und Issue-Kompetenz bei Schröder). Ansonsten führen die offene bzw. die geschlossene Abfrage übereinstimmend zu durchschnittlich negativen oder positiven Eigenschaftswahrnehmungen. Zwischen offenen und geschlossenen Fragen treten also - wenn man die Beurteilungen von Kohl bzw. Schröder auf der Aggregatebene betrachtet - keine gravierenden Unterschiede auf. Daß dieser Befund auch auf der Individualebene Bestand hat, zeigen die Korrelationen (R) der jeweiligen Antworten auf die offenen und geschlossenen Fragen. Sie variieren zwischen .24 und .72.



Damit bestätigen die Antworten auf die offenen Fragen größtenteils die Befunde, die mittels der geschlossenen Fragen für Kohl und Schröder ermittelt wurden. Die Erhebung der Kandidateneigenschaften nach dem von uns vorgeschlagenen Rating-Verfahren und deren Reduktion auf vier Eigenschaftsdimensionen scheint gerechtfertigt.

### 3. Alternative Kandidatenmaße im Vergleich

Bislang haben wir die Bewertungen der elf Einzeleigenschaften Helmut Kohls und Gerhard Schröders sowie deren Reduktion auf vier Eigenschaftsdimensionen vorgestellt. Im folgenden geht es um die Gesamtbeurteilung von Kanzlerkandidaten. Wie kann sie erhoben werden, welche Informationen liefern unterschiedliche Messungen, wie stark hängen diese miteinander zusammen, und wie leistungsfähig sind sie bei der Erklärung der Kanzlerpräferenz?

#### 3.1 Alternativen zur Messung von Kandidatenbeurteilungen

Auf der Basis der hier verwendeten Daten stehen vier Alternativen zur Messung der Kandidatenbeurteilungen zur Verfügung:

1. Sympathieskalometerfrage: „Was halten Sie ganz allgemein von den Politikern, die ich Ihnen gleich nenne? Sagen Sie mir dies bitte anhand der folgenden Skala: +5 bedeutet, daß Sie viel von dem genannten Politiker halten; -5 bedeutet, daß Sie überhaupt nichts von dem genannten Politiker halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Was halten Sie also von Helmut Kohl? Und was halten Sie von Gerhard Schröder?“.
2. Additiver Index aus der Bewertung der elf Einzeleigenschaften (zur Fragestellung und den abgefragten Einzeleigenschaften siehe oben).
3. Additiver Index aus der Bewertung von vier Eigenschaften, die jeweils eine der oben genannten Dimensionen repräsentieren..
4. Kanzlerpräferenz: „Wenn es nach Ihnen ginge: Wen hätten Sie lieber als Bundeskanzler, Helmut Kohl oder Gerhard Schröder? (Antwortmöglichkeiten: 1. Helmut Kohl; 2. Gerhard Schröder; 3. Keinen von beiden; 4. Weiß nicht; 5. Keine Angabe)“.

Sowohl bei Kohl als auch bei Schröder besteht zwischen der Skalometermessung (Kandidatenmaß I) und dem Index aus elf Eigenschaftsbewertungen (Kandidatenmaß II) ein relativ starker Zusammenhang (0,71 bei Schröder und 0,76 bei Kohl; vgl. Tabelle 4). Allerdings unterscheiden sich beide Kandidatenmaße deutlich in ihrem Informationsgehalt. Während aus der reinen Skalometermessung nicht hervorgeht, welche Aspekte in die Gesamtbeurteilung von Kohl und Schröder einfließen, liefert die Messung über elf Eigenschaften wesentlich präzisere Informationen über die Zusammensetzung des Indikatorinhalts. Der Nachteil bei der Messung über elf Eigenschaften besteht allerdings in der

weitaus aufwendigeren Erhebung. Stehen zwei Kandidaten zur Auswahl, müssen von den Befragten 22 Urteile erbeten werden. Diese Vielzahl erhöht die Wahrscheinlichkeit der Antwortverweigerung. Entsprechend niedrig ist die Zahl der verwendbaren Fälle: 780 von 953 Befragten bei Kohl, 681 bei Schröder. Hingegen sahen sich 915 bzw. 882 Befragte dazu in der Lage, Kohl bzw. Schröder mittels der Skalometer-Frage zu beurteilen.

**Tabelle 4: Zusammenhänge zwischen alternativen Instrumenten zur Messung von Gesamtbeurteilungen**

	Schröder	Kandidatenmaß I: Skalometer	Kandidatenmaß II: 11 Eigenschaften	Kandidatenmaß III: 4 Eigenschaften	Kanzlerpräferenz
Kohl					
Kandidatenmaß I: Skalometer			0,71	0,72	-0,56
Kandidatenmaß II: 11 Eigenschaften		0,76		0,96	-0,42
Kandidatenmaß III: 4 Eigenschaften		0,76	0,97		-0,45
Kanzlerpräferenz		0,52	0,47	0,49	
Mittelwerte Kohl		-1,71	-0,38	-0,42	-0,20
Mittelwerte Schröder		-0,38	0,09	0,11	

Korrelationen oberhalb der Diagonalen beziehen sich auf die Beurteilungen von Schröder, unterhalb der Diagonalen auf die Beurteilungen von Kohl.

Kandidatenmaß I = Skalometer (-5 bis +5); Kandidatenmaß II = additiver Index aus den 11 Eigenschaftsbewertungen (-2 bis +2); Kandidatenmaß III: additiver Index aus den 4 wichtigsten Eigenschaftsbewertungen (-2 bis +2); Kanzlerpräferenz (1: Kohl; 0: keiner von beiden; -1: Schröder); N für Kandidatenmaß I = 915 (Kohl), 882 (Schröder); Kandidatenmaß II = 780 (Kohl), 681 (Schröder); Kandidatenmaß III = 865 (Kohl), 785 (Schröder); Kanzlerpräferenz = 865 (Kohl und Schröder); Quelle: EMNID-Wissenschaftspreis November 1997; eigene Berechnungen.

Als Alternative zur Verwendung sämtlicher elf Einzeleigenschaften bietet sich eine Beschränkung auf diejenigen Eigenschaftsbewertungen an, die für die vier Dimensionen „Manager-Fähigkeiten“, „Issue-Kompetenz“, „Integrität“ und „Persönliches“ besonders relevant sind (vgl. Abbildung 1). Die Items mit den höchsten Ladungen auf diesen Dimensionen sind im Fall von Helmut Kohl und Gerhard Schröder die Konzepte zur Ankerbelung der Wirtschaft (Issue-Kompetenz), Tatkraft (Manager-Fähigkeiten), menschliche

Sympathie (Persönliches) und politische Vertrauenswürdigkeit (Integrität). Der aus diesen vier Indikatoren gebildete Summenindex (Kandidatenmaß III) korreliert sehr hoch mit dem auf elf Eigenschaften beruhenden Kandidatenmaß II: 0,97 für Kohl und 0,96 für Schröder. Die Konzentration auf die zentralen Eigenschaftsitems erscheint damit als sinnvolles Vorgehen, um die Messung der Kandidatenbeurteilungen ökonomischer zu gestalten, ohne dabei an inhaltlicher Substanz zu verlieren. Die Messungen bleiben aussagekräftiger als die Erhebung über die Skalometerfrage. Gleichzeitig reduziert sich die Fallzahl nicht so stark wie bei Verwendung der Elfer-Indizes. 865 Personen beurteilen Kohl, 785 Personen Schröder hinsichtlich der vier zentralen Eigenschaften.

### **3.2 Die Kandidatenmaße und ihre Erklärungskraft für die Kanzlerpräferenz**

Alle drei vorgestellten Kandidatenmaße hängen relativ stark mit der Kanzlerpräferenz zusammen (vgl. Tabelle 4). Die Korrelationen in Höhe von 0,42 bis 0,56 machen allerdings deutlich, daß die Kanzlerpräferenz nicht alleine von der Gesamtbeurteilung der zur Wahl stehenden Personen beeinflusst wird. Während die Gesamtbeurteilung eine affektiv-evaluative Einschätzung eines jeden Kandidaten darstellt, enthält die Frage nach der Kanzlerpräferenz eine stärkere Entscheidungskomponente, die näher an der tatsächlichen Stimmabgabe zugunsten einer Partei liegt. Im nächsten Schritt ist daher zu fragen, welche strukturelle Bedeutung den drei unterschiedlichen Kandidatenmaßen im Rahmen eines einfachen Modells zur Erklärung der Kanzlerpräferenz zukommt. Das Modell basiert auf den folgenden Annahmen:

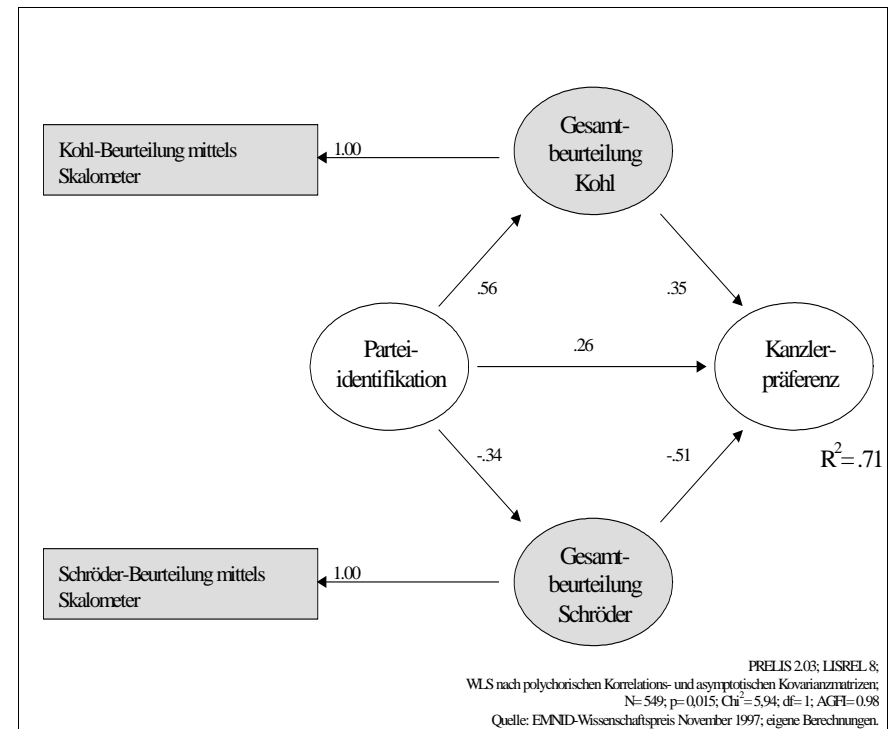
Die Kanzlerpräferenz ergibt sich zum einen aus den Gesamtbeurteilungen von Kohl und Schröder, zum anderen aus der Parteiidentifikation der Befragten. Die Parteiidentifikation stellt im Rahmen des sozial-psychologischen Standardmodells zur Erklärung des Wahlverhaltens die zentrale, langfristig relativ stabile Komponente des individuellen Orientierungssystems dar, die ihrerseits die situationsabhängigen und vergleichsweise peripheren Elemente Themen- und Kandidatenorientierungen beeinflusst (vgl. Campbell u.a. 1960).

Nicht nur die Kanzlerpräferenz, sondern auch die Gesamtbeurteilungen von Kohl und Schröder unterliegen Einflüssen der Parteineigung der Befragten. Dafür sprechen - neben dem sozial-psychologischen Standardmodell - auch Überlegungen aus der Kognitionspsychologie. Dort kommt der Parteiidentifikation die Rolle eines Hinweises (Cues) zu, der den Befragten die Kandidatenbewertung erleichtert, ohne daß diese sich zunächst über zahlreiche Einzeleigenschaften informieren müssen (vgl. Rahn 1993).

Die Abbildungen 3 bis 5 geben die Zusammenhänge innerhalb des Modells zur Erklärung der Kanzlerpräferenz wieder. In Abbildung 3 wird die Gesamtbeurteilung der beiden Kandidaten über das „Sympathieskalometer“ gemessen. In Abbildung 4 wird die Gesamt-

beurteilung als latente Variable operationalisiert, die aus den elf Eigenschaftsbewertungen besteht, und in Abbildung 5 als latente Variable, die aus den vier zentralen Eigenschaftsitems gebildet wird.

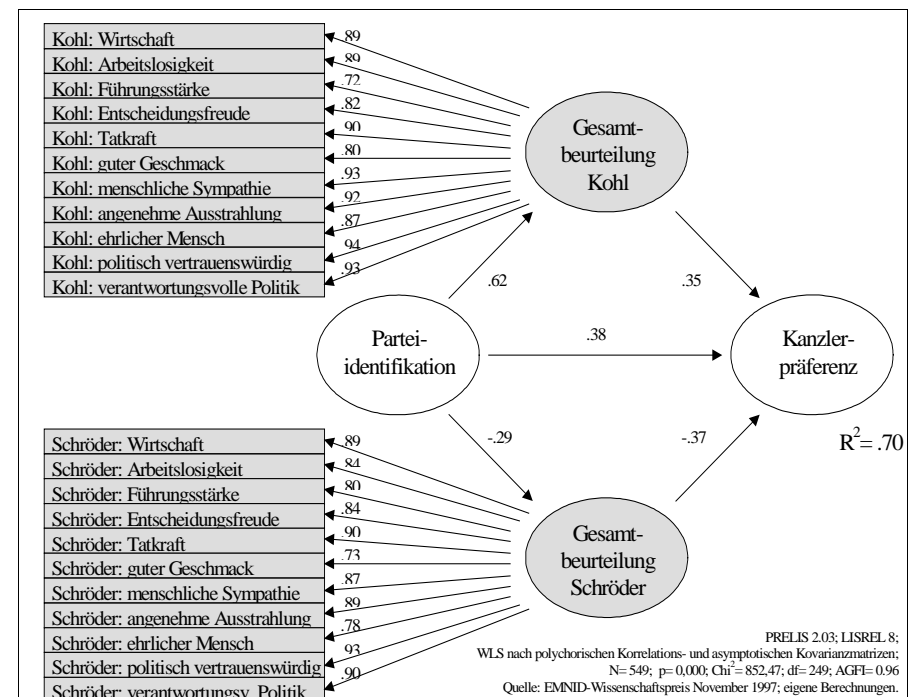
**Abbildung 3: Kandidatenmaß I Skalometer (standardisierte Pfadkoeffizienten)**



Die Beziehungen in dem Modell sind bei Verwendung der drei Kandidatenmaße strukturell sehr ähnlich. Die Kanzlerpräferenz läßt sich insgesamt sehr gut auf die Parteiidentifikation und die Gesamtbeurteilungen von Kohl und Schröder zurückführen: Je nach verwendetem Kandidatenmaß lassen sich 65 bis 71 Prozent der Varianz in der Kanzlerpräferenz erklären. Die Gesamtbeurteilungen von Kohl und Schröder sind für die Entscheidung zwischen den beiden Bewerbern um das Kanzleramt etwa gleich bedeutend. Ihr Einfluß auf die Kanzlerpräferenz ist etwas stärker als der direkte Einfluß der Parteiidentifikation.<sup>6)</sup> Allerdings hängen die Gesamtbeurteilungen ihrerseits relativ stark von der Parteineigung

der Befragten ab. Dies trifft auf die Gesamtbeurteilung von Helmut Kohl stärker zu als auf die Gesamtbeurteilung von Gerhard Schröder (.56 bis .62 versus  $-.29$  bis  $-.34$ ). Der Herausforderer wird also weniger deutlich parteipolitisch geprägt wahrgenommen als der Kanzler. Die unabhängig vom verwendeten Kandidatenmaß sehr ähnlichen Zusammenhänge zwischen Parteineigung, Kanzlerpräferenz und Kandidatenbeurteilungen unterstützen die am Ende von Kapitel 3.1 formulierte Auffassung, daß eine Erfassung der Kandidatenorientierungen mit Hilfe der vier zentralen Kandidateneigenschaften vertretbar ist.

**Abbildung 4: Kandidatenmaß II aus elf Einzelbewertungen (standardisierte Pfadkoeffizienten)**



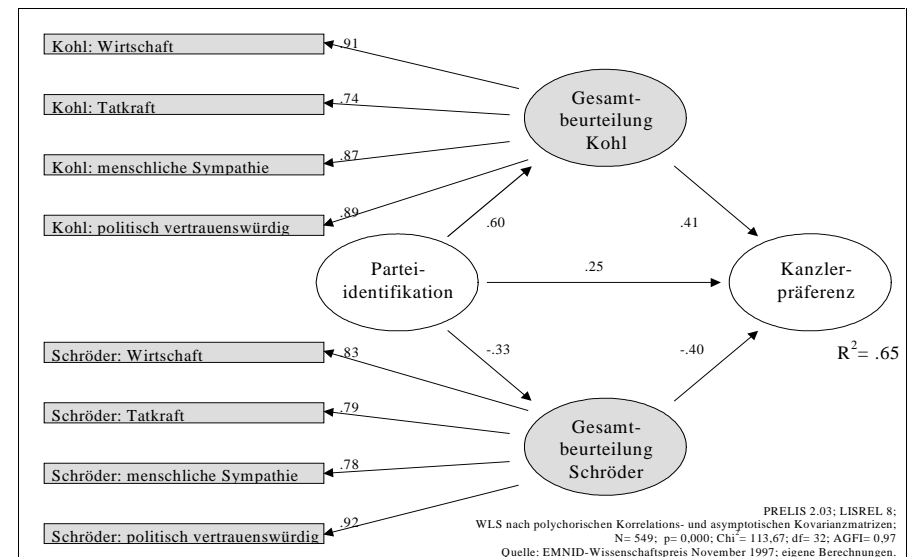
#### 4. FAZIT

Die Suche nach dem „idealen“ Kandidatenmaß stellte den Ausgangspunkt für unsere Analysen dar. Abschließend schlagen wir einen Kernbestand von Fragen vor, mit dem unterschiedliche Facetten von Kandidatenorientierungen erhoben werden können. Der

Auswahl liegen vier Kriterien zugrunde: Die Fragen sollen möglichst informationshaltig sein. Sie müssen ökonomisch erhoben werden können. Sie müssen eine hinreichend große Antwortquote gewährleisten. Und mit ihnen muß die Forschungskontinuität gewahrt werden. Zu dem Kernbestand sollten unseres Erachtens folgende Fragen zählen, die diesen Kriterien am besten genügen:

1. Kanzlerpräferenz,
2. „Sympathieskalometer“ für beide Kandidaten (Elfer-Skala),
3. Bewertung von vier Einzeleigenschaften, die für die Dimensionen Issue-Kompetenz („... hat ein gutes Konzept zur Ankurbelung der Wirtschaft“), Manager-Fähigkeiten („... ist führungsstark“), Integrität („... ist politisch vertrauenswürdig“) und Persönliches („... ist menschlich sympathisch“) stehen. Die Eigenschaften sollten mittels Rating-Fragen (Fünfer-Skala) für beide Kandidaten erhoben werden.

**Abbildung 5: Kandidatenmaß III aus vier Einzelbewertungen (standardisierte Pfadkoeffizienten)**



Die vier Items zur Eigenschaftsbewertung von Kandidaten decken jene Dimensionen von Einstellungen zu politischem Führungspersonal ab, denen in der Literatur eine große Bedeutung für die Beurteilung von Politikern beigemessen wird und die sich auch in der

vorliegenden Analyse empirisch nachweisen ließen. Sie dürften intertemporär relevant sein und kaum über ein kurzes „Verfallsdatum“ verfügen. Die mit Hilfe der geschlossenen Fragen ermittelten Bewertungen von Kohl und Schröder unterscheiden sich zudem weder auf der Aggregat- noch auf der Individualebene wesentlich von den mittels offener Fragen erhobenen Bewertungen der Spitzenkandidaten. Die geschlossenen Fragen führen im Vergleich zu den offenen jedoch zu einer größeren Zahl verwertbarer Antworten, sind in der Auswertung ökonomischer und daher den offenen Fragen vorzuziehen.

Das Ökonomieargument zählt auch beim Vergleich der Vier-Item-Variante mit der Elf-Item-Variante. Außerdem sind die Korrelationen zwischen den additiv gebildeten Indizes aus vier respektive elf Indikatoren beinahe perfekt. Die Konzentration auf vier Eigenschaften führt kaum zu einem Verlust an inhaltlicher Substanz. Zudem wird die Kanzlerpräferenz unabhängig von dem verwendeten Kandidatenmaß etwa gleich gut und strukturell ähnlich erklärt.

Noch ökonomischer ist nur die Messung der Gesamtbeurteilung von Kandidaten mit Hilfe des „Sympathieskalometers“. Gegenüber diesem zeichnet sich die Vier-Item-Variante allerdings durch einen höheren Informationsgehalt aus. Beispielsweise können Behauptungen über eine zunehmende Amerikanisierung sowie Personalisierung des Wahlverhaltens der Deutschen, die beispielsweise einen Bedeutungszuwachs apolitischer Eigenschaften zu Lasten der Problemlösungskompetenz von Politikern unterstellen, nur dann empirisch überprüft werden, wenn entsprechende Detailinformationen über die Wahrnehmung der Kanzlerkandidaten vorliegen. Mit Hilfe des Sympathieskalometers kann lediglich der Gesamteinfluß der Kandidaten auf die Wahlentscheidung ermittelt werden (vgl. Gabriel/Vetter 1998). Auf welchen Eigenschaftswahrnehmungen dieser Einfluß beruht, bleibt aber unbekannt.

Gleichwohl sollte auf die „Sympathieskalometer“ nicht verzichtet werden. Zum einen kann die Kandidatenforschung hier mittlerweile auf längere Zeitreihen zurückgreifen. Seit Beginn der 60er Jahre tauchen Skalometerfragen fast regelmäßig in Umfragen auf (vgl. Vetter/Gabriel 1998). Zum anderen sind „Sympathieskalometer“ am ehesten dazu geeignet, die Beurteilungen von Kanzlerkandidaten mit den Einschätzungen anderer Politiker zu vergleichen, für die nicht allesamt differenzierte Eigenschaftsbewertungen in Umfragen geschaltet werden können.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir plädieren nicht für eine Beschränkung der Forschung zu Kandidatenorientierungen auf die hier vorgeschlagenen Fragen. Sie stellen lediglich einen Kernbestand zentraler Fragen dar, der - wenn die Ressourcen dafür zur Verfügung stehen - um weitere Fragen ergänzt werden sollte. Solche Ergänzungen sind aus mehreren Gründen wünschenswert und notwendig. Erstens sind die hier präsentierten

Befunde, obwohl sie sich auch auf den Forschungsstand stützen, deutlich raum-, zeit- und personenabhängig: Die Ergebnisse basieren auf einer Umfrage, die in der Bundesrepublik Deutschland ein Jahr vor der Bundestagswahl erhoben wurde und die sich auf Helmut Kohl und Gerhard Schröder bezieht. Generalisierungen sind erst nach Meßwiederholungen in anderen Kontexten möglich. Zweitens ist es durchaus vorstellbar, daß in bestimmten Situationen – beispielsweise während einer außenpolitischen Krise – Kandidateneigenschaften von der Bevölkerung als wichtig angesehen werden, die in dem von uns vorgeschlagenen Kanon nicht enthalten sind. Die Kernfragen sollten also gegebenenfalls um situationsspezifische Eigenschaften ergänzt werden. Drittens wäre es aus meßtechnischen Gründen wünschenswert, die einzelnen Eigenschaftsdimensionen nicht nur über jeweils einen, sondern über mindestens zwei Indikatoren abzufragen. Viertens gibt es selbstverständlich Forschungsfragen, zu deren Beantwortung der Einsatz offener Fragen nötig ist. Sie liefern zusätzliche Informationen darüber, was den Befragten zu den jeweiligen Kandidaten als erstes in den Sinn kommt. Dies bedeutet nicht zwangsläufig, daß diese Eigenschaften für die Gesamtbeurteilung der Politiker sowie für die Kanzlerpräferenz besonders relevant sind. Dennoch gibt es unter anderem kognitionspsychologische Fragestellungen, für die besagte Informationen von Bedeutung sind – etwa im Bereich des Image-Agenda-Setting durch die Massenmedien. Es hängt also vom jeweiligen Forschungskontext sowie vom Forschungsinteresse ab, welche Fragen über die vorgeschlagenen Kernfragen hinaus in einen Fragebogen aufzunehmen sind.

### **Korrespondenzadresse**

*Angelika Vetter, Dr. Frank Brettschneider  
Universität Stuttgart  
Institut für Sozialwissenschaften  
Keplerstraße 17  
D-70174 Stuttgart  
email: [angelika.vetter@po.pol.uni-stuttgart.de](mailto:angelika.vetter@po.pol.uni-stuttgart.de)*

### **Anmerkungen**

1) Zur Messung von Kandidateneigenschaften in aktuellen deutschen Umfragen vgl. u.a. Politbarometer Panel 1990 (ZA-Nr. 1919); Panel-Studie 1990-1992 (ZA-Nr. 2429); Politbarometer 1994 Ost (ZA-Nr. 2546) und West (ZA-Nr. 2559); Sympathieskalometer- und Kanzlerpräferenzfragen sind mit zum Teil unterschiedlichem Frageformat seit 1961 in fast allen Bundeswahlstudien oder Politbarometerumfragen enthalten.

2) Die Fragen zur Beurteilung der Kanzlerkandidaten sind Bestandteil des EMNID-Wissenschaftspreis 1997 (siehe hierzu auch ZUMA-Nachrichten 40, Mai 1997, S. 99f.), der uns für das Projekt „Personalisierung der Politik: Kandidatenimages und Image-



Agenda-Setting der Massenmedien“ zugesprochen wurde. Wir danken der für die Preisvergabe verantwortlichen Jury, dem EMNID-Institut und Dieter Walz für seine Kooperation und die schnelle Bereitstellung der Daten.

3) Dieser Annahme entsprechen die Befunde von Munson/McIntyre (1979), Rankin/Grube (1980) und Reynolds/Jolly (1980), die bei Rating-Abfragen im Vergleich zu Ranking-Abfragen eine geringere „over-time“ Stabilität feststellten. Allerdings wird die höhere Stabilität beim Ranking durch das Meßverfahren unterstützt. Bei der Beurteilung von Kandidateneigenschaften sind zeitliche Schwankungen jedoch theoretisch plausibel. Ein Meßverfahren, das stabile Messungen fördert, wäre in diesem Fall auch theoretisch weniger angemessen.

4) Bei dieser wie auch bei den folgenden Analysen treten keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Befragten in Ost- und Westdeutschland auf, so daß auf eine getrennte Ausweisung der Ergebnisse verzichtet wird.

5) In Übereinstimmung mit den hier präsentierten Befunden dominierte laut Lass (1995: 127) 1969, 1976 und 1987 die Manager-Komponente in den Vorstellungen von den Spitzenkandidaten. Norpoth (1977: 553) ermittelte für 1972 und 1976 eine Reihenfolge, bei der persönliche Eigenschaften (Kandidat gefällt mir, ist sympathisch etc.) häufiger genannt wurden als Manager-Fähigkeiten oder Themenkompetenz. Entgegen der häufig anzutreffenden Vermutung, Frauen orientierten sich eher an Faktoren wie dem Aussehen von Kandidaten, nennen Frauen und Männern persönliche Eigenschaften gleich häufig. Ebensowenig unterscheiden sich formal höher Gebildete von formal weniger Gebildeten in der Häufigkeit der Nennung von Problemlösungskompetenz, obwohl letzteren oft unterstellt wird, sie orientierten sich primär an den komplexitätsreduzierenden und leichter zugänglichen persönlichen Merkmalen sowie an der Integritätskomponente. Auch in den USA wurden bezüglich Bildungsgrad und Geschlecht keine Unterschiede festgestellt (vgl. Shabad/Anderson 1979; für unterschiedliche Bildungsgrade vgl. Rahn u.a. 1990: 139; Miller/Wattenberg/Malanchuk 1986: 521; für die Bundesrepublik: Gabriel/Vetter 1998; Lass 1995: 145).

6) Codierung der Parteiidentifikation (Elfer-Skala von -5 bis +5): -5 = starke Identifikation mit einer der Oppositionsparteien SPD, Grüne oder PDS, 0 = keine PI, +5 = starke Identifikation mit einer der Regierungsparteien CDU/CSU oder FDP.

## Literatur

Alwin, D.F./Krosnick, J.A., 1985: The Measurement of Values in Surveys: A Comparison of Ratings and Rankings. *Public Opinion Quarterly* 49: 535-552.

Bean, C./Mughan, A., 1989: Leadership Effects in Parliamentary Elections in Australia and Britain. *American Political Science Review* 83: 1165-1180.

Brettschneider, F., 1998: Kohl oder Schröder: Determinanten der Kanzlerpräferenz gleich Determinanten der Wahlpräferenz? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29: 401-421.

- Campbell, A./Converse, P.E./Miller, W.E./Stokes, D., 1960: *The American Voter*. New York: Wiley.
- Carmines, E.G./Zeller, R.A., 1983: *Reliability and Validity Assessment*, 6<sup>th</sup> printing. Sage University Paper series on Quantitative Applications in Social Sciences, 07-017. Beverly Hills: Sage.
- Eltermann, L.K., 1978: Zur Wahrnehmung von Kanzlerkandidaten. Imageprofilierung im Wechselspiel von Identifikation und Projektion. S. 465-531 in: D. Oberndörfer (Hrsg.), *Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zu ausgewählten Problemen der Wahlforschung aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Gabriel, O.W./Vetter, A., 1998: Bundestagswahlen als Kanzlerwahlen? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidungen im parteienstaatlichen Parlamentarismus. S. 505-536 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hippler, H.-J./Schwarz, N., 1987: Response Effects in Surveys. S. 102-122 in: H.-J. Hippler/N. Schwarz/S. Sudman (Eds.), *Social Information Processing and Survey Methodology*. New York: Springer.
- Inglehart, R., 1971: The Silent Revolution in Europe. *American Political Science Review* 65: 991-1017.
- Inglehart, R., 1979: Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. S. 279-316 in: H. Klages/P. Kmiecik (Hrsg.), *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt: Campus.
- Kaase, M., 1994: Is There Personalization in Politics? Candidates and Voting Behavior in Germany. *International Political Science Review* 15: 211-230.
- Kaid, L.L., 1995: Measuring Candidate Images with Semantic Differentials. S. 131-134 in: K.L. Hacker (Ed.), *Candidate Images in Presidential Elections*, Westport: Praeger.
- Kepplinger, H.M./Brosius, H.-B./Dahlem, S., 1994: Wie das Fernsehen die Wahlen beeinflusst. Theoretische Modelle und empirische Analysen. München: Reinhard Fischer.
- Kinder, D.R., 1986: Presidential Character Revisited. S. 233-255 in: R.R. Lau/D.O. Sears (Eds.), *Political Cognition. The 19<sup>th</sup> Annual Carnegie Symposium on Cognition*. Hillsdale: Erlbaum.
- Klages, H., 1992: Die gegenwärtige Situation der Wert- und Wertwandelforschung – Probleme und Perspektiven. S. 5-39 in: H. Klages/H.-J. Hippler/W. Herbert: *Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition*. Frankfurt: Campus.
- Lass, J., 1995: Vorstellungsbilder über Kanzlerkandidaten. Zur Diskussion um die Personalisierung von Politik. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Miller, A.H./Wattenberg, M.P./Malanchuk, O., 1986: Schematic Assessments of Presidential Candidates. *American Political Science Review* 80: 521-540.

- Munson, J.M./McIntyre, S.H., 1979: Developing Practical Procedures for the Measurement of Personal Values in Cross-Cultural Marketing. *Journal of Marketing Research* 16: 48-52.
- Nimmo, D./Savage, R.L., 1976: *Candidates and Their Images. Concepts, Methods and Findings*. Santa Monica: Goodyear.
- Norpoth, H., 1977: Kanzlerkandidaten. Wie sie vom Wähler bewertet werden und seine Wahlentscheidung beeinflussen. S. 551-572 in: M. Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rahn, W.M., 1993: The Role of Partisan Stereotypes in Information Processing about Political Candidates. *American Journal of Political Science* 37: 472-496.
- Rahn, W.M./Aldrich, J.H./Borgida, E./Sullivan, J.L., 1990: A Social-Cognitive Model of Candidate Appraisal. S. 136-159 in: J.A. Ferejohn/J.H. Kuklinski (Eds.), *Information and Democratic Processes*, Urbana: University of Illinois Press.
- Rankin, W.L./Grube, J.W., 1980: A Comparison of Ranking and Rating Procedures for Value System Measurement. *European Journal of Social Psychology* 10: 233-246.
- Reynolds, T.J./Jolly, J.P., 1980: Measuring Personal Values: An Evaluation of Alternative Methods. *Journal of Marketing Research* 17: 531-536.
- Schnell, R./Hill, P.B./Esser, E., 1993: *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 4. überarb. Auflage. München: Oldenbourg.
- Schumann, S., 1997: *Repräsentative Umfrage. Praxisorientierte Einführung in empirische Methoden und statistische Analyseverfahren*. München: Oldenbourg.
- Schumann, H./Presser, S., 1996: *Questions & Answers in Attitude Surveys*. Thousand Oaks: Sage.
- Schwarz, N./Hippler, H.-J., 1987: What Response Scales May Tell your Respondents: Informative Functions of Response Alternatives. S. 163-178 in: H.-J. Hippler/N. Schwarz/S. Sudman (Eds.), *Social Information Processing and Survey Methodology*. New York: Springer.
- Schwarz, N./Knäuper, B./Hippler, H.-J./Noelle-Neumann, E./Clark, L., 1991: Rating Scales: Numeric Values may Change the Meaning of Scale Labels. *Public Opinion Quarterly* 55: 570-582.
- Schwarz, N./Strack, F./Hippler, H.-J., 1991: Kognitionspsychologie und Umfrageforschung: Themen und Befunde eines interdisziplinären Forschungsgebietes. *Psychologische Rundschau* 42: 175-186.
- Shabad, G./Anderson, K., 1979: Candidate Evaluations by Men and Women. *Public Opinion Quarterly* 43: 18-35.
- Sigel, R.S., 1964: Effect of Partisanship on the Perception of Political Candidates. *Public Opinion Quarterly* 28: 483-496.

---

Tannenbaum, P.H./Greenberg, B.S./Silverman, F.R., 1962: Candidate Images. S. 271-288 in: S. Kraus (Ed.), *The Great Debates. Kennedy vs. Nixon, 1960*. Bloomington: Indiana University Press.

Vetter, A./Gabriel, O.W., 1998: Candidate Evaluation and Party Choice in Germany 1972 to 1994: Do Candidates Matter and How? In: C.J. Anderson/C. Zelle (Eds.), *German Electoral Dynamics*. New York: Praeger (im Erscheinen).

Wattenberg, M.P., 1991: *The Rise of Candidate-Centered Politics. Presidential Elections of the 1980s*. Cambridge: Harvard University Press.

Wegener, B., 1983: Wer Skaliert? Die Messfehler-Testtheorie und die Frage nach dem Akteur. S. TE1-TE110 in: ZUMA – Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V./ Informationszentrum Sozialwissenschaften (Hrsg.): *ZUMA-Handbuch Sozialwissenschaftlicher Skalen, Teil 1*, Mannheim.

# KONSENS UND KONFLIKT ALS ELEMENTE DER PLURALISTISCHEN DEMOKRATIE. ZUM DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS VON WEST- UND OSTDEUTSCHEN

*BETTINA WESTLE*

In der westlichen Welt mehrten sich die Stimmen, die eine stärkere Orientierung am Gemeinwohl als Gegengewicht zu einem entgrenzten Individualismus fordern. Den Deutschen wurde jedoch wiederholt eine unzureichende Akzeptanz des mit liberalen pluralistischen Gesellschaften und ihrem individuellen Freiheitsbegriff verknüpften Konfliktcharakters bescheinigt. Die Arbeit untersucht die Haltungen der Deutschen gegenüber zentralen demokratischen Werten und Verfahren in konsensualen und konflikthaften Situationen auf der Grundlage einer neuen Indexbildung mittels eines etablierten Instruments zum Demokratieverständnis und fragt nach der Korrespondenz dieser Orientierungen mit den Erwartungen des individualistischen gegenüber den Erwartungen des kollektivistischen Ordnungsmodells.

Communitarians criticize a seemingly unlimited development towards individualism in the western world and plead for priority to be given to the common weal. A low acceptance of the political and social conflicts characteristic for liberal, pluralistic societies has been observed in Germany for years. The paper analyzes the attitudes of Germans towards central democratic values and procedures in consensual and conflictual situations and looks at the correspondence between these and theoretical expectations of individualistic versus collectivistic models of society. The research is based on a new index derived from a widely used instrument on democratic attitudes.

## 1. **Demokratiethoretischer Hintergrund: Zum Spannungsverhältnis von Konsens und Konflikt**

Die Antinomie zwischen Konsens und Konflikt, das Spannungsverhältnis zwischen dem Wert der individuellen Freiheit und dem Wert des Allgemeinwohls als politischen Zielen

ist seit der Antike ein Kernthema der politischen Theorie. Bis heute gelten sowohl der Wert des individuellen Interesses als auch der Wert des allgemeinen Interesses als ethisch begründbare Ziele einer guten politischen Ordnung, die jedoch in Widerspruch zueinander stehen können.

Ohne all die Ansätze, die sich mit diesem Problem beschäftigen, hier im einzelnen rekapitulieren zu wollen, können doch die meisten bekannten Theorien über Demokratien - je nachdem, welchem der beiden Werte sie Priorität einräumen - entlang einer Unterscheidung zwischen individualistischen versus kollektivistischen Ordnungsmodellen systematisiert werden. Generell sieht die kollektivistische Denkrichtung – z.B. vertreten durch die Denker der Antike oder Rousseau - das Individuum als primär soziales Wesen, eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext und ohne diesen existenzunfähig, während die individualistische Denkrichtung seit dem Rationalismus der Aufklärung die Gesellschaft eher als Vertragsprodukt autonomer Individuen betrachtet. Mit diesen konträren anthropologischen Grundannahmen verbinden sich die holistische versus atomistische Konzeption der Gesellschaft. Kernprinzipien der Demokratie, so auch der Begriff des Interesses, erfahren in diesen Konzeptionen differente Auslegungen, wie sie vereinfacht in Abbildung 1 dargestellt sind (vgl. dazu ausführl. z.B. Kelsen 1929; Schumpeter 1950; Dahl 1971; Pennock 1979; im Überblick Schwan 1991; zu einer ähnlichen Typisierung Thomassen 1995).

**Abbildung 1: Elemente individualistischer und kollektivistischer Demokratieversionen**

INDIVIDUALISTISCH		KOLLEKTIVISTISCH
von staatlichem Zwang	Freiheit	zu politischer Teilhabe
rechtlich und politisch	Gleichheit	Rechtlich, politisch und sozio-ökonomisch
Gegenpart des Bürgers, kleine Rolle	Staat	Verkörperung der Bürgerschaft, große Rolle
Instrumentell und freiwillig	Partizipation	Wert an sich und moralische Pflicht
Vielfalt, Gegensätze, Konkurrenz und Konflikt	Interesse	Einheitlichkeit, allgemein geteilte Gemeinwohlkonzeption, Konsens

Freiheit wird in den individualistischen Ansätzen als sogenanntes negatives Konzept vertreten - eine Vorstellung, die das rechtsstaatliche Prinzip der Freiheit von staatlichem Zwang meint. Demgegenüber versteht das sogenannte positive Konzept der Freiheit in kollektivistischen Ansätzen diese als Freiheit zur politischen Teilhabe und dadurch erzeugte Selbstbestimmung. Gleichheit wird in individualistischen Ansätzen im wesent-

lichen als rechtliche und politische, in kollektivistischen darüber hinaus auch als sozio-ökonomische verstanden. Sie wird als Voraussetzung für die effektive Inanspruchnahme politischer Gleichheit betrachtet. Verknüpft mit diesen Wert-Interpretationen steht der Staat im individualistischen Denken dem Bürger als Gegenpart gegenüber. Zur Sicherung des Werts der Freiheit muß ihm normativ eine kleine Rolle zukommen. Im kollektivistischen Denken gilt der Staat dagegen als Verkörperung der Bürgerschaft mit großer Verantwortung für das Wohl seiner Mitglieder. Damit verbunden gewinnt im Kollektivismus unmittelbare politische Partizipation die Rolle eines zentralen Wertes als Recht, aber auch als Pflicht, während sie im individualistischen Denken nicht als Wert *sui generis*, sondern als Instrument zur Durchsetzung eigener Interessen verstanden und auf repräsentative Formen konzentriert wird. In kollektivistischen Ansätzen wird schließlich ausgehend von der Vorstellung der rechtlichen, politischen und sozialen Gleichheit ein geringes Ausmaß konträrer Interessenlagen erwartet. Öffentliche Diskussions- und Partizipationsprozesse ließen die Entwicklung allgemein geteilter Konzeptionen des Gemeinwohls nicht nur zu, sondern das Individualinteresse sei - richtig verstanden - automatisch in dem allgemeinen Interesse aufgehoben. Das tragende Kommunikationsprinzip ist hier die Konsensorientierung. Demgegenüber ist die individualistische Denkrichtung geprägt von der Annahme der Nicht-Herstelbarkeit eines breiten Werte- und Interessenkonsenses. Gegensätzliche Interessen werden daher als legitim und produktiv angesehen. Daraus resultieren die Prinzipien des Konflikts und der politischen Konkurrenz, mit denen das Verfahren der Entscheidungsfindung durch Mehrheitswillen korrespondiert. Zudem wird in der Frage, welche Instanz zu einer Definition des Gemeinwohls berufen werden könne, die Gefahr einer totalitären Umdeutung betont.

Allerdings finden sich auch Ansätze, die einen moderaten Weg zwischen beiden Modellen suchen. Exemplarisch dafür ist die Pluralismustheorie, die vielfältige Interessen als legitim ansieht und die Vorstellung einer zweifelsfreien Ermittlung des Gemeinwohls abweist. Dennoch wurden in ihr dem Individualismus Grenzen gesetzt. Paradigmatisch dafür war Fraenkels Vorstellung von der notwendigen Gleichzeitigkeit eines breiten Konfliktsektors und eines eng begrenzten Konsenssektors, also die Annahme, daß ein friedlicher Konfliktaustrag nur vor dem Hintergrund eines Minimalkonsenses über zentrale Werte und Spielregeln der politischen Ordnung möglich sei (1976).

Aktuellen Niederschlag hat diese Kontroverse zwischen individualistischem und kollektivistischem Denken in letzter Zeit wieder in der Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus gefunden. So diagnostizieren die Kommunitaristen einen infolge des Liberalismus entgrenzten und überbordenden Individualismus auf Kosten gemeinschaftlicher Belange in den westlichen Demokratien (z.B. Bellah et al. 1985; Etzioni 1988, 1994, 1997; Walzer 1992). Auf der anderen Seite werden dagegen - so etwa bei Dubiel (1992) -

Interessenkonflikte nicht nur als nicht bedrohlich für das Gemeinwohl angesehen, sondern gar als Kitt charakterisiert, der das Gemeinwesen zusammenhalte. Auch in den neueren Varianten der Debatte finden sich Versuche der Versöhnung beider Perspektiven, so etwa in Hirschmans Differenzierung der Konfliktarten, nämlich den sogenannten Verteilungskonflikten beispielsweise ökonomischer Natur, die eine Kompromißbildung zuließen, versus den Grundsatzkonflikten beispielsweise ethnischer oder religiöser Natur, die keinen Kompromiß zuließen und daher einen gesellschaftlichen Konsens erforderten (1994).

Erneut an Aktualität gewonnen hat das Problem von Konsens und Konflikt aber auch realpolitisch durch die Wende in Osteuropa - und zwar in zweifacher Weise: Legt man nämlich erstens die angeführten Interpretationen der Elemente der Demokratiemodelle auf Ideen des demokratischen Sozialismus an, so wird man darin unschwer Tendenzen zu dem kollektivistischen Denken finden, so in der Betonung des Prinzips der Verknüpfung von politischer und sozialer Gleichheit, der Demokratie als Lebensweise und der Gemeinwohlorientierung. Viele Autoren sehen daher für Osteuropa Anzeichen einer Entwicklung kollektivistisch geprägter Demokratieversionen am Horizont. Der zweite Faktor ist eher indirekter Natur: Während das pluralistische Modell zwar die Notwendigkeit eines Konsenssektors anerkennt, so konkretisiert es diesen doch nicht inhaltlich. Problematisch bleibt dabei immer die Frage, wie die Folgebereitschaft der im politischen Interessenkonflikt Unterlegenen als Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit des konkurrenzdemokratischen Systemtypus gesichert werden kann. Hier nun sahen eine Vielzahl von Autoren das sogenannte „negative Vergleichsbild“ der sozialistisch/kommunistischen Staaten als wesentlichen Stabilitätsfaktor. Das Verschwinden des ideologischen Gegenbildes mit dem Zusammenbruch des Kommunismus scheint nunmehr jedoch eine Lücke in der Frage der ethisch-moralischen Fundierung der liberalen Demokratie sichtbar gemacht zu haben, mit deren Füllung sich der Liberalismus durch seine Betonung nicht-kollektiver, inhaltsoffener Konzepte der sozialen und politischen Ordnung schwer tut. Folge dieser ethisch-moralischen Offenheit könnten massive Legitimationsprobleme sein.

Für das vereinte Deutschland liegt die potentielle Problematik damit auf der Hand: Probleme der inneren Einheit haben unter den politischen Herrschaftsträgern, in der politische Publizistik und Wissenschaft die Aufnahmebereitschaft für kommunitaristische Vorstellungen gefördert (vgl. z.B. Dettling 1994; Schäuble 1994; Kersting 1991). Der westdeutsche Verlust des ideologischen Gegenbildes zum Liberalismus mag zudem mit einem ostdeutschen konsensorientierten Politikverständnis zusammentreffen. Ein Pendelumschwung in Richtung auf ein kollektivistisches Demokratieverständnis erscheint einigen somit dringend geraten. Angesichts der totalitären Geschichte Deutschlands löst diese Perspektive jedoch bei anderen außerordentlich abwehrende Reaktionen aus (siehe dazu die kontroversen Beiträge in Honneth 1993 und Zahlmann 1994).



Während nun zwar eine Vielzahl von strukturbezogenen Arbeiten zu konsens- und konfliktorientierten Demokratiemodellen vorliegt - prominentes Beispiel sind Lijpharts Arbeiten zur Konkordanz- versus Mehrheitsdemokratie (1984, 1994) - bleibt das Thema auf der politisch-kulturellen Ebene bislang unterbelichtet. Ein Grund für dieses Forschungsdefizit dürfte sein, daß sich mit den beiden theoretischen, primär auf die Makroebene bezogenen Demokratieversionen ähnliche, damit im Effekt aber konträre Erwartungen an die politisch-kulturelle Ebene verbinden. Das heißt: Auf beiden Seiten werden mit dem präferierten Modell bestimmte positive Charakteristika des Bürgers verknüpft und dem jeweiligen Gegenmodell abgesprochen. Die individualistische Perspektive spricht dem Bürger als Folge ihres Freiheitsbegriffs eine ausgeprägte Akzeptanz von gesellschaftlichen Konflikten zu, mit der Kompromißbereitschaft und Toleranz gegenüber abweichenden Minderheiten verbunden sei. Aus der generellen Konfliktorientierung resultiere auch die Präferenz für eine zurückhaltende Rolle des Staats, ein instrumentelles Verständnis politischer Partizipation und ein nur moderates Verpflichtungsgefühl gegenüber der politischen Gemeinschaft, dessen positives Pendant geringer Nationalismus und Offenheit gegenüber Fremden sei. Dem Bürger der kollektivistischen Demokratie mit ihrem Impetus auf dem Gemeinwohl werden in dieser Sicht die konträren Charakteristika zugesprochen. Insbesondere zeige er einen geringen Willen zum Kompromiß, neige zu Gewalt und expressiver Partizipation, akzeptiere abweichende Minderheiten nicht und tendiere zum Ruf nach einer repressiven Homogenisierung der Gesellschaft (Hagendoorn 1994). In der kollektivistischen Perspektive wird von dem Bürger eine ausgeprägte Konsensorientierung, eine Orientierung am Gemeinwohl erwartet. Damit verbunden sei eine umfassende politische Partizipation, die ihrerseits das Erlernen freiheitlicher Werte, die kompetente Nutzung gewaltfreier Konfliktlösung und Kompromißbereitschaft fördere. Von der Entwicklung eines ausgeprägten Gemeinschaftssinns wird in dieser Perspektive auch die Akzeptanz jeglicher Minderheiten erwartet. Die individualistische Demokratie dagegen lasse die Entstehung von Feindbildern und von Nationalismus eher zu, da sie auf verantwortliche und damit gemeinwohlorientierte politische Kompetenz und Engagement des Bürgers wenig Wert lege (Farnen/Daniel 1994).

Im folgenden wird nun versucht, die Forschungslücke auf der Mikroebene etwas zu füllen, indem für den Aspekt von „Konsens und Konflikt“ für die deutsche Bevölkerung gefragt wird, inwieweit diese Annahmen überhaupt eine entsprechende Widerspiegelung im Bewußtsein der Bevölkerung finden.

## **2. Zum Erhebungsinstrument**

Ein Versuch zur empirischen Erfassung der Akzeptanz des individualistischen Konzepts ist ein Ende der 60er Jahre von Kaase und Wildenmann (1968) entwickeltes Erhebungsinstrument. Dabei wird mittels einer Reihe von Items erfragt, inwieweit demokratische Kerninstitutionen und -rechte wie bspw. Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sowie das Recht auf politische Opposition nur in konsensualen oder auch in konfliktreichen Situationen befürwortet werden und inwieweit die Existenz von divergierenden Interessen und daraus resultierenden Konflikten als Positivum verstanden oder aber als schädlich für das Gemeinwohl angesehen werden. Anhand dieses Instrumentes konnte für die Westdeutschen zwar kontinuierlich eine umfassende Befürwortung demokratischer Grundprinzipien beobachtet werden. Gleichzeitig wurde ihnen aber wiederholt eine geringe Konfliktakzeptanz bescheinigt und damit ein eher kollektivistisches Demokratieverständnis (z.B. Kaase 1971; Greiffenhagen/Greiffenhagen 1979). Dieser Befund bestätigt sich nun auch in den 90er Jahren mehrfach für die west-, aber auch für die ostdeutsche Population (Tabelle 1).<sup>1)</sup>

Die Items, die eine Akzeptanz demokratischer Institutionen in Kollision mit einem ungestörten Ablauf der Regierungsgeschäfte, Rechte im Zusammenstoß mit der öffentlichen Ordnung und Gruppenpluralismus sowie Individualinteressen in Widerstreit mit dem Kollektivinteresse thematisieren, werden von West- und Ostdeutschen deutlich geringer befürwortet als die demokratischen Grundprinzipien in konsensueller Situation und weisen zudem eine geringere Stabilität auf. Entsprechend herrscht die Interpretation vor, daß das Demokratieverständnis der Deutschen nach wie vor durch antiindividualistische Momente geprägt ist. Zurückgeführt wird dies vor allem auf die obrigkeitsstaatliche deutsche Geschichte (z.B. Bauer 1991; Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993; Dalton 1994; Gabriel 1995).

Obwohl diese Interpretation einige Plausibilität für sich beanspruchen kann, erscheint sie nicht ganz unproblematisch, da hier erstens Bevölkerungsorientierungen an einer schon theoretisch kontroversen Typusvorstellung der Demokratie gemessen werden, und sich zweitens die Interpretation von historischen Kontinuitätslinien, die ja auf einen Sonderstatus des deutschen Demokratieverständnisses zielt, weder auf international vergleichende Daten noch auf eine genügend weit zurückreichende Zeitreihe stützen kann. Die Ähnlichkeit dieser Orientierungen in West und Ost läßt nunmehr drittens weitere Zweifel an der Interpretation historischer Kontinuitäten aufkommen. Denn in diesem Fall wäre in Ostdeutschland aufgrund der längeren Dauer obrigkeitsstaatlicher Verfaßtheit eine noch größere Skepsis gegenüber individualistischen Werten als in Westdeutschland zu erwarten gewesen. Dies ist aber eindeutig nicht der Fall.

**Tabelle 1: Konsens- und Konfliktorientierung der Deutschen (Prozentanteile)**

19..	WEST								OST			
	68	79	82	88	90	91	93	95	90	91	93	95
<b>KONSENSDIM.</b>												
Demonstr.-freiheit	76	88	87	91	90	94	92	90	93	96	91	94
Meinungsfreiheit	96	96	94	94	92	97	93	90	98	97	94	96
Opposition	94	95	93	94	93	95	92	92	96	96	90	96
Regierungschance	90	96	94	92	91	92	92	85	91	95	90	91
<b>KONFLIKTDIM.</b>												
Interessengruppen	28	38	29	48	47	56	36	44	52	50	33	34
Demonstr.-freiheit	32	27	21	31	28	31	35	30	32	33	42	32
Opposition	29	32	34	46	39	41	47	39	41	33	48	41
Gemeinw.-vorrang	6	5	8	11	11	11	15	16	8	7	10	8

*Fragetext:* Hier haben wir eine Reihe von häufig gehörten Behauptungen zusammengestellt und möchten Sie bitten, uns Ihre persönliche Stellungnahme zu jeder Behauptung zu sagen. Dabei bedeutet +3 volle Übereinstimmung, +2 bedeutet Übereinstimmung in wesentlichen Teilen, +1 geringe Übereinstimmung, -1 bedeutet geringe Ablehnung, -2 Ablehnung in wesentlichen Teilen und -3 volle Ablehnung.

Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl. (Interessengruppen schaden, Konfliktdimension -)

Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen. (Demonstrationsfreiheit, Konsensdimension +)

Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet. (Verlust Demonstrationsfreiheit, Konfliktdimension -)

Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist. (Meinungsfreiheit, Konsensdimension +)

Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. (Opposition=Unterstützung der Regierung, Konfliktdimension -)

Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar. (Opposition, Konsensdimension +)

Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen. (Regierungschance, Konsensdimension +)

Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des einzelnen stehen. (Gemeinwohlvorrang, Konfliktdimension -)

In Klammern sind die gängige und in Faktorenanalysen wiederholt bestätigte Zuordnung zu den Dimensionen des Konsenses und des Konflikts sowie die Itemkürzel und Polung im Sinn demokratischer und nicht demokratischer Antworten angegeben. (Ein weiteres Item zur politischen Gewalt ist nicht ausgewiesen, da es nicht zu den Dimensionen des Konsenses oder Konflikts zugeordnet wird). Für die in der Tabelle angegebenen Werte wurden die Items so umgepolt und dichotomisiert (entlang den drei Zustimmung- und den drei Ablehnungskategorien), daß der Anteil "demokratischer" Antworten ausgewiesen ist (also Zustimmung bei den positiv gepolten Items der Konsensdimension und Ablehnung bei den negativ gepolten Items der Konfliktdimension). Für die

Werte aus dem Jahr 1991 (entnommen aus Weil 1993) Befragtenpopulation ab 16 Jahren, alle anderen (basierend auf eigenen Berechnungen) für die Population ab 18 Jahren.

Quellen: Politik und Demokratie in der BRD 1968, ZUMA-Bus 2/1979, ALLBUS 1982, ALLBUS 1988, FGE BRD 5/1990, ISSP+ Ost 12/1990, Werte für 1991 entnommen aus Weil 1993, Politische Kulturen 1993, KSPW 1995.

Darüber hinaus sind schon früher zwei weitere relevante Bedenken gegen die gängige Interpretation formuliert worden. So verweist Hoffmann-Lange (1987) im Zusammenhang mit einem nicht völlig identischen, aber ähnlichen Untersuchungsinstrument darauf, daß die Antworten möglicherweise auch davon abhängig seien, wieviel Liberalität die Bürger ohne Beeinträchtigung der Stabilität der demokratischen Ordnung glauben zulassen zu können. Bei der Präferenz für eine Einschränkung liberaler Prinzipien in bestimmten Situationen könne es sich auch um ein Bewußtsein handeln, das die Demokratie auf keinen Fall durch ein „zu weit Treiben“ gefährdet sehen will - ohne aber dafür staatliche Repressivität in Kauf nehmen zu wollen. Der zweite, von Kielmannsegg (1990) vorgebrachte Einwand artikuliert Zweifel daran, daß eine größere Konfliktakzeptanz als liberale Orientierung zu verstehen sei. Es könne sich vielmehr auch um reine Konfliktbereitschaft handeln, die nicht begleitet werde von einer Anerkennung demokratischer Institutionen und die Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden vermissen lasse. Auf der Dimension der Konfliktakzeptanz müßten daher die Komponenten der Konfliktbereitschaft und der Konflikttoleranz unterschieden werden.

Beide Argumente heben nicht auf Aggregatverteilungen, sondern auf individuelle Ausprägungen der Antwortstrukturen auf der Konsens- in Kombination mit der Konfliktdimension ab. Während die von Hoffmann-Lange thematisierte ausschließliche Konsensorientierung bei etwa 60 Prozent der Befragten zutrifft, liegt die von Kielmannsegg angesprochene ausschließliche Konfliktorientierung jedoch für nur ein Prozent der Befragten vor. Dieser krasse Verteilungsunterschied mag der Hauptgrund dafür gewesen sein, daß die Items nie zu einer Skala kombiniert wurden und so die angeführten Kritiken keiner Überprüfung unterzogen wurden. Allerdings trifft diese Verteilung nur zu, sofern man in absoluten Begriffen denkt, d.h. technisch eine Dichotomisierung der sechs Antwortkategorien vornimmt. Diese Vorgehensweise würde jedoch wiederum dem Vergleich von Bevölkerungsorientierungen mit dem absoluten Maßstab eines normativen Ideals entsprechen, das aber offensichtlich den Wahrnehmungsstrukturen der Bevölkerung nicht angemessen ist.

Im folgenden werden die Items dagegen in einer von der gängigen Verwendung als separate Dimensionen abweichenden Form verwendet, indem beide Dimensionen kombiniert werden und die Bevölkerungshaltungen selbst als relativer Maßstab dienen, d.h. es wird eine Skalenaufteilung entlang der Durchschnittswerte auf beiden Dimensionen zur

Grundlage der Bildung eines Kombinationsindexes herangezogen.<sup>2)</sup> Inhaltlich bedeutet dies, daß Bürger nicht als „ausschließlich“, sondern als „unter-“ oder „überproportional“ konsens- oder konfliktorientiert im Vergleich zu ihren Mitbürgern zu qualifizieren sind. Diese Indexbildung führt naturgemäß etwa zu einer Viertelung der Population: Befragte, die auf beiden Dimensionen eine unterproportionale Akzeptanz demokratischer Institutionen zeigen, werden im folgenden als undemokratischer Typus bezeichnet (1993+1995 kum.: West 29 Prozent, Ost 28 Prozent); Befragte, die auf beiden Dimensionen eine überproportionale Unterstützung artikulieren, als liberaldemokratischer Typus (West 25 Prozent, Ost 22 Prozent), der theoretisch mit dem gemäßigten Pluralismusmodell konvergieren sollte, während der einseitig konsensorientierte Typus (West 19 Prozent, Ost 25 Prozent) dem rein kollektivistischen, der einseitig konfliktorientierte Typus (West 27 Prozent, Ost 25 Prozent) dem rein individualistischen Modell entsprechen sollte.

### 3. Empirische Befunde zu den Orientierungen der Bürger

Die folgenden Befunde auf Grundlage dieser Indexbildung sollen nunmehr zur Beantwortung der Frage herangezogen werden, inwieweit diese Typen politischer Orientierungen den vom individualistischen oder aber vom kollektivistischen Ansatz formulierten Erwartungen an sie entsprechen.

**Tabelle 2: Politische Unterstützung nach Demokratietypus**

1993 (Mittelwerte) 1 = negativstes Urteil 6 = positivstes Urteil	Idee der Demokratie		Realität der Demokratie	
	WEST	OST	WEST	OST
Alle	5.40	5.25	4.26	3.32
undemokratisch	5.19	5.12	4.30	3.70
konsensorientiert	5.58	5.47	4.53	3.32
konfliktorientiert	5.08	4.90	4.10	3.25
liberaldemokratisch	5.69	5.52	4.13	3.00

*Fragetexte:*

*Idee der Demokratie:* Bitte sagen Sie mir, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie sind: sehr dafür, ziemlich dafür, etwas dafür, etwas dagegen, ziemlich dagegen, sehr dagegen?

*Realität der Demokratie:* Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, etwas zufrieden, etwas unzufrieden, ziemlich unzufrieden, sehr unzufrieden?

Quelle: Politische Kulturen 1993.

Es ist naheliegend, dafür zunächst einmal die generelle Unterstützung der Demokratie zu betrachten (Tabelle 2). In beiden Landesteilen zeigt der liberal-demokratische Typus, eng gefolgt vom konsensorientierten Typus, die ausgeprägteste Befürwortung der Idee der Demokratie, während die als undemokratisch, aber auch die als konfliktorientiert klassifizierten Bürger eine deutlich geringere Bindung an die demokratische Idee äußern. Bei der Beurteilung der Realisierung der Demokratie kommt die Konfliktakzeptanz in kritischeren Urteilen zum Tragen, wenn die Konfliktorientierten und die Liberaldemokratischen die negativsten Bewertungen äußern. Erfahrungsgemäß bedeutet diese Kritik keine Ablehnung der Demokratie, sondern fußt auf verstärkten demokratischen Ansprüchen.

**Tabelle 3: Haltung zu Gewalt als Mittel politischer Konfliktlösung sowie Stabilitätsorientierung und politische Toleranz nach Demokratietypus**

1993/ 1993+1995 kum. Prozente	Gewalt		Demokratie: wichtig			
	WEST	OST	WEST		OST	
	totale Ablehnung		verteidigen	Kritik zulassen	verteidigen	Kritik zulassen
Alle	47	48	61	62	55	57
undemokratisch	45	45	48	45	51	45
konsensorientiert	65	58	80	77	66	69
konfliktorientiert	27	34	42	42	33	37
liberaldemokratisch	59	58	75	80	73	83

Fragetexte und Recodierungen:

*Haltung zu Gewalt (Item aus der Fragebatterie s. Tab.1):* In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen - volle Übereinstimmung, Übereinstimmung in wesentlichen Teilen, geringe Übereinstimmung, geringe Ablehnung, Ablehnung in wesentlichen Teilen, volle Ablehnung. Ausgewiesen ist „volle Ablehnung“.

*Demokratie verteidigen und Kritik an Demokratie im eigenen Land zulassen (Items aus einer Fragebatterie zu Pflichten des Bürgers):* Auch in einer Demokratie hat der Bürger Verpflichtungen gegenüber seinem Land, den Mitbürgern und dem Staat. Sagen Sie mir bitte anhand der Skala auf jeder Karte, inwieweit Sie das für eine wichtige Pflicht des Bürgers halten: - die Demokratie gegen ihre Gegner verteidigen; - an der Demokratie im eigenen Land Kritik zulassen; Antwortskala: 1=überhaupt nicht wichtig bis 7=sehr wichtig. Ausgewiesen sind Skalenpunkte 6-7.

Quellen: Politische Kulturen 1993 und KSPW 1995 kumuliert (für Gewalt), Politische Kulturen 1993 (für Stabilitätsorientierung und politische Toleranz).

Allerdings drückt sich in der großen Wichtigkeit, die der Verteidigung der Demokratie gegen ihre Gegner von dem einseitig Konsensorientierten zugesprochen wird - anders als Hoffmann-Lange vermutete - keine besonders demokratiebewußte Haltung aus. Denn dieser Typus tendiert - noch stärker als der generell undemokratische - gleichzeitig zu

Autoritarismus und dem Ruf nach staatlicher Repression. Demgegenüber sind konfliktorientierte und liberal-demokratisch orientierte Bürger durch nicht-autoritäre Haltungen charakterisiert und lehnen staatliche Repressionen deutlich ab (Tabelle 4).

**Tabelle 4: Autoritarismus und Repressionspotential nach Demokratietypus**

1993+1995 kum. 1993 Mittelwerte	Autoritarismus 1 = nicht autoritär 6 = autoritär		Repressionspotential 1 = gering 4 = stark	
	WEST	OST	WEST	OST
Alle	4.11	4.60	2.01	1.97
undemokratisch	4.49	4.69	2.29	2.21
konsensorientiert	4.54	4.72	2.12	2.03
konfliktorientiert	3.96	4.25	2.06	1.94
liberaldemokratisch	3.51	4.47	1.65	1.73

Fragetexte:

*Autoritarismus - Mittelwertsindex aus folgenden Items:* Sagen Sie mir bitte zu jeder der Aussagen auf diesen Karten, wie stark Sie ihr zustimmen oder sie ablehnen: A) Wenn wir uns nicht gegen Chaoten und Radaubröder wehren, wird unsere Freiheit bald in Unordnung und Chaos ausarten; B) Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muß von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen; C) In unserem Staat sollten sich Gruppen- und Verbandsinteressen bedingungslos dem allgemeinen Wohl unterordnen; Antwortkategorien: stimme voll und ganz zu, stimme überwiegend zu, stimme eher zu, lehne eher ab, lehne überwiegend ab, lehne voll und ganz ab.

*Repressionspotential - Mittelwertsindex aus folgenden Items:* Was halten Sie von den folgenden Verhaltensweisen? Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob Sie diese Verhaltensweise voll befürworten, im großen und ganzen befürworten, ob Sie sie im großen und ganzen ablehnen oder entschieden ablehnen: A) Wenn Polizisten mit Schlagstöcken gegen Demonstranten vorgehen; B) Wenn Gerichte harte Strafen über solche Protestierer verhängen, die sich gegen Anweisungen der Polizei zur Wehr setzen; C) Wenn die Regierung zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung jede öffentliche Demonstration verbietet; D) Wenn die Bundesregierung den Bundesgrenzschutz oder die Bundeswehr einsetzt, um einen Streik zu beenden.

Quellen: Politische Kulturen 1993 (für Repressionspotential), Politische Kulturen 1993 und KSPW 1995 kumuliert (für Autoritarismus).

Auch in der Frage politischer Partizipation strukturieren sich die Bevölkerungsorientierungen nicht entlang der Erwartungen des individualistischen oder aber des kollektivistischen Ansatzes, sondern weisen ein differenzierteres Bild auf (Tabelle 5). Hier zeigt nämlich nicht der primär am Gemeinwohl orientierte, sondern der Konflikt- und Konsensorientierung kombinierende Typus die ausgeprägteste Bereitschaft zu politischer Beteiligung sowohl in konventioneller Form als auch in nicht-institutionalisierter Form legaler Art. Undemokratische und einseitig konfliktorientierte Bürger erweisen sich in allen diesen Partizipationsformen als eher inaktiv. Bezeichnenderweise wird dieses Bild jedoch in dem Graubereich des Zivilen Ungehorsams diffuser und schlägt bei nicht-

demokratischer, gewaltsamer Partizipation um. Hier zeigen die primär konfliktorientierten und die als undemokratisch qualifizierten Bürger die größte Handlungsbereitschaft.

**Tabelle 5: Politische Partizipationspotentiale nach Demokratietypus**

1995 Mittelwerte	Konventionell Handeln		Legal, nicht institut. Potential		Ziviler Ungehorsam Potential		Gewalt Potential	
	1=gering 4=stark		0=gering 3=stark		0=gering 2=stark		0=gering 4=stark	
	W	O	W	O	W	O	W	O
Alle	1.69	1.67	.94	.73	.16	.10	.22	.25
undemokratisch	1.55	1.58	.56	.57	.09	.07	.17	.27
konsensorientiert	1.73	1.72	1.01	.76	.09	.05	.13	.18
konfliktorientiert	1.63	1.57	.81	.62	.19	.14	.28	.33
liberaldemokratisch	1.96	1.83	1.62	1.00	.30	.17	.26	.22

Fragetexte und Mittelwertindices:

*Konventionelles Handeln:* Wie Sie wissen, sind manche Leute politisch ziemlich aktiv, andere Leute finden dagegen oft keine Zeit oder haben kein Interesse, sich an politischen Dingen aktiv zu beteiligen. Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von Sachen vor, die Leute tun. Bitte sagen Sie mir jedesmal, wie oft Sie persönlich so etwas tun bzw. wie häufig das bei Ihnen vorkommt (nie, selten, manchmal, oft): A) Eine politische Diskussion führen; B) Versuchen, Freunde für die eigenen politischen Ansichten zu gewinnen; C) Mit anderen Leuten in Ihrem Ort bzw. in Ihrer Gemeinde zusammenarbeiten, um Probleme in der Gemeinde zu lösen; D) Zu einer politischen Versammlung oder Wahlveranstaltung gehen; E) Mit Politikern bzw. Politikerinnen sprechen oder sonst Kontakt mit ihnen aufnehmen, um politische Dinge zu erörtern; F) Zeit opfern, um einen Kandidaten oder eine politische Partei zu unterstützen.

*Potential legaler nicht-institutionalisierter Partizipation - Items B, C, E; Potential Zivilen Ungehorsams - Items D, G; Potential politischer Gewalt - Items H, I, K, L aus folgender Frage:* Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollen, welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie dann nutzen, was davon kommt für Sie in Frage? (würde ich bestimmt nutzen, würde ich wahrscheinlich nutzen, würde ich nicht nutzen): B) In einer Bürgerinitiative mitarbeiten; C) Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration; D) Teilnahme an einer nicht genehmigten politischen Demonstration; E) Unterschriften sammeln; G) Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken und Ämtern; H) Bei einer Demonstration mal richtig Krach schlagen, auch wenn dabei einiges zu Bruch geht; I) Für Ruhe und Ordnung kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen andere Mitbürger notwendig ist; K) Dem eigenen Standpunkt Nachdruck verleihen, auch wenn es dabei zu einer direkten Konfrontation mit der Polizei kommt; L) Für eine Sache kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen politisch Verantwortliche notwendig ist.

Quelle: KSPW 1995.

Schließlich ist noch zu fragen, wie es mit dem Verpflichtungsgefühl gegenüber der politischen Gemeinschaft und der Haltung gegenüber Fremden bei diesen



Orientierungstypen steht. Wiederum zeigt sich ein teilweise contra-theoretisches Bild (Tabelle 6).

**Tabelle 6: Haltungen zur politischen Gemeinschaft nach Demokratietypus**

1993 Mittelwerte	Loyalität zum eigenen Land		Militär. Verteidigungs- bereitschaft		Klassischer Nationalismus		Haltung zu Ausländern	
	1=unwichtig 7=wichtig		1=unwichtig 7=wichtig		1=gering 6=stark		1=freundl. 6=feindlich	
	W	O	W	O	W	O	W	O
Alle	5.31	5.36	3.99	4.06	2.79	2.27	3.25	3.19
undemokratisch	5.32	5.38	4.16	4.06	3.36	2.60	3.70	3.53
konsensorientiert	6.17	5.87	4.76	4.23	2.97	2.02	3.30	3.01
konfliktorientiert	4.70	4.89	3.66	3.61	2.99	2.64	3.50	3.44
liberaldemokratisch	5.12	5.36	3.50	3.75	1.95	1.75	2.59	2.72

Fragetexte:

*Loyalität zum eigenen Land und Militärische Verteidigungsbereitschaft:* (Items aus einer Fragebatterie zu Pflichten des Bürgers): Auch in einer Demokratie hat der Bürger Verpflichtungen gegenüber seinem Land, den Mitbürgern und dem Staat. Sagen Sie mir bitte anhand der Skala auf jeder Karte, inwieweit Sie das für eine wichtige Pflicht des Bürgers halten: - sein Land, auch wenn man manches daran kritisieren mag, achten und zu ihm stehen; - sein Leben für sein Land einsetzen, wenn es bedroht ist; Antwortskala: 1=überhaupt nicht wichtig bis 7=sehr wichtig.

*Klassischer Nationalismus - Mittelwertsindex aus den folgenden Items:* Auf dieser Liste ist eine Reihe gelegentlich gehörter Meinungen über die Rolle der Deutschen in der Welt zusammengestellt. Bitte sagen Sie, inwieweit Sie jeder dieser Meinungen zustimmen oder nicht. Für Ihre Antwort benutzen Sie bitte die Skala oben auf der Liste: A) Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, daß Deutschland eine Führungsrolle in Europa übernimmt; B) Deutschland sollte sich niemals mit der Abtrennung seiner Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße abfinden; C) Die Deutschen sind anderen Völkern von Natur aus überlegen; D) An der deutschen Kultur sollten sich die anderen ein Beispiel nehmen; E) Der Nationalsozialismus war im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. Antwortskala: 1=stimme überhaupt nicht zu bis 6=stimme voll und ganz zu.

*Haltung zu Ausländern - Mittelwertsindex (nach Umpolung von B und C) aus den folgenden Items:* Diese Liste enthält gelegentlich vertretene Meinungen über Ausländer. Bitte geben Sie zu jeder dieser Meinungen an, inwieweit Sie ihr zustimmen. Benutzen Sie dabei die Skala oben auf der Liste: A) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken; B) Ausländer sollten in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Deutschen; C) Ich bin für die Anwesenheit von Ausländern in Deutschland, weil sie unsere Kultur bereichern; D) Es wäre am besten, wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden. Antwortskala: 1=stimme überhaupt nicht zu bis 6=stimme voll und ganz zu.

Quelle: Politische Kulturen 1993.

Der undemokratische und der konsensorientierte Typus bekunden große Loyalität zur eigenen Nation und eine große Bereitschaft zur Landesverteidigung, gleichzeitig zeigt letzterer aber auch eine Neigung zu übersteigertem Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit. Er entspricht damit eher den negativen Erwartungen des

individualistischen als den positiven des kollektivistischen Ansatzes. Der primär konfliktorientierte Typus empfindet dagegen erwartungsgemäß nach beiden Ansätzen ein sehr geringes Verpflichtungsgefühl gegenüber der eigenen politischen Gemeinschaft, aber entgegen dem individualistischen Ansatz gleichzeitig eine recht starke Affinität zu klassischem Nationalismus und eine feindliche Haltung gegenüber Ausländern. Schließlich weist nur der liberal-demokratische Typus bei moderater Loyalität zum eigenen Land und eher mäßiger Bereitschaft, dies im Kriegsfall militärisch zu verteidigen, dezidiert antinationalistische und ausländerfreundliche Haltungen auf.

#### **4. Schlußfolgerungen: Konsensorientierung, Konfliktbereitschaft und Konflikttoleranz**

Zusammenfassend läßt sich festhalten:

Erstens: Weder die Orientierungen der im westlichen, individualistisch geprägten Ordnungsmodell sozialisierten noch die der im östlichen, kollektivistisch geprägten Ordnungsmodell sozialisierten Bürger entsprechen den in den theoretischen Ordnungsmodellen angenommenen Strukturen. Vielmehr zeigen beide Bevölkerungsteile eine insgesamt ausgeprägte Befürwortung zentraler Grundprinzipien der Demokratie in konsensualen Situationen und eine deutliche Skepsis gegenüber den als die Ordnung und das Gemeinwohl bedrohend empfundenen Konflikten. Die Antinomie zwischen Konsens und Konflikt wird somit von den Bürgern mehrheitlich zugunsten einer Priorität des Gemeinwohls aufgelöst.

Zweitens: Vor diesem Hintergrund entsprechen aber weder der Idealtypus des kollektivistischen noch der des individualistischen Modells den an sie von diesen Modellen gerichteten positiven Erwartungen. Vielmehr sind beide durch äußerst problematische Einstellungsprofile gekennzeichnet: Der einseitig konsensorientierte äußert eine vergleichsweise geringe Bindung an die demokratische Idee sowie eine ausgeprägte Präferenz für die Sicherung von Ruhe und Ordnung auch durch repressive Maßnahmen des Staates - und insofern eine geringe Toleranz gegenüber von ihm abweichenden Meinungen seiner Mitbürger. Trotz ausgeprägter Bindung an das Gemeinwesen ist er selbst nur zu mäßiger Partizipation bereit. Sein starkes Verpflichtungsgefühl gegenüber der Gemeinschaft wird von einer erheblichen Tendenz zu übersteigertem, fremdenfeindlichen Nationalismus begleitet - ähnlich wie bei dem als generell undemokratisch bezeichneten Typus. Ebenso widerspricht der einseitig konfliktorientierte Typus teilweise deutlich den ihm unterstellten positiven Charakteristika. Zwar zeigt er keine Neigung zum Ruf nach dem starken Staat. Jedoch wird diese Haltung bei ihm begleitet von einer äußerst geringen Loyalität gegenüber der eigenen politischen Gemeinschaft bei gleichzeitiger Tendenz zu

Nationalismus und Ethnozentrismus sowie - ähnlich wie bei dem generell undemokratischen Typus - von einer nur schwachen Bindung an die Idee der Demokratie und einer deutlichen Affinität zu politischer Gewaltanwendung. Er ist damit konfliktbereit, aber nicht konflikttolerant. Dagegen entspricht der als liberal-demokratisch gekennzeichnete Typus, der Konsens- und Konfliktorientierung kombiniert, am ehesten den positiven Erwartungen beider Modelle. Bei ihm artikuliert sich nicht nur in seiner intensiven Befürwortung der Idee der Demokratie, sondern auch in den Formen der von ihm präferierten Ausgestaltung, deutlich ein Verständnis sowohl für Stabilitätsanforderungen als auch für die Notwendigkeit von Kritik und damit für Veränderungspotentiale des demokratischen Systemtypus. Bei moderater Bindung an die nationale Gemeinschaft sowie dezidiert antinationalistischer und offener Haltung gegenüber fremden Minderheiten zeigt er eine ausgeprägte Distanz sowohl zu staatlicher als auch zu bürgerschaftlicher Gewaltanwendung und ein große - aber nicht-expressive - Bereitschaft zu politischer Teilhabe.

Einseitige Betonungen der individuellen Freiheit und des damit verbundenen Konfliktcharakters des politischen Gemeinwesens - wie in Dubiels Ansatz - erhalten somit ebenso wie einseitige Betonungen der Gemeinwohlkomponente und des erforderlichen Konsenses - wie im kommunitaristischen Modell - spätestens dann einen bitteren Beigeschmack, wenn die Realitäten auf der Mikroebene berücksichtigt werden. Diesen Realitäten der Bürgerorientierungen am besten Rechnung tragen auf der Makroebene der politischen Theorie - so das Fazit - moderatere Vorstellungen, wie sie schon in dem klassischen Modell des Pluralismus zum Ausdruck kommen - sofern sie als ausgewogene, wenn auch prekäre, permanent zu reflektierende und immer wieder neu zu erarbeitende Balance von Konsens und Konflikt, von Eigeninteresse und Gemeinwohl verstanden werden. Eine Förderung kommunitaristischer Orientierungen zur Behebung der primär auf Verteilungskonflikten beruhenden Probleme der inneren Einheit in Deutschland käme damit nicht nur dem Tragen von Eulen nach Athen gleich, sondern könnte sich sogar als kontraproduktiv erweisen. Auf die Tagesordnung sollte vielmehr die Betonung der Notwendigkeit von Toleranz gerückt werden - und dies nicht zuletzt auch unter der Perspektive des zu überwindenden engen innerdeutschen Blickwinkels im Hinblick auf ein sich öffnendes Europa.

### **Korrespondenzadresse**

*PD Dr. Bettina Westle (Vertr. Prof. A. Héritier)  
Lehr- und Forschungsgebiet Politikwissenschaft  
Fakultät für Soziologie  
Universität Bielefeld  
Postfach 100131  
33501 Bielefeld  
Tel. 0521-106-3999; email: [bettina.westle@post.uni-bielefeld.de](mailto:bettina.westle@post.uni-bielefeld.de)*

## Anmerkungen

- 1) Alle Studien sind über das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) erhältlich; (Ausnahme: Weil 1991).
- 2) Für Vergleiche im Zeitablauf hat dies zur Folge, daß die Schnittpunkte für die Bildung des Kombinationsindex entweder unterschiedlich - je nach Verteilung in der jeweiligen Erhebung - gesetzt werden müssen, oder aber eine bzw. mehrere kumulierte Erhebungen als Standard definiert werden. Im vorliegenden Fall ergaben sich aufgrund der recht großen Verteilungsstabilität daraus keine gravierenden Probleme der Veränderung von Schnittpunkten. Als Schnittpunkt wurde für die Konsensdimension der Wert 5.25, für die Konfliktdimension der Wert 2.75 auf Grundlage der Mittelwerte in der Politischen Kultur Studie 1993 verwendet. Dieser Index wurde erstmals angewandt in Westle 1996 und adaptiert in Kaase 1997.

## Literatur

- Bauer, P., 1991: Freiheit und Demokratie in der Wahrnehmung der Bürger in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR. S.99-124 in: R. Wildenmann (Hrsg.), Nation und Demokratie - Politisch-strukturelle Gestaltungsprobleme im neuen Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Bellah, R. N./Madsan, R./Sullivan, W. M./Swidler, A./Tipton, S. T., 1985: Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life. Berkeley: University of California Press.
- Dahl, R. A., 1971: Polyarchy - Participation and Opposition. New Haven/London: Yale University Press.
- Dalton, R. J., 1994: Communists and Democrats - Democratic Attitudes in the Two Germanies. British Journal of Political Science, 24 (4): 469-493.
- Dettling, W., 1994: Jenseits von Sozialismus, Kapitalismus und Nihilismus. Wieviel Moral braucht eine Gesellschaft - und woher soll sie kommen? S.363-388 in: W. Dettling (Hrsg.), Perspektiven für Deutschland, München: Knauer.
- Dubiel, H., 1992: Konsens oder Konflikt? Die normative Integration des demokratischen Staates. S.130-137 in: B. Kohler-Koch (Hrsg.), Staat und Demokratie in Europa - 18. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen: Leske+Budrich.
- Etzioni, A., 1988: The Moral Dimension - Towards a New Economics. New York: Free Press.
- Etzioni, A., 1994: The Spirit of Community. Re-Invention of American Society. New York: Simon & Schuster.

- Etzioni, A., 1997: Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt: Campus.
- Farnen, R.F./German, D.B., 1994: Minority Toleration and Political Education in Central and Eastern Europe 1991-1993. Paper prepared for the Annual Meeting of the Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) Section on Political Science Education, Potsdam, Germany, August 25-28, 1994, Hartford/Boone: University of Connecticut/Appalachian State University, Department of Political Science/Criminal Justice.
- Fraenkel, E., 1976: Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie. S.158-182 in: F. Nuscheler/W. Steffani (Hrsg.), Pluralismus - Konzeptionen und Kontroversen. München: Piper.
- Gabriel, O.W., 1995: Immer mehr Gemeinsamkeiten? Politische Kultur im vereinigten Deutschland. S.243-274 in: R. Altenhof/E. Jesse (Hrsg.), Das wiedervereinigte Deutschland - Zwischenbilanz und Perspektiven. Düsseldorf: Droste.
- Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S., 1979: Ein schwieriges Vaterland - Zur politischen Kultur Deutschlands. München: List.
- Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S., 1993: Ein schwieriges Vaterland - Zur politischen Kultur im vereinten Deutschland. München: List.
- Hagendoorn, L., 1994: Research Planning Workshop „Nationalism, ethnic conflict and conceptions of citizenship in Western and Eastern Europe. 24-25 Nov. in the Netherlands, Results of the core planning group meeting at 16 May in Utrecht.
- Hirschman, A.O., 1994: Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? Leviathan, 22 (2): 293-304.
- Hoffmann-Lange, U., 1987: Eliten als Hüter der Demokratie? Zur Akzeptanz demokratischer Institutionen und freiheitlicher Werte bei Eliten und Bevölkerung der Bundesrepublik. S.378-391, in: D. Berg-Schlösser/J. Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland - Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Honneth, A. (Hrsg.), 1993: Kommunitarismus. Frankfurt/New York: Campus.
- Kaase, M., 1971: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik. München/Wien: Olzog.
- Kaase, M., 1997: Consensus, Conflict, and Democracy. German Politics, Vol. 6, No.2, S.1-28.
- Kelsen, H., 1929: Vom Wesen und Wert der Demokratie. Tübingen: Scientia.
- Kersting, W., 1991: Verfassungspatriotismus, komunitäre Demokratie und die politische Vereinigung der Deutschen, S.143-166 in: P. Brautling/W. Reese-Schäfer, Universalismus, Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen. Frankfurt: Fischer.
- Kielmansegg, P. Graf, 1990: Auf dem Weg zur demokratischen Reife? Überlegungen zur Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik. S.199-220 in: H. Rudolph (Hrsg.), Den Staat denken. Berlin: Siedler.

- 
- Lijphart, A., 1984: *Democracies - Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven: Yale University Press.
- Lijphart, A., 1994: *Democracies: Forms, performance, and constitutional engineering*. *European Journal of Political Research* 25 (1): 1-17.
- Pennock, J. R., 1979: *Democratic Political Theory*. Princeton: Princeton University Press.
- Schäuble, W., 1994: *Und der Zukunft zugewandt*. Berlin: Siedler.
- Schumpeter, J.A., 1950: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. München: Piper.
- Schwan, A., 1991: *Politische Theorien des Rationalismus und der Aufklärung*. S.157-257 in: H.-J. Lieber (Hrsg.), *Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Thomassen, J., 1995: *Support for Democratic Values*. S. 383-416 in: H.-D. Klingemann/D. Fuchs (Hrsg.), *Citizens and the State, Beliefs in Government, Vol.1*. Oxford: Oxford University Press.
- Walzer, M., 1992: *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*. Berlin: Rotbuch.
- Weil, F. D., 1993: *The Development of Democratic Attitudes in Eastern and Western Germany in a Comparative Perspective*. S.195-225 in: F. D. Weil/J. Huffmann/M. Gautier (eds.), *Research on Democracy and Society: Democratization in Eastern and Western Europe, Vol. 1*. Greenwich. Connecticut/London: JAI Press.
- Westle, B., 1996: *Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen*. Mannheim: Habilitationsschrift.
- Wildenmann, R./Kaase, M., 1968: *Die unruhige Generation*, Mannheim. ohne Verlag.
- Zahlmann, Ch., (Hrsg.), 1994: *Kommunitarismus in der Diskussion*. Berlin: Rotbuch.

## MITTEILUNGEN

\*\*\*\*\*

## MEMORANDUM

# ERFOLGSBEDINGUNGEN EMPIRISCHER WIRTSCHAFTSFORSCHUNG UND EMPIRISCH GESTÜTZTER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHER BERATUNG\*

*RICHARD HAUSER, GERT G. WAGNER UND KLAUS F. ZIMMERMANN*

### Vorbemerkungen

In seinen „allgemeinen Gesichtspunkten“ der Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste in den alten Ländern hat der Wissenschaftsrat im Januar 1998 festgestellt, daß „im Zuge der Erarbeitung der vorliegenden Stellungnahmen [...] sich Hinweise darauf ergeben [haben], daß der Status der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland - auch im internationalen Vergleich - Anlaß zu einer Reihe von Fragen gibt und daher eine breit angelegte Untersuchung zur Struktur, Organisation und Leistungsfähigkeit der empirischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Deutschland notwendig und förderlich ist. Der Wissenschaftsrat empfiehlt nachdrücklich, diese Untersuchung möglichst bald durchzuführen und Fragen der theoretischen Wirtschaftsforschung mit einzubeziehen, soweit dies für den Untersuchungszweck angebracht ist. Im

---

\* Dieser Beitrag erscheint zugleich im Doppelheft 3,4 Vol. 82, 1998 der Zeitschrift „Allgemeines Statistisches Archiv“, zusammen mit Diskussionsbeiträgen, die in der vorliegenden Fassung nicht abgedruckt sind. Wir danken dem Herausgeber für die Genehmigung des Nachdrucks.

Anschluß daran sollte es zu weiteren Strukturempfehlungen kommen, die auch die Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste einschließen“.

Die Verfasser des vorliegenden Memorandums halten es für erforderlich, daß diese Analyse und Diskussion komplementär auch öffentlich durchgeführt wird. Zu einem zentralen Teilaspekt, der Datenproblematik, sollen die folgenden Überlegungen beitragen.

## I. Theoretische Überlegungen

Für die meisten wirtschafts- und sozialpolitischen sowie finanzwissenschaftlichen Fragestellungen reichen rein theoretische Modelle nicht aus, sondern politisch umsetzbare Ergebnisse bedürfen einer empirischen Fundierung. Umgekehrt sind empirische Messungen ohne ein theoretisches Gerüst im allgemeinen sinnlos. Empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftstheorie (einschließlich der Finanzwissenschaft) sollten deswegen im Zusammenhang analysiert und im Hinblick auf ihre organisatorischen Strukturen betrachtet werden.

Empirische Wirtschaftsforschung im engeren Sinne zielt darauf ab,

- die relevanten Aspekte der wirtschaftlichen Aktivitäten mit Hilfe von Statistiken zu beschreiben und soweit wie möglich in quantitativer Form zu messen (deskriptive Statistik),
- aus statistischen Daten Hypothesen über Regelmäßigkeiten [Gesetze] abzuleiten (induktive Methode),
- Verhaltenshypothesen, die auf der Basis von theoretischen Modellen abgeleitet wurden, mit Hilfe von (vor allem) ökonometrischen Verfahren zu testen (deduktive Methode),
- internationale Vergleiche zu allen genannten Aspekte in deskriptiver Form anzustellen,
- die Unterschiede zwischen den Vergleichsländern als das Ergebnis „natürlicher“ Sozialexperimente zu betrachten und auf dieser Basis die unterschiedlichen Auswirkungen verschiedener institutioneller Ausgestaltungen der Wirtschafts- und Sozialordnung für das Verhalten von Wirtschaftsobjekten herauszuarbeiten,
- Parameterwerte für einzelne Verhaltenshypothesen numerisch zu schätzen und auf dieser Basis quantifizierte Prognosen zu erarbeiten,
- komplexe Modelle, die das wirtschaftliche Verhalten unterschiedlicher Akteursgruppen nachbilden und das Ergebnis des Zusammenwirkens dieser Gruppen nachzeichnen, zu erarbeiten,
- mit Hilfe dieser numerisch spezifizierten Modelle Prognosen zu erstellen, und
- mit Hilfe von Modellen Simulationsstudien über die Auswirkungen alternativer wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Maßnahmen zu erstellen und damit empi-



risch gestützte Aussagen über die positiven und negativen Konsequenzen im Hinblick auf explizit gemachte Ziele abzuleiten.

Es ist offensichtlich, daß die Voraussetzung für eine erfolgreiche empirische Wirtschaftsforschung das Vorhandensein und die leichte Zugänglichkeit von möglichst vielfältigen und möglichst weit in die Vergangenheit zurückreichenden statistischen Daten ist.

Ebenso wie in den Naturwissenschaften ist auch bei der empirischen Wirtschaftsforschung eine möglichst breite nationale und internationale Konkurrenz zwischen Wissenschaftlern erforderlich, durch die sich die verlässlicheren deskriptiven Ergebnisse und die besseren Hypothesen durch gegenseitige Prüfung und Kritik allmählich durchsetzen. Aus diesen Gründen ist eine gleichrangige und gleichzeitige Zugänglichkeit von Datenbeständen für möglichst alle mit der jeweiligen Thematik befaßten Wissenschaftler erforderlich. Darüber hinaus sollten die Daten in einem engen Austauschprozeß zwischen analysierenden Forschern und Daten“produzenten“ erstellt werden, um sicherzustellen, daß zu relevanten Fragen die angemessenen Daten mit methodisch adäquaten Verfahren erhoben werden.

Es geht uns im folgenden lediglich um die Erhebung und Verfügbarkeit der Daten für die wissenschaftliche Forschung und nicht-kommerzielle Nutzung.

## II. Organisatorische Ausgangslage

In Deutschland liegt die Verantwortung für die Datengenerierung und -nutzung bei der amtlichen Statistik, Administrationen, wissenschaftlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen (insbesonder Marktforschungsinstituten). Die amtliche Statistik ist den Innenministerien bzw. Staatskanzleien nachgelagert bzw. sie ist Teil kommunaler und anderer Einrichtungen (z. B. Bundesbank, Bundesanstalt für Arbeit). Öffentlich finanzierte statistische Erhebungen gibt es außerhalb der Amtlichen Statistik im Bereich der Ressort- und Auftragsforschung und als Teil der Wissenschaftsförderung.

Die Erhebungsprogramme (und die zur Datenerhebung benutzten Methoden) werden von den analysierenden Forschern je nach Datenproduzent sehr unterschiedlich beeinflußt.

- Für die Daten der amtlichen Statistik gibt es in der Praxis fast keinen Einfluß der Wissenschaft auf die Erhebungsprogramme; diese Aussage gilt verstärkt für die Teile der amtlichen Statistik, die nicht in Statistischen Ämtern, sondern in Ministerien und anderen Einrichtungen geführt werden (z. B. Finanzministerium, Bundesanstalt für Arbeit, Bundesbank, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger).
- Statistische Basisdaten, die mit öffentlichen Mitteln im Rahmen der Ressort- und Auftragsforschung erstellt werden (insbesondere auch in den Wirtschaftsforschungsinstituten), werden praktisch auch ohne Einfluß durch Wissenschaftler erstellt, die nicht an der Erhebung direkt beteiligt sind.

- Ein systematischer Einfluß der gesamten „Scientific Community“ auf statistische Erhebungsprogramme gibt es nur dort, wo Daten durch wissenschaftliche Forschungsinstitutionen erhoben werden (z. B. DFG, VW Stiftung, teilweise auch BMBF).
- Auch auf die Erstellung vieler „abgeleiteter“ Statistiken, wie insbesondere der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), gibt es keinen direkten Einfluß der Wissenschaft.
- Mangels professioneller Großerhebungen werden immer wieder Erhebungen von Studenten im Rahmen von „Lehrforschung“ durchgeführt (wobei das dilettantische Verhalten von Studenten bei Interviews zur Gefährdung der Akzeptanz von statistischen Erhebungen bei Befragten beitragen kann).

Auch die Zugänglichkeit dieser Datenbestände für die nicht-kommerzielle, empirische Wirtschaftsforschung an Universitäten und gemeinnützigen Forschungsinstituten unterscheidet sich deutlich. Für diese Unterschiede sind maßgeblich: (1) die Art der Finanzierung, (2) Datenschutzbestimmungen, (3) Verhaltensweisen der Datenproduzenten, und schließlich (4) die Verfahren der Datensammlung, Datenaufbereitung, Datendokumentation und Datenübermittlung, die angesichts der tiefgreifenden Änderungen bei den elektronischen Netzwerken und der Verfügbarkeit von bisher nicht vorhandenen Rechen- und Speicherkapazitäten am Arbeitsplatz des Wissenschaftlers einem tiefgreifenden Wandel unterliegen.

- Weitgehend ungeregelt ist der Zugang zu statistischen Daten, die vom Staat - außerhalb der eigentlichen amtlichen Statistik - in Ministerien und anderen Einrichtungen produziert werden.
- Der Zugang zu Daten der amtlichen Statistik ist weitgehend geregelt, allerdings gibt es zwei grundsätzliche Probleme: (1) Mikrodaten sind zum größten Teil nicht oder nur schwer zugänglich; dies gilt insbesondere für die nur schwer anonymisierbaren Betriebs- und Unternehmensdaten der Wirtschaftsstatistik. Mit den vom BMBF finanzierten „Scientific Use Files“ für einige Stichproben der Bevölkerungsstatistik gibt es allerdings eine neue Entwicklung für den regelhaften Zugang zu anonymisierten Mikrodaten; (2) aggregierte Daten, z. B. der VGR, sind regelhaft zugänglich, insbesondere sind auch die Veröffentlichungszeitpunkte allgemein bekannt, jedoch ist für Außenstehende nicht klar, ob und wann Statistische Ämter vorläufige Daten und Sonderauswertungen zur Verfügung stellen. Manchmal führt dies dazu, daß Wissenschaftler den Eindruck gewinnen, daß Daten willkürlich herausgegeben oder zurückgehalten werden.
- Weitgehend ungeregelt ist auch der Zugang zu Daten, die mit öffentlichen Mitteln außerhalb der amtlichen Statistik erhoben werden. Zwar werden viele Erhebungen dem „Zentralarchiv für empirische Sozialforschung“ in Köln übergeben, oder die Daten werden von den Produzenten direkt zugänglich gemacht, aber es ist oft zufällig, ob und wie dies geschieht. Nur wenige Wissenschaftsförderungsorganisationen

knüpfen die Finanzierung einer Erhebung an die explizite Verpflichtung, diese rasch für Re-Analysen zugänglich zu machen. Vorbildlich ist hier beispielsweise die DFG.

Zu obigen Punkten nimmt das Memorandum im folgenden Stellung, um die Verantwortlichen zu einer den neuen wissenschaftlichen Entwicklungen entsprechenden Gestaltung der statistischen Infrastruktur aufzurufen und damit die Erfolgsbedingungen für die empirische Wirtschaftsforschung und empirisch gestützte Politikberatung zu verbessern.

### III. Datentypen und Datenschutz

Vorweg ist festzustellen, daß sich die empirische Wirtschafts- und Sozialforschung in dem oben beschriebenen Sinn nicht für identifizierbare Einzelfälle, sondern lediglich für anonyme Untersuchungseinheiten, für nach bestimmten Kriterien zusammengefaßte Gruppen von Untersuchungseinheiten und für statistische Regelmäßigkeiten interessiert. Individualisierte Fallstudien liegen außerhalb ihres Untersuchungsbereichs; dementsprechend sind die Probleme des Datenschutzes und der Datenzugänglichkeit auch nur für diese begrenzte statistische Nutzung zu klären. Aus der Sicht des Datenschutzes lassen sich die für die empirische Wirtschaftsforschung erforderlichen Daten in zwei Klassen einteilen:

1. In Tabellenform oder summarisch zusammengefaßte Daten, wie sie etwa in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in Finanzstatistiken der Deutschen Bundesbank oder in Bevölkerungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes vorliegen.
2. Einzeldaten von Personen, Haushalten, Unternehmen, Betrieben, Organisationen und staatlichen Organen.

Die erste Kategorie bietet keine datenschutzrechtlichen Probleme, sofern in den Tabellen eine genügende Anzahl von Untersuchungseinheiten zusammengefaßt sind und nur Durchschnitte oder Summen ausgewiesen werden. Für diese Daten bestehen lediglich die Probleme

- einer nutzerfreundlichen Information über die verfügbaren aggregierten Daten und Zeitreihen,
- der Standardisierung der Konzepte, der korrekten Erfassung und der Vergleichbarkeit in der zeitlichen, regionalen und internationalen Dimension,
- der verlässlichen (regelgebundenen) und schnellen Zugänglichkeit am Arbeitsplatz des Wissenschaftlers (Dazu gehören auch Regeln, wie und wann vorläufige Daten herauszugeben sind; es stehen inzwischen auch Computeralgorithmen zur Verfügung [Statistical Disclosure Control], die das automatische, d.h. rasche Prüfen und ggf. eine geeignete Aggregation dünn besetzter Zellen vornehmen).

Diese Punkte werden im Memorandum unten nochmals aufgegriffen.

Die zweite Kategorie der Einzeldaten ist in individualisierter Form (mit Identifikationsmerkmalen wie Name, Adresse, Telefonnummer) aus Datenschutzgründen grundsätzlich nicht zugänglich. Im Hinblick auf den Charakter der Information lassen sich folgende Typen von Datensätzen unterscheiden:

- Einmalige Querschnitterhebungen;
- Zeitreihen von Querschnitterhebungen, wobei im Prinzip jeweils unterschiedliche Untersuchungseinheiten die Informationen liefern;
- Wiederholungsbefragungen derselben Untersuchungseinheiten (Panels), die über einen kürzeren oder längeren Zeitraum fortgeführt werden.

Wenngleich Querschnitterhebungen und Zeitreihen von gleichartigen Querschnitterhebungen seit vielen Jahrzehnten eine unverzichtbare Basis für die empirische Wirtschaftsforschung darstellen, haben sich in den vergangenen beiden Dekaden doch Panelerhebungen von Mikrodaten als besonders fruchtbare Informationsquellen für viele Fragestellungen erwiesen, die mit Querschnittsdaten nicht geklärt werden konnten. Gerade auf diesem Gebiet vollzieht sich zur Zeit ein besonders schneller wissenschaftlicher Fortschritt, da hiermit die Reaktionen von Untersuchungseinheiten auf Änderungen der Einflußgrößen wesentlich besser analysiert werden können.

Auch mit Daten, die im Verwaltungsprozeß anfallen und die überdies mit Umfragedaten kombiniert werden können, sind bereits vielversprechende Untersuchungen angestellt worden. Auf diesem Feld liegen ebenfalls große, bisher nicht ausgeschöpfte, Möglichkeiten für die empirische Wirtschaftsforschung.

Es sind in den in den vergangenen beiden Jahrzehnten verschiedene Verfahren entwickelt worden, jene Informationen, die die empirische Wirtschaftsforschung braucht, zur Verfügung zu stellen, ohne daß eine Identifizierung des Merkmalsträgers erfolgen kann. Diese Verfahren sind im Statistikgesetz abgesichert. Dabei handelt es sich um

- Verfahren der absoluten Anonymisierung und um
- Verfahren der faktischen Anonymisierung.

Auf dieser Basis konnten inzwischen große amtliche Stichproben von Personen und Haushalten (Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Mikrozensus) an wissenschaftliche Nutzer weitergegeben werden. In diesem Zusammenhang bestehen aber noch die Probleme

- der Kontinuität der Weitergabe,
- der Beschleunigung des Weitergabeverfahrens,
- die Standardisierung der Datenweitergabe, um die Installationskosten der interessierten Wissenschaftler möglichst gering zu halten,

- der Kostenübernahme für die faktische Anonymisierung,
- einer verbesserten Dokumentation der Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten durch das Statistische Bundesamt,
- der Beratung bei Datenproblemen über die Dokumentation hinaus und einer Rückkoppelung zur Verbesserung der Erhebungsinstrumente und der Datenaufbereitung,
- der Kooperation zwischen Statistischem Bundesamt und der Wissenschaft bei der Datenprüfung und -bereinigung,
- der Regelung der Einflußnahme auf die Erhebungsprogramme durch die Wissenschaft, um die theoretisch relevanten Phänomene und Kausalfaktoren besser erfassen zu können, und schließlich
- der Ausdehnung der Weitergabeverfahren auf andere Träger von Datenerhebungen und Besitzer von mit öffentlichen Mitteln beschafften Einzeldatenbeständen.

Es gibt auch Einzeldatensätze für Untersuchungseinheiten, insbesondere Unternehmen, Organisationen und staatliche Stellen, die sich nicht faktisch anonymisieren lassen, weil die Anzahl der jeweiligen Merkmalsträger so gering ist, daß sie bereits mit wenigen Zusatzinformationen identifiziert werden können oder daß zumindest einige herausragende Merkmalsträger identifiziert werden können. Beispiele wären Arbeitsstättenzählungen, Betriebspanels, u. ä. Um diese Einzeldaten für die empirische Wirtschaftsforschung zugänglich zu machen, bedarf es anderer Verfahren, wie beispielsweise die sanktionsbewehrte Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung von Einzeldaten durch den Forscher oder die temporäre Beschäftigung bei einem Datenbesitzer mit entsprechender Verpflichtung zur Wahrung der Vertraulichkeit.

#### **IV. Thesen zur Finanzierung und Organisation**

1. Daten können mehrfach eingesetzt werden. Ihre Produktionskosten lohnen sich häufig nur, wenn sie in vollem Umfang genutzt werden. Ein freier Markt wird dieses Produkt nur in unzureichendem Umfang anbieten. Statistische Daten sind quasi „öffentliche Güter“, die öffentlich finanziert werden müssen - was einen regulierten Wettbewerb bei der Produktion dieser Daten freilich keineswegs ausschließt. Eigentümer ist die Gesellschaft, die die Daten nur aus organisatorischen Gründen in den Besitz unterschiedlicher Institutionen gibt.
2. Die Daten der amtlichen Statistik sind offensichtlich alle öffentliche Güter in diesem Sinne.
3. Die Daten der öffentlichen Verwaltung, die für die administrative Vorgänge erhoben werden oder dabei anfallen (Steuerdaten, Daten im Bereich des Arbeitsmarktes und des sozialen Sicherungssystems), sind ebenfalls öffentliche Güter; diese Daten sollten unter Mitarbeit von unabhängigen Wissenschaftlern soweit wie dies wissen-

schaftlich sinnvoll und datenschutzrechtlich möglich ist, als anonymisierte Datensätze aufbereitet und ebenfalls soweit wie möglich in geeigneter Form der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden.

4. Sofern die Datenproduktion direkt oder indirekt über Forschungsförderungsinstitutionen mit öffentlichen Mitteln erfolgte, sollten die Daten allen Wissenschaftlern auf Anforderung gegen einen geringen Kostenbeitrag zur Verfügung gestellt werden.
5. Für internationale Datenbasen sind geeignete Finanzierungsformen zu finden.
6. In Deutschland ist zu prüfen, ob die Anbindung der Amtlichen Statistik an die Innenministerien bzw. Staatskanzleien, sowie die „Auslagerung“ von Amtlicher Statistik in Ministerien, die Bundesbank, die Bundesanstalt für Arbeit und in einige Verbände optimal ist. Generell sind eine Trennung der Datenproduktion von politischen Bürokratien in unabhängige Institutionen mit wissenschaftlichen Beiräten und eine Dezentralisierung zweckmäßig.

## **V. Thesen zur Festlegung von Erhebungsprogrammen**

1. Die Erhebungsprogramme für öffentlich relevante statistische Daten müssen von den Vertretern der Öffentlichkeit zusammen mit unabhängigen Fachwissenschaftlern (für Erhebungsmethoden und Analysen) entwickelt werden.
2. Es ist nicht nur für die Erhebungen der Amtlichen Statistik im engeren Sinne notwendig, daß Erhebungsprogramme von der Öffentlichkeit und den Fachwissenschaften beeinflußt werden können, sondern auch für Prozeßstatistiken und für Erhebungen, die im Rahmen der Ressortforschung, in öffentlich finanzierten Instituten und in Form von öffentlich finanzierten Aufträgen erhoben werden.
3. Fachbeiräte sind nützliche Instrumente, um die Mitwirkung der Öffentlichkeit und der Wissenschaft bei der Festlegung von Erhebungsprogrammen zu sichern.

## **VI. Thesen zur Beherrschung von Datenschutzproblemen**

1. Die Möglichkeiten der „faktischen Anonymisierung“ von statistischen Mikrodaten müssen konsequent genutzt werden. Sub-Sampling (also die Weitergabe einer Unterstichprobe der ursprünglich erhobenen Daten) ist eine wirksame Strategie, um Datenschutz einzuhalten, ohne daß dadurch Ergebnisse verzerrt werden. Hinzu kommen Möglichkeiten, Variablen verzerrungsfrei zu vergrößern und die Möglichkeit, besonders sensitive Variablen nicht zugänglich zu machen (z. B. feinräumige Regionalinformationen). Letztgenannte Methoden verzerren zwar keine Ergebnisse, machen jedoch oft aussagekräftige Untersuchungen unmöglich.

2. Insoweit die faktische Anonymität von Mikrodaten nur herstellbar ist, indem wesentliche Variablen vergrößert oder nicht weitergegeben werden, müssen Datenproduzenten, die mit öffentlichen Mitteln arbeiten, verpflichtet werden, die Arbeit mit sensitiven Daten innerhalb ihrer Institutionen zu ermöglichen; dazu gehören ggf. auch „Filiale“ dieser Einrichtungen, die in der Praxis den Zugang wesentlich erleichtern können. Insoweit aus Datenschutzgründen nur Mitarbeiter einer Einrichtung mit bestimmten Daten arbeiten dürfen, müssen entsprechende Anstellungsverträge auch für „One-Dollar-Persons“ ermöglicht werden (Fellowship-Programme nach US-amerikanischem Muster).
3. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Ökonometrie- und Statistik-Ausbildung in den Universitäten derart professionalisiert werden kann, daß für Wissenschaftler ein bindender Ethik-Code zur Wahrung des Datengeheimnisses etabliert werden kann (ähnlich wie für Ärzte, Rechtsanwälte usw.), der bei Nicht-Einhaltung zum Entzug der „Lizenz“ für empirisches Arbeiten führt. Ein derartiger Wissenschaftler-Ethik-Code muß mit entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen verbunden werden, die sicherstellen, daß für übergeordnete staatliche Zwecke das „Statistik-Geheimnis“ nicht gebrochen werden kann. Bei einer derartigen Entwicklung muß beachtet werden, daß sie nicht zu einer Verknappung der entsprechend lizenzierten Wissenschaftlern führt, indem Marktzutrittsbarrieren errichtet werden, um der Zukunft allokativ ungerechtfertigte Einkommensvorteile zu sichern.

## VII. Thesen zum Ausbau der Infrastruktur

### Thesen zur ersten Datenkategorie (aggregierte Daten)

1. Sichergestellt werden muß eine *regelgebundene* Verfügbarkeit aggregierter Ergebnisse. Die Regelgebundenheit gilt auch für vorläufige Daten und Sonderauswertungen. Zumindest die endgültigen Daten sollten on-line zur Verfügung gestellt werden, und zwar sowohl nationale Daten als auch die von internationalen Organisationen gesammelten und aufbereiteten Daten
2. Gegebenenfalls ist die Einrichtung einer deutschen Clearingstelle notwendig, die alle Daten beschafft und den Bestand pflegt, sofern das Statistische Bundesamt diese Aufgabe nicht übernimmt.
3. Um Zugangshürden abzubauen (insb. für Universitätsinstitute, die nicht permanent mit bestimmten Daten arbeiten) ist für die Wissenschaft eine Standardisierung des Datenzugangs notwendig, verbunden mit geringen Gebühren oder Kostenbefreiung.

### **Thesen zur zweiten Datenkategorie (Mikrodaten)**

1. In Zusammenarbeit mit den Forschungsförderungseinrichtungen (insb. der DFG) sollten zügig Fellowship-Programme eingerichtet werden, die das Arbeiten mit nicht oder nur schwer anonymisierbaren Mikrodaten bei den datenerhebenden Einrichtungen, die die datenschutzrechtliche Verantwortung tragen.
2. Um Zugangshürden abzubauen (insb. für Universitätsinstitute, die nicht permanent mit bestimmten Daten arbeiten) ist für die Wissenschaft eine Standardisierung des Zugangs zu Mikrodaten (amtlicher und nicht-amtlicher Art) mit geringen Kosten oder Kostenbefreiung notwendig.
3. Ein weiterer Schritt wäre die Einrichtung einer Clearingstelle, die in regelhafter Weise Informationen über sämtliche Einzeldatenbestände und die jeweiligen Dokumentationen bereithält und die on-line konsultiert werden kann; über die Weiterentwicklung dieser Clearingstelle zu einer Datenbeschaffungsagentur für die empirische Wirtschaftsforschung sollte nachgedacht werden.
4. Es muß geprüft werden, wie getrennt erstellte statistische Datenbasen in datenschutzrechtlich einwandfreier Weise zusammengeführt werden können („Link“, z.B. von Firmen- und Bevölkerungsinformationen). Unter Umständen können Clearingstellen auch für diesen Zweck nützlich sein.
5. Geprüft werden sollte unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten die Möglichkeit des „Fernrechnens“ für nicht anonymisierbare Datenbestände mit entsprechenden Sicherungsmaßnahmen gegen die Identifizierung einzelner Merkmalsträger. „Fernrechnen“ bedeutet hier Übermittlung von Auswertungsprogrammen on-line an den Datenbesitzer und Rückgabe von geschätzten Parameterwerten sowie tabellierten Ergebnissen (unter Berücksichtigung von datenschutzrechtlich gebotenen Mindestfallzahlen).

### **VIII. Thesen zum Ausbau der empirischen Wirtschaftsforschung an den Universitäten**

1. Stärkung der empirischen Wirtschaftsforschung in den Fächern Wirtschaftsund Sozialpolitik/Finanzwissenschaft und Statistik/Ökonometrie.
2. Einbau von Datenanalyse, Datenkritik und Datenschutz in die mittlere Ausbildungsphase von Ökonomiestudenten.
3. Verbesserte Ausbildung an Statistikpaketen.
4. Arbeit mit echten Daten bereits im Studium, evtl. in Zusammenarbeit mit Datenproduzenten, mit Hilfe von kleinen, hochanonymisierten Substichproben; Verzicht auf dilettantische Primärerhebungen durch Studenten, die die Akzeptanz von Erhebungen bei Befragten gefährden.



5. Verbesserung des Datenservice an den Universitäten für die Studenten und ausreichende Verfügbarkeit der jeweiligen Statistikpakete und Computerkapazitäten.
6. Zugang zu Clearingstellen und „Fernrechenmöglichkeiten“ für Studenten.

### **IX. Aufforderung zur Diskussion**

Dieses Memorandum soll zur Diskussion anregen. Diese kann in den einschlägigen Fachzeitschriften und auf speziellen Workshops geführt werden. Die Verfasser sind auch für direkte Stellungnahmen dankbar. Ergebnisse dieser Diskussion könnten dann auch für die Arbeit der Gremien des Wissenschaftsrates Gestaltungshilfen liefern.

*Richard Hauser, Gert G. Wagner und Klaus F. Zimmermann  
Frankfurt am Main, Berlin und Bonn, Juni 1998*

### **Kontaktadressen**

*Prof. Dr. Richard Hauser*  
Johann Wolfgang von Goethe-Universität  
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften  
Senckenberganlage 31  
60325 Frankfurt am Main  
Tel.: 069/7982-2546  
Fax: 069/7982-8287  
e-mail: R.Hauser@em.uni-frankfurt.de

*Prof. Dr. Gert G. Wagner*  
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
Königin-Luise-Straße 5  
14195 Berlin  
Tel.: 030/89789-290  
Fax: 030/89789-109  
e-mail: gwagner@diw.de

*Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann*  
Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)  
Postfach 7240  
53072 Bonn  
Tel.: 0228/3894-200  
Fax: 0228/3894-210  
e-mail: Zimmermann@iza.org

## WEITERE MIKROZENSEN FÜR DIE FORSCHUNG LEICHTER NUTZBAR

In den letzten Ausgaben der ZUMA-Nachrichten berichteten wir über verschiedene Verbesserungen im Zugang zu amtlichen Mikrodaten, die durch ein vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) finanziertes Pilotprojekt erreicht wurden. Faktisch anonymisierte Daten des Mikrozensus 1995, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, der deutschen Stichprobe des Europäischen Haushaltspanels 1994-96 und der Zeitbudgeterhebung 1991/92 können von der Wissenschaft gegen eine Bearbeitungsgebühr von jeweils 130 Mark beim Statistischen Bundesamt bezogen werden. Hinsichtlich der Bemühungen aller beteiligten Einrichtungen bei der Suche nach langfristig tragfähigen Lösungen für eine forschungsgerechte Nutzung amtlicher Mikrodaten ist über weitere bedeutende Verbesserungen zu berichten. Eine Verlängerung der Vereinbarung zum Pilotprojekt zwischen dem BMBF und dem Statistischen Bundesamt sieht für den Mikrozensus 1996 die gleiche günstige Bezugsmöglichkeit wie beim Mikrozensus 1995 vor. Darüber hinaus wird das Statistische Bundesamt anonymisierte Mikrozensen der Erhebungszeitpunkte 1989, 1991 und 1993 sowie zukünftige Mikrozensususerhebungen als Scientific Use Files zur Verfügung stellen. Für diese, sowie für andere, nicht im Pilotprojekt enthaltene amtliche Mikrodaten gelten jedoch andere Preisregelungen.

Das seit Anfang 1997 verfügbare Scientific Use File des Mikrozensus 1995 wird mittlerweile von über 50 Instituten und Einzelwissenschaftlern für ihre Forschungsarbeiten genutzt. Von seiten der Wissenschaft besteht aber ein großes Interesse an weiteren, vor allem aktuellen Mikrozensusdaten und darüber hinaus an weiter zurückreichenden Daten. Das Statistische Bundesamt ist den Wünschen der Wissenschaft nach tragbaren Kosten entgegengekommen und hat ein neues Verfahren der Preiskalkulation für die Weitergabe von Scientific Use Files beschlossen. Nach dem neuen Preismodell sind die Gebühren von der Anzahl der angeforderten Variablen abhängig und variieren zwischen 200 und rund 4.000 Mark für einen Merkmalsumfang von 10 bis 200 Variablen. Im Vergleich zu den Kosten, die noch vor Abschluß des Pilotprojekts für eine Datenlieferung berechnet wurden und in Höhe von mehreren zehntausend Mark lagen, führt das neue Preismodell zu einer erheblichen Kosteneinsparung für die Wissenschaft. Jedoch sind die neuen Preise um ein vielfaches höher als die Gebühr, welche für die zum Pilotprojekt gehörenden Daten entrichtet werden muß. Um die bisherige Entwicklung einer breiteren Nutzung von amtlichen Mikrodaten durch die Wissenschaft weiter zu fördern, hat das BMBF erfreulicherweise ein weiteres Mal die Kosten für die Anonymisierung und Erstellung des faktisch anonymisierten Grundfiles übernommen. Nach einer entsprechenden Vereinbarung

zwischen dem Ministerium und dem Statistischen Bundesamt, die Daten des faktisch anonymisierten Mikrozensus 1996 in das Pilotprojekt aufzunehmen, können auch diese Daten gegen eine Gebührenpauschale von 130 Mark vom Statistischen Bundesamt bezogen werden. Das Scientific Use File des Mikrozensus 1996 kann ab April nächsten Jahres an die Wissenschaft weitergegeben werden.

In bezug auf den Forschungsbedarf an aktuellen Daten plant das Statistische Bundesamt, faktisch anonymisierte Daten des Mikrozensus 1997 voraussichtlich ab Sommer 1999 bereitzustellen. Als weiterer Schritt zum Ausbau des Datenangebots können Scientific Use Files der Mikrozensusen 1989, 1991 und 1993 in Kürze von der Wissenschaft bezogen werden. Für diese, nicht mehr im Pilotprojekt enthaltenen Daten gelten dann die neuen Preisregelungen, sofern keine andere Finanzierung für die dem Statistischen Bundesamt durch die Anonymisierung und Bereitstellung der Daten entstehenden Kosten zustande kommt.

### **Kurzbeschreibung des Mikrozensus 1996**

Der Mikrozensus ist eine 1 Prozent Haushaltsstichprobe, mit der seit 1957 vielfältige Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und Haushalte erhoben werden. Seit 1991 werden auch Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost einbezogen. Befragt werden alle Personen der ausgewählten Haushalte. Das jährliche *Grundprogramm* umfaßt folgende Themenbereiche: sozio-demographische Angaben, Staatsangehörigkeit, Familien- und Haushaltszusammenhänge, Beziehung zum Lebenspartner (nichteheliche Lebensgemeinschaft), Haupt- und Nebenwohnung, Erwerbsbeteiligung und -tätigkeit, Schulbesuch, Ausbildungsabschluß, Quellen des Lebensunterhalts, Einkommen, Rentenversicherung und Pflegeversicherung. Darüber hinaus werden in jährlichen *Ergänzungsprogrammen* mit einem Auswahlsatz von 0,5 Prozent weitere Themen erfragt; 1996 waren dies die Bereiche: berufliche und allgemeine Aus- und Fortbildung, ergänzende Angaben zur Erwerbstätigkeit und zur früheren Erwerbstätigkeit, Retrospektivangaben zur Situation ein Jahr vor der Erhebung (Erwerbstätigkeit, Stellung im Beruf, Wirtschaftszweig, Wohnsitz), Pflegebedürftigkeit und Leistungen der Pflegeversicherung. Hinzu kommen 1996 die im Rahmen des *Zusatzprogramms* erhobenen folgenden Fragenkomplexe: Angaben zur beruflichen Ausbildung, Pendlereigenschaft, und -merkmale, Angaben für Ausländer und zur Erwerbstätigkeit.

Nach dem Bundesstatistikgesetz von 1987 dürfen für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen in Deutschland mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden, wenn sie den Befragten nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeits-

kraft ("faktische Anonymität") zugeordnet werden können. Diese Daten müssen zweckgebunden verwendet werden und sind zu löschen, sobald das wissenschaftliche Vorhaben beendet ist. Für die Weitergabe einer, dem konkreten Forschungsvorhaben entsprechenden Variablenauswahl steht eine faktisch anonymisierte 70%-Substichprobe des Mikrozensus zur Verfügung, die Einzelangaben über rund 520.000 Personen bzw. rund 235.000 Haushalte enthält.

Im Unterschied zum Mikrozensus bis 1995 wurden Merkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaft, die im Mikrozensus als Unterstichprobe mit einem variablen Auswahlsatz von bis zu 0,5% erhoben werden, mit dem Mikrozensusgesetz von 1996 als Mikrozensusmerkmale integriert. Vor dem Hintergrund dieser rechtlichen Änderung können die entsprechenden Variablen des Mikrozensus erstmals an die Wissenschaft weitergegeben werden; es handelt sich dabei um: Retrospektivangaben zur Erwerbsbeteiligung ein Jahr vor der Erhebung, Lage des Wohnsitzes ein Jahr vor der Erhebung, Zahl der Personen in der Betriebseinheit und Zeitpunkt des Arbeitsbeginns, Ort der Arbeitsstätte (für Erwerbstätige), Zeitpunkt des letzten Kontakts mit dem Arbeitsamt, Wunsch nach Erwerbstätigkeit und Situation unmittelbar vor der Arbeitssuche.

Zum Mikrozensus und zum Pilotprojekt sind im World Wide Web in Kürze weitere Informationen abrufbar (<http://www.statistik-bund.de> – "Methoden & Verfahren" – und <http://www.zuma-mannheim.de/data/microdata>).

Nähere Auskünfte erteilen:

*Norbert Schwarz*  
Statistisches Bundesamt, Gruppe VIII C, Mikrozensus  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
65180 Wiesbaden  
Tel.: 0611 / 75-2547, Fax: 0611 / 72 40 00

*Bernhard Schimpl-Neimanns*  
ZUMA, Abteilung Mikrodaten  
Postfach 12 21 55  
68072 Mannheim  
Tel.: 0621 / 12 46-263, Fax: 0621 / 12 46-100  
E-mail: [schimpl-neimanns@zuma-mannheim.de](mailto:schimpl-neimanns@zuma-mannheim.de)

# ALLGEMEINE BEVÖLKERUNGSUMFRAGE DER SOZIALWISSENSCHAFTEN 1998

*DATEN AB FEBRUAR 1999 VERFÜGBAR*

Im Frühjahr 1998 wurde die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) zum elften Mal durchgeführt. Befragt wurden circa 2.200 Personen in den alten Bundesländern (inkl. West-Berlin) und etwa 1.000 Personen in den neuen (inkl. Ost-Berlin). Die Auswahl der Personen erfolgte nach dem ADM-Design (Random-Route mit Adressenvorlauf). Grundgesamtheit der Umfrage ist die erwachsene Wohnbevölkerung in Privathaushalten.

Inhaltlicher Schwerpunkt des ALLBUS 1998 ist das Thema „Politische Partizipation und Einstellungen zum politischen System“. Hierbei handelt es sich in weiten Teilen um eine Replikation des entsprechenden Fragenmoduls aus dem ALLBUS 1988. Zu wichtigen neuen Theorieentwicklungen wurden jedoch zusätzlich neue Fragen berücksichtigt. Neben diesem Schwerpunkt wurden im ALLBUS 1998 erstmals Informationen zur „Mediennutzung“ sowie ausgewählte Dimensionen von „Lebensstilen“ erhoben. Wie in jedem ALLBUS wurden auch 1998 die demographischen Hintergrundmerkmale des Befragten sowie die seines engeren sozialen Umfeldes (Ehe- bzw. Lebenspartner/in, Vater und Mutter) detailliert erfaßt. Der Fragebogen steht als PDF-Datei auf unserer Homepage zur Verfügung (<http://www.zuma-mannheim.de/data/allbus/>).

Die Daten des ALLBUS 1998 sind ab Februar 1999 beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung auf einer CD-ROM für voraussichtlich 50 Mark erhältlich. Auf dieser CD-ROM befinden sich die Daten sämtlicher ALLBUS-Erhebungen von 1980 bis 1998 (Einzeldatensätze und kumulierter Datensatz). Der kumulierte Datensatz umfaßt alle Variablen, für die mindestens zwei Meßzeitpunkte vorliegen (derzeit ALLBUS 1980-1996, ZA-Nr. 1795). Dieser Datensatz ist primär für die Analyse sozialen Wandels gedacht, er kann jedoch auch - wenn die Fallzahl in den Einzelstudien zu gering ist - als gepoolter Datensatz zur Analyse kleiner Bevölkerungsgruppen (z.B. Arbeitslose) herangezogen werden. Jeder Datensatz steht in verschiedenen Formaten zur Verfügung: für den Einsatz unter SPSS für Windows 3.11/95/NT, für SPSS-PC, für SPSS auf Großrechnern sowie für das Programm NSDstat+. Darüber hinaus enthält die CD-ROM PC-lesbare Codebücher für alle Datensätze sowie alle Methodenberichte als PDF-Datei. Das Bestellformular finden Sie auch unter folgender Internetadresse: <http://www.za.uni-koeln.de/data/allbus/index.htm>.

Weitere Auskünfte zum ALLBUS 1998 erhalten Sie von:

*Achim Koch* und *Martina Wasmer*  
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen  
Postfach 122155  
68072 Mannheim  
e-mail: [allbus@zuma-mannheim.de](mailto:allbus@zuma-mannheim.de)  
Tel. 0621/1246-280 bzw. 273

Für Datenbestellungen wenden Sie sich bitte an:

*Dr. Michael Terwey*  
Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung  
Postfach 410960  
50869 Köln  
e-mail: [terwey@za.uni-koeln.de](mailto:terwey@za.uni-koeln.de)  
Tel. 0221/47694-22)

# TOWARDS EXTENDING CONTENT ANALYSIS TECA

## *EIN ZUMA-GRUNDLAGENFORSCHUNGSPROJEKT*

**T**ECA ist eine Pilotstudie, die das Methodenspektrum der Analyse von sozialwissenschaftlichen Texten erweitern soll. Dabei werden die Erfahrungen und Techniken aus der Linguistik, insbesondere der Computerlinguistik, sowie der angrenzenden Wissenschaften einbezogen und für die Sozialwissenschaften nutzbar gemacht.

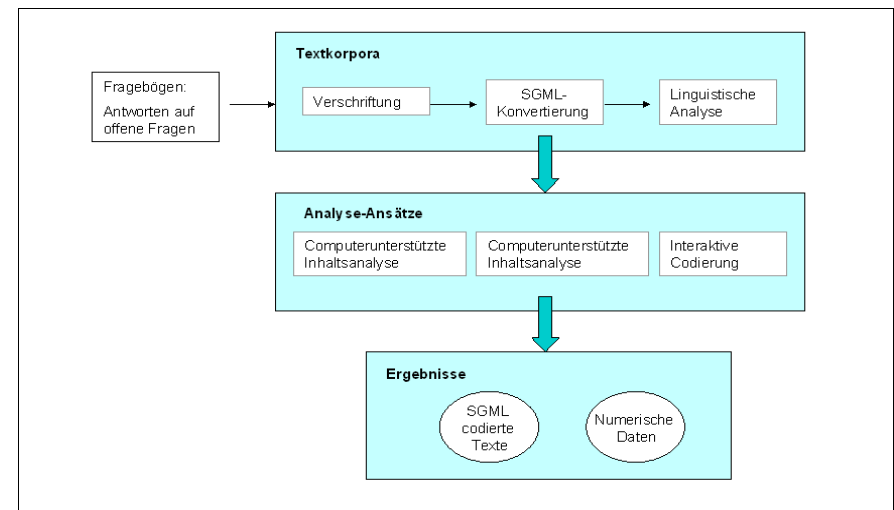
Eine Schwäche der Methode der *computerunterstützten Inhaltsanalyse* besteht darin, daß die Analyse überwiegend auf Einwort-Codierungen basiert, ohne den Kontext zu berücksichtigen. Diese fehlende Kontextsensitivität führt zu ungenauen Ergebnissen bzw. beschränkt die Anwendung der Methode der computerunterstützten Inhaltsanalyse auf bestimmte Themen und Textsorten. Ein wesentlicher Nachteil der *coderbasierten* (oder konventionellen) *Inhaltsanalyse* besteht u.a. in dem hohen Zeitaufwand und den aufwendigen Arbeitstechniken und -abläufen.

Lösungsmöglichkeiten sehen wir darin, daß einerseits zusätzliche linguistische Informationen bereit gestellt werden, die der computerunterstützten Inhaltsanalyse als „intelligente“ Komponente und der Codierkraft als leicht zugängliche Zusatzinformation dienen, andererseits versprechen wir uns in der Integration und gemeinsamen Anwendung der coderbasierten wie der computerunterstützten Inhaltsanalyse synergetische Effekte.

Als Untersuchungsmaterial wurde ein Texttyp gewählt, wie er in der Alltagspraxis von ZUMA am häufigsten vorkommt: Antworten auf offene Fragen aus zwei repräsentativen Stichproben. Sowohl kurze stichwortartige Antworten als auch längere argumentative Antworten sind vertreten. Für jede Stichprobe liegt ein Textkorpus vor. Die zwei Textkorpora werden mit Hilfe eines linguistischen Analysesystems (Parsers) bearbeitet. Dadurch wird jeder Textkorpus mit linguistischen Angaben angereichert, wie z.B. Wortstämmen, Wortartkategorien und syntaktischen Komponenten wie Verbphrasen, Nominalphrasen, etc.

In weiteren werden drei Analyse-Ansätze angewendet: die coderbasierte Inhaltsanalyse, die computerunterstützte Inhaltsanalyse und eine interaktive Codierung, die neben der Kombination der beiden ersten Verfahren auch den mit allen verfügbaren Informationen angereicherten Textkorpus nutzt. Die drei Ansätze werden miteinander verglichen und bewertet.

Ausgangspunkt für diese Analysen sind also Texte, die neben dem eigentlichen Text die Beschreibung der Textstruktur (inkl. projektspezifischer Daten), die maschinell und coderbasiert generierten Codes, die zugrunde liegenden Kategorienschemata und linguistischen (morpho-syntaktische) Merkmale enthält, wie z.B. Wortkategorien, Verbphrasen, Nominalphrasen. Damit werden „Multilevel-Analysen“ möglich, d.h. es können parallel verschiedene Informationsebenen ausgewertet werden. Außerdem versprechen wir uns davon eine Erweiterung des bisherigen Kategorisierungsspektrums sowie die Überprüfbarkeit und Präzisierung der bisherigen Codierung. In der folgenden Grafik ist der Analyseablauf für das Projekt TECA skizziert.



Die Anreicherung des Textes mit umfassender Information und die Verwendung für die unterschiedlichen Ansätze erfordern ein Textformat das es erlaubt, neben dem eigentlichen Text alle vorhandenen und generierten Informationen verfügbar zu haben und wahlweise abrufen zu können. Das Textformat muß den Ansprüchen eines Standards genügen; nur so ist es über das derzeitige Projekt hinaus verwendbar. Seit einiger Zeit zeichnet sich eine Standardisierung auf dem Gebiet der Textdokumentation und -archivierung ab, nämlich SGML (Standard Generalized Markup Language). SGML ist plattform- und maschinenunabhängig, frei verfügbar (nicht-proprietär) und bietet eine genormte Vorgehensweise, eine Textstruktur zu spezifizieren: eine Document Type Definition (DTD) definiert mit Hilfe einer Reihe von Regeln die Struktur des Textes. Inhalt und Struktur bilden ein Ganzes, wobei die Strukturelemente und ihre Beziehungen zueinander durch die jeweili-



gen Dokumenttypen eindeutig beschrieben und definiert werden; eine solche DTD ist bereits für den in diesem Projekt verwendeten Texttyp erstellt und für die linguistischen Merkmale erweitert worden. Auch bezüglich der Texterfassung (Verschriftung) unmittelbar im SGML-Format liegen erste vielversprechende Erfahrungen vor.

Mit der Einführung eines Standards für Textformate wird gleichzeitig ein Hindernis beseitigt, indem die Austauschbarkeit von Texten zwischen verschiedenen Programmen und die Weitergabe von Texten zwischen Wissenschaftlern erleichtert wird.

Bei dem Projekt TECA handelt es sich um eine Machbarkeitsstudie, in der geprüft wird, mit welchem Aufwand welche Ergebnisse erzielt werden können und wie die verschiedenen Analyse-Ansätze zusammenwirken können (Abfolge, Unterstützung, Ergebnis). Derzeit noch unbeantwortet ist die Frage, inwieweit sich die gewonnenen Erfahrungen auch auf andere Texttypen (z.B. Leitfadengespräche oder Medientexte) übertragen lassen; dies wird am Ende zu diskutieren sein.

Für weitere Informationen oder Anregungen wenden sie sich an: Dr. Melina Alexa ([alexa@zuma-mannheim.de](mailto:alexa@zuma-mannheim.de)) und Alfons Geis ([geis@zuma-mannheim.de](mailto:geis@zuma-mannheim.de)).

---

**DIE ARBEITSGRUPPE "MULTIDISZIPLINÄRE  
ANSÄTZE ZUR VERHALTENSÄNDERUNG" IM  
DFG-SCHWERPUNKTPROGRAMM "MENSCH UND  
GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN":  
PROGRAMM UND SKALENENTWICKLUNG FÜR ZIS**

*ANKE BLÖBAUM*

**Inhalt des DFG-Schwerpunktprogramms**

Zunächst wird ein kurzer Überblick über das DFG-Schwerpunktprogramm ([http://www.psychologie.uni-freiburg.de/umwelt-spp/spp\\_home.html](http://www.psychologie.uni-freiburg.de/umwelt-spp/spp_home.html)) sowie die Zielsetzungen und Arbeitsschwerpunkte der multidisziplinären Arbeitsgruppe gegeben. Spätestens seit der Konferenz Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro wurde deutlich, daß die rasante Zunahme globaler Umweltveränderungen nicht mehr als Ergebnis einer natürlichen Entwicklung betrachtet werden kann. Vielmehr sind diese Veränderungen maßgeblich anthropogenen Ursprungs, also indirekte oder direkte Folge menschlichen Verhaltens: Der Mensch ist damit Betroffener, aber zugleich auch Verursacher der globalen Umweltveränderungen. Entsprechend kommt neben den Natur- und Ingenieurwissenschaften gerade den Sozial- und Verhaltenswissenschaften bei der Analyse und Reduktion risikohafter globaler Umweltveränderungen eine entscheidende Rolle zu.

Auf Initiative von Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen (Psychologie, Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaften, Geographie und Ethnologie) wurde das DFG-Schwerpunktprogramm „Mensch und globale Umweltveränderungen: sozial- und verhaltenswissenschaftliche Dimensionen“ eingerichtet, um in einem gemeinsamen Forschungsprojekt die Thematik des „Global Change“ aus unterschiedlichen Perspektiven zu bearbeiten.

Seit Beginn des Jahres 1995 arbeiten bundesweit in 30 Forschungsprojekten über 100 Forscherinnen und Forscher auf der Grundlage der verschiedenen theoretischen Vorstellungen und methodischen Zugriffsweisen der beteiligten Disziplinen an Fragestellungen globaler Umweltveränderungen. Das Schwerpunktprogramm gliedert sich dabei in insgesamt sechs sich ergänzende grundlagenwissenschaftliche Zielsetzungen: (1) Wahrnehmung und Bewertung von krisenhaften globalen Umweltveränderungen und darauf bezogenes Verhalten, (2) Analyse politischer und ökonomischer Aspekte der Verursachung

und Bewältigung globaler Umweltprobleme, (3) Analyse und Vergleich von Strategien der Ressourcennutzung in gefährdeten Ökosystemen der Dritten Welt, (4) Erarbeitung sozial- und verhaltenswissenschaftlich fundierter Problemlösungen zu globalen Umweltfragen, (5) Kooperation und Koordination und (6) Kritische disziplinübergreifende Theorien und Methodenreflexion.

Ein weiteres Ziel des Gesamtprogramms besteht in der Vernetzung der Einzelprojekte in Form von interdisziplinär zusammengesetzten und thematisch orientierten Arbeitsgruppen, mit der Zielsetzung, über die Forschungsergebnisse der einzelnen Disziplinen des Programms hinaus eine umfassende Behandlung einzelner Problembereiche zu leisten und damit die Ergebnisse und Perspektiven der unterschiedlichen Projekte zu integrieren.

### **Die Arbeitsgruppe „Multidisziplinäre Ansätze zur Verhaltensänderung“ im DFG-Schwerpunktprogramm**

Die Arbeit der interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppen begann bereits in der Frühphase des Programms während des ersten Kolloquiums des SPP im September 1995. Auf diesem Schwerpunktkolloquium gründete sich auch die Arbeitsgruppe „Multidisziplinäre Ansätze zur Verhaltensänderung“, mittlerweile bestehend aus sieben Projekten der Disziplinen Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaft und Ökonomie. Bereits auf dem ersten Treffen zeigte sich, daß ein großes Interesse bestand, die den Studien der einzelnen Projekte zugrundeliegenden theoretischen Modelle sowie die verwendeten Methoden intensiver zu diskutieren, so daß die Arbeitsgruppe mit einer dauerhafteren Vernetzung begann.

Aufgrund der Ausrichtung der beteiligten Projekte definiert sich die Arbeitsgruppe primär als Plattform interdisziplinärer Auseinandersetzung über Modelle der Erklärung und Veränderung von Umwelthandeln. Bedingt durch die theoretische und methodische Varianz innerhalb der Arbeitsgruppe, wurden im Laufe der Diskussionen eine Reihe von Unterschieden zwischen den Modellen deutlich, sowohl in bezug auf die inhaltlichen Dimensionen als auch bezüglich der gewählten methodischen Ansätze für deren Erfassung. Darüber hinaus wurden aber auch Überschneidungen deutlich: Auf theoretischer Ebene sind z.T. verwandte Konstrukte berücksichtigt, die dann allerdings in jedem Projekt unterschiedlich operationalisiert sind. Die Arbeitsgruppe entschied sich daher, die Konstrukte der einzelnen theoretischen Modelle und die verwendeten Skalen zu systematisieren, um so die Modelldiskussionen zu erleichtern. Trotz des methodischen und theoretischen Pluralismus innerhalb der Arbeitsgruppe war schließlich die einheitliche Gestaltung der verwendeten Skalen von insgesamt vier Projekten der Arbeitsgruppe möglich. Um die Skalen auch in den Kontext der zentralen Fragestellungen und durchgeführten empirischen Studien der beteiligten Projekte einzubetten, sollen diese im folgenden kurz vorgestellt werden.

Das Kieler Projekt „Identifikation von kognitiven, affektiven und sozialen Faktoren des Umwelthandelns“ untersucht die Bedingungen umweltgerechten Verhaltens, eingebettet in ein theoretisches Modell menschlichen Handelns. Dabei werden das Zusammenspiel und die relative Gewichtung unterschiedlicher Bedingungsfaktoren in ihrer Abhängigkeit vom Entwicklungsalter von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Untersuchungsgegenstand gemacht. In einer kombinierten Querschnitts- und Längsschnittstudie mit insgesamt drei Meßzeitpunkten wurden an 1.700 Schleswig-Holsteiner und Hamburger SchülerInnen, BerufsschülerInnen und StudentInnen die Motivationsstrukturen und kognitiven Voraussetzungen des Umwelthandelns erfaßt.

Zum ersten Meßzeitpunkt wurden zunächst die relevanten Variablen über einen schriftlichen Fragebogen erhoben, zu einem zweiten Meßzeitpunkt wurden den SchülerInnen unterschiedliche Verhaltensangebote in den Bereichen Müll, Energie und Verkehr gemacht, um zuverlässige Verhaltensdaten zu erhalten. Nach circa vier Monaten wurde ein dritter Meßzeitpunkt eingeführt, an dem die SchülerInnen ein weiteres Mal befragt wurden. Hier wurden die Variablen der Handlungsauswahlphase erneut erfaßt und die Volitionsphase (Umsetzung einer Intention in eine Handlung) retrospektiv beleuchtet, zusätzlich wurden weitere wesentliche Variablen berücksichtigt, um über die internen, kognitiven und affektiven Prozesse der Handlungsregulation hinaus auch externe, soziale Faktoren zu berücksichtigen.

Das zugrundegelegte integrierte Handlungsmodell beschreibt den Prozeß der Handlungs-genese über drei Phasen (Motivierungsphase, Handlungsauswahlphase und Volitionsphase) und ist durch eine zunehmende Konkretisierung gekennzeichnet. Jede der drei Phasen ist dabei durch ganz bestimmte, die Handlung steuernde bzw. begleitende Kognitionen und Affekte gekennzeichnet, die den Prozeß der Handlungsentstehung in unterschiedlicher Art und Weise beeinflussen können.

Basierend auf diesem Modell werden mit der Untersuchung (1) unterschiedliche Typen der Motivierung von Umwelthandeln, (2) die differentielle Vorhersagbarkeit verschiedener Arten von Umwelthandeln, (3) die Veränderung von Handlungskognitionen nach erfolgter Handlung sowie (4) die Rolle sozialer Umgebungsfaktoren auf umweltgerechtes Verhalten analysiert. Zur Identifikation der Typen wird das probabilistische Verfahren der Latent Class Analyse benutzt. Die Ergebnisse sollen Ansatzpunkte für eine adressatenspezifische Förderung umweltgerechten Verhaltens liefern.

Das Hohenheimer Projekt „Wohlstandskosten und verantwortliches Handeln. Eine experimentelle Studie zur Eignung von Informationen über den Zusammenhang von Umweltschädigung und Wohlstand als Interventionen zugunsten der Verpflichtung zu umweltschonendem Handeln“ ermittelt in erster Linie, inwieweit die Informationen zu drei spe-

zifischen Themenkreisen die Wahrnehmung der Wohlstandskosten fördern. Die Informationen beziehen sich auf (1) die Überhöhung des Wohlstands durch Verschwendung der natürlichen Ressourcen, (2) die Progression der Wohlstandskosten sowie (3) den Charakter der Umweltschonung als Gemeinschaftsaufgabe. Sie wurden zunächst jeweils in kurzen Abhandlungen zusammengefaßt.

Die Veranschaulichung der Sachverhalte erfolgte schließlich mit Hilfe einer Multivision, einer vollautomatischen Tonbildschau mit Überblendtechnik. Hierfür wurde basierend auf den Abhandlungen zu den drei Themenkreisen ein Drehbuch erstellt, das den Sprechtext und Vorschläge zu seiner Visualisierung durch die parallel dazu erscheinenden Dias enthält.

Mit insgesamt 392 Untersuchungspersonen wurden zehn Experimente nach demselben Schema durchgeführt: Vorher-Befragung, Vorführung der Multivision, Nachher-Befragung mit anschließender Gruppendiskussion. Die Vorher-Befragung umfaßte neben den demographischen Angaben die Indikatoren für die Kausalitätsorientierungen (Autonomie-, Kontroll- und Impersonale Orientierung), die pro- bzw. postmateriellen Werthaltungen (Positionalität, Gütergebundenheit, Sozial und Naturverträglichkeit), die Wahrnehmung der Wohlstandskosten (Ressourcenverschwendung, Progression der Wohlstandskosten, Umweltschonung als Gemeinschaftsaufgabe) und das aktuelle umweltschonende Verhalten. Gegenstand der Nachher-Befragung waren zum einen Statements zur Akzeptanz der Informationen, zum anderen erneut die Indikatoren zur Wahrnehmung der Wohlstandskosten sowie ein Indikator für die zukünftigen umweltschonenden Handlungsabsichten.

Die durchgeführte Studie konnte zeigen, daß das Konzept der Wohlstandskosten - als gesamtwirtschaftliches, statistisches Konstrukt - der breiten Bevölkerung vermittelbar ist. Die Information über das Ausmaß der Entwertung des Sozialprodukts durch Defensivausgaben, Ressourcenverzehr und Einbußen an Lebensqualität bewirkt, gemessen als Veränderung der Wahrnehmung und Bewertung der Wohlstandskosten bzw. als Veränderung der Handlungsabsichten, eine Reaktion in der Größenordnung von 10 bis 20 Prozent.

Das Bochumer Projekt besteht aus zwei Teilprojekten, dem ersten Teilprojekt „*Verantwortung und Umweltverhalten*“ und dem Folgeprojekt „*Die Interaktion von ökologischer Normorientierung und situativen Faktoren*“. Untersuchungsgegenstand des ersten ist die Analyse des Zusammenhangs zwischen ökologischer Verantwortung und spezifischen Formen des individuellen Umweltverhaltens (Energie- und Pkw-Nutzung). Den theoretischen Hintergrund der Untersuchung bildet dabei die vollständige Übertragung des von Schwartz formulierten Prozeßmodells zum altruistischen Verhalten auf den Bereich individueller, umweltverantwortlicher Handlungen. In dem modifizierten Schwartz-Modell steht nicht mehr die Aktivierung einer altruistischen sondern einer umweltrelevanten, also ökologischen Norm im Zentrum der Erklärung. Es beschreibt den Prozeß der Überfüh-

rung einer allgemein akzeptierten sozialen Norm ("umweltbewußt zu leben") in eine für das Individuum relevante persönliche Norm ("ich sollte umweltbewußt leben"). Es wird angenommen, daß eine Reihe von kognitiven Moderatorvariablen diese Überführung beeinflussen und daß die persönliche ökologische Norm schließlich - unter dem Einfluß von Kosten-Nutzen-Analysen und Rechtfertigungsstrategien - verhaltenswirksam wird.

Die Modellvariablen wurden über einen standardisierten Fragebogen im Rahmen einer telefonischen Befragung mit 240 Personen in Bochum erhoben. Zur Prüfung der Verhaltenswirksamkeit der persönlichen ökologischen Norm wurde anschließend ein vierwöchiger Modellversuch eingeführt, in dem die Untersuchungspersonen ihren privaten Stromverbrauch und ihre individuelle Pkw-Nutzung einschränken sollten. Dabei wurden sowohl objektive Meßdaten wie subjektive Verhaltensdaten erfaßt. Die Übertragbarkeit des Modells konnte in wesentlichen Teilen bestätigt werden, und es ließen sich zentrale Modellvariablen als Prädiktoren für eine persönliche ökologische Norm identifizieren.

Gegenstand des Folgeprojekts („Die Interaktion von ökologischer Normorientierung und situativen Faktoren“) ist die Prüfung der Stabilität dieser Prädiktoren und die Erweiterung des Modells um zusätzliche Bewertungsprozesse. Es wurde eine Mischung aus Feldstudie und Feldexperiment durchgeführt, in der von 203 Personen über einen Zeitraum von vier Wochen das Verkehrsmittelwahlverhalten (ÖPNV-Nutzung vs. Pkw-Nutzung) als abhängige Variable erfaßt worden ist. Als situative Faktoren wurden der finanzielle Kostenaufwand der ÖPNV-Nutzung und die Haltestellenerreichbarkeit experimentell bzw. quasi-experimentell variiert. Die Untersuchungspersonen sind in persönlichen standardisierten Interviews zu den Modellvariablen des Norm-Aktivations-Modells befragt worden, anschließend wurde ihr Verhalten über vier Wochen systematisch (über KONTIV) erfaßt.

Die zentralen Ziele des Mannheimer/Gießener Projekts *„Verbot, Anreiz oder Bewußtsein? Determinanten und Beeinflussung ökologieorientierten Verhaltens: Verkehrsmittelnutzung in einer Region“* waren zum einen die Entwicklung und empirische Testung eines theoretischen Modells zur Erklärung und Vorhersage der individuellen Verkehrsmittelwahl, zum anderen die Evaluation der Wirksamkeit von spezifischen Maßnahmen auf die individuelle Verkehrsmittelwahl und die Analyse der diesen Effekten zugrundeliegenden Kausalprozesse.

Theoretisches Rahmenkonzept des Projekts ist die von Ajzen (1985, 1991) entwickelte Theorie des geplanten Verhaltens (TPB), die sowohl die Wirksamkeit externer Präferenzen und Restriktionen als auch normativer Faktoren auf das Verhalten berücksichtigt. Dabei wurden neben situationsspezifischen Kognitionen auch der Einfluß allgemeiner Einstellungen („Umweltbewußtsein“) auf Verhalten berücksichtigt und die Beziehung zwischen allgemeinen und spezifischen Einstellungen theoretisch konzeptualisiert. Um den Einfluß spezifischer verkehrspolitischer Maßnahmen auf die Konstrukte der TPB direkter abzubilden,

wurde diese durch zusätzliche *Brückenannahmen* ergänzt. Das entwickelte und getestete Modell lieferte so die Basis für das zweite Ziel des Projekts: die Evaluation des Effekts verkehrspolitischer Maßnahmen auf das Verkehrsmittelnutzungsverhalten.

Im Rahmen einer Längsschnittstudie (vier Wellen) wurde mittels der erweiterten TPB der Effekt von drei verkehrspolitischen Maßnahmen auf die Verkehrsmittelnutzung von Gießener Studierenden bei Hochschulwegen untersucht. In allen vier Wellen wurden das Mobilitätsverhalten der Studierenden über Wegeprotokolle (KONTIV) und die Konstrukte der Theorie des geplanten Verhaltens (Ajzen 1991) erhoben. Bei den drei Maßnahmen handelte es sich um (1) die Einführung eines Semestertickets für die Gießener Studierenden, (2) die Einführung einer neuen Uni-Ringlinie, die zentrale Universitätsstandorte verbindet und (3) die Ausweitung des Gültigkeitsbereichs des Semestertickets auf ganz Mittel- und Südhessen, verbunden mit einer Preiserhöhung. Die Zielsetzungen lagen dabei in der Evaluation der Wirksamkeit der drei Maßnahmen auf die individuelle Verkehrsmittelwahl und der Analyse der diesen Effekten zugrundeliegenden kausalen Prozesse.

### **Skalendokumentation im ZUMA-Informationssystem (ZIS)**

ZIS dokumentiert derzeit circa 250 deutsche Itembatterien zu Einstellungen und Verhaltensweisen aus häufig untersuchten sozialen Themenbereichen, gemeinsam mit zentralen theoretischen und methodischen Informationen zu diesen Bereichen. Das System ist als inhaltlich und funktional offener Hypertext konzipiert, der assoziationsgeleitete Suchmöglichkeiten mit traditionellen Techniken zum gezielten Informationsabruf kombiniert. Über Verbindungen zu verschiedenen Internet-Adressen können weitere interessierende Informationen aus dem WWW abgerufen werden.

Um die gemeinsame Skalensammlung der dargestellten Projekte nicht nur auf eine interne Diskussionshilfe zu reduzieren, entschied sich die Arbeitsgruppe „multidisziplinäre Ansätze zur Verhaltensänderung“ die Sammlung in Zusammenarbeit mit ZUMA im ZUMA-Informationssystem (ZIS) zu veröffentlichen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe hoffen, so einen sinnvollen Beitrag für die Forschungsentwicklung auf dem Gebiet der Erklärung und Veränderung von Umwelthandeln leisten zu können. Diese Erhebungsinstrumente werden in der nächsten Version des ZUMA-Zinformationssystems (ZIS) Ende 1998 dokumentiert (<http://www.zuma-mannheim.de/research/methods/zis/>).

# NORWEGIAN SOCIAL SCIENCE DATA SERVICES A LARGE SCALE FACILITY FOR EUROPEAN RESEARCH AND DATA ANALYSIS

## *RESEARCH GRANTS: CALL FOR PROPOSALS*

LSF funds of the European Union are available for supporting access to large comparative databases in the social sciences. The large scale facility for the social sciences at the Norwegian Social Science Data services (NSD) invites researchers to work with comparative data sets in the research environment of NSD, located at the University of Bergen, Norway.

### **What can NSD offer?**

NSD is a resource- and competence centre, providing data, substantive knowledge, methodological and technical assistance to social scientists, with a particular emphasis on the spatial dimensions of societal problems. Besides being one of the largest data archives in the world, NSD assists researchers with respect to data gathering, data integration, questionnaire design, selection of software tools, data analysis, methodology and privacy issues. A distinguishing characteristic of NSD is its multidisciplinary orientation. The data holdings, as well as the educational and intellectual background of the staff cover all major fields and disciplines of the social sciences.

NSD has a variety of data resources. Among these are all the major international survey collections, like the Eurobarometers, the International Social Survey Programmes, World Values Surveys and international election studies. NSD also holds large databases with regional and historical data, census micro-data, economic data, data about political elites, political parties and institutions.

### **Who can apply?**

All researchers from the EU member states and the Associated States, Iceland, Liechtenstein, and Israel, wanting to do comparative research may apply for participation. They must be entitled to publish the results of their work at the LSF in the open literature. An international board will select proposals on the basis of scientific merit through an independent peer review procedure.



**Financial support**

Within the TMR program financial support is given to cover international travel and subsistence expenses in accordance with travel expenditure regulations for researchers participating in LSF-activities. Access to the LSF will be provided free of charge and will include access to training seminars as well as all infrastructural, logistical and scientific support that is normally provided to external users. Researchers from the European Union or associated states may apply for financial support for a period ideally between two and four weeks.

**How to apply**

You have to fill in an application form. The proposals will be selected by an independent peer review procedure and transmitted to the EU, which will give their consent within a month. There are no deadlines for application, but please be aware that the formal selection procedure might take some time, and consider this when planning the period you would like to work in NSD. For application or further information, please contact

*NSD*

*Hans Holmboesgt. 22*

*N-5007 Bergen, Norway*

*Tel: +47 55 58 21 17*

*Fax: +47 55 58 96 50*

*E-mail: [nsd@nsd.uib.no](mailto:nsd@nsd.uib.no)*

*Home page: <http://www.nsd.uib.no>*

---

## BUCHBESPRECHUNGEN

---

**G**rundkenntnisse in Methoden der Datenerhebung und der mathematisch-statistischen Datenauswertung gelten mittlerweile nicht nur an Universitäten, sondern auch in verschiedenen Bereichen der beruflichen Praxis als unabdingbar. Die Vielfalt der mit empirischen Methoden arbeitenden Disziplinen spiegelt sich jedoch nicht in dem von Soziologie und Psychologie dominierten Angebot der auf dem Markt befindlichen Lehrbücher wider. *CORNELIA WEINS* und *UWE W. GERLING* haben diese Tatsache zum Anlaß genommen, ein speziell auf politikwissenschaftliche Fragestellungen zugeschnittenes Werk zu verfassen und damit die Lücke ein wenig zu schließen. Ihre im Westdeutschen Verlag erschienene Publikation "Grundkurs Statistik für Politologen" präsentiert sich als praxisorientierte und leicht verständliche Einführung in die Grundlagen der empirischen Sozialforschung. Sie ist grob in drei Teile - Methodenlehre, deskriptive Statistik und Inferenzstatistik – gegliedert, wobei der Aufbau nicht vollständig der Chronologie des realen Forschungsprozesses folgt.

---

*Uwe W. Gehring und Cornelia Weins*

**Grundkurs Statistik für Politologen**

Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998

276 Seiten mit 66 Abb., ISBN 3-531-13193-1, 34 Mark (Kartoniert)

---

Am Ende eines jeden Kapitels befinden sich Übungsaufgaben, die zur Überprüfung und Vertiefung des Gelernten beitragen. Sie beziehen sich wie die im Text verwendeten Beispiele auf Themen der politikwissenschaftlichen Umfrageforschung und somit zumeist der Wahlforschung. Dieses Vorgehen ist darauf ausgerichtet, dem Leser den Anwendungsbezug für das eigene Studienfach kontinuierlich vor Augen zu führen und ihn somit im besten Fall zu motivieren, sich interessiert und weiterführend mit der empirischen Sozialforschung auseinanderzusetzen. In dieselbe Richtung zielt die besonders nützliche und gute Idee der beiden Autoren, eine Online-Unterstützung ihres Lehrbuchs zur Verfügung zu stellen. Auf den angegebenen WWW-Seiten können zur Ergänzung des „Grundkurses“ gedachte Informationen und Materialien kostenlos abgerufen werden. Es handelt sich dabei u.a. eine Formelsammlung sowie den Datensatz, der dem Buch zugrundeliegt (Auszüge aus dem ALLBUS 1994) und SPSS-Syntaxdateien, mit deren Hilfe im Text aufgeführte Modelle nachgerechnet werden können.

Das Lehrbuch beginnt mit einer kurzen Einführung in die Wissenschaftstheorie, wobei explizit der für die empirische Sozialforschung bedeutende Ansatz des Kritischen Rationalismus skizziert wird. Das darauffolgende Kapitel widmet sich generellen Fragen des Forschungsdesigns wie der Entscheidung für eine Primär- oder Sekundäranalyse, der richtigen Wahl der Untersuchungseinheit und einer an die Fragestellung angepaßten Untersuchungsanordnung. Die Ausführungen zu diesem Thema sind knapp, aber bezogen auf die Zielgruppe und die Intention des Buches durchaus ausreichend und informativ. Gleiches gilt für das Kapitel über den Bereich des Messens, in dem neben der Beschäftigung mit unterschiedlichen Skalenniveaus und den Gütekriterien einer Messung die Bildung von Likert- und Guttman-Skalen auf sehr anschauliche Weise erläutert wird. Eine kurze Beschreibung der verschiedenen Erhebungsmethoden bildet den Abschluß des ersten Teils.

Der anschließende Abschnitt zur deskriptiven Statistik wird mit einem Kapitel zur korrekten Verwendung sowie Interpretation von Tabellen und Graphiken eingeleitet. Dieses Vorgehen erscheint insofern sinnvoll, als Randauszählungen und Kreuztabellierungen nicht nur die häufigste Form der Darstellung von Umfrageergebnissen repräsentieren, sondern auch am Beginn jeder weiterführenden Datenanalyse stehen. Mit der näheren Charakterisierung eines Merkmals anhand von Maßen der zentralen Tendenz einer Verteilung und Streuungsparametern werden die Erläuterungen zur beschreibenden Statistik fortgesetzt. Um den mit diesem Buch angesprochenen Studierenden die Möglichkeit zur Messung der Stärke des Zusammenhangs von zwei Merkmalen aufzuzeigen, werden Zusammenhangsmaße eingeführt. Hierbei treffen die Autoren zwar eine gezielte Auswahl an Maßzahlen, beschreiben dafür aber die selektierten Zusammenhangsmaße etwas ausführlicher und unter Berücksichtigung der Relevanz des zugrundeliegenden Skalenniveaus sowie der eventuellen Vor- und Nachteile der jeweiligen Maßzahl. Die Ausführungen zur deskriptiven Statistik enden mit der Einführung der linearen Regression, als ebenfalls häufig angewandtes Datenanalyseverfahren.

Erst im neunten Kapitel des Lehrbuchs und im Kontext der Inferenzstatistik gehen die Autoren auf die Grundbegriffe der Stichprobenziehung ein und befassen sich mit zufallsgesteuerten und nicht-zufallsgesteuerten Verfahren. Dieser Part hätte inhaltlich ebenso gut den Ausführungen zur Datenerhebung zugeordnet werden können. So dient er als Anknüpfungspunkt für die Beschreibung der Wahrscheinlichkeitsverteilungen von diskreten und stetigen Variablen, die im zehnten Kapitel erörtert werden. Bezogen auf die Vielzahl der Verfahren im Bereich der schließenden Statistik haben sich *CORNELIA WEINS* und *UWE W. GEHRING* auf die Darstellung von Konfidenzintervallen und statistischen Testverfahren, namentlich dem t-Test für Mittelwertunterschiede und dem  $\chi^2$ -Test auf Unabhängigkeit beschränkt, womit deutlich wird, daß sie diese als besonders wesentlich für Politologen erachten.

Als Fazit läßt sich sagen, daß dieses auf dem Skript einer Lehrveranstaltung basierende Buch hinsichtlich seiner didaktischen Konzeption weitgehend überzeugt. Die Aufbereitung des Stoffes erfolgt nicht zuletzt wegen der Einbeziehung zahlreicher Beispiele aus ALLBUS-Datensätzen praxisorientiert und löst damit das im Vorwort geäußerte Versprechen der Autoren ein, einen klaren Anwendungsbezug herzustellen. Wünschenswert wäre, wenn sich jedem Kapitel über die Übungsaufgaben hinaus auch eine ausgewählte Bibliographie anschließen würde, die es dem interessierten Leser ermöglicht, sein Wissen nach Belieben zu vertiefen. Der einzige größere Kritikpunkt manifestiert sich in der starken Selektivität und Beschränkung auf einzelne Verfahren und Modelle. Dieses Manko mag zwar notgedrungen allen Lehrbüchern anhaften, jedoch nicht allen gleichermaßen. Bei dem vorliegenden Exemplar spitzt sich die Problematik aufgrund der geringen Seitenzahl von lediglich 276 Seiten zu. Vielleicht lösen die Autoren dieses Problem aber auch, indem sie uns demnächst mit einem „Fortgeschrittenen-Kurs Statistik für Politologen“ überraschen.

BETTINA LANGFELDT

\* \* \* \* \*

Es ist unbestreitbar, daß sich in den letzten Jahren parallel zur raschen Entwicklung immer leistungsfähigerer Rechner und graphisch orientierter Benutzeroberflächen (speziell die verschiedenen WINDOWS-Versionen) auch die statistischen Datenanalyzesysteme stürmisch weiterentwickelt haben.

---

REINHARD WITTENBERG (HG.),

**Handbuch für computerunterstützte Datenanalyse.**

Bd. 1: REINHARD WITTENBERG

**Grundlagen computerunterstützter Datenanalyse.**

Stuttgart: UTB für Wissenschaft, Uni-Taschenbücher Bd.1603, 2 Aufl., 1998

275 Seiten, 36,80 Mark, ISBN 3-8252-1603-9

Bd. 9: REINHARD WITTENBERG UND HANS CRAMER

**Datenanalyse mit SPSS für WINDOWS 95/NT.**

Stuttgart: UTB für Wissenschaft, Uni-Taschenbücher Bd. 1841, 1998

325 Seiten, 34,80 Mark, ISBN 3-8252-1841-4

---

Wurden sie noch vor wenigen Jahren unter Verwendung von Kommandodateien im Batch-Modus gesteuert, so sind sie in einem nächsten Schritt unter Zuhilfenahme eines Kommandoeditors auch interaktiv steuerbar geworden und wurden schließlich - wie viele andere Programme - in eine „mehr oder weniger intuitiv bedienbare“ graphische Benutzeroberfläche integriert. Dem Generationenwechsel der Mikroprozessoren und Betriebssystemversionen entsprach so auch bald der Generationenwechsel der breit ver-

wendeten Analysepakete. Allerdings stellt der Herausgeber zu Recht fest, daß die Erstellung von leicht verständlichen Programmdokumentationen und von Übungs- und Werkbüchern mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten hat.

Diesem Mangel will das als mehrbändiges Werk konzipierte „Handbuch für computerunterstützte Datenanalyse“ Abhilfe schaffen. Ohne besondere Vorkenntnisse voraussetzen, soll es „... systematisch und leicht verständlich an die selbständige, kompetente Arbeit mit verschiedenen statistischen Datenerfassungs- und Datenanalyse-Systemen heranführen“ (Vorwort, S.V). Dafür sind eine Reihe von Bänden vorgesehen, die jeweils in die Benutzung eines der in den Sozialwissenschaften weit verbreiteten Analysepakete (wie etwa SPSS) auf einer spezifischen Betriebssystemplattform (wie WINDOWS 95) einführen wollen.

Der Band 1 der gesamten Reihe, der hier nun bereits in der zweiten Auflage vorliegt, stellt sich dabei das Ziel, die methodisch-statistische Grundlegung für das gesamte Handbuch zu legen. Nach dem Anspruch des Verfassers dient er als „... Basis und Nachschlagwerk für die Auswahl und Verwendung der der jeweiligen Fragestellung angemessenen statistischen Koeffizienten, Tests und Verfahren. Benutzerinnen und Benutzer, die mit dem Ablauf empirischer Untersuchungen sowie den mathematisch-statistischen Möglichkeiten und Grenzen der ... zur Verfügung stehenden Statistikverfahren nicht vertraut sind, finden hier eine grundlegende Einführung“ (S.V-VI).

Von diesen beiden Zielsetzungen wird nach meiner Einschätzung die erste weitgehend erreicht. Der Band 1 des Handbuches kann nach meinem Erachten tatsächlich als Kompendium der üblichen statistischen Verfahren, ihrer Voraussetzungen und Anwendungsmöglichkeiten dienen. Dies allerdings nur für Nutzer, die sich die Grundlagen der empirischen Sozialforschung und die Grundlagen der deskriptiven und schließenden Statistik bereits erarbeitet haben. Im Studium erfordert dies meist jeweils vierstündige Vorlesungen (nach Möglichkeit noch abgerundet durch ein Tutorium oder eine Übung).

Als eigenständige Einführung in die Statistik oder in die Grundlagen der empirischen Sozialforschung eignet sich das vorliegende Werk dagegen nur sehr bedingt. Dies einfach deswegen, da das verständliche Bestreben, den Umfang des Bandes in Grenzen zu halten, den Verfasser dazu bringt, viele Begriffe und statistische Kennziffern bereits zu verwenden, bevor sie dem „statistischen Laien“ erklärt worden sind. So wird beispielsweise in der Diskussion von Box-Plots auf der Seite 85 bereits auf „Mittelwert“, „Median“ und „Quartile“ hingewiesen. Ähnliches gilt für die Diskussion der verschiedenen Phasen der theoretischen Vorbereitung und der Durchführung der Datenerhebung.

Positiv dagegen ist zu bewerten, daß der Verfasser die große Zahl der Entscheidungen, die bei der Durchführung von empirischen Forschungsarbeiten zu treffen sind und in ihre Ergebnisse mit eingehen, nicht verschweigt. Um die erforderlichen Entscheidungen sowie die je gewählten Lösungen angemessen beurteilen zu können, scheint mir jedoch die Kenntnisnahme einer der gängigen Einführungen in die Methodenlehre unverzichtbar zu sein. Gleiches gilt für die Erarbeitung der statistischen Grundlagen.

Obwohl damit die angestrebten Ziele nur teilweise erreicht werden, so weist der Einführungsband aber auch Stärken auf, um die ihn am Markt etablierte, konkurrierende Einführungen beneiden können. Statistische Analyseverfahren und Datenerhebungsprobleme werden nicht im „Trockenkurs“ vorgeführt, sondern dem Leser wird ein gekürzter Datensatz aus einer der wichtigsten Datenquellen, über welche die empirische Sozialforschung zur Zeit verfügt, für die eigene Sekundäranalyse zur Verfügung gestellt und eingehend analysiert. Es handelt sich dabei um einen Auszug aus der vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) und dem Zentralarchiv in Köln (ZA) betreuten ALLBUS-Erhebung des Jahres 96. Das Datenmaterial inklusive umfangreicher Dokumentation wird im Internet zum downloaden angeboten oder bei Bedarf auf Diskette zugeschickt. Und fast ein Fünftel des Bandes ist im Kapitel 2 der Diskussion des Erhebungskonzeptes, des Stichprobendesigns und anderer Probleme, die beim Versuch einer Sekundäranalyse durchzuführen von essentieller Bedeutung sind, gewidmet.

Ich sehe damit die Stärke des Bandes nicht darin, für den statistischen Laien eine Einführung in die Voraussetzungen der empirischen Sozialforschung und die Grundlagen der Statistik zu bieten. Die sollte sich der potentielle Leser an anderer Stelle besorgen. Sie liegt vielmehr in der gut gelungenen Darstellung des ALLBUS-Datensatzes und der Darstellung jener Schritte, die in der Praxis bei der Analyse dieses Testdatensatzes auftreten (Kapitel 3) und einer kompakten, übersichtlichen Zusammenstellung (Kapitel 4) der Begrenzungen und Voraussetzungen, die bei der Verwendung der üblichen Methoden der deskriptiven und der schließenden Statistik zu beachten sind.

Der von REINHARD WITTENBERG und HANS CRAMER gemeinsam verantwortete Band 9 des Handbuches bringt eine Einführung in die Benutzung von SPSS (Version 7.5) auf WINDOWS95- bzw. NT-Oberfläche. Der Band gliedert sich in fünf große Abschnitte und einen Anhang, der über die technischen Details der Implementation des Testdatensatzes informiert, die Lösung der Übungsaufgaben enthält und ein Literatur- und Sachverzeichnis zur Verfügung stellt.

In der Einleitung werden in aller Kürze die einzelnen Module des Programms skizziert, die Anforderungen an die Hardware beschrieben und der Testdatensatz vorgestellt. Das

Kapitel 2 stellt dann in insgesamt neun Abschnitten die zentralen Elemente des Statistik-Programmes vor. Der Abschnitt 1 skizziert die verschiedenen „Windows“ und ihre Benutzung, der Abschnitt 2 erklärt den Umgang mit diesen Fenstern an Hand einer Beispiel-sitzung, Abschnitt 3 und 4 befassen sich mit dem Konzept der „Datenmatrix“ und den verschiedenen Formen der Dateneingabe. Der Abschnitt 5 diskutiert die wichtigsten Elemente der SPSS-Befehlssprache und die restlichen Abschnitte befassen sich mit den Themen „Datenerfassung“, „Datentransformation“ und „Datenauswahl“.

Die gebotenen Informationen sind für den Leser, der das Buch als Anleitung und Ergänzung zu praktischen Übungen am Computer benutzt, sicher von großem Nutzen. Will man den Text jedoch nutzen, um einen Überblick über die verschiedenen Programmteile und Befehlstypen des Analyse-systems zu gewinnen, so finde ich ihn nicht ganz geglückt. Dies weniger deshalb, weil die Gliederung des Bandes im Abschnitt 2.5 nicht ganz überzeugt (Abschnitt 2.5.4 müßte zu einem eigenen Unterkapitel werden), sondern vor allem deswegen, weil vom Layout des Bandes her auf den Leser zu wenig Rücksicht genommen wird. Die Überschriften der Haupt- und Unterabschnitte (vgl. etwa die Seiten 74-75) unterscheiden sich weder durch den Schrifttyp noch sind sie durch eine unterschiedliche Zahl von Leerzeilen vom übrigen Text getrennt. Diese kompakte Anordnung spart sicher Platz, geht aber auf Kosten der Übersichtlichkeit.

Im Abschnitt 3 des Bandes rückt der unmittelbare Anwendungsbezug in den Vordergrund. Es wird gezeigt, wie der Testdatensatz unter explorativen und deskriptiven Gesichtspunkten analysiert werden kann. Dazu werden die im einführenden Grundlagenband dargestellten statistischen Verfahren nun tatsächlich angewandt. Neben der inhaltlichen Logik und der statistischen Begründung für ihren Einsatz werden die sich in der Analyse ergebenden Resultate vorgestellt und diskutiert (die SPSS-Kommandoprozeduren im Anhang dokumentiert). Trotz der vorhin geübten Kritik an der statistischen Grundlegung ergibt sich durch diesen direkten Materialbezug ein viel tieferes Verständnis der Leistungsfähigkeit der verwandten Methoden.

Während in den vorhergehenden Abschnitten Probleme der statistischen Analyse und ihrer Durchführung vorgestellt werden, wird in den Abschnitten 4 und 5 des Bandes diskutiert, wie die Ergebnisse dieser Analysen bereits innerhalb von SPSS derart aufbereitet werden können, daß sie in einer optisch eindrucksvollen Form unmittelbar in den noch zu erstellenden Forschungsbericht integriert oder als Begleitmaterial für mündliche Vorträge verwendet werden können. Entsprechend wird die Erstellung von Präsentationsgrafiken und von Präsentationstabellen vorgestellt, was ebenfalls als ein Pluspunkt des Bandes zu sehen ist.

Um meinen Eindruck nochmals zusammenzufassen. Der Band 1 eignet sich als Kompendium und Nachschlagewerk für jene Personen, die sich an anderer Stelle die methodischen und statistischen Grundlagen schon erarbeitet haben. Der mit ihm erhobene Anspruch, auch den Benutzern, die mit den Grundlagen noch nicht vertraut sind, diese in kompakter Form zu vermitteln, halte ich nicht für realistisch. Diese Einschätzung ist aber nicht durch Fehler und Mängel in der Darstellung bedingt, sondern eher in der inhaltlichen Position begründet, daß für einen angemessenen Gebrauch der statistischen Verfahren mehr als nur das Verständnis für kurzgefaßte „Kochrezepte“ erforderlich ist.

Den Band 9 halte ich vielen Arbeiten, die sich nur auf die Darstellung der SPSS-Kommandosprache konzentrieren, wegen seiner Darstellung der einzelnen Arbeitsschritte bei der Analyse des Beispieldatensatzes (Kapitel 3) und wegen seiner Informationen zur Erstellung von Präsentationsgrafiken und -tabellen für überlegen. Das Layout halte ich allerdings für verbesserungsfähig.

Ich teile mit den Autoren das Grundkonzept, welches ihrer Arbeit - ohne daß sie es ausdrücklich hervorheben - zugrunde liegt: Eine didaktisch gelungene Ausbildung in den Methoden der empirischen Sozialforschung setzt eine Abstimmung der bislang häufig noch disparaten Veranstaltungen und Begleittexte in den Bereichen „Statistik“, „Methodenlehre“ und „EDV“ voraus. Die beiden Bände unternehmen dazu einen ersten Schritt. Ich würde mich deshalb über eine breite Rezeption freuen.

*JOHANN HANDL (UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG)*



## BUCHHINWEISE

### SOZIALER WANDEL IN OSTDEUTSCHLAND. THEORETISCHE UND METHODISCHE BEITRÄGE ZUR ANALYSE DER SITUATION SEIT 1990

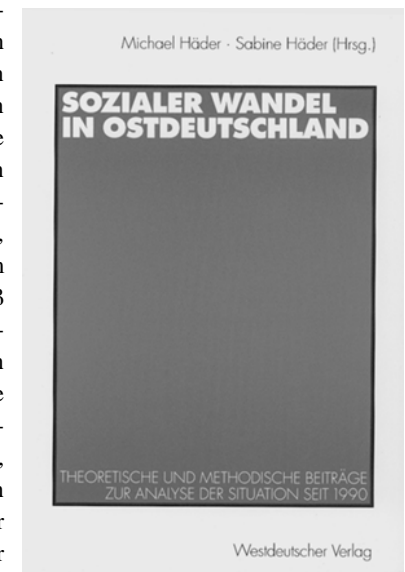
MICHAEL HÄDER UND SABINE HÄDER (HRSG.)

Westdeutscher Verlag 1998. Reihe ZUMA-Publikationen

286 Seiten, 49,80 Mark, ISBN 3-531-13328-4

Im vorliegenden Band wird unter Bezugnahme auf sozialwissenschaftliche Theorien und über die Auswertung empirischer Daten der Prozeß der sozialen Transformation in Ostdeutschland beschrieben. Das Besondere des Buches im Vergleich zu den zahlreichen weiteren Publikationen von Forschungsergebnissen zu diesem Schwerpunkt besteht darin, daß hier das sozialwissenschaftliche Studium des Transformationsprozesses auch zum Anlaß genommen wird, um Innovationen auf methodischem Gebiet vorzustellen. So wendet sich dieses Buch sowohl an Leser, die ein Interesse am Wandel der sozialen Situation in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1996 haben, als auch an jene Sozialwissenschaftler, die sich für methodisch anspruchsvolle Lösungen oder Designs interessieren, deren Bedeutung über die Transformationsforschung in Ostdeutschland hinausgeht. Der vorliegende Band

ist aus den Vorträgen eines Symposiums entstanden, das im Frühjahr 1997 in Leipzig im Rahmen eines DFG-Projektes stattfand. Auf dieser Tagung wurden verschiedene Facetten des Transformationsprozesses in Ostdeutschland aus unterschiedlichen theoretischen Blickwinkeln, jedoch auf der Grundlage einer einheitlichen Datenbasis - der Untersuchungsreihe „Leben DDR/Ostdeutschland“ - diskutiert. Autoren sind: Jürgen Dorbritz, Siegfried Gabler, Michael Häder, Sabine Häder, Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, Kerstin Hollerbach, Johannes Huinink, Dorett Jenkel, Thomas Koch, Susanne Lippert, Karl-Dieter Opp und Helga Sievers.



## ZUMA-NACHRICHTEN SPEZIAL BAND 4

**NONRESPONSE IN SURVEY RESEARCH**

ACHIM KOCH UND ROLF PORST (HRSG.)

Mannheim: ZUMA 1998, 354 Seiten, 25 Mark, ISBN 3-924220-15-8



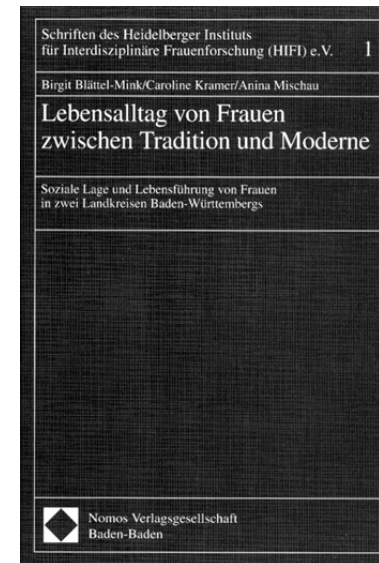
This volume, the fourth in the ZUMA-Nachrichten Spezial series on methodological issues in empirical social science research, takes up issues of nonresponse. Nonresponse, that is, the failure to obtain measurements from all targeted members of a survey sample, is a problem which confronts many survey organizations in different parts of the world. The papers in this volume discuss nonresponse from different perspectives: they describe efforts undertaken for individual surveys and procedures employed in different countries to deal with nonresponse, analyses of the role of interviewers, the use of advance letters, incentives, etc. to reduce nonresponse rates, analyses of the correlates and consequences of nonresponse, and descriptions of post-survey statistical adjustments to compensate for nonresponse. All the contributions are based on presentations made at the '8th International Workshop on Household Survey Nonresponse'. The workshop took place from September 24 - 26, 1997 in Mannheim, Germany, the home base of the workshop host institute, ZUMA. The Mannheim workshop drew 51 delegates from nine European countries, as well as Canada, Israel and the United States. Twenty-nine papers were presented and discussed, of which twenty-five are included here.

**LEBENSALLTAG VON FRAUEN ZWISCHEN TRADITION UND MODERNE.  
SOZIALE LAGE UND LEBENSFÜHRUNG VON FRAUEN IN ZWEI  
LANDKREISEN BADEN-WÜRTTEMBERGS**

*BIRGIT BLÄTTEL-MINK, CAROLINE KRAMER UND ANINA MISCHAU*

Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 1998

202 Seiten, 59 Mark, ISBN 3-7890-5501-8



**D**er Alltag von Frauen außerhalb der großen Städte: noch immer ein Leben zwischen Tradition und Moderne? Moderne Frauen leisten Kinderbetreuung, Haushaltsversorgung, Erwerbstätigkeit und gesellschaftliches Engagement, während sich ihre Partner ganz traditionell aus Familie und Hausarbeit heraus halten – so die Ergebnisse dieser Studie aus Baden-Württemberg (Rhein-Neckar-Kreis und Rems-Murr-Kreis). Die Verknüpfung all dieser Aufgaben erfordert von Frauen hohe Mobilität, um die Nachteile auszugleichen, die das „Wohnen im Grünen“ mit sich bringt. Diese Studie bietet allen an Frauen- und Familienforschung, Frauen- und Familienpolitik sowie Regionalforschung und -planung Interessierten umfangreiche Erkenntnisse über die Lebensgestaltung von Frauen außerhalb der großen Städte und im ländlichen Raum. Sie umfaßt die Themenbereiche Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie, innerfamiliäre Arbeitsteilung, Infrastruktur am Wohnort, Mobilität, Freizeit sowie politische und gesellschaftliche Partizipation von Frauen.

**TELEFONSTICHPROBEN IN DEUTSCHLAND**

SIEGFRIED GABLER, SABINE HÄDER, JÜRGEN H.P. HOFFMEYER-ZLOTNIK (HRSG.)

Westdeutscher Verlag, 1998

186 Seiten, 46 Mark, ISBN 3-531-13342-X



In der deutschen Sozial- und Marktforschung haben Telefoninterviews gegenwärtig einen hohen Anteil; Designs von Stichproben für Bevölkerungsbefragungen stoßen deshalb auf großes Interesse. Da das Telefonbuch als adäquater Auswahlrahmen für die Stichprobenziehung auf dem heutigen Kommunikationsmarkt nicht mehr ausreicht, werden die aus den USA bekannten Methoden wie Randomize Last Digit und Random Digit Dialing zunehmend eingesetzt. Bei der komplizierten Rufnummernstruktur in Deutschland werfen sie allerdings Probleme auf. Dieser Sammelband behandelt die genannten Fragestellungen und zeigt neue Wege zu ihrer Umsetzung auf. Es entsteht ein facettenreiches Bild der bisherigen und zukünftigen Entwicklung auf dem deutschen Telekommunikationsmarkt. Der Forscher und Anwender erhält eine Hilfe für die praktische Arbeit auf dem Gebiet der Telefonstichprobe.

**MATERIALIEN ZUR ERFORSCHUNG DER DDR-GESELLSCHAFT.  
QUELLEN. DATEN. INSTRUMENTE**

*HRSG. VON DER GESIS IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT JENA, INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE UND DEM MANNHEIMER ZENTRUM  
FÜR EUROPÄISCHE SOZIALFORSCHUNG*  
*Leske + Budrich, Opladen 1998*  
394 Seiten, 58 Mark, ISBN 3-8100-2152-0

Der „verschwundene Staat DDR“ wird für die deutschsprachige sozialwissenschaftliche und zeitgeschichtliche Forschung noch lange einen Forschungsschwerpunkt bilden. Mit der zeitlichen Entfernung von direktem Erleben und Betroffenheit steigt die Nachfrage nach authentischen Materialien aus der DDR, die es erlauben, diesen Staat und seine Gesellschaft nachzuzeichnen. Die GESIS hat die bis 1989 nicht zugänglichen Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung in der DDR aufgespürt, erschlossen und der Forschung verfügbar gemacht. Dieser Band gibt einen Überblick über die gesicherten Bestände an unveröffentlichten Forschungsberichten, Hochschulschriften sowie Daten aus empirischen Untersuchungen. Ergänzend wird Hintergrundwissen über die in der DDR umstrittenen Sozialwissenschaften bereitgestellt und werden Probleme dieser Disziplinen in der Wendezeit geschildert. Die Nutzungsmöglichkeiten von DDR-Forschungsergebnissen für die aktuelle Forschung werden aufgezeigt; eine Archivübersicht unterstützt den Zugang zu den Quellen. Eine Übersicht zu sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeiten zum Thema „DDR“ in den Jahren 1991-1997 und eine Auswahlbibliographie der Erscheinungsjahre 1991-1997 zu „Sozialwissenschaften und Wissenschaftssystem der DDR“ komplettieren den Band zu einem kommentierten Findmittel zur Erforschung der DDR-Realität.



## ZUMA-ARBEITSBERICHTE

Nachfolgend sind die ZUMA-Arbeitsberichte, die seit Juli 1998 publiziert worden sind, in Form von Abstracts kurz dargestellt. ZUMA-Arbeitsberichte werden Interessenten auf Anfrage zugesandt und sind darüber hinaus auch im Internet als PDF-Datei abrufbar ([www.zuma-mannheim.de/publications/series/working-papers](http://www.zuma-mannheim.de/publications/series/working-papers)). Bestellungen sind zu richten an:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen  
ZUMA-Publikationen  
Postfach 12 21 55  
68072 Mannheim

\* \* \*

*Andreas M. Wüst: Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften als Telefonumfrage. ZUMA-Arbeitsbericht 98/04.*

Telefonumfragen haben sich im Laufe der neunziger Jahre als ein wichtiges Erhebungsinstrument der deutschen sozialwissenschaftlichen Forschung etabliert. Gegenüber face-to-face-Umfragen haben Telefonumfragen, insbesondere bei Computerunterstützung, eine ganze Reihe von Vorteilen. Vor allem die bessere Kontrolle der Feldarbeit, die sehr schnelle Verfügbarkeit der Daten und die in der Regel geringeren Feldkosten sprechen für das telefonische Interview. Grund genug, der Frage nachzugehen, wie die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) telefonisch durchgeführt werden könnte. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf dem ALLBUS-Fragenprogramm und der Anpassung der am häufigsten replizierten face-to-face-Fragen auf den telefonischen Erhebungsmodus. Hierbei wird deutlich, daß der ALLBUS, aus einer ganzen Reihe von Gründen, nur in deutlich modifizierter Form telefontauglich wäre. Unabhängig von den allgemeinen Vorteilen, die Telefonumfragen haben, zeigt diese praxisnahe Erörterung die Limitierungen telefonischer Erhebungen auf.

\* \* \* \* \*

*Michael Häder und Sabine Häder: Neuere Entwicklungen bei der Delphi-Methode. Literaturbericht II. ZUMA-Arbeitsbericht 98/05.*

Seit der Fertigstellung des letzten Literaturberichts zur Delphi-Methode sind neue Entwicklungstendenzen, eine Vielzahl von Anwendungen und interessante methodische Arbeiten festzustellen. Insgesamt ist das Interesse an dieser Methode gestiegen, wie die umfangreiche neuere Literatur zeigt, die im Mittelpunkt des Arbeitsberichtes steht.

*Michael Häder und Margrit Rexroth: Erfassung kognitiver Aspekte des Antwortverhaltens in einer Delphi-Studie. ZUMA-Arbeitsbericht 98/06.*

Im Arbeitsbericht werden die Ergebnisse einer Studie vorgestellt, bei der es um die kognitiven Konstruktionsprinzipien geht, die von den an einer Delphi-Befragung beteiligten Personen für die Erstellung ihrer Antworten benutzt werden. Im einzelnen wird gezeigt, (1) worin sich die Expertenschätzungen von den Schätzungen der Nichtexperten unterscheiden, (2) welche Rolle die Rückmeldungen der Ergebnisse aus der vorangegangenen Welle spielen, (3) ob die Schätzungen in der zweiten Runde höherwertiger als die Schätzungen in der ersten Runde sind und (4) inwieweit es möglich ist, diese Fragen im Rahmen einer speziellen kognitiven Zusatzstudie, bei der gezielte Nachfragen eingesetzt werden, zu beantworten.

## Übersicht über die Veranstaltungen

Veranstaltung	Thema	Datum	Kontakt
<b>Symposium</b>	Methodische Forschungen zur Delphi-Methode	30.-31. März	Michael Häder
<b>Workshop</b>	Fragebogenentwicklung	18.-19. Mai	Rolf Porst
<b>Workshop</b>	Lisrel 8.20	1.-3. Juni	Peter Schmidt
<b>Workshop</b>	Regionalisierung: Regionale und kommunale Umfragen	22.-23. Juni	Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik
<b>Workshop</b>	Sozialwissenschaftliche Methoden für Gesundheitserhebungen	21.-22. Juli	Ulrich Mueller

Aktuelle Informationen und Veranstaltungshinweise finden Sie auch im Internet unter <http://www.zuma-mannheim.de/events/workshops/>.

\* \* \* \*

### Internationales Symposium: „Methodische Forschungen zur Delphi-Methode“

*30. UND 31. MÄRZ 1999*

Im Verlaufe dieser Veranstaltung diskutieren Fachleute Stand und Perspektiven ihrer Forschung mit der Delphi-Technik und zur Delphi-Technik. Im einzelnen werden die folgenden Themenschwerpunkte bearbeitet: Überblicksdarstellung des Standes der methodischen Forschungen zur Delphi-Technik, Ansätze und Ergebnisse zur Evaluation von Delphi-Studien; Kognitionspsychologische Aspekte des Antwortverhaltens von Experten bei Delphi-Befragungen; Weiterentwicklung des klassischen Designs von Delphi-Studien und Erfahrungen mit neuen Varianten des Einsatzes von Delphi-Befragungen, die Kombination mit anderen Verfahren, Anwendungsbeispiele; Mathematisch-statistische Probleme bei der Auswertung von Delphi-Befragungen; Internet und Delphi.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 1. Februar 1999 beim ZUMA-Tagungsbüro anzumelden. Für die Teilnahme wird ein Beitrag von 50 Mark erhoben. Informationen erteilt *Michael Häder* (Email: [haeder@zuma-mannheim.de](mailto:haeder@zuma-mannheim.de) oder [Michael.Haeder@mailbox.tu-dresden.de](mailto:Michael.Haeder@mailbox.tu-dresden.de)).



## **Workshop „Fragebogenentwicklung“**

*18. UND 19. MAI 1999*

Der Workshop befaßt sich mit unterschiedlichen Aspekten und Phasen der Fragebogenentwicklung (Operationalisierung der Forschungsfrage, Entwicklung des Fragebogens, Fragebogentechnik, formale Gestaltung, pretesting). Im Vordergrund stehen Fragebogen für standardisierte persönlich-mündliche Interviews; es werden aber auch die Besonderheiten von Befragungsinstrumenten anderer Verfahren (schriftliche, telefonische und nichtstandardisierte Befragungen) vorgestellt. Der Workshop soll praxisorientiert und durch Übungen der Teilnehmer gestützt Wissen vermitteln, das unmittelbar in den Alltag der Fragebogenentwicklung umgesetzt werden kann.

Der Workshop wird von *Rolf Porst* geleitet. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 Personen begrenzt. Für die Teilnahme wird ein Beitrag von 80 Mark erhoben. Anmeldungen bitte bis spätestens 15. April 1999 beim Tagungssekretariat von ZUMA (Email: [workshop@zuma-mannheim.de](mailto:workshop@zuma-mannheim.de)).

\* \* \* \*

## **Workshop „LISREL 8.20“**

*1.- 3. JUNI 1999*

Schwerpunkt des Workshops sind die Neuerungen in der Version 8.20 zum Testen von Strukturgleichungsmodellen: Gebrauch von Pfaddiagrammen in LISREL als Input für die Schätzung von Strukturgleichungsmodellen; nichtlineare Restriktionen zum Testen von Interaktionseffekte; Testen verschiedener Typen von Modellen; Behandlung ordinaler Daten. Der Workshop wird von *K. G. Jöreskog* und *Steffen Kühnel* durchgeführt. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 Personen begrenzt. Für die Teilnahme wird ein Beitrag von 120 Mark erhoben. Anmeldungen bitte bis spätestens 20. Mai 1999 beim Tagungssekretariat von ZUMA (Email: [workshop@zuma-mannheim.de](mailto:workshop@zuma-mannheim.de)).

\* \* \* \*

## **Workshop: „Regionalisierung: regionale und kommunale Umfragen“**

*22. UND 23. JUNI 1999*

Thema dieses Workshops ist die Regionalisierung von Umfragen im Zusammenhang mit der kommunalen Perspektive. Der Schwerpunkt liegt darauf, einen Überblick über die vorhandenen Umfragen der Kommunen zu geben. Es sollen dabei sowohl der theoretische

Hintergrund der Umfragen als auch deren thematische Schwerpunkte näher beleuchtet werden. In enger Zusammenarbeit mit einigen Kommunen und der amtlichen Statistik wird dabei erörtert werden, welche Möglichkeiten bestehen, kommunale Umfragen für die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung zugänglich und nutzbar zu machen. Nicht zuletzt werden Chancen und Möglichkeiten der Vertiefung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen auf Stadtteil- oder Bezirksebene diskutiert werden.

Der Workshop wird von *Jürgen H.-P. Hoffmeyer-Zlotnik* und *Caroline Kramer* durchgeführt. Anmeldungen bitte bis spätestens 1. Mai 1999 beim Tagungssekretariat von ZUMA (Email: [workshop@zuma-mannheim.de](mailto:workshop@zuma-mannheim.de)). Für die Teilnahme wird ein Beitrag von 80 Mark erhoben.

\* \* \* \*

## **Workshop „Sozialwissenschaftliche Methoden für Gesundheitserhebungen“**

*21. UND 22. JULI 1999*

In diesem zweitägigen Workshop sollen folgende spezifischen Probleme von Gesundheitserhebungen unter dem Einsatz sozialwissenschaftlicher Methoden behandelt werden: der Einsatz von Skalen zur Erhebung subjektiver Gesundheitseinschätzung und innerer Zustände wie Schlaf, Schmerz, Unruhe, Antrieb oder ähnlichem; Überblick über epidemiologische Studiendesigns (ökologische, Kohorten-, Fall-Kontroll-, Interventionsstudien); Stichprobenziehungen; gesundheitsspezifische Selektivitäten bei der Ausschöpfung von Stichproben; Erhebung von Ernährung-, Medikamenteneinnahme oder Substanzgebrauch; Zusammenfügen von Daten aus Befragung, medizinischer Untersuchung und technischer Messung.

Der Workshop wird durchgeführt von *Ulrich Mueller* und *Günter Heller* (Institut für medizinische Soziologie und Sozialmedizin, Klinikum der Universität Marburg). Die Teilnehmerzahl ist auf 20 Personen begrenzt. Für die Teilnahme wird ein Beitrag von 80 Mark erhoben. Anmeldungen bitte bis spätestens 18. Juni 1999 beim Tagungssekretariat von ZUMA (Email: [workshop@zuma-mannheim.de](mailto:workshop@zuma-mannheim.de)). Bei Fragen zum Inhalt des Workshops wenden Sie sich bitte an Prof. Dr. Dr. Ulrich Mueller, Institut für medizinische Soziologie und Sozialmedizin, Klinikum der Universität Marburg, Bunsenstraße 2, 35033 Marburg.

## INTERNATIONAL CONFERENCE ON SURVEY NONRESPONSE

*October 28-31, 1999, Portland, Oregon, USA*

### CALL FOR ABSTRACTS FOR CONTRIBUTED PAPERS

*Place: Portland Hilton*

*Deadline for abstracts for contributed papers: February 1, 1999*

**Background and Goals:** The International Conference on Survey Nonresponse will be the first international gathering totally devoted to nonresponse phenomena in sample surveys since the meetings of the National Academy of Sciences panel in 1983. Since that time there have been important new developments both in statistical estimation in the presence of missing data and data collection procedures to reduce nonresponse. An edited volume containing a description of state of the art research findings in the area will be written related to the conference.

**Type of Papers You are Encouraged to Submit:** Nonresponse is a major concern for all types of surveys: traditional modes such as face-to-face, telephone, mail and emerging modes, such as WEB,

**Email, fax, IVR** (inbound calls for which answers are entered by pressing touch tone numbers), and mixed-mode surveys. The goal of this conference is to assemble people and papers that represent the best current thinking from throughout the world on factors influencing nonresponse across all modes, and how to deal with it. All papers are expected to focus on some aspect of nonresponse, ranging from how to prevent it to how to adjust for it. Papers that address the intersection between nonresponse error, and other types of error, for example coverage and measurement are also encouraged. Papers about theories of nonresponse, techniques for reducing nonresponse, editing and imputation as a tool to address missing data that apply across modes are strongly encouraged, as well as papers that focus on only one mode population or survey situation."

We hope to assemble papers across the breadth of research issues in survey nonresponse, including:

- Unit nonresponse vs. item nonresponse
- Design vs. estimation (including variance estimation)
- Methods to reduce nonresponse and methods to measure the effects of nonresponse
- Theory (both social science and statistical) vs. practice
- Onetime vs. longitudinal surveys
- Surveys of persons, households, establishments
- Item missing data on objective and subjective measurements
- Relationships between nonresponse error and other survey errors

- Procedures for reducing nonresponse when using E-mail, WEB and IVR technologies
- How nonresponse issues differ for interview and self-administered surveys

**How to Submit Abstracts:** An abstract of 500 words should be submitted via the web at [www.jpsm.umd.edu/icsn99/](http://www.jpsm.umd.edu/icsn99/). Questions about submissions can also be sent to [ICSN@survey.umd.edu](mailto:ICSN@survey.umd.edu), or queries can be posed to Robert M. Groves, chair of the editorial committee, at 301-314-7911.

**Sponsoring Organizations:** The American Statistical Association, Survey Research Methods Section, and the American Association for Public Opinion Research, Council of American Survey Research Organizations, Council for Marketing and Opinion Research.

**ACCESS OUR WEBPAGE AT:** [www.jpsm.umd.edu/icsn99/](http://www.jpsm.umd.edu/icsn99/)

### **SRMS Cosponsors an International Conference on Survey Nonresponse**

On October 28-31, 1999, at the Portland Hilton, Portland, Oregon, the Survey Research Methods Section will sponsor the International Conference on Survey Nonresponse. The conference currently has as cosponsoring organizations, the American Association for Public Opinion Research, the Council of American Survey Research Organizations, and the Council for Marketing and Opinion Research.

#### **Rationale for the Conference**

The last major overview of the field of nonresponse in surveys was the National Research Council's Panel on Incomplete and Missing Data, which yielded the three volume National Research Council panel report, *Incomplete and Missing Data in Surveys*, (Madow, Nisselson, Olkin, Rubin, 1983). At this writing 13 years have passed since that activity. The field has changed in important ways since that time:

- the techniques and properties of multiple imputation were discovered and use of the method has become more common;
- theories of survey participation have been forwarded, identifying principles underlying nonresponse;
- the experimental literature examining the role of interviewers, mode of data collection, and survey task burden on cooperation has expanded;
- the practices of the field with regard to the use of incentives, refusal conversion, mixed mode designs, and other mechanisms to reduce nonresponse have changed;
- more sophisticated adjustment procedures for ignorable nonresponse mechanisms have been explored; and
- advances in the specification of adjustment and estimation procedures in the presence of nonignorable nonresponse have been made.

Much has changed; the field is a vibrant one within survey statistics and methodology.

### **Goals**

The activities have the following goals:

- the conference will gather together large numbers of active researchers in survey nonresponse and missing data issues.
- the conference will stimulate the assembly of documentation of state of the art practice
- the conference will stimulate the writing of papers suitable for publication in a special issue of a survey journal
- the edited volume will be designed to be a description of the state of the art in social science and statistical theory and practice in nonresponse rate reduction, nonresponse error measurement, and postsurvey compensation for nonresponse.
- the volume will be designed to be suitable for university use; that is, it will not be a proceedings volume, but an integrated treatment of the field.

The conference will last three and one half days with invited and contributed paper sessions from participants throughout the world.

### **For Further Information**

The conference has established a web page on the home page of the Joint Program in Survey Methodology, [www.bsos.umd.edu/jpsm](http://www.bsos.umd.edu/jpsm). Abstracts for conference papers will be solicited via the webpage. Specific questions can be posed to [ICSN@SURVEY.UMD.EDU](mailto:ICSN@SURVEY.UMD.EDU).

\*\*\*\*\*

## **INTERNATIONAL SOCIETY FOR POLITICAL PSYCHOLOGY**

### **Twenty-second Annual Scientific Meeting**

*July 18-21, 1999, Amsterdam, The Netherlands*

*For complete information:*

*Web site: <http://ispp.org>*

*Or contact:*

*Sam McFarland*

*Department of Psychology, Western Kentucky University*

*Bowling Green, KY 42103*

*U.S.A.*

*e-mail: [sam.mcfarland@wku.edu](mailto:sam.mcfarland@wku.edu)*

*Phone: (502) 745-4408*

## RÄTSELECKE

Liebe Rätselfreunde, die Buchstaben in den Kästen ergeben - in der richtigen Reihenfolge - den Vornamen und Namen eines Soziologen, der im 19. Jahrhundert geboren wurde.

Spezielle Form der schriftlichen Befragung     \_ \_ \_ \_ \_

Bivariates Korrelationsmaß                    \_ \_ \_ \_ \_  \_ \_ \_ \_ \_

Variable, die nur zwei Werte annimmt       \_ \_ \_ \_ \_

Eigenschaft einer Theorie                    \_ \_ \_ \_ \_  \_ \_ \_ \_ \_

Konstante Größe einer Funktionsgleichung    \_ \_  \_ \_ \_ \_ \_

Anteil beantworteter Fragebögen an allen verteilten Bögen    \_ \_ \_ \_ \_  \_ \_ \_ \_ \_

Verfahren zur Anpassung von Umfragedaten    \_ \_  \_ \_ \_ \_ \_

Anderer Begriff für Wissenschaftslehre, Erkenntnistheorie    \_ \_ \_ \_ \_  \_ \_ \_ \_ \_

Zweitauswertung einer empirischen Untersuchung    \_ \_ \_ \_ \_  \_ \_ \_ \_ \_

Fehler zweiter Art     \_ \_ \_ - \_ \_ \_ \_ \_

Verteilung                    \_ \_ \_ \_ \_  \_ \_ \_ \_ \_

**Lösungswort:**

Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir drei Preise:

1. Preis: Fachbücher Ihrer Wahl im Wert von 200,- DM
2. Preis: Fachbücher Ihrer Wahl im Wert von 150,- DM
3. Preis: Fachbücher Ihrer Wahl im Wert von 100,- DM

Einsendeschluß ist der **15. Februar 1999**. Teilnahmeberechtigt sind alle Leserinnen und Leser, mit Ausnahme der Mitarbeiter der GESIS. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Viel Glück.

ZUMA  
ZUMA-Nachrichten, Preisausschreiben  
Postfach 12 21 55  
68072 Mannheim



## DURCHWAHL-RUFNUMMERN (STAND: NOVEMBER 1998)

Sie erreichen die Mitarbeiter von ZUMA unter der Nummer (0621) 1246-(Durchwahlnummer); die Zentrale unter 1246-0. Sie ist von Montag bis Donnerstag von 8.30 bis 17.00 und freitags von 8.30 bis 15.30 besetzt. Die mit (S) bezeichneten Mitarbeiterinnen nehmen Sekretariatsaufgaben wahr.

### Direktion

#### Institutsleitung

<i>Prof. Dr. Peter Ph. Mohler (Direktor)</i>	173
Carol Cassidy (Stellv. Direktorin)	146
Elisabeth Bähr (S)	172
Jolantha Müllner (S)	174

#### EDV-Infrastruktur

<i>Carol Cassidy</i>	146
Dr. Bernhard Krüger	142
Heiner Ritter	148
Hannes Wicher	149

#### Verwaltung

<i>Dipl.-Kfm. Jost Henze</i>	161
Dipl.-Verwaltungsw. Brigitte Dusberger	157
Maite Fernandez	154
Marianne Groh	9
Petra Siener	9
Silvia Sigmundczyk	160

### WISSENSCHAFTLICHE LEITUNG

#### Wissenschaftliche Leiter

Prof. Dr. Ingwer Borg (beurlaubt)	151
Prof. Dr. Peter Ph. Mohler	173
Prof. Dr. Peter Schmidt	153
Prof. Dr. Nanny Wermuth	155

#### Projektleiter

Dr. Wolfgang Bandilla	141
Dr. Michael Braun	176
Dr. sc. Michael Häder (beurlaubt)	136
Dr. Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik	175
Dagmar Haas (S)	152

### ABTEILUNGEN

#### Statistikabteilung

PD Dr. Siegfried Gabler	281
Dr. Sabine Häder	282
Dipl.-Math. Michael Wiedenbeck	283

#### Abteilung Textanalyse, Medienanalyse, Vercodung

Alfons J. Geis, M.A.	225
Patricia Lüder	221

#### Feldabteilung

<i>Dipl.-Soz. Rolf Porst</i>	228
Dipl.-Psych. Peter Prüfer	227
Margrit Rexroth, M.A.	230
Dipl.-Soz. Michael Schneid	226
Christa v. Briel (S)	231

#### Abteilung ALLBUS

<i>Dipl.-Soz. Achim Koch</i>	280
Dipl.-Soz. Holger Mahr-George	276
Dipl.-Soz. Martina Wasmer	273
Maria Kreppe-Aygün (S)	274

#### ISSP

<i>Dr. Janet Harkness</i>	284
---------------------------	-----

#### Abteilung Mikrodaten

<i>Dipl.-Soz. Bernhard Schimpl-Neimanns</i>	263
Dr. Paul Lüttinger	268
Joachim Wackerow	262
Dipl.-Soz. Heike Wirth	269
Irene Fischer (S)	265

#### Abteilung Soziale Indikatoren

<i>Dr. Heinz-Herbert Noll</i>	241
Dr. Caroline Kramer	244
Dipl.-Soz. Stefan Weick	245
N.N. (S)	242

#### Abteilung Einkommen und Verbrauch

<i>Dr. Georg Papastefanou</i>	278
-------------------------------	-----

#### Spezielle Projekte

Dr. Melina Alexa	222
Dipl. Psych. Michael Bosnjak	272
Dr. Angelika Glöckner-Rist	171
Elvira Scholz, M.A.	248
Dipl.-Soz. Angelika Stiegler	264
Cornelia Züll	147

**HOTLINE NSD** 111

**HOTLINE METHODENBERATUNG** 1246-0